A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

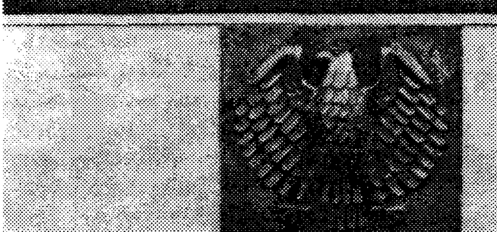
Nr. 135 FRÜHJAHR 1999 DM1,-

Verteidigt Serbien gegen Bundeswehr/NATO-Angriff!

Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

SPD-Grünen-Regierung: Imperialistische Schlächter!





Reuters



AP/Mikica Petrovic

SPD/Grüne bombardieren Serbien, setzen Pristina, Kosovo, in Brand

Nach über zwei Wochen Terrorkrieg gegen das serbische Volk überziehen Bundeswehr-Tornados und andere NATO-Bomber Serbien und die größtenteils albanische Provinz Kosovo weiter mit ihren mörderischen Angriffen. Fast ein Drittel der albanischen Bevölkerung ist seit Beginn der Bombenangriffe aus dem Kosovo geflohen, was jetzt vom SPD-Kriegsminister Scharping zynisch dazu benutzt wird, den Bombenterror noch zu steigern, der nicht zuletzt darauf abzielt, unter der belagerten albanischen und serbischen Bevölkerung Terror zu verbreiten. Große Teile der serbischen Hauptstadt Belgrad sind in Flammen aufgegangen - das letzte Mal wurde diese Stadt 1941 von Hitlers Luftwaffe bombardiert. Schröder, Fischer und Clinton bringen die Welt gefährlich einem dritten Weltkrieg näher, diesmal mit Atomraketen.

Es ist im dringenden Interesse der Arbeiterklasse aller Länder - insbesondere der Arbeiter in Deutschland, dessen herrschende Kapitalistenklasse zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen und den industrialisierten Massenmord an 6 Millionen Juden und Hunderttausenden Sind und Roma organisiert hat -, sich in Worten und Taten den Kriegsplänen aller Mitglieder der NATO-Allianz in diesem „unerklärten" Krieg gegen Serbien entgegenzustellen. Die Internationale Kommunistische Liga hat weltweit in Flugblättern ihrer Sektionen aufgerufen: Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker auf der ganzen Welt haben ein vitales Interesse, die Serben gegen den Bundeswehr/NATO-Angriff zu verteidigen! Wie das SpAD-Flugblatt vom 26. März erklärte:

> „Die imperialistische SPD/Grünen-Regierung schickt Tornado-Bomber und Bundeswehrtruppen auf den Balkan und begeht wieder Massaker an den unterdrückten Balkanvölkern. Gleichzeitig heizen sie hier den Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus an. Die Sozialdemokratie und die kapitalistische Klasse, für die sie herrscht, beuten im eigenen Land die Arbeiter bis aufs

Fortgesetzt auf Seite 2

PDS ruft nach imperialistischer OSZE/UNO-Intervention

Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 1

Blut aus durch immer schärfere Ausbeutung und brutale Unterdrückung, die durch massiven rassistischen Polizeiterror durchgesetzt wird. Jeder erfolgreiche Militärschlag gegen den deutschen Imperialismus ist im direkten und unmittelbaren Interesse der arbeitenden Menschen und Minderheiten in diesem Land und auf der ganzen Welt... Die nationalistischen Kriege auf dem Balkan sind ein direktes Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung von Jugoslawien und aller degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa. Wir Trotzkisten von der IKL waren die einzigen, die gegen die kapitalistische Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion gekämpft haben und für die proletarisch-politische Revolution, die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten. Wir haben gewarnt, daß ein kapitalistisches wiedervereinigtes Deutschland neue imperialistische Kriege bedeuten wird, massive Angriffe auf die Arbeiterklasse, Rassismus und mörderischen Nazi-Terror. Und genau diesen imperialistischen Horror erleben wir jetzt. Dafür trägt die PDS Verantwortung: Sie hat die Arbeiter betrogen und in die kapitalistische Konterrevolution geführt. Die pseudolinken Gruppen wie Linksruck, Arbeitermacht usw. haben die Konterrevolution bejubelt und die Arbeiter an die Imperialisten ausgeliefert. Heute unterstützen sie die SPD und die PDS, die für den deutschen Imperialismus herrschen...

SPD und PDS sind genau die Parteien, die hier in Deutschland die rassistischen Abschiebungen durchführen und den Imperialismus verwalten. Der deutsche Imperialismus liefert die Panzer für die türkische Bourgeoisie, die Zehntausende Kurden ermordet hat. Der rassistische Staatsterror gegen die Kurden hat das Ziel, die Arbeiter weiter zu spalten und ihnen die Kürzungen hineinzuwürgen. Freiheit für Öcalan! Verteidigt Kurden gegen den blutigen Staatsterror!"

Zeitgleich mit dem Bombenterror gegen Serbien hat die Regierung eine Hetzkampagne gegen die hier lebenden Serben entfacht und sie mit Abschiebungen bedroht. Allein aus Berlin wurden in den letzten Wochen 49 jugoslawische Staatsangehörige abgeschoben. Und während die Herrschenden die Schreckensbilder aus den albanischen und mazedonischen Flüchtlingslagern zeigen, um die Bevölkerung für ihren mörderischen Krieg zu gewinnen, heizen sie im gleichen Atemzug die rassistische Hetze gegen eine „Flut" von Flüchtlingen weiter an. Verhindert Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

In Deutschland sind Hunderttausende serbische Arbeiter im Industrieproletariat konzentriert und genau wie die kroatischen, polnischen, türkischen und kurdischen Arbeiter ein wichtiger Bestandteil der eingewanderten Arbeiter in Deutschland, die für die proletarische Revolution eine strategische Bedeutung haben. In vereinten Klassenkampfaktionen gegen den imperialistischen Krieg, gegen Nazi-Terror und die rassistischen Abschiebungen der SPD/Grünen-Regierung kann die Arbeiterklasse die tödliche Spaltungspolitik der Sozialdemokratie durchbrechen und für das revolutionäre Programm gewonnen werden. Der raubgierige Imperialismus kann nur durch die Mobilisierung der multiethnischen Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution gestürzt werden. Die SpAD kämpft dafür, eine leninistische Avantgardepartei zu schmieden, die dieses Verständnis in die Arbeiterklasse hineinträgt und sie zur Machtergreifung führt.

Das wütendste Kriegsgeschrei kommt heute von Grünen, Sozialdemokraten und „Linken", die eine groteske Kampagne veranstalten, um Serbien wegen „Völkermords" anzuklagen. Diese Hetze, mit der den wirklichen Völkermördern, der Bourgeoisie von Auschwitz, Amnestie erteilt werden soll, dient vor allem zur ideologischen Kriegsvorbereitung der Arbeiterklasse, unter der eine weitverbreitete Kriegsangst herrscht. In den 80er Jahren sind die Fischers, Schröders und ihre „linken" Anhängsel unter der Losung „Weder Washington noch Moskau" auf die Straße gegangen - wir Spartakisten haben damals gefordert „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!" und betont, daß sich hinter dem Antisowjetismus wie auch dem Antiamerikanismus der wiederaufsteigende deutsche Nationalismus verbarg. Heute stellen die ehemaligen SPD/Grünen-Anführer der nationalistischen „Friedensbewegung das Kriegsminister-Kabinett des deutschen Imperialismus. Jede Heuchelei ist ihnen recht, um die Armee des deutschen Kapitals, die im Zweiten Weltkriegs in Jugoslawien ein Fünftel der Bevölkerung abgeschlachtet hat, wieder auf den Balkan zu schicken. Deutsche Bourgeoisie: Auschwitz und Jasenovac vergessen wir nie! Rote Armee und Titos Partisanen haben die Nazi-Wehrmacht zerschlagen!

Im SpAD-Flugblatt betonten wir: „Es war auf dem Balkan, wo 1914 der Erste Weltkrieg begann, und es war die SPD, die schon damals die Arbeiterklasse auf die Schlacht-

Fortgesetzt auf Seite 8

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 555,10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, PostJbank Frankfurt/Main, BLZ 5001100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 135 **FRÜHJAHR 1999**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555,10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 1102 31,20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

SPD-Staatsbürgerschaftsgesetz ist rassistischer Angriff auf die Arbeiterklasse

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Wenn der von SPD/Grünen geführte deutsche Imperialismus zusammen mit seinen NATO-Rivalen einen mörderischen Bombenkrieg gegen Serbien führt, nennen sie es zynisch „Abwendung einer humanitären Katastrophe". Wenn die SPD Massenabschiebungen durchführt und einen anderen Teil der Immigranten bespitzelt und einschüchtert, heißt es „Erleichterung der Einbürgerung".

Als die neue SPD/Grünen-Regierung kurz nach den Wahlen ankündigte, einem Großteil der Millionen seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Immigranten den Zugang zur doppelten Staatsbürgerschaft zu erleichtern,

Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!

löste dies unter eingewanderten Arbeitern eine Welle von Hoffnungen aus. Allein in Berlin zogen 40000 ihren Antrag auf Einbürgerung zurück, weil sie hofften, ihre bisherige Staatsbürgerschaft behalten zu können. Vor allem die vorgeblichen Linken stürzten sich auf den SPD-Gesetzentwurf zur Staatsbürgerschaft, um die rassistische SPD - Schily: „Das Boot ist voll", Schröder: „Kriminelle Ausländer raus, aber schnell" - weißzuwaschen, zu deren Wahl sie aufgerufen haben. Mit dieser Politik, immer das „kleinere Übel" zu unterstützen, schüren sie Illusionen in die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und ketten die Arbeiterklasse an den rassistischen Kapitalismus. Im Gegensatz zu den zentristischen und reformistischen Anhängseln 'der Sozialdemokratie kämpfen wir Trotzkisten für die unabhängige Mobilisierung der multiethnischen Arbeiterklasse, die wir zu dem Verständnis gewinnen wollen, daß sie das Interesse und die Macht hat, dieses System durch Arbeiterrevolution zu stürzen.

Der erste Gesetzentwurf der SPD/Grünen stellte nicht einmal das aus dem Kaiserreich stammende rassistische Blutrecht in Frage. Das SPD-Gesetz paßt die reaktionären „Ausländergesetze" an die gegenwärtigen Erfordernisse des deutschen Imperialismus an: Vor allem bedeutet dieser SPD-Vorstoß die Einführung einer *Staatsbürgerschaft zweiter Klasse*, die nach Belieben wieder entzogen werden kann. Und wie wenig selbst der Besitz der formalen Staatsbürgerschaft im Kapitalismus wert ist, mußten vor allem die deutschen Juden erfahren, denen von den Nazis ein „J" in den Paß gestempelt wurde, bevor sie in die Gaskammern von Auschwitz verschleppt wurden. Heute werden Immigranten, die seit Jahrzehnten hier leben oder hier geboren wurden, bespitzelt und aussortiert, zum Teil kriminalisiert und abgeschoben - die Einschüchterung soll alle treffen, um die Arbeiterklasse weiter zu spalten.

Dennoch entfachte die CDU/CSU-Opposition eine wütende Kampagne gegen ein Einbürgerungsgesetz, unter dem Immigranten nicht unbedingt und unter allen Umständen dazu gezwungen wären, ihrer bisherigen Nationalität abzuschwören. Diese rassistische Kampagne (die übrigens auch bei Teilen der SPD/PDS-Mitgliedschaft auf Resonanz stieß) wurde sofort von den Nazis aufgegriffen, die ihren mörderischen Terror noch verstärkten. Nach der Wahlniederlage vor allem der Grünen in Hessen kam die SPD/Grünen-Regierung der Opposition entgegen und übernahm den FDP-„Kompromiß". Die Pseudolinke wiederum nahm die Kampagne der Rechten zum Vorwand, um die Regierung in Schutz zu nehmen - dabei spielte es für sie gar keine Rolle, daß das Gesetz von Anfang an reaktionär war.

Schon der erste Gesetzentwurf sah die geheimdienstliche Überwachung und die Überprüfung auf „Verfassungstreue"

Fortgesetzt auf Seite 4



Reuters

Februar 1999: Hunderttausende Metallarbeiter in ganz Deutschland in Warnstreiks (im Bild: BMW-Werk in Berlin) zeigen die potentielle Macht der multiethnischen Arbeiterklasse. Eingewanderte Arbeiter sind strategischer Bestandteil des Industrieproletariats

Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 3

vor sowie die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen. Wie'die Presseerklärung des SPD-Innenministers Schily gegenüber den CDU/CSU-Vorwürfen klarstellte: „Das von uns geplante Staatsbürgerschaftsrecht verschärft die Bedingungen für den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft und verhindert, daß Extremisten und Gewalttäter deutsche Staatsbürger werden können." Die SPD/Grünen-Regierung erklärte die Kurden, die gegen die Verhaftung des PKK-Führers Öcalan protestierten, zum „Staatsfeind



Reuter

Paris, 1996: Proteste gegen rassistische Abschiebungen, unterstützt von Gewerkschaftskontingenten

Nr. 1" und fing sofort an, Teilnehmer an den Protesten so schnell wie möglich in die Folterkeller des bonapartistischen türkischen Regimes abzuschieben. *Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion!*

Darüber hinaus raubt der SPD-Gesetzentwurf allen, die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe erhalten, die Möglichkeit zur deutschen Staatsbürgerschaft. Und die wenigen Flüchtlinge, denen es noch gelingt, in die rassistische „Festung Europa" reinzukommen, nachdem die SPD entscheidend zur faktischen Vernichtung des Asylrechts beigetragen hatte, werden durch Arbeitsverbote und rassistischen Staatsterror unterdrückt und verfolgt. So werden Arbeiter gegen Arbeitslose, Immigranten gegen Flüchtlinge und alle gegeneinander aufgehetzt. Wir fordern: *Weg mit allen „Ausländer"gesetzen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!* Durch die staatlichen Angriffe auf Immigranten und Flüchtlinge erhalten die Nazis weiteren Aufwind bei ihrem mörderischen Terror auf den Straßen. *Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!*

Auf dem Höhepunkt der SPD/Grünen-Hetzjagd auf die Kurden standen die zwei Millionen Arbeiter der IG Metall zum Streik gegen ihren gemeinsamen Klassenfeind bereit. Eine typische Szene der IG-Metall-Warnstreiks zwei Wochen vor der Ermordung der kurdischen Demonstranten am israelischen Konsulat in Berlin: Tausende Arbeiter - kurdischer, türkischer, osteuropäischer und deutscher Herkunft, Männer und Frauen - marschieren geschlossen in Berlin-Marienfelde zur IG-Metall-Kundgebung, während die Produktion ruht. Ein wirklicher Streik der IG Metall, in dem deutsche, türkische und kurdische Arbeiter Schulter an Schulter stehen - zeitgleich mit den kurdischen Massenprotesten für die Freiheit von Öcalan und gegen die Verfolgung von Kurden in Deutschland und in der Türkei -, hätte eine Öffnung für unser revolutionäres Programm dargestellt, mit dem wir für die Einheit der Arbeiterklasse gegen dieses kapitalistische System, das auf dem rassistischen Teile-und-Herrsche-Prinzip beruht, intervenieren.

Um jeden Ansatz für gemeinsamen Klassenkampf im Keim zu ersticken, beugte sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie rasch der „Schlichtung" ihrer SPD/Grünen-Regierung und würgte den Streik ab. Damit die soziale Macht der Arbeiterklasse entfaltet werden kann, kämpfen wir Trotzkisten für Losungen wie die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, als Teil unserer Perspektive, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren. Das bedeutet vor allem, gegen den deutschen Nationalismus zu kämpfen, der von der SPD geschürt wird, sowie gegen den türkischen, kurdischen und serbischen Nationalismus unter den doppelt unterdrückten eingewanderten Arbeitern, um die fortgeschrittensten Arbeiter für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie zu gewinnen. Deutsche und eingewanderte Arbeiter gehen vereint vorwärts oder werden gespalten und zurückgeschlagen. Um die Interessen des Proletariats durchzusetzen, ist eine revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei notwendig, die kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinträgt. Diese Partei, für die wir Spartakisten zusammen mit unseren Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen, wird in dem Kampf geschmiedet werden, die proletarische Basis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und die eingewanderten Arbeiter zu organisieren.

Seit der konterrevolutionären Zerstörung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion, die zu Massenelend und zum Anstieg von Nationalismus und Rassismus geführt hat, sieht die Bourgeoisie keinen Grund mehr, den „Sozial"staat aufrechtzuerhalten. Als Teil ihrer Offensive, die Ausbeutungsrate drastisch zu erhöhen, treibt sie auf den Baustellen die Löhne massiv nach unten und nutzt dazu die rechtlose Situation der Arbeiter aus Süd- und Osteuropa aus, um die Gewerkschaften zu schwächen und die Spaltung zwischen deutschen und eingewanderten Arbeitern zu vertiefen. Gleichzeitig sieht sie Teile der eingewanderten Arbeiter und der Jugendlichen der zweiten und dritten Generation als ökonomisch überflüssig an sowie als Quelle sozialer Unruhen, die ihren imperialistischen Ambitionen auf dem Balkan und im Nahen Osten im Wege stehen könnten.

In ganz Europa wurden sozialdemokratische Parteien an die Macht gebracht, weil diese bürgerlichen Arbeiterparteien -wie Lenin 1914 sie treffend charakterisierte, als die SPD die Arbeiter für den imperialistischen Raubkrieg in die Schützengräben trieb - gegenwärtig *ein effektiveres Instrument* für die Bourgeoisie sind, den Arbeitern die reaktionären Angriffe reinzuwürgen. Schon Jospins Sozialistische Partei in Frankreich hat gezeigt, was von den sozialdemokratischen Regierungen zu erwarten ist: Ein Großteil der „Sans papiers" (Immigranten ohne Papiere) ließ sich registrieren, aber nur etwa die Hälfte kriegte die Papiere, alle anderen sind jetzt von Abschiebung bedroht! Als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus ist es die Aufgabe der SPD - die eine proletarische Basis hat, aber ein durch und durch bürgerliches Programm -, Angriffe wie das jetzige Gesetz durchzusetzen. Wir Trotzkisten haben zu den Wahlen 1998 erklärt: „SPD/PDS: rassistische Abschieber, imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!"

Die Pseudotrotzkisten, die zur Wahl der SPD aufgerufen haben, tragen ihren Teil der Verantwortung für die jetzigen Angriffe. Das gilt genauso für den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), der zur Wahl der PDS aufgerufen hat: Die PDS hat von Anfang an die SPD/Grünen-Regierung

Fortgesetzt auf Seite 27

„Linke“ suhlen sich in „Menschenrechts“-Imperialismus

IKL-Proteste fordern: Verteidigt Serbien gegen NATO-Terrorbombardierung!

Als die NATO mit den militärischen Angriffen gegen Serbien begann, trat die Internationale Kommunistische Liga sofort als einheitliche leninistische internationalistische Organisation gegen den imperialistischen Krieg in Aktion. Weltweit brachten unsere Genossen Flugblätter heraus, initiierten Protestkundgebungen und intervenierten bei anderen Protesten, um unsere einzigartige revolutionäre Perspektive für die *Verteidigung Serbiens gegen imperialistische Angriffe* und für die *Niederlage des Imperialismus durch Arbeiterrevolution* bekanntzumachen.

Während die sogenannten „Linken" versuchen, Opposition gegen den Krieg in parlamentarische Manöver für eine „humanere" imperialistische Politik umzulenken, kämpft die IKL dafür, der Antikriegsstimmung unter Arbeitern und Jugendlichen, die schon in diesen ersten Tagen der Bombardierung offensichtlich ist, einen organisierten antikapitalistischen Ausdruck zu geben. Wir kämpfen darum, das Bewußtsein der Arbeiterklasse voranzubringen zu dem Verständnis, daß ein proletarischer, revolutionärer, internationalistischer Kampf nötig ist gegen das kapitalistische System, das den Krieg hervorbringt. Bei einer Pariser Demonstration zur Verteidigung „illegaler" Immigranten (sans-papiers) am 26. März trugen unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) ein Plakat mit der Aufschrift: „Deportationen aus Roissy, Bombardierung des Kosovo, Polizeiterror in den Ghettos: Diese Regierung ist kapitalistisch, rassistisch und imperialistisch!" Diese Losung erntete Zustimmung bei den eingewanderten Arbeitern - und Ablehnung von den Pseudolinken, die die SP-geführte Volksfrontregierung unterstützen.

Die Ex-Stalinisten, Sozialdemokraten und „New Labour", die heute das kapitalistische Frankreich, Italien, Deutschland und Britannien regieren, sind *noch* kriegslüsterner als ihre rechten Vorgänger, teilweise weil die arroganten Führer dieser verräterischen bürgerlichen Arbeiterparteien glauben, sie könnten die Bevölkerung für dumm verkaufen. Damit kommen sie nicht durch. In Deutschland traten Mütter von Soldaten, die ins Aufmarschgebiet der Bundeswehr in Mazedonien geschickt worden sind, dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Scharping in einer Fernsehtalkshow entgegen und drohten, eine Delegation zu serbischen Müttern zu schicken, um gemeinsam ein Ende des Krieges zu fordern.

In ganz Westeuropa sind Hunderttausende Arbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien ins Industrieproletariat integriert. Vereint mit dem übrigen Proletariat im gemeinsamen Klassenkampf gegen kapitalistischen Kahlschlag und imperialistischen Krieg können sie eine machtvolle Rolle spielen, um das Gift des Chauvinismus niederzukämpfen, das die sozialdemokratischen Herrscher benutzen, um die Arbeiter zu spalten. Die deutsche Presse peitscht Angst und Abscheu gegen den „Feind im Inneren" hoch, die angebliche „Gefahr" durch Hunderttausende Serben, die in Deutschland leben. Diese neuerliche rassistische Drohung gegen Immigranten brachte viele dazu, sich für die IKL und die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) zu interessieren, die nach der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan aktiv Kurden verteidigt hat, denen Massendeportationen drohen. Ein serbischer Arbeiter, der bei einem Protest in Hamburg unsere Zeitung kaufte, rief aus: „Wißt ihr, 20 Jahre lang haben meine Kollegen in der Fabrik mir die SPD eingeredet. Aber morgen gebe ich meine SPD-Mitgliedskarte zurück."

Fortgesetzt auf Seite 6

Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

BERLIN

22. April: Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg

6. Mai: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

27. Mai: Trotzkismus, was er ist und was er nicht ist

17. Juni: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution

Alle Veranstaltungen finden in der Humboldt-Uni, Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 207, um 18.30 Uhr statt.
Kontakt: (030) 4439400

HAMBURG

21. April: Revolution kontra Reform

12. Mai: Der Kampf gegen Imperialismus und. Krieg

2. Juni: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

23. Juni: Die Lehren der bolschewistischen Revolution von 1917

Alle Veranstaltungen finden in der Teestube im Pferdestall, Uni Hamburg, Allende-Platz 1, um 18.30 Uhr statt.
Kontakt: (040) 323644

„Linke" suhlen sich...

Fortsetzung von Seite 5

Die Ex-Stalinisten der PDS, die den deformierten Arbeiterstaat DDR an die westdeutschen Bankiers ausverkauft haben, wollen sich nun als „linke" Opposition im Parlament etablieren und agieren als Makler von „Friedens"-Kundgebungen mit explizit prokapitalistischer Stoßrichtung: für eine „bessere" imperialistische Außenpolitik, eine „europäische Sicherheitslösung", basierend auf der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und unabhängiger vom amerikanischen Militärkoloß. Als auf einer Kundgebung am 27. März in Berlin der PDS-Chef Gregor Gysi aufs Podium trat, hielt die SpAD Plakate hoch: „PDS-Ruf nach UNO- und OSZE-Intervention ist sozialchauvinistisches Feigenblatt für imperialistischen Angriff!" und „PDS verkaufte DDR an Bourgeoisie von Auschwitz aus!" Während einige PDS-Mitglieder völlig in Rage gerieten, griffen sich Demonstranten die *Spartakist-Ausgaben* mit dem Titel „Keine Stimme für SPD, PDS!" und „SPD herrscht für rassistischen deutschen Imperialismus". Bei all diesen Demonstrationen trennte unser Plakat „Rote Armee und Titos Partisanen haben die Nazi-Wehrmacht zerschlagen!" schnell die antifaschistischen Arbeiter aus Ex-Jugoslawien von den rechten serbischen Tschetnik-Monarchisten.

Auch die französische Kommunistische Partei (KPF), die Bestandteil der kapitalistischen Volksfrontregierung ist, schwelgt in antiamerikanischem Chauvinismus, *um ihre Unterstützung für die eigene herrschende Klasse abzudecken.* Der KPF-Führer Robert Hue verurteilt zwar die NATO-Bombardierung, stellt aber die vom Imperialismus diktierten „Verhandlungen" - diese französische Farce im Schloß von Rambouillet - als eine vertane Chance dar für eine „politische Lösung dieses unerträglichen Konflikts". Wie unsere Genossen der LTF in ihrem Flugblatt schrieben: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik und Diplomatie mit anderen Mitteln: Die Rambouillet-Gespräche waren das Feigenblatt für die imperialistische Besetzung des Kosovo, mit oder ohne Bombardierungen."

Italien, auf der anderen Seite der Adria, dem Gemetzel genau gegenüber und übersät mit NATO-Militärbasen, wurde durch den Krieg auf dem Balkan in eine neue politische Krise gestürzt. Die dortige Volksfrontregierung hatte die albanischen Flüchtlinge, die ins Land strömten, brutal unterdrückt. Unsere Genossen der Lega Trotskista d'Italia (LTd'I) sind die einzigen, die für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpfen und zur Verteidigung Serbiens und für die Niederlage der italienischen herrschenden Klasse und aller Imperialisten aufrufen. Rifondazione Comunista (RC), die im letzten Jahr die kapitalistische Kahlschlagregierung verlassen hatte, um ihre unruhige Arbeiterklassenbasis bei der Stange zu halten, tritt jetzt als eine „Antikriegs"partei auf.

Bei einer Protestkundgebung auf dem Campus in Neapel nahmen unsere Genossen diese Pose auseinander, sie verwiesen auf die Einheit von RC mit der italienischen Bourgeoisie: „Als RC Teil der Regierung war, vertuschten sie die Verbrechen des italienischen Imperialismus in Somalia und stellten das italienische Protektorat über Albanien wieder her, das unter Mussolini existiert hatte. Sie stimmten für die Gesetze, die für Immigranten Haftlager und Visa-Quoten einführten."

Trommler für „Menschenrechts"-Imperialismus

Unsere revolutionäre Opposition gegen den Krieg steht im scharfen Gegensatz zu den Pseudotrotzkisten, die die Illusion verbreiten, die imperialistischen Kriegshetzer könnten unter Druck gesetzt werden, um ihren Terror einzuschränken. Demonstrationen, zu denen selbsternannte Sozialisten in den USA und in Europa aufgerufen haben, konzentrierten sich auf Meckern und Flehen: „Stoppt die Bombardierung". Aber der blutige Terror gegen schwächere Nationen, gegen koloniale und halbkoloniale Länder, ist ein untrennbarer Bestandteil des imperialistischen Systems der Unterdrückung und Ausbeutung. Die reformistische britische Socialist Workers Party (SWP) und ihre internationalen Gruppen (Linksruck in Deutschland, International Socialist Organization in den USA) bejubelten die kapitalistischen Konterrevolutionen in der Sowjetunion und Osteuropa - angefangen mit der polnischen Solidarnosc in den 80er Jahren -, die das Vorspiel für diesen Balkankrieg waren. Bei einer Protestkundgebung am 26. März in Warschau brüllten diese Hochjubler der Reaktion von Solidarnosc und des antikommunistischen polnischen Nationalismus: „Moskau hatten wir schon, Washington wollen wir nicht". Damit versuchten sie, unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski zu überschreien, als sie riefen: „Verteidigt Serbien! Nieder mit dem amerikanischen Imperialismus und seinen polnischen Lakaien!" Das Hauptbanner der Pseudolinken, denen es nie an Chutzpe mangelt, war bei der Warschauer Demonstration: „Make Love, Not War" - in einem Land, wo die Solidarnosc-Konterrevolution, die diese Pseudolinken unterstützt haben, die Rechte der Frauen auf Abtreibung und Geburtenkontrolle praktisch vernichtete!

In London vereinigte sich die britische SWP am 25. März mit einem serbisch-nationalistischen Kontingent vor der Downing Street Nr. 10 und skandierte: „Blair und Clinton wegen Mordes gesucht". Wie unsere Genossen der Spartacist League/Britain in ihrem Flugblatt schrieben: „Das waren die Sozialisten', die .außer sich vor Freude' waren, als Blair gewählt wurde." SWP-Mitglieder, die entsetzt sind über die Kriegsbrutalität auf dem Balkan, sollten einen Blick über die Irische See werfen und fragen, warum ihre Partei sich weigert, sich gegen die Anwesenheit bluttriefender britischer Truppen in Nordirland zu stellen!

Die IKL steht in der Tradition W. L Lenins, der beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs scharf mit der Zweiten Internationale des Sozialchauvinismus und des reaktionären Patriotismus brach. „Sozialismus und Krieg" ist ein machtvolles Handbuch des revolutionären Internationalismus, geschrieben 1915 und unter Arbeitern und Soldaten in ganz Europa mitten im Schmelztiegel des Krieges klandestin verbreitet. Es lehrt uns:

> „Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung Weder Sieg noch Niederlage' stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen."

Lenin betonte, daß es im Falle eines imperialistischen Krieges gegen ein kleines oder halbkoloniales Volk nicht nur die Pflicht der Arbeiterklasse ist, für die Niederlage ihrer „eigenen" Regierung zu kämpfen, sondern auch die Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. Darum ruft die IKL zur Niederlage der US/NATO-Imperialisten und zur Verteidigung Serbiens auf! Wir forderten das Recht auf Selbstbestimmung für die albanische Bevölkerung des Kosovo gegen das serbisch-chauvinistische Regime in Belgrad, bis die albanischen Separatisten zu einem bloßen Handlanger der räuberischen NATO-Pläne wurden. Für Marxisten ist jetzt das demokratische Recht auf Selbstbestimmung notwendigerweise dem Kampf gegen die imperialistische Bombardierung und den angedrohten Einmarsch untergeordnet.

Die Pseudotrotzkisten versuchen, ihre Unterstützung für die kapitalistischen Herrscher dadurch zu tarnen, daß sie

ihre Aufrufe auf „Stoppt die Bombardierung" beschränken, *gleichzeitig bombardieren sie die Arbeiter mit sozialchauvinistischem Dreck, es sei notwendig, Serbien zu zerschlagen!* Diese angeblichen Linken haben die Kosovo-Albaner zu ihrer Cause célèbre gemacht genau zu dem Zeitpunkt, wo Kosovo der Kriegsschrei für eine imperialistische Invasion des Balkans geworden ist. Die französische Organisation Lutte Ouvrière (LO), die zu trauriger Berühmtheit gelangt ist wegen ihrer Weigerung, die besondere Unterdrückung unter dem Kapitalismus anzusprechen - ob es nun rassistische, nationale oder Unterdrückung von Frauen betrifft -, hat plötzlich die serbische Unterdrückung der Kosovo-Albaner entdeckt, um die französische Militärintervention als „humanitär" ausgeben zu können. LO schreibt: „Die Bevölkerung albanischer Herkunft hätte vielleicht eine zeitweilige Atempause vor den Verbrechen, die die serbischen Truppen begehen; aber ihre Bestrebungen wären nicht erfüllt" *(Lutte Ouvrière, 26.* März). Alain Krivines Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) trug bei einer Demonstration am 26. März folgendes Banner: „Weder Milosevic noch NATO. Selbstbestimmung für Kosovo!" Am Tag zuvor hatte Krivine losgedonnert: „Das Belgrader Regime muß isoliert werden, und dem Volk im Kosovo müssen alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, einschließlich militärischer Mittel, um sein Leben zu verteidigen und seine Freiheit durchzusetzen." Die Einheit zwischen diesen Heuchlern, die sich als „Antikriegs"-bewegung ausgeben, und den imperialistischen Kriegstreibern kann gar nicht klarer sein.



Pro-NATO-Demonstration von kosovo-albanischen UCK-Anhängern zeigt mörderische Logik des Nationalismus. Pseudotrotzkisten von GAM und RSB unterstützen „Bodentruppen" des Imperialismus

Der Krieg testet das Rückgrat revolutionärer Parteien und ihren Willen, dem Druck des Sozialchauvinismus zu widerstehen. Die imperialistische Bombardierung des Balkans hat enthüllt, daß die britische zentristische Gruppe Workers Power (WP) eine zerschmetterte Wirbelsäule hat. *Workers Power* (März 1999) setzt groteskerweise die serbischen Opfer der mörderischen NATO-Luftschläge mit den imperialistischen Mächten gleich, die Tod und Zerstörung herabregnen lassen, und erklärt: „Für uns sind in diesem Konflikt der NATO-Imperialismus und die serbischen Kräfte gleichermaßen reaktionär." WP setzt auf bürgerliche Propaganda für den Krieg im Balkan noch eins drauf und schreibt: „Sieg dem nationalen Befreiungskampf im Kosovo!" und fordert: „Waffen, medizinische Versorgung, Nahrungsmittel für die Kosovaren, ohne Bedingungen!" Daß sie dann „Nein zur NATO-Bombardierung Serbiens!" nachschieben, ist nur eine fadenscheinige Hülle, hinter der sie ihre Kapitulation vor ihrem eigenen Imperialismus verstecken.

Der Zentrismus ist, wie alle Sorten des Opportunismus, von Natur aus nationalistisch. Der Ausbruch des Krieges hat die „Internationale" von Workers Power in gegnerische Stücke zerbrochen, so wie Schutt im Kriegsgebiet in kleine Stücke zerbombt wird. In Frankreich, wo bei Demonstrationen gegen den Krieg bis zu 10000 Leute auf die Straße gingen, darunter Tausende von Serben, die vor einer Generation nach Frankreich kamen, um in der Industrie zu arbeiten, druckte Pouvoir Ouvrier (PO) die Propaganda ihrer britischen Genossen ab, ließ aber die ungeheuerlichste Aussage, in der die NATO-Imperialisten mit den Serben gleichgesetzt werden, *weg.* Die Jugendgruppe von PO setzte angesichts dieser großen Proteste ihr linkes Gesicht auf und fügte die Losung hinzu: „Für die Niederlage des NATO-Angriffs gegen Serbien und Montenegro."

Aber in Österreich - historisch feindlich gegen Serbien - legte die mit WP verbundene Gruppe eine Kriegsbegeisterung an den Tag, die Bill Clinton in den Schatten stellt, und bezog unverfroren die Seite der Imperialisten *gegen* Serbien. Sie jammerte, daß sich die Bombardierung wegen der Friedensgespräche in Rambouillet verzögere, höhnte über „den erniedrigenden Rückzieher der USA und Britanniens bezüglich der Luftangriffe gegen die Serbinnen" und beklagte sich: „Trotz des kriegerischen Getöses der US-Staatssekretärin Madeleine Albright wird aller Wahrscheinlichkeit nach kein Haus zerbombt werden -zumindest auf serbischer Seite" *(Arbeiterinnenstandpunkt* Nr. 97, März 1999). Die deutsche Gruppe Arbeitermacht, die vor den großen PDS-organisierten Demonstrationen kapituliert, sagt: „Wir verteidigen Serbien und Montenegro bedingungslos gegen die Angriffe der NATO" (Flugblatt vom 25. März) - und drängte dann auf Unterstützung der kosovo-albanischen Nationalisten ... die explizit nach der Entsendung von NATO-Bodentruppen gegen Serbien rufen!

Versteckt sich die britische Gruppe Workers Power in einem Luftschutzkeller? Sie wurde bei keinem einzigen Antikriegsprotest in London gesehen, seit die Bombardierung begann! Währenddessen suchen ihre deutschen Genossen das Weite, wenn sie auf die aggressiv proimperialistische Linie ihrer österreichischen Gruppe angesprochen werden! Was wir bei Workers Power sehen, ist der Zerfall dieser pseudotrotzkistischen „Internationale" entlang nationaler Linien. Als sich der zweite Kalte Krieg zur Weißglut erhitzte über die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan - und unter dem Einfluß der einzigartigen Unterstützung der Spartacist-Tendenz für die Intervention der Roten Armee und unseres Aufrufs, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans auszuweiten -, gab Workers Power formal ihre antisowjetische „Dritte-Lager"-Politik auf und schwankte fortan zwischen den Zugkräften von Revolution und Konterrevolution ... nur um dann entkräftet im Lager der proimperialistischen Konterrevolution zusammenzubrechen. Seither gab es einen harten Ruck nach rechts, besonders durch die Unterstützung von WP für Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion. Anfang der 90er Jahre machte WP eine

Fortgesetzt auf Seite 8

Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 2

bank führte." Für den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg sind die SPD/Grünen genau die Oberkommandierenden, die die Bourgeoisie jetzt braucht. Wie die *Berliner Zeitung* bemerkte: „Daß eine rot-grüne Regierung Einheiten der Bundeswehr zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik in einen Kriegseinsatz führt, erspart dem Land einen unproduktiven ideologischen und politischen Streit." Im Interesse des deutschen Kapitals benutzen die Sozialdemokraten ihre Verankerung in der Arbeiterklasse, um durch „Menschenrechts"heuchelei und rassistischen Terror im eigenen Land die Arbeiter zu reglementieren und in den imperialistischen Krieg zu jagen. Schröder/Fischer geht es darum, die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus über den Balkan zu sichern.

Obwohl die Imperialisten jetzt den Anschein erwecken wollen, daß sie geschlossen gegen Serbien vorgehen, verschärfen sich mit jedem Tag die imperialistischen Rivalitäten. Der US-Imperialismus setzt auf die NATO und hebelt die UNO aus, um seine Rolle als der unangefochtene „Weltpolizist" geltend zu machen und seine militärische Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten. Die US-geführten Militäraktionen gegen Serbien sind wie die Bombardierungen des Irak letztlich gegen die Interessen seiner genauso raubgierigen imperialistischen Hauptrivalen Deutschland und Japan gerichtet, wobei Deutschland den Balkan als seinen Hinterhof betrachtet. Gerade auf dem Balkan verfolgt der deutsche Imperialismus seine eigenen strategischen Interessen, um über den Landweg an das Öl des Nahen Ostens und des Kaukasus heranzukommen.

Die PDS, die sich als „Anti-Kriegspartei" profilieren will, ist ausdrücklich *für imperialistische Intervention* und sucht mit ihren Aufrufen nach einer stärkeren Rolle von OSZE und UNO nach einem Militärbündnis unter deutscher Führung. Wie schon bei der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR verbreitet sie die Illusion, es könne einen „friedlichen" Imperialismus geben, der nicht im Profitinteresse der herrschenden Klasse funktioniert. Sie will damit die Arbeiter und Jugendlichen, die gegen den Krieg auf die Straße gehen, in den Dienst der langfristigen Interessen der deutschen Bourgeoisie stellen. Marxisten dagegen verstehen, daß der deutsche Staat in Wirklichkeit eine Diktatur der Bourgeoisie ist, ein Instrument der blutigen Unterdrückung, durch das die Kapitalisten ihre Ausbeutung der Arbeiter in diesem Land und auf der ganzen Welt aufrechterhalten.

Die OSZE-„Beobachter", nach denen Gysi schreit, dienen der Durchsetzung des imperialistischen Diktats auf dem Balkan, abgesichert durch die Bundeswehrtruppen in Mazedonien. Die OSZE schließt neben den USA alle europäischen Länder ein, so daß Deutschland eine größere Rolle spielen und Rußland einbinden kann. Und die UNO war das Feigenblatt für die imperialistischen Bombardierungen des Irak. Wie Lenin über ihren Vorgänger Völkerbund sagte, ist sie eine imperialistische Räuberhöhle! Die PDS war 1991 für die UN-Hungerblockade gegen den Irak, die Hunderttausenden, hauptsächlich Alten, Frauen und Kindern, das Leben kostete, und 1995 trat sie für die UN-Sanktionen gegen Serbien ein. Die UN-Blockade ist eine Kriegsmaßnahme - Nieder mit der UN-Blockade! Bundeswehr/ NATO/UNO - Raus aus dem Balkan! Verteidigt Serbien gegen Bundeswehr/NATO-Angriffe!

Die PDS verfolgt im wesentlichen die gleiche Linie wie die Juso-Vorsitzende und begeisterte Lafontaine-Anhängerin Andrea Nahles und andere SPD-Abgeordnete, die in einer Erklärung warnten: „Die vergangene Nacht hat eine ‚neue NATO' gezeigt, die wir nicht wollen... Rußland wird brüskiert und vor den Kopf gestoßen. Das wirft die Bemühungen um die kooperative Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur zurück" *(junge Welt,* 27./2S. März). Hinter dem Antiamerikanismus der PDS und des Lafon-

„Linke" suhlen sich...

Fortsetzung von Seite 7

Kampagne für „Arbeiterhilfe für Bosnien", was wir damals als „Vorwand für eine NATO-Intervention" gegen die Serben zugunsten des bosnisch-muslimischen Regimes anprangerten *(Spartakist* Nr. 114, September/Oktober 1994). Diese schmutzige Episode bereitete die heutige offene Unterstützung von WP für den imperialistischen Feldzug auf dem Balkan vor. „Menschenrechts"-Imperialismus? Erzählt das den serbischen Frauen und Kindern, deren Häuser zerbombt wurden, oder den albanischen Flüchtlingen, die aus dem Kriegsgebiet flüchten in NATO-Länder, die sie nicht reinlassen wollen!

IKL-Sektionen haben überall, auch in Ländern, die vom unmittelbaren Konflikt weiter entfernt sind, als revolutionäre Internationalisten gegen diesen Krieg agitiert. So wurde durch Kundgebungen auf dem UNAM-Campus in Mexico City die „Menschenrechts"-Heuchelei der USA auf dem Balkan entlarvt, indem unsere Genossen auf die Realität der Unterdrückung durch den Yankee-Imperialismus in ganz Lateinamerika verwiesen. In Südafrika organisierten unsere Genossen eine Kundgebung an der Wirwatersrand-Universität in Johannesburg und stellten den Bezug zu Südafrika her. Gegen die Illusionen, die die Kommunistische Partei Südafrikas (SACP) verbreitet, deren einziger Einwand gegen die Bombardierung darin besteht, daß sie nicht unter der blauen Flagge der Vereinten Nationen stattfindet, heißt es im Flugblatt unserer Genossen:

> „Die SACP verbreitet Illusionen in die gleiche imperialistische Körperschaft, deren ‚Friedens'-Missionen - von Korea über den Kongo bis zum Irak - ein Feigenblatt für imperialistische Massaker sind... Als diese [südafrikanische] streikbrecherische kapitalistische Regierung letztes Jahr Truppen nach Lesotho schickte, stand die reformistische SACP fest hinter ihr. Von Angola über den Kongo bis Libyen schlagen bürgerliche Nationalisten in Südafrika und dem übrigen Afrika OAU [Organisation Afrikanischer Einheit]- oder UNO-‚Friedensstifter' vor, während sie in der Praxis die imperialistische Versklavung verewigen... Wie Lenin sagen wir, daß der einzige Weg zur Zerschlagung des imperialistischen Terrors und des kapitalistischen Elends die sozialistische Revolution ist. In der ganzen Welt kämpfen wir dafür, der Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe bewußt zu machen, nämlich die barbarische Herrschaft des Kapitals hinwegzufegen und den Kampf für neue Oktoberrevolutionen zu führen."

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat eine besondere internationalistische Pflicht, in die Arbeiterklasse ihres Landes, dessen herrschende Kapitalistenklasse die grausamste imperialistische Bestie auf Erden ist, revolutionäres Bewußtsein hineinzutragen. Das gleiche gilt für die Spartacist League/U.S., deren „eigener" Imperialismus heute über den größten Mordapparat verfügt. Wie der Spartacist-Sprecher bei unserem Protest an der University of Illinois in Chicago erklärte: „Wir in der Höhle der imperialistischen Bestie haben die Verpflichtung, die Klasse zu organisieren, die das Interesse und die Macht dazu hat, dieses raubgierige blutrünstige System durch eine proletarische Revolution zu Fall zu bringen. Antiimperialismus heißt Klassenkampf im eigenen Land!"

Nach Workers Vanguard *Nr. 710, 2. April 1999*

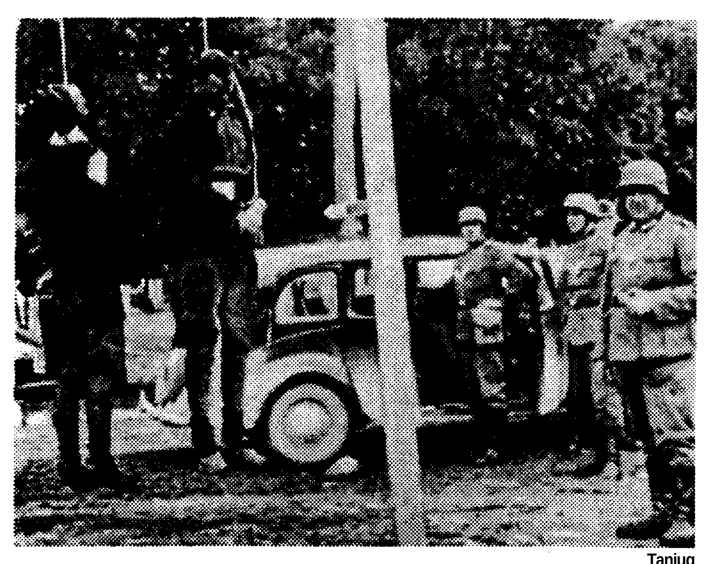
taine-Flügels steht der deutsche Nationalismus, der das Interesse der Kapitalistenklasse widerspiegelt, die von Deutschland beherrschte rassistische „Festung Europa" in Konkurrenz zu seinen imperialistischen Rivalen weiter auszubauen und die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. Wir sagen: Stürzt den deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Deutschland hat 1991 im Alleingang die Abtrennung von Kroatien und Slowenien durchgedrückt, was die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien besiegelte. Inzwischen ist die D-Mark in Slowenien, Kroatien und ganz Bosnien-Herzegowina die Leitwährung. Damit hat sich der deutsche Imperialismus auf dem nördlichen Balkan halbkoloniale Klientenstaaten geschaffen, als Sprungbrett für die Beherrschung weiterer Teile des Balkans. Wichtige Sprecher der Bourgeoisie, darunter Spitzenpolitiker der SPD, treten heute offen gegen den NATO-Angriff auf. Vom früheren CDU-Verteidigungsminister Ruhe und dem Mitglied der CDU-Stahlhelm-Fraktion Dregger über den ehemaligen Hamburger Bürgermeister Voscherau, der für die schlimmste rassistische Wahlkampagne der SPD berüchtigt wurde, bis zum SPD-Altbundeskanzler Helmut Schmidt kam vehemente Kritik an der Bundeswehr/NATO-Bombardierung. Der alte „NATO-Kanzler" Schmidt, der in den 80er Jahren die Stationierung von US-Pershings in Westdeutschland durchsetzte, wird in der *Frankfurter Rundschau* (3. April) zitiert: „Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen mißachtet."


EUPRA

Titos Partisanen in Jugoslawien vertrieben Nazis, als die Rote Armee Hitler-Deutschland zerschlug. Sie durchbrachen die nationalen Gegensätze, besiegten Tschetnik-Monarchisten und Ustascha-Faschisten

Wie wenig dieser Antiamerikanismus mit einer „friedlicheren" imperialistischen Politik zu tun hat, zeigt das Beispiel des Sozialdemokraten Koschnick, der jahrelang als „EU-Administrator" in Mostar war und heute statt des NATO-Bombenangriffs deutsche Bodentruppen gegen Serbien losschicken will, was zu einer weiteren Eskalation des blutigen Gemetzels führen würde. Der imperialistische Juniorpartner des Vierten Reichs, Österreich, hat zwar dem Bundeswehr/NATO-Einsatz Überflugrechte verweigert, gleichzeitig rief der EU-Sondergesandte im Kosovo, der österreichische Sozialdemokrat Petritsch, zum Einsatz von Bodentruppen auf - wie schon bei der Abtrennung von Slowenien und Kroatien fungiert Österreich oft als Sprachrohr deutscher Interessen.


Tanjug

Jugoslawische Partisanen, 1942 von der Nazi-Wehrmacht erhängt

Dieser deutsche Nationalismus findet seinen extremen Ausdruck in der Nazi-Hetzpropaganda gegen einen „Mißbrauch der Bundeswehr" als „Handlanger amerikanischer Globalstrategien". Die faschistische NPD hat bereits Aufmärsche unter der demagogischen Parole „Wir wollen Arbeit - nicht Krieg" angedroht. Dieser völkermörderische Abschaum muß gestoppt werden! Wir kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten, die die soziale Macht haben, die Nazi-Banden zu stoppen, die erst Mitte Februar wieder in Brandenburg den algerischen Flüchtling Omar ben Noui ermordet haben. Nur durch die sozialistische Revolution können wir ein für alle Mal Schluß machen mit Nazi-Terror und imperialistischem Krieg. Um die Arbeiterklasse in ihrem eigenen Klasseninteresse zu mobilisieren, ist ein scharfer politischer Kampf gegen die Sozialdemokraten von SPD und PDS und gegen die chauvinistische Gewerkschaftsbürokratie notwendig.

Imperialistische Rivalitäten spitzen sich zu

Der NATO-Angriff auf Serbien hat auch zwischen den USA und Rußland, das seine vorrevolutionäre, zaristische Rolle als Schutz-Großmacht der Serben aufs neue geltend machen möchte, die Spannungen rapide verschärft. Die deutsche Bourgeoisie sieht darin eine Öffnung, um ihre eigenen Interessen voranzubringen. Als der russische Premierminister Primakow Ende März nach Belgrad fuhr, um eine Vermittlerrolle zu spielen, erstattete er umgehend dem deutschen Kanzler Schröder Bericht. Zwar beteuerte Schröder, daß sich Deutschland nicht von seinem NATO-Verbündeten auseinanderdividieren lasse, doch weist diese Episode genau auf derartige Risse hin. Und nur wenige Tage später forderte im ZDF der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ichinger, einen „erneuerten Schulterschluß mit Rußland".

Das SpAD-Flugblatt erklärte: „Zur Zeit agiert das kapitalistische Rußland als zurückhaltender Statthalter für die NATO, wobei die Verurteilung der NATO-Angriffe auf Serbien mit den Gelüsten Rußlands einhergeht, sich als regionale imperialistische Macht zu behaupten." Moskau hat inzwischen das erste Kriegsschiff ins Mittelmeer geschickt, und es gibt Spekulationen, daß das russische Militär Atomraketen nach Weißrußland verlegen könnte. Den westlichen Imperialisten ist durchaus klar, daß der jetzige soziale, wirt-

Fortgesetzt auf Seite 10

Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 9

schaftliche und politische Zerfall des nachsowjetischen Rußland - das immer noch 7000 von der UdSSR geerbte Atomsprengköpfe besitzt - wahrscheinlich kein dauernder Zustand sein wird. Dabei sollte niemand daran zweifeln, daß die USA ihre Pläne für eine nukleare Kriegführung gegen Rußland aufbewahrt und auf den neuesten Stand gebracht haben, während Deutschland mit aller Macht seinen militärischen Aktionsradius ausweitet und weiter aufrüstet.

Zwar haben sich die meisten NATO-Verbündeten momentan den USA angeschlossen, doch forderten Griechenland und auch Italien - wo von 14 Luftwaffenbasen die Bombenahgriffe gegen Serbien gestartet werden - bereits die Einstellung der Bombardierungen. Die sich weiter zuspitzenden imperialistischen Rivalitäten zeigen sich auch im wachsenden Handelskrieg zwischen den USA und Europa wie auch Japan. In den letzten paar Wochen haben die USA gegen die Europäische Union wegen der karibischen Bananenexporte Strafzölle verhängt und mit weiteren Sanktionen wegen des europäischen Einfuhrverbots von hormonbehandeltem amerikanischem Rindfleisch gedroht. Gleichzeitig war Deutschland in den letzten Jahren immer wieder im Konflikt mit Britannien und Frankreich, die in den beiden Weltkriegen die wichtigsten Großmacht-Alliierten Serbiens gegen Deutschland waren und heute versuchen, ihren Einfluß in der Region wiederherzustellen. Heute ist die NATO-Bombardierung ein Stolperdraht für einen ausgeweiteten und noch blutigeren internationalen Großbrand, der potentiell Griechenland, die Türkei und Rußland hineinzieht.

Seit Oktober 1917 waren sich alle imperialistischen Mächte einig, die Sowjetunion zu zerstören. Die Zerstörung der Sowjetunion, des weltweit ersten Arbeiterstaates, hat der sprunghaften Zunahme regionaler Kriege und imperialistischer Militärabenteuer den Weg gebahnt. Die nachsowjetische Welt am Ende des 20. Jahrhunderts gleicht immer mehr der Welt von vor 1914, die in dem vier Jahre andauernden Gemetzel zugrundegerichtet wurde, das auf dem ganzen Kontinent wütete, als mit Hilfe der Sozialdemokratie Millionen europäische Arbeiter mit und ohne Uniform abgeschlachtet wurden. Der Erste Weltkrieg markierte den ersten weltweiten interimperialistischen Konflikt, eine blutige Bestätigung dafür, daß der Kapitalismus jede fortschrittliche Rolle ausgespielt hatte.

Der Führer der Bolschewiki, W. I. Lenin, rief die Arbeiter dazu auf, in allen kriegführenden Ländern den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) hielt sich an diese Kampfstrategie, und das Ergebnis war die Oktoberrevolution von 1917, die den kapitalistischen Staat zerschlug und das revolutionäre Rußland aus der imperialistischen Schlächterei herausführte.



Perry Kretz

Mazedonien: Deutsche Panzer wieder gegen Serbien

Zur Zeit sind wir nicht in einem neuen interimperialistischen Krieg, aber die Bombardierung Serbiens durch die größten und arrogantesten Militärmächte der Welt bedeutet eine gefährliche Eskalation der imperialistischen Aggression, wodurch die Differenzen zwischen den kapitalistischen Hauptmächten noch verschärft werden. Als Marxisten widersetzen wir uns der räuberischen Aggression der deutschen herrschenden Klasse gegen Serbien. Ohne revolutionäre Opposition gegen diese Feldzüge wird das Verlangen des deutschen Imperialismus nach weiteren Eroberungen nur angestachelt werden und unausweichlich zum Weltkrieg führen, d.h. zu einem Ringen um die Neuaufteilung der Welt im Interesse wirtschaftlicher Ausbeutung und um Einflußsphären. *Hände weg von Serbien! Nieder mit dem deutschen Imperialismus! Für Arbeitenevolution!*

Wie wir 1995 zur Zeit der Bundeswehr/NATO/UNO-Luftangriffe auf die bosnischen Serben schrieben *(Spartakist* Nr. 120, Oktober/November 1995):

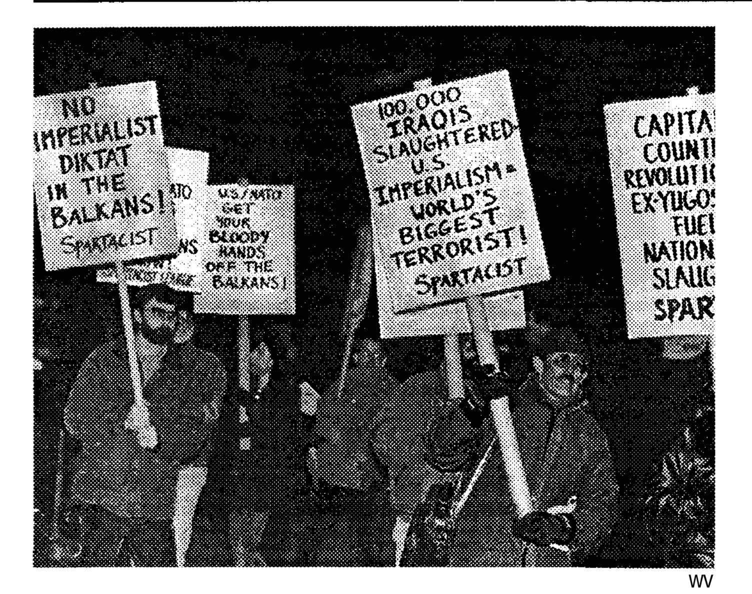
> „Der neue Balkankrieg ist sowohl das Produkt der konterrevolutionären Zerstörung des Sowjetblocks als auch eine Bühne für die verschärften interimperialistischen Rivalitäten in der nachsowjetischen Welt...
>
> Wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist der Balkan wieder das Pulverfaß Europas. Dieser blutige Konflikt weist auf die Notwendigkeit von trotzkistischen Parteien hin - die im Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale aufgebaut werden -, um gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu kämpfen, die die Macht haben, die Zivilisation, wenn nicht sogar die Menschheit selbst, zu zerstören."

Kapitalistische Konterrevolution entfacht neue Balkankriege

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde im Zweiten Weltkrieg geboren, als Titos kommunistische Partisanen mit Erfolg die Besatzungsmacht der Nazis und auch die kroatische faschistische Ustascha sowie die serbisch-royalistischen Tschetniks bekämpften. Mit großer moralischer Autorität aus dem Krieg hervorgegangen, verstaatlichten die jugoslawischen Stalinisten die Wirtschaft - wenn auch auf bürokratisch deformierte Weise - und schufen den multinationalen jugoslawischen deformierten Arbeiterstaat im Namen von „Verbrüderung und Einheit" der Arbeiterklasse.

Aber die sozialistischen und demokratischen Ideale, auf die sich das Tito-Regime öffentlich berief, wurden untergraben und schließlich diskreditiert durch die bürokratischen Deformationen und die dem Stalinismus eigenen Beschränktheiten aufgrund seines Programms vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land". Nur die Ausweitung der proletarischen Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas hätte die wirtschaftliche Grundlage für echte nationale Gleichheit auf dem relativ verarmten Balkan bieten können. Statt dessen führte Tito den „Marktsozialismus" ein, der Jugoslawien für wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus öffnete und das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Regionen verstärkte, was dem wiederauflebenden Nationalismus Nahrung gab.

Insbesondere nach Titos Tod 1980 brach die jugoslawische stalinistische Bürokratie zunehmend entlang nationa-



WV



Spartakist

IKL-Proteste gegen imperialistische Intervention, 1995 (SL/US in New York) und 1999 (SpAD in Berlin)

ler Trennungslinien auseinander. In den späten 80er Jahren trampelte der schrille Nationalist Slobodan Milosevic, der den Vorsitz des serbischen Bundes der Kommunisten übernommen hatte, auf dem von Tito sorgsam ausbalancierten nationalen Gleichgewicht herum, als erstes durch einen gewalttätigen Angriff auf die Albaner des Kosovo. Milosevics Drang nach einem „Großserbien" wiederum verstärkte den antikommunistischen Nationalismus in Kroatien und Slowenien - den wohlhabenden, traditionell römisch-katholischen Republiken Nordjugoslawiens, die schon früher zur deutschen Einflußsphäre gehörten.

Die endgültige Krise des titoistischen Jugoslawiens begann Anfang 1991 mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, als neugewählte reaktionäre nationalistische Regierungen in Kroatien und Slowenien ihre Lostrennung vom Bundesstaat erklärten. Während die USA, Britannien und Frankreich anfänglich einen halbherzigen diplomatischen Versuch unternahmen, ein vereinigtes Jugoslawien als kapitalistischen Staat zu erhalten, preschte das kurz zuvor wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus vor und drängte seine europäischen Verbündeten zur Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Tudjmans Kroatien stellt sich offen in die Kontinuität des faschistischen Ustascha-Marionettenstaats, der von der Nazi-Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg errichtet wurde. Beim kürzlichen Prozeß gegen den Kommandanten des Konzentrationslagers Jasenovac, berüchtigt als „Auschwitz des Balkans", kam es erneut zu einem wüterjden Ausbruch des kroatischen Nationalismus. Wie der *Tagesspiegel* (15. März) berichtete: „In Fußballturnieren skandieren Jugendliche sogar schon den Namen des ehemaligen Lagerkommandanten Sakic. Sie sind im Reich von .Landesvater' Franjo Tudjman aufgewachsen, in dem offen mit dem Gedankengut der kroatischen Faschisten geflirtet wird... Auch Währung und Nationalflagge erinnern an die Zeit, als in Zagreb ein Marionetten-Regime von Hitlers Gnaden die Zügel in der Hand hatte." Der Drang des deutschen Imperialismus, seine Einflußsphäre auf dem nördlichen Balkan wiederherzustellen, liegt allerdings nicht nur in einer geschichtlichen Haltung oder einem Verlangen nach Rache begründet. Dieses Gebiet ist reich an Bodenschätzen, die für die deutsche Industrie von strategischer Bedeutung sind.

Die Serben waren nicht nur die größte Volksgruppe im Jugoslawien vor der Konterrevolution 1991, sondern auch der Bevölkerungsteil, der am verstreutesten lebte: Ein Viertel der serbischen Bevölkerung wohnte außerhalb ihrer eigenen nationalen Teilrepublik, hauptsächlich in Kroatien und Bosnien. Mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens sah sich die große serbische Volksgruppe einem feindlichen kroatisch-nationalistischen Regime in Zagreb und einem feindseligen bosnisch-muslimischen Regime in Sarajewo gegenüber. Die Angst, zu einer unterdrückten Minderheit zu werden, in Verbindung mit großserbischem Chauvinismus, entfachte eine neue Folge von Balkankriegen.

Diese Kriege folgten alle dem gleichen Muster, erst in Kroatien, dann in Bosnien und jetzt im Kosovo: Nachdem die serbischen Kräfte zunächst die Oberhand gewonnen hatten, intervenierte der deutsche Imperialismus direkt oder indirekt auf Seiten der antiserbischen Kräfte. Der BND hat unter dem Geheimdienst-Koordinator und späteren Außenminister Kinkel in den 80er Jahren die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit den Ustascha-Kräften im Untergrund ausgebaut und vertieft. Deutschland und auch die USA versorgten das Tudjman-Regime nicht nur mit großen Mengen moderner Waffen, sondern auch mit Elite-Ausbildung und Beratern. Dies versetzte die kroatische Armee Mitte 1995 in die Lage, im Zusammenspiel mit dem Luftangriff der NATO die serbischen Kräfte aufzureiben und eine „ethnische Säuberung" im großen Stil durchzuführen. 300000 Serben wurden von dem Land vertrieben, wo sie seit Generationen gelebt hatten. „Wir haben die Serbenfrage gelöst", erklärte Tudjman in der Sprache Nazi-Deutschlands. Die imperialistische Besetzung Bosniens nach dem Dayton-Abkommen brachte Entwicklungen in Gang, die zur jetzigen Kosovo-Krise führten - eine viel weitreichendere Krise, die von weit größerer historischer Tragweite sein könnte.

Für die Sozialistische Föderation des Balkans!

Wir traten für das Recht der Kosovo-Albaner auf nationale Selbstbestimmung ein - die knapp 90% der Bevölkerung ausmachen -, lange bevor ihre Sache unter westlichen Liberalen und Linken „schick" wurde. Mitte der 70er Jahre, als nationale Konflikte und Spannungen in Titos Jugoslawien zusehends spürbar wurden, schrieben wir:

> „Marxisten sollten natürlich das Recht des albanischen Volkes des Kosovo und Westmazedoniens anerkennen, sich mit Albanien zu vereinigen. Die Grenze in dieser Region war nach militärischen Eroberungen durch die serbische Bourgeoisie im Jahre 1903 gezogen worden und ist nicht im geringsten ein Ausdruck der nationalen Grenzen Albaniens. Solch eine Vereinigung würde weder die geografische noch die wirtschaftliche Einheit Jugoslawiens zerbrechen." („The National Question in Yugoslavia: Part 2", *Wbrkers Vanguard* Nr. 110, 21. Mai 1976)

Um eine demokratische und fortschrittliche Lösung dieser nationalen Fragen zu erreichen, waren vor der kapitalistischen Konterrevolution in diesen Ländern proletarisch-

Fortgesetzt auf Seite 12

Verteidigt Serbien...

Fortsetzung von Seite 11

politische Revolutionen zum Sturz der damals herrschenden Bürokratien in Jugoslawien, Albanien und Bulgarien notwendig mit dem Ziel einer sozialistischen Föderation des Balkans. Heute kämpfen wir für die sozialistische Revolution zum Sturz aller bürgerlich-nationalistischen Regime in der Region, von Tudjmans Kroatien bis Milosevics Serbien.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen von kapitalistischer Konterrevolution und imperialistischer Intervention haben die nationalen Auseinandersetzungen auf dem Balkan auf allen Seiten einen reaktionären Charakter angenommen. So verübte die UCK, die der mörderischen Logik des bürgerlichen Nationalismus folgt, in serbischen Dörfern Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung. Vor allem aber ist in den letzten Monaten durch die direkte NATO-Intervention auf Seiten der Kosovo-Albaner die Frage ihrer Selbstbestimmung untergeordnet zur Verteidigung Serbiens gegen die imperialistischen Angriffe. Wie wir im SpAD-Flugblatt schrieben:

> „Auf dem Balkan haben alle Seiten in den nationalistischen Kriegen Verbrechen begangen. Besonders die Roma als Volk ohne eigenes Staatsgebiet waren die ersten Opfer des allseitigen nationalistischen Gemetzels. Wenn eine Seite heute als besonders grausam erscheint, liegt das an ihrer größeren Miltärmacht. Marxisten kämpfen gegen das Gift des Nationalismus und für die Klasseneinheit der Arbeiter in Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und dem Kosovo zum Sturz all der blutigen nationalistischen Regime der Region, vom serbischen Gewaltherrscher Slobodan Milosevic bis zum von Deutschland gestützten faschistoiden Tudjman in Kroatien. Aber alle ihre Verbrechen verblassen im Vergleich zu den Verbrechen der Bourgeoisie von Auschwitz. *Jetzt* das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner zu fordern - für das wir eingetreten sind, bevor die UCK-Nationalisten zu Komplizen des NATO-Überfalls geworden sind -, kann nur ein Deckmantel dafür sein, die imperialistische Intervention zu unterstützen."

Pseudotrotzkisten als Vorreiter von „Menschenrechts"-Imperialismus

Das gehässigste Kriegsgeschrei in den westlichen imperialistischen Ländern kommt nicht vom rechten Flügel des politischen Spektrums, sondern von Liberalen, Sozialdemokraten und den „Linken". In Europa sind es vor allem die sozialdemokratischen/exstalinistischen Regierungen, die den Krieg gegen Serbien führen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Britannien, Frankreich, Italien. Die vorgebliche Linke teilt den zentralen Ausgangspunkt dieser „Linksregierungen": Sie stempelt Milosevic zum Hauptfeind, und nicht die Imperialisten mit ihrer unvergleichlich mächtigeren Militärmaschinerie. Diese Linie der Pseudolinken geht vollkommen einher mit ihrer Unterstützung für die Sozialdemokratie. Für uns Trotzkisten dagegen ist der Imperialismus, wenn er von einer sozialdemokratischen Regierung verwaltet wird, *immer noch Imperialismus.*

Die pseudotrotzkistischen Gruppen, die alle im Umkreis von SPD und/oder PDS sind, weigern sich, Serbien zu verteidigen, das Tag und Nacht von Bundeswehr/NATO-Bomben beschossen wird. Die Cliff-Anhänger der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) jammern wie die PDS über die „Mißachtung der UNO" und einen „Bruch des Völkerrechts", was nichts anderes bedeutet, als einen „friedlichen" Imperialismus herbeizubeten. Linksruck wiederum versucht mit besonders wütendem Antiamerikanismus davon abzulenken, daß es *ihre* SPD-Regierung ist - deren Wahlsieg sie in ihrer Zeitung als „Linksschwenk" und „Klassenbeben" gefeiert haben -, die jetzt zum ersten Mal die Bundeswehr-Bomber losschickt, seit Nazi-Deutschland von der Roten Armee zerschlagen wurde. Linksruck trommelte aktiv für imperialistische Sanktionen - so kritisierten sie Niedersachsens SPD-Innenminister, weil er gegen „das mit Mühe und Not durchgesetzte Landeverbot für jugoslawische Maschinen innerhalb der EU" sei (*Linksruck* Nr. 61, Oktober 1998). Jetzt appellieren diese jämmerlichen Reformisten in Riesenlettern auf ihrer Titelseite an Schröder: „Dafür haben wir Euch nicht gewählt". Nun, genau dafür aber hat die SPD kandidiert: Wie wir vor den Wahlen im *Spartakist* gesagt haben: SPD/PDS sind rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!

Der pseudotrotzkistische Revolutionär-Sozialistische Bund (RSB) intervenierte beim Berliner Ostermarsch mit einem Flugblatt „Weder NATO, noch Milosevic" und forderte mitten im Krieg gegen Serbien: „Recht auf Selbstbestimmung für Kosovo". Damit ergreifen sie genau wie die Gruppe Arbeitermacht (siehe Artikel auf Seite 5) die Seite der lokalen Marionetten des imperialistischen Bombenangriffs, die vor allem vom deutschen Imperialismus finanziert und ausgerüstet wurden. Wie weit der RSB in Nationalismus und Sozialchauvinismus versunken ist, kann man auch daran sehen, daß es in seinem Flugblatt keine einzige Forderung gegen die Bundeswehr gibt! Wie wir im SpAD-Flugblatt schrieben:

> „Unsere pseudotrotzkistischen Opponenten à la GAM und RSB wollen uns weismachen, der Weltimperialismus könne dazu gebracht werden, .rational' vorzugehen, und sie verbreiten die Illusion, daß die kapitalistischen Herrscher mit Hilfe der von ihnen unterstützten SPD/PDS auf den Bau und Einsatz von Atomwaffen verzichten würden. Wir haben kein solches illusionäres Vertrauen in die Bourgeoisie von Auschwitz und ihre imperialistischen Konkurrenten. Dieses System kann nicht durch Druck dazu gebracht werden, friedlicher und menschlicher zu sein. Das imperialistische Profitsystem führt zu einem neuen Weltkrieg, diesmal mit Atomwaffen, der die gesamte Menschheit zu vernichten droht. Es gibt nur eine Klasse auf der Welt, die die Macht hat, die Bourgeoisie zu stürzen, und das ist die Arbeiterklasse. Aber die Arbeiter müssen von der SPD und PDS, die sie an ihren Klassenfeind ketten, gebrochen werden."

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für neue Oktoberrevolutionen, für den einzigen Weg, um ein für alle Mal das kriegstreiberische kapitalistische System weltweit zu beseitigen.»

Trotzkistische Liga Kanadas führt Debatte mit Bolschewistischer Tendenz

BT/Gruppe Spartakus im Lager des Anglo-Chauvinismus

Nachstehend drucken wir einen Artikel aus Spartacist Canada *Nr. 120 (Frühjahr 1999) ab, der Zeitung der Trotskyist League/Ligue trotskyste, kanadische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

Seit Beginn seiner Existenz hat das Häufchen von Aussteigern, Renegaten und zufälligen Elementen namens Bolshevik Tendency (BT; in Deutschland Gruppe Spartakus) uns damit in den Ohren gelegen, wir sollten mit ihnen von Angesicht zu Angesicht debattieren. Diese häufig wiederholte „Herausforderung" hat bei uns normalerweise Widerwillen hervorgerufen und Desinteresse bei Anderen. Vor allem aber stellte sich die Frage: Was gibt es zu debattieren? Die Gründungsmitglieder der BT waren alle einzeln aus unserer internationalen Organisation ausgetreten. Ihr gegenwärtiger internationaler Führer, Bill Logan, ist ein bösartiger Soziopath, der vor 20 Jahren wegen grober Verbrechen gegen kommunistische Moral und elementaren menschlichen Anstand aus unserer Organisation ausgeschlossen worden war. Die sporadisch erscheinende BT-„Zeitschrift" *1917 ist* seit 1997 nicht mehr erschienen.

So kam es nur auf Wunsch Dritter, der Brock Socialist Group, am 13. Februar zu einer öffentlichen Debatte der Trotskyist League mit der Bolshevik Tendency an der Brock-Universität in St. Catharines, Ontario. Die Brock Socialists sind eine Studentengruppe, die den Marxismus studiert und nun zur Vertiefung ihres Verständnisses vom Trotzkismus diese Debatte wünschte. Wir schlugen als geeignetes Thema „Die nationale Frage Quebecs und der Kampf für den Sozialismus" vor, da dies eine zentrale Frage im Kampf für die proletarische Revolution in Kanada ist.

Unser Eintreten für die Unabhängigkeit Quebecs spielt eine Schlüsselrolle für den Kampf, das revolutionäre Klassenbewußtsein unter den Arbeitern voranzubringen. Wie unser Sprecher der TL, Charles Galarneau, erklärte:

> „Chauvinismus und Nationalismus haben den Klassenkampf sowohl in Englisch-Kanada als auch in Quebec zutiefst vergiftet, indem sie englischsprachige und französischsprachige Arbeiter an ihre eigenen kapitalistischen Feinde binden. Die Ursache dafür ist das dauerhafte Fortbestehen zweier getrennter und sich zunehmend auseinanderentwickelnder Nationen innerhalb desselben bürgerlichen Sfaatsgebildes, von denen die eine die andere unterdrückt...
>
> In erster Linie kämpfen wir gegen den Ahornblatt-Chauvinismus in der englisch-kanadischen Arbeiterklasse. Wir sind mit Lenin der Auffassung: ‚Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt „seiner" Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein.' Gleichzeitig unterstützt die Losung für Unabhängigkeit den Kampf gegen den Nationalismus in Quebec, indem sie uns unter den Arbeitern Quebecs Gehör verschafft, wenn wir sie von ihren PQ-nahen Irreführern [Parti Québécois] brechen und für uns gewinnen wollen."

In scharfem Gegensatz dazu ist die BT dafür berüchtigt, *gegen* die Unabhängigkeit Quebecs *aufzutreten.* Deshalb betonte unser Sprecher, daß die Wahl des Diskussionsthemas ganz besonders angemessen war: „Die offen anglochauvinistische Linie der BT enthüllt ihre opportunistischen Positionen und sozialdemokratischen Gelüste - mit anderen Worten, sie verdeutlicht, weshalb die BT *nichts* zu tun hat mit dem Kampf für eine leninistische Partei, die als Volkstribun aller Unterdrückten auftritt."

Bezeichnenderweise ging der Vertreter der BT, Tom Riley, einfach über die abscheuliche Realität nationaler Unterdrückung und ihre Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiter beider Nationen hinweg. In seinem Vortrag und seiner Zusammenfassung redete er insgesamt 40 Minuten lang, ohne auch nur einmal anzuerkennen, daß Quebec eine unterdrückte Nation ist, und ohne auch nur ein einziges Mal den existierenden Anglochauvinismus ausdrücklich zu erwähnen. Dieses Stillschweigen wurde von der BT über mehrere Runden der Diskussion aufrechterhalten, trotz wiederholter Herausforderung durch Genossen der Trotskyist League.

Riley suchte Zuflucht bei historischen Beschreibungen militanter Aktionen der Arbeiterbewegung Quebecs und in Appellen zum „gemeinsamen Klassenkampf". Indem die BT die lähmende Wirkung von Chauvinismus, Rassismus usw. auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse leugnet oder verharmlost, ist solch wohlfeile Einheitsphrasendrescherei jedem Kampf gegen die vielfältigen Formen besonderer Unterdrückung, die der Kapitalismus hervorbringt, entgegengesetzt. Sie äfft geradewegs die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten nach, die jeden Kampf zur Verteidigung der Unterdrückten als Störung der „Solidarität" der Arbeiterbewegung ansieht.

Natürlich versicherte Riley, daß die BT das Recht Quebecs auf Selbstbestimmung verteidige. Das tut heute auch der Großteil der englisch-kanadischen Gewerkschaftsbürokratie, auf dem Papier. Doch ebenso wie die Sozialdemokraten unterstützt die BT in der realen Welt den Status quo einer Anglo-Vorherrschaft. Bei dem knapp gescheiterten Referendum über die Unabhängigkeit Quebecs 1995 zum Beispiel rief die BT offen zur Abgabe einer Nein-Stimme auf, gegen die Unabhängigkeit Quebecs. TL-Sprecher Galarneau betonte, daß „der Aufruf der BT, mit Nein zu stimmen, eine schwerwiegende Kapitulation vor den Anglo-Herrschern bedeutete". Natürlich blieb die Loyalität der BT zur „nationalen Einheit" Kanadas den anglochauvinistischen Machthabern nicht verborgen, die die BT offiziell zur Teilnahme an der hurrapatriotischen Versammlung

Fortgesetzt auf Seite 14

Für die Unabhängigkeit von Quebec!

BT-Debatte...

Fortsetzung von Seite 13

einluden, die von der Bundesregierung am Vorabend des Referendums in Montreal veranstaltet wurde. Genösse Galarneau wies auch darauf hin, daß das einzige Mitglied der BT aus Quebec über diese Frage ausgetreten war und seine ehemaligen Genossen öffentlich für ihren „De-facto-Block mit der kanadischen Bourgeoisie" heftig kritisiert hatte.

Wie unser Sprecher betonte, ist Quebec nicht der erste und auch nicht der einzige Ort, wo die BT sich mit dem chauvinistischen Status quo angefreundet hat. In Britannien leugnen ihre Gesinnungsgenossen, daß Schotten und Waliser in irgendeiner Weise unterdrückt werden, gerade während sie „gemeinsame Arbeit" mit einer Gruppe anstreben, der Socialist Party, die sich hartnäckig weigert, für den Abzug der mörderischen britischen Armee aus Nordirland einzutreten. In Neuseeland bringt die BT kaum die brutale Unterdrückung der einheimischen schwarzen Maori-Bevölkerung zur Sprache. Wie Genösse Galarneau sagte: „Tatsächlich ist die BT auf jedem nationalen Terrain, wo sie existiert, eine leibhaftige Kapitulation vor ihren .eigenen' kapitalistischen Herrschern."

Unser Sprecher führte die absichtliche Blindheit der BT in Fragen der besonderen Unterdrückung auf den vorrangigen Impuls ihrer Gründungsmitglieder zurück:

> „Die anglochauvinistische Position der BT zu Quebec entspricht vollkommen ihren politischen Ursprüngen Anfang der 80er Jahre, als sie immer wieder feige vor der Verteidigung des sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates zurückwichen...
>
> Als zum Beispiel die sowjetische Armee Ende 1979 gegen die von der CIA unterstützten islamischen Mörderbanden in Afghanistan intervenierte, sagten wir ,Hoch die Rote Armee in Afghanistan' und riefen zur ,Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans' auf. Die Sozialdemokraten und Pseudolinken, die mit den imperialistischen Wölfen gegen die Sowjetunion heulten, haßten unsere Losung. Damals schrieben wir, daß die ET (Externe Tendenz, Vorläufer der BT), wenn sie ehrlicher wäre, zugeben müßte, daß auch sie die Losung haßt. Nun, sie brauchten ein paar Jahre dazu, aber schließlich bekannten sie, daß sie, jawohl, die Losung haßten; dabei argumentierten sie, wir würden damit den Stalinisten Vertrauen schenken.
>
> Keineswegs. Vor allem brachten wir damit schlicht und einfach unsere *bedingungslose Verteidigung* des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats gegen den Kapitalismus zum Ausdruck. Und wir erkannten auch, daß der deformierte Ausdruck der Diktatur des Proletariats, wie er von der Sowjetarmee verkörpert wurde, die einzige Kraft war, die dazu imstande war, ein gewisses Maß an Befreiung in Afghanistan zu bewirken, insbesondere für die Frauen.
>
> Die BT ist eine Organisation, die sich in Reaktion auf die Hitze des imperialistischen zweiten Kalten Krieges herausbildete. Von dieser ursprünglichen Kapitulation vor ihren eigenen herrschenden Klassen war es ein kurzer Schritt einen schlüpfrigen Abhang hinunter, sich mit dem Chauvinismus der Bourgeoisie von Kanada bis Britannien und anderswo anzufreunden."

BT kontra Lenin zur Frage des revolutionären Klassenbewußtseins

In seinen Bemerkungen begründete Genösse Galarneau unsere Losung für die Unabhängigkeit Quebecs ausführlich: Sie ist ein Schlüssel im Kampf, die Barrieren gegen *revolutionäres Klassenbewußtsein* unter den Arbeitern auf beiden Seiten der nationalen Scheidelinie zu beseitigen. Diese Perspektive leitet sich ab vom grundlegenden leninistischen Verständnis, daß ohne die Führung durch eine revolutionäre Partei die Arbeiter der einen oder anderen Form von *bürgerlichem Bewußtsein* verhaftet bleiben müssen, wie zum Beispiel nationalem Chauvinismus. Für Kommunisten ist das Eintreten für die Unabhängigkeit Quebecs das Mittel, den Würgegriff des nationalen Chauvinismus zu brechen.



Maclean's

Chauvinistischer Aufmarsch für „kanadische Einheit", November 1995. BT wurde offiziell dazu eingeladen

Bevor dieser Griff nicht gelöst ist, können die Arbeiter nicht für eine revolutionäre sozialistische Perspektive gewonnen werden.

Während die BT den Kampf für revolutionäres Bewußtsein verunglimpft und abtut, bietet sie als Ersatz „militanten Kampf" an. Rileys ganzer Vortrag basierte tatsächlich auf einer direkten Gleichsetzung von Klassenbewußtsein und bloßer gewerkschaftlicher Militanz. Seine „Argumentation" bestand aus einer Liste von binationalen Streiks seit den 60er Jahren, von denen viele durch die explosive Quebecer Arbeiterbewegung jener Zeit entflammt wurden. Auf dieser Grundlage kritisierte er unsere Ansicht, daß die Unabhängigkeit Quebecs unerläßlich sei, um den Arbeitern beider Nationen ihre eigenen Herrscher als den Feind vor Augen zu führen; er machte sich lustig über unsere Feststellung, daß Chauvinismus und Nationalismus das grundlegende Hindernis zur Erlangung revolutionären Klassenbewußtseins und somit für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse darstellen.

Die verkehrte Vorstellung, daß sozialistisches Bewußtsein direkt aus dem militanten Kampf um ökonomische Forderungen entspringt, ist alles andere als neu. Lenin nannte diese Auffassung Ökonomismus und griff sie in seinem 1902 erschienenen Buch *Was tun?* an. Lenin zeigte, daß die Arbeiterklasse nicht imstande ist, durch ihre eigenen Kämpfe spontan ein höheres Bewußtsein als gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln: das Bedürfnis, sich im ökonomischen Kampf gegen Unternehmer und Regierung zu vereinigen. Aber gewerkschaftliches Bewußtsein ist selbst eine Form bürgerlichen Bewußtseins; von sich aus stellt es die kapitalistische Produktionsweise nicht in Frage, sondern versucht nur, die unmittelbaren Bedingungen für die Arbeiter zu verbessern. Revolutionäres Klassenbewußtsein muß in die Arbeiterklasse *von außen* hineingetragen werden durch eine revolutionäre Partei, die die historische Notwendigkeit versteht, die kapitalistische Ausbeutung und

Unterdrückung zu zerstören. Integraler Bestandteil davon ist der Kampf, daß das Proletariat die Sache all der Schichten aufgreift, die unter dem Kapitalismus Opfer besonderer Unterdrückung sind.

In seinem durch und durch ökonomistischen Vortrag wies Riley kein einziges Mal darauf hin, daß die Militanz des Quebecer Proletariats in den 60er und 70er Jahren durch Wut und Opposition gegen nationale Unterdrückung angefacht wurde. Als diese Militanz auf eine Mauer anglochauvinistischer Feindseligkeit stieß, aufgerichtet von der New Démocratie Party (NDP) und der Führung des Canadian Labour Congress (CLC), wurden wütende Quebecer Arbeiter von ihren eigenen nationalistischen Irreführern in die Arme der bürgerlich-nationalistischen Parti Québécois getrieben. Als der TL-Sprecher die chauvinistische Opposition der NDP- und CLC-Bonzen gegen den Quebecer Generalstreik von 1972 beschrieb, der fast zum Aufstand wurde, sprang Riley in die Bresche, um die sozialdemokratischen Verräter gegen jegliche Anschuldigung von Anti-Quebec-Bigotterie zu verteidigen. „Tatsache ist, daß die NDP und [ihr Führer] David Lewis ihr Bestes taten, sich gegen [den Streik] zu stellen und Streikbruch zu begehen, da gibt es gar keine Frage", erklärte Riley. „Aber, Genossen, sie stellten sich dagegen und begingen Streikbruch beim Eisenbahnerstreik 1973, beim Poststreik 1978, beim Eisenbahnerstreik 1995 usw. usf."

Die anglochauvinistischen Sozialdemokraten sind gewiß Streikbrecher. Ihre Aufgabe ist es, die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die nationalen Interessen des Klassenfeindes sicherzustellen - und in diesem Land ist der Schlüssel dafür der ideologische Kleister des Anglochauvinismus. Damit wiederum wird der reaktionäre Nationalismus vertieft und erhärtet, den die Quebecer Gewerkschaftsführer einimpfen. Aber nach Ansicht der BT ist nationaler Chauvinismus einfach kein Faktor. Wie Genösse Galarneau bemerkte: Wenn man die BT erzählen hört,

> „würde man überhaupt nicht wissen, daß die Sozialdemokraten Anti-Quebec-Chauvinismus schüren. Nun, jeder, der Nachrichten sieht, weiß, daß Leute wie [die regionalen Ministerpräsidenten] Bob Rae, Roy Romanow und Glen Clark bereitwillige, aggressive Weichensteller für den Kreuzzug zur ‚nationalen Einheit' sind - genauso wie David Lewis 25 Jahre davor."

Höhnische Gleichgültigkeit gegenüber Unterdrückung

Die patzig ablehnende Haltung der BT zur Frage der nationalen Unterdrückung der Québécois signalisiert und verkörpert ihre Kapitulation vor der anglokanadischen Bourgeoisie. Zweifellos ist für Trotzkisten kaum eine abstoßendere Haltung denkbar oder eine, die sich weiter vom leninistischen Ideal des Volkstribuns entfernt, als die arrogante Verachtung der BT gegenüber besonders unterdrückten Teilen der jeweiligen Gesellschaft, in der sie selbst leben. Genösse Galarneau schilderte in seinem Vortrag ein berüchtigtes und typisches Beispiel:

> „Als wir 1982 in Washington eine Mobilisierung von 5000 Arbeitern/Schwarzen organisierten, die den Ku Klux Klan stoppte, *spuckte* die BT auf diese Arbeit. Eines ihrer Mitglieder nannte das .Ghetto-Arbeit'. Die BT warf uns vor, ‚die Gewerkschaftsarbeit über Bord zu werfen'. Was kann das anderes bedeuten, als daß die BT die Arbeiterklasse getrennt von den schwarzen plebejischen Massen und im Gegensatz zu ihnen sieht - genau die Sichtweise der Gewerkschaftsbürokratie. In Wirklichkeit brachte unsere Mobilisierung in Washington im kleinen Maßstab die Kräfte für eine amerikanische proletarische Revolution zusammen: schwarz und rot. Die Arbeiterbewegung, mit schwarzen Arbeitern als ihrem zentralen Kern, setzt ihre Macht zur Verteidigung der Ghetto-Massen ein, die ebenfalls mobilisiert wurden, und alles unter kommunistischer Führung."

Riley legte dieselbe Geringschätzung an den Tag, als er auf die -wie er es nannte - „Implikationen" der Position der TL zu Quebec für die Vereinigten Staaten zu sprechen kam. Nach der Feststellung: „Die Spaltung zwischen weißen und schwarzen Arbeitern ist mindestens genauso tiefgehend wie die Spaltung zwischen anglo- und frankophonen Arbeitern hier", fragte der BT-Sprecher demagogisch: „Was für ein Schluß ist daraus zu ziehen? Ist Klassenkampf unmöglich? Oder wird er erst möglich, wenn schwarze Arbeiter auf irgendeine Weise von den weißen Arbeitern getrennt worden sind?"

Die nationale Unterdrückung Quebecs und die Unterdrückung der Schwarzen als einer durch Rasse/Hautfarbe definierten Kaste innerhalb der amerikanischen Gesellschaft sind ganz verschiedene Fragen. Allerdings hat die Rassentrennung in den USA den Arbeiterkampf gegen das Kapital stark beeinträchtigt. Doch das heißt noch lange nicht, daß gewerkschaftliche Kämpfe schwarzer und weißer Arbeiter dort „unmöglich" wären, genausowenig wie nationaler Chauvinismus gemeinsame Streiks französisch- und englischsprachiger Arbeiter in Kanada ausschließt. Solange jedoch die amerikanische Arbeiterklasse nicht zum aktiven Verfechter der Befreiung der Schwarzen wird, *wird es kein revolutionäres Klassenbewußtsein und keine sozialistische Revolution in Amerika geben.*

Die Haltung der BT zur Unterdrückung der Katholiken in Nordirland ist auf ähnliche Weise von militanter Gleichgültigkeit durchdrungen. Die BT kritisierte unsere einfache Feststellung, daß jedes imperialistische „Friedens"abkommen über Irland „notwendigerweise auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit gehen und auch protestantischen Arbeitern nichts Gutes bringen würde". Aber das ist eine einfache Tateac/zenfeststellung. Der sogenannte „Friedensprozeß" in Nordirland setzt die fortdauernde Präsenz der britischen Armee voraus, er hat umfangreiche loyalistische Aufmärsche entfesselt und die kommunale Spaltung unter den Arbeitern vertieft.

Die irische nationale Frage entlarvt tatsächlich den falschen Anspruch der BT, in der revolutionären Tradition des Marxismus zu stehen. Es war gerade in der Frage von Irland, daß Marx und Engels die revolutionär-proletarische Haltung zur nationalen Unterdrückung herauszuarbeiten begannen. Während der Debatte machte uns der BT-Sprecher Riley absurderweise den Vorwurf, unser Eintreten für die Unabhängigkeit Quebecs bedeute, daß wir die

Fortgesetzt auf Seite 26

Zentristen der IG hofieren lateinamerikanischen Nationalismus

Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico!

Am 13. Dezember 1998 gingen die Puertoricaner zur Wahl. Es war die dritte Volksabstimmung über den Status der Insel, die in den letzten drei. Jahrzehnten stattfand. Eine knappe Mehrheit wählte „weder noch" (50,2 Prozent); 46,5 Prozent wollten, daß Puerto Rico ein US-Bundesstaat wird; 2 Prozent stimmten für die Unabhängigkeit und weniger als 1 Prozent für eine „freie Assoziation" bzw. einen „Commonwealth"-Status. Das Referendum fand auf Initiative des Gouverneurs von Puerto Rico, Pedro Rosselló, statt - ein getreuer Unterstützer des US-Imperialismus, der sich dafür stark macht, die Insel zum 51. Bundesstaat der USA zu machen. Wie irrelevant der Wille der Bevölkerung für die Machenschaften der Herrschenden ist, entlarvte sich, als Rosselló dreist verkündete, daß die Mehrheit für einen US-Bundesstaat sei, obwohl die Wähler diese Option abgelehnt hatten! Rosselló verdoppelte sofort seine Anstrengungen, den amerikanischen Kongreß - dem Gesetz nach immer noch der Gebieter über das Schicksal Puerto Ricos - dazu zu bewegen, die größte noch verbliebene Kolonie der Welt ganz offen zu annektieren.

Die „Wahlmöglichkeiten" bei diesem Referendum sollten ebenso wie bei den vorherigen Volksabstimmungen dazu dienen, die koloniale Beherrschung der Insel fortzusetzen. Als Stimmungsbarometer für die Sympathien der Bevölkerung war sie reiner Schwindel und nur insoweit nützlich, als die Ergebnisse die brodelnde Unzufriedenheit und die tiefgehende Ambivalenz der puertoricanischen Massen zeigen, für die die Frage des „Status" einer eiternden Wunde der ganzen Nation gleichkommt. Selbst diejenigen, die darauf brennen, der kolonialen Unterwerfung durch die USA zu entkommen, fürchten verständlicherweise einen wirtschaftlichen Niedergang, wenn die Verbindungen zu den USA gekappt würden. Gleichzeitig waren bürgerliche Befürworter des aktuellen „Commonwealth"-Status nicht damit einverstanden, wie dieser auf dem Wahlzettel definiert war, und forderten ihre Anhänger auf, mit „weder noch" zu stimmen.

Die Bewohner der Insel kämpfen darum, die Verwüstungen des Hurrikans George vom letzten September zu beseitigen. Tausende sind immer noch ohne Nahrung und Unterkunft, sie konnten sich deshalb nicht um ein Referendum kümmern, das von einer Regierung durchgezogen wurde, die praktisch nichts getan hatte, um ihre Not zu lindern. Einem Sechstel der Inselbewohner wurde das Wahlrecht aberkannt, weil sie sich nicht rechtzeitig in die Wahllisten eingetragen hatten. Dem Drittel der Puertoricaner, die derzeit ihren Wohnsitz auf dem US-Festland haben, wurde das Recht verweigert, bei diesem Referendum über ihre nationale Zugehörigkeit abzustimmen. Aus diesen und anderen Gründen riefen Anhänger der Unabhängigkeit Puerto Ricos zu einem Boykott des Referendums auf, so daß auch ihre Meinung zu dieser Frage bei der Abstimmung nicht zum Ausdruck kam. Als revolutionäre Internationalisten sind wir Gegner aller kolonialistischen Machenschaften unserer „eigenen" kapitalistischen Herrscher und sagen: *Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico! Raus mit den US-Truppen! Für die revolutionäre Einheit der werktätigen Massen von Puerto Rico und dem Festland im Kampf gegen koloniale Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung!*

Die Polarisierung bei der Abstimmung spiegelt den tiefgehenden Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den nationalen Gefühlen wider. Die



Generalstreik in Puerto Rico, Juli 1998: Wasserwerker marschieren am Gebäude der Telefongesellschaft in San Jüan vorbei. IKL intervenierte bei den Streikenden mit dem trotzkistischen Programm und verteilte eine Übersetzung des VW-Artikels „Ein Jahrhundert Plünderung durch den US-Imperialismus"

WORKERS VANGUARD —Traducido de Workers Vanguard No. 686, 13 de marzo 1998

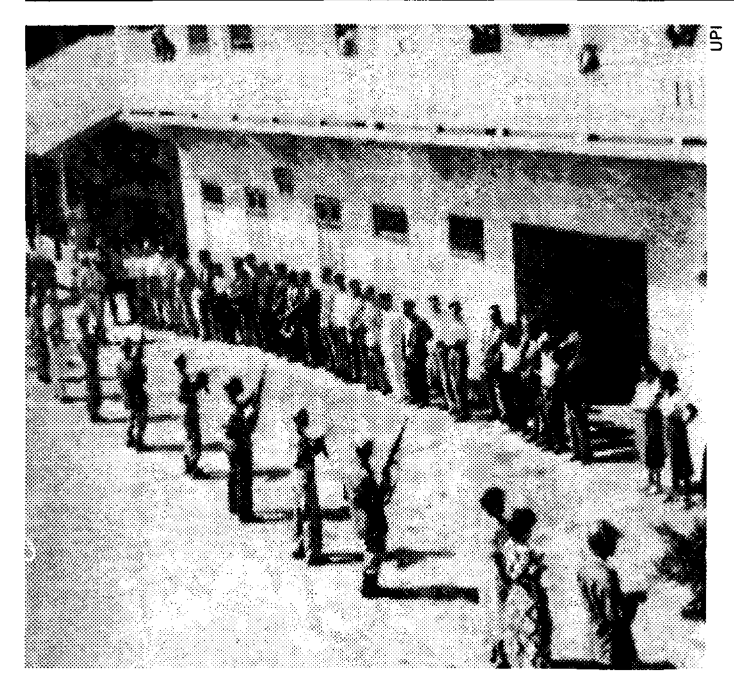
¡Por la defensa militar incondicional de Cuba contra el imperialismo y la contrarrevolución interna!
¡Por el derecho de Puerto Rico a la independencia!

Un siglo de saqueo imperialista estadounidense

¡Por la revolución socialista por todas las Américas!

Al tiempo que preparaban una armada de destrucción masiva ... Hiroshima y Nagasaki por los Estados Unidos en 1945. La cre-

Für sozialistische Revolution auf dem ganzen amerikanischen Kontinent!





Links: Puerto Ricos Nationalgarde verhaftete 1950 mehr als 3000 bei Treibjagd auf Unabhängigkeitskämpfer. Rechts: US-Marshalls zerren 1988 den Nationalistenführer Filiberto Ojeda-Rios vor Gericht, als Teil des Rachefeldzugs gegen puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung.

Puertoricaner, mit ihrer hispanischen Kultur und Sprache, leiden unter dem Joch des imperialistischen Yankee-Kolonialismus. Die Werktätigen auf der Insel werden als Billiglohn-Reservoir von Kapitalisten ausgebeutet, die damit ihre Profitrate maximieren. Als „Bürger" der USA, die bei Bundeswahlen kein Wahlrecht haben und im Kongreß nicht vertreten sind, sind die Puertoricaner politisch entrechtet und leiden unter der klassischen nationalen Unterdrückung eines kolonisierten Volkes. Das Pro-Kopf-Einkommen Puerto Ricos ist nur *halb* so hoch wie das von Mississippi, dem ärmsten US-Bundesstaat. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Puerto Rico lebt unterhalb der Armutsgrenze der USA.

Die Herrscher der USA werden diese Insel nicht einfach aufgeben, die sie während des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 an sich gerissen und anschließend zu einer strategischen Militärbasis in der Karibik ausgebaut haben. In den hundert Jahren US-imperialistischer Vorherrschaft wurde Puerto Rico als zentrale Ausgangsbasis für Militär-Operationen gegen Grenada, die Dominikanische Republik, Zentralamerika und den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Kuba benutzt. Jetzt, wo das U.S. Army Southern Command aus Panama abgezogen ist, schlägt der imperialistische Adler seine Klauen um so tiefer in die Insel Puerto Rico und vergrößert die bisher schon riesige Militärpräsenz der USA.

Der US-Militarismus verschärft die Widersprüche im Leben der Puertoricaner als Bürger zweiter Klasse. Während des ersten imperialistischen Weltkriegs erhielt Puerto Rico 1917 begrenzte Staatsbürgerrechte. Als die USA Dänemark die Jungferninseln abkauften, um damit ihre Vorherrschaft in der Karibik zu stärken, stellte Dänemark ausdrücklich die Bedingung, daß die Bevölkerung Staatsbürgerrechte erhält. Um ihr Image als „demokratischer" Konkurrent beim imperialistischen Gemetzel in Europa aufzupolieren, verlieh der Kongreß auch den Bewohnern Puerto Ricos, dem anderen US-Besitz in der Karibik, die Staatsbürgerschaft.

Die Staatsbürgerschaft kam buchstäblich mit dem Bajonett, denn die jungen puertoricanischen Männer wurden sofort in den Ersten Weltkrieg geschickt und damit direkt der offiziellen Rassentrennung der US-Armee ausgesetzt. Heute stellen Puertoricaner einen überproportional hohen Anteil als Kanonenfutter in den Kriegen des US-Imperialismus. Bezogen auf die Bevölkerungszahl wurden im Koreakrieg beinahe doppelt so viele Puertoricaner getötet wie US-Bürger aus irgendeinem anderen US-Bundesstaat. Der Militärdienst ist in vielerlei Hinsicht die Achillesferse einer fortgesetzten kolonialen Vorherrschaft. Puertoricanische Soldaten und ihre Familienmitglieder kochen vor Wut über die Ungerechtigkeit, für eine Regierung zu kämpfen, die ihnen die nationale Souveränität vorenthält und sie systematisch diskriminiert - sowohl wirtschaftlich als auch sprachlich, rassisch, politisch und kulturell. Die brutale Realität, ihr Leben für eine Regierung riskiert zu haben, die ihnen nicht einmal das Wahlrecht zugesteht, stachelt zur Revolte an. Im Anschluß an jeden Krieg standen heimkehrende Soldaten an der Spitze des wiederauflebenden Strebens nach Unabhängigkeit.

Die furchtbare Zwickmühle für die Puertoricaner sieht so aus: Mit dem kolonialen „Commonwealth"-Status ist das Recht verbunden, auf dem US-Festland zu leben und zu arbeiten, und heute lebt eine große Anzahl von Puertoricanern in New York und anderen Zentren in den USA, wo viele in strategische Sektoren des Proletariats integriert sind. Im Vergleich zum US-Festland sind die Inselbewohner sehr arm, doch im Vergleich zu praktisch all ihren karibischen und lateinamerikanischen Nachbarn - mit der Ausnahme von Kuba - geht es den Puertoricanern erheblich besser, wie Statistiken belegen, die etwas über die Lebensqualität aussagen: Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Lebenserwartung. Das ist die Ausweglosigkeit, die der Kapitalismus den Puertoricanern als „Wahl" bietet: Brosamen vom Tisch der Kolonialherren mit der damit verbundenen Demütigung, Knechtschaft und Ungerechtigkeit, oder „Unabhängigkeit" unter der Knute des US-Imperialismus, was lebensbedrohliche Verelendung bedeutet.

Leninismus und die nationale Frage

Wir Trotzkisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) kämpfen für eine revolutionäre Lösung der nationalen Frage in Puerto Rico. Als unerschütterliche Gegner aller Formen der US-imperialistischen kolonialen Unterdrückung sind wir für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, um gegen den Chauvinismus in den Vereinigten

Fortgesetzt auf Seite 18

Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 17

Staaten zu kämpfen und um der bürgerlich-nationalistischen Führung der Arbeiterklasse in Puerto Rico das Wasser abzugraben. Aber angesichts der offensichtlichen und verständlichen Widersprüche, die die Puertoricaner in dieser Frage haben, treten wir nicht dafür ein, daß ihnen die Unabhängigkeit *aufgezwungen* wird. Die Sympathien der Bevölkerung sind für Marxisten ein wichtiger Faktor, um bestimmen zu können, wie man die nationale Frage von der Tagesordnung bekommen und den Weg für revolutionären internationalistischen Klassenkampf freimachen kann. Deshalb setzen wir uns heute für das *Recht Puerto Ricos auf Unabhängigkeit* ein.

Der Dreh- und Angelpunkt unseres Kampfes in den USA ist der Kampf gegen nationalen Chauvinismus, gegen den „English-only"-Rassismus [gerichtet gegen mehrsprachigen Unterricht, weitere Amtssprachen etc.], gegen militärische und wirtschaftliche Unterdrückung durch den Imperialismus, gegen die US-Basen, die nicht nur die Werktätigen von Puerto Rico bedrohen, sondern die Proletarier in der ganzen Region und besonders in Kuba. Wir treten für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates Kuba gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution ein. Wir kämpfen für die Freilassung der puertoricanischen nationalistischen politischen Gefangenen und wollen erreichen, daß dieser Kampf zu einem dringenden Anliegen für das nordamerikanische Proletariat wird. Durch solche Kämpfe wollen wir die ideologischen Fesseln der chauvinistischen Irreführer der Arbeiterbewegung sprengen, die die Arbeiter an ihre Ausbeuter ketten und zu diesem Zweck falsches Bewußtsein schüren, insbesondere Rassismus gegen Immigranten und Protektionismus zur angeblichen Rettung von Arbeitsplätzen.

In Puerto Rico selber liegt der Schwerpunkt unseres Programms auf dem Kampf gegen bürgerlich-nationalistische Kräfte, die versuchen, den proletarischen Kampf durch die gefährliche und falsche nationalistische „Einheit" der puertoricanischen Arbeiterbewegung mit der einheimischen Bourgeoisie abzuwürgen. Wir kämpfen für die internationale Klasseneinheit der Arbeiter Puerto Ricos und der Vereinigten Staaten sowohl gegen die US-Kapitalisten als auch gegen die einheimischen bürgerlichen Statthalter. Unser Kampf geht um die Macht der Arbeiter - eine siegreiche Arbeiterregierung von Puerto Rico wird entscheiden, wie sie ihre nationale Selbstbestimmung ausübt. Nur unter der Führung des Proletariats kann die koloniale Revolution eine eindeutig fortschrittliche revolutionäre Bedeutung haben.

Puerto Rico ist eine Gesellschaft, die wirtschaftlich direkt mit den USA verbunden ist, kulturell und sprachlich allerdings mit den werktätigen Massen in ganz Lateinamerika und einem Großteil der Karibik. Wie es Puerto Rico gelingen wird, sich vom Joch des Yankee-Imperialismus zu befreien und die nationale Unabhängigkeit zu erreichen, ist nicht vorherbestimmt. Ein revolutionärer sozialistischer Umsturz in den USA würde Puerto Rico innerhalb einer Minute die Unabhängigkeit geben und dazu in großem Umfang Wirtschaftshilfe. Der Funke kann auch von der anderen Seite zünden, indem das militante Proletariat in Puerto Rico Kämpfe auf dem Festland inspiriert, und damit auch einen politischen Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft der USA über die Insel. Proletarischer Widerstand gegen die drohende kapitalistische Konterrevolution in Kuba würde Auswirkungen auf Puerto Rico haben; das gleiche gilt für jeden Versuch, das US-Mordarsenal der riesigen Militäreinrichtungen in Puerto Rico gegen Kuba einzusetzen oder irgendwo sonst in der Region. Eine proletarische Revolte in Mexiko würde das spanischsprachige puertoricanische Proletariat sicher genauso zum Widerstand gegen den US-Imperialismus inspirieren.

Die besonderen Bedingungen und einzelnen Schritte bei der Erlangung der Unabhängigkeit - oder der freiwilligen Integration - können sich auf vielerlei Art und Weise entwickeln. Unsere Forderung für eine *sozialistische Föderation der Karibik* entspringt unserer allgemeinen Konzeption für Arbeiterherrschaft, auf dieses Gebiet bezogen, wir wissen jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht, wie dies konkret ablaufen wird. Als Leninisten kämpfen wir dafür, der bürgerlich-demokratischen Forderung nach Unabhängigkeit für Puerto Rico eine proletarisch-revolutionäre Achse zu geben, ohne die alles Gerede von „Freiheit" und „Souveränität" nur ein Haufen leerer Phrasen ist, gedroschen von bürgerlichen Nationalisten, die an der Unterdrückung „ihres eigenen" Volkes interessiert sind.

Puerto Rico ist eine lebendige Bestätigung für die Gültigkeit des Programms der *permanenten Revolution,* das zuerst vom marxistischen Führer Leo Trotzki im Zusammenhang mit der fehlgeschlagenen russischen Revolution von 1905 entwickelt wurde. In den wirtschaftlich rückständigen Ländern sind die Bourgeoisien zu schwach, korrupt und abhängig vom Imperialismus, als daß sie die anstehenden Aufgaben - wie die nationale Befreiung -, die historisch mit den bürgerlichen Revolutionen in Verbindung gebracht werden, lösen könnten. Konsequenterweise kann die Erfüllung der bürgerlich-demokratischen Aufgaben nur durch die proletarische Machteroberung erreicht werden, mit der notwendigerweise die sozialistischen Aufgaben unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt werden, genauso wie der Kampf für die Ausweitung der Arbeiterherrschaft auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Unsere Herangehensweise an die nationale Frage in Puerto Rico stammt direkt vom Führer der Bolschewiki, W. I. Lenin. Als er das Proletariat aus dem zaristischen „Völkergefängnis" an die Macht führte, hatte Lenin ein ausgeprägtes Verständnis dafür, wie notwendig der Kampf gegen alle Formen nationaler und kolonialer Unterdrükkung ist, um die Einheit und die Integrität des Proletariats als Triebkraft der sozialistischen Revolution zu fördern. Hierbei trat Lenin den opportunistischen „Sozialisten" der Zweiten Internationale scharf entgegen - vor allem den Westeuropäern, deren „eigene" nationale Frage zum größten Teil bis 1871 gelöst worden war. Sie hatten sich den Chauvinismus der kapitalistischen Herrscher zu eigen gemacht und die Lösung der nationalen Frage aller anderen Nationen, z. B. durch die Abspaltung unterdrückter Nationen, für „undurchführbar" erklärt. Lenins scharfe dialektische Herangehensweise kommt in seinem Artikel vom Juli 1916, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", zum Ausdruck:

> „Der Schwerpunkt der internationalistischen Erziehung der Arbeiter in den unterdrückenden Ländern muß unbedingt darin liegen, daß sie die Freiheit der Lostrennung der unterdrückten Länder propagieren und verfechten. Ohne das *gibt es keinen* Internationalismus. Wir haben das Recht und die Pflicht, jeden Sozialdemokraten einer unterdrückenden Nation, der *keine* solche Propaganda treibt, als Imperialisten und Schurken zu behandeln...
>
> Umgekehrt muß der Sozialdemokrat einer kleinen Nation den Schwerpunkt seiner Agitation auf das *zweite* Wort unserer allgemeinen Formel legen: .freiwillige *Vereinigung*[1] der Nationen. Er kann, ohne seine Pflichten als Internationalist zu verletzen, *sowohl* für die politische Unabhängigkeit seiner Nation *als auch* für ihren Anschluß an den Nachbarstaat X, Y, Z usw. sein. In allen Fällen aber muß er *gegen* die kleinnationale Beschränkt-

heit, Abgeschlossenheit und Isolation kämpfen, für die Berücksichtigung des Ganzen und allgemeinen, für die Unterordnung der Interessen des Teils unter die Interessen der Gesamtheit.

Leute, die sich nicht in diese Frage hineingedacht haben, finden es .widerspruchsvoll', wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen auf der ,Freiheit der *Lostrennung'* beharren, die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen dagegen auf der ,Freiheit der *Vereinigung'.* Etwas Überlegung zeigt jedoch, daß es einen *anderen Weg* zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen anderen Weg aus *der gegebenen* Lage zu diesem Ziel nicht gibt und nicht geben kann."

Nordens Gruppe: Yankee-Lügner für eine Schwindel-Internationale

Die Spartacist League und die IKL sind in der letzten Zeit das Ziel schriller Angriffe der Internationalist Group (IG) des früheren *Workers-Vanguard-Rsdakteurs* Jan Norden, die die dreiste Lüge verbreitet, die „IKL gibt den Kampf für die Unabhängigkeit Puerto Ricos auf" *(Internationalist,* November/Dezember 1998). Die IG tönt lauthals, wir seien zu „Kolonialisten-Sozialisten", „Kautskyanern" geworden und wären sogar „nicht in die KI [Kommunistische Internationale] aufgenommen worden". Von einem medizinischen Standpunkt aus sind die Phantastereien Beweis genug für ihre Dementia und ihre Verachtung der sozialistischen Öffentlichkeit: *Jede Behauptung ist eine Lüge, wie jede Untersuchung der Veröffentlichungen und der Arbeit der IKL beweist.* Leider können wir nicht einfach nur die hysterische Degeneration der Norden-Gruppe (mit Schadenfreude) beobachten. Dem Dauerbombardement von Lügen könnte es gelingen, Konfusion und Zweifel zu säen, besonders bei einem entfernteren Publikum, das wenig Gelegenheit hat, die IKL selber zu überprüfen. Nordens Gruppe weiß das und setzt daran an.

Die Frage ist: *Warum lügen sie?* Sie verleumden die IKL, weil wir den *Klassenverrat* von Nordens „League for a Fourth International" (LFI) entlarvt haben. Norden versuchte anfangs, seine Abkehr vom Trotzkismus mit der großspurigen Macho-Idiotie zu verschleiern, daß die IKL „ihre Hände aus kochendem Wasser gezogen" habe und vor dem Klassenkampf in Brasilien „davongelaufen" sei, als wir in prinzipienfester Weise mit den Gewerkschaftsopportunisten der LQB (Liga Quarta-Internacionalista do Brasil) brachen. Die LQB übernahm zuerst Beraterposten für einen prinzipienlosen Block, um eine von Bullen durchsetzte Gewerkschaft städtischer Arbeiter (die SFPMVR) in Volta Redonda zu kontrollieren. Als die IKL die LQB dazu drängte, das Prinzip umzusetzen, dem sie nach eigener Aussage zustimmten, nämlich daß Bullen kein Teil der Arbeiterbewegung sind und nicht in eine Gewerkschaft gehören, fiel ihr verrotteter Block auseinander, und es entstand ein schmutziger Kampf um die Kontrolle der Gewerkschaft. Die LQB zog dann die bürgerlichen Gerichte in die Gewerkschaft hinein, um ihre eigenen Positionen an der Spitze der Gewerkschaft zu schützen, zu denen auch Posten zählten, für die keine Wahlen stattgefunden hatten. Nordens Gruppe hat nie die Aufforderung beantwortet, die Dokumentation (Verfahren mit den Aktenzeichen 30 831, 30 832, 30 833 beim Gericht von Volta Redonda) zu veröffentlichen, die beweist, daß sein Verein die Gewerkschaft an den bürgerlichen Staat gekettet hat. (Ausführliche Informationen dazu in *Workers Vanguard* Nr. 669 und 671 vom 30. Mai und 1I.Juli 1997)

Man fragt sich schon, was eigentlich aus der Heldengeschichte der LQB in der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter geworden ist. Nach mehr als zwei Jahren von Internet-Veröffentlichungen der IG, in denen zur Solidarität mit ihren brasilianischen Genossen gegen die Repression des bürgerlichen Staates aufgerufen wurde, und widersprüchlichen Behauptungen, daß einerseits die LQB die Bullen aus der Gewerkschaft geworfen habe und daß andererseits der ehemalige Bulle und LQB-Mitglied Geraldo Ribeiro aus dem Präsidium der SFPMVR hinausgeworfen worden sei, aber immer noch „den Willen der Arbeiter" zum Ausdruck bringen würde, ist die IG merkwürdig schweigsam geworden. Die sozialistische Öffentlichkeit, die von den Cyberspace-Veröffentlichungen der IG bombardiert wird, hat ein Recht darauf zu erfahren: Was ist denn nun aus der Behauptung der IG geworden, daß sie die Bullen aus der Gewerkschaft geworfen hätten? Wer ist denn nun wirklich Präsident der SFPMVR? Was ist dran an der mündlichen Behauptung der IG, daß die SFPMVR überhaupt keine Gewerkschaft mehr sei, wahrscheinlich weil die bürgerlichen Gerichte das LQB-Mitglied Ribeiro trotz seiner vielen Verfahren gegen die Gewerkschaft nicht wieder in sein Amt eingesetzt haben? Es ist unglaublich, daß in der ersten Ausgabe des *Internationalist* seit mehr als sechs Monaten der „kochende Topf" von Volta Redonda vom Herd der LFI heruntergenommen wurde, ohne auch nur ein Wort der Erklärung!



Harvard College Library

Kongreß von Baku 1920 im sowjetischen Aserbaidschan, organisiert von der Kommunistischen Internationale, um revolutionären Kampf bei unterdrückten Völkern des Ostens zu verbreiten

Hier haben wir den Hintergrund für die neuen Lügen, daß die IKL in bezug auf Puerto Rico sozialchauvinistisch geworden sei. Nordens LFI steckt ganz schön in der Klemme. Ihr Klassenverrat in Volta Redonda fügte dem Proletariat Schaden zu und diskreditierte sie als die opportunistischen Schaumschläger, die sie sind. Ihre französische „Sektion" ist eine Fata Morgana, die man nirgendwo in der gesamten französischen Linken zu Gesicht bekommt. Und in ihrem nordamerikanischen Hauptquartier hat die Internationalist Group in den zweieinhalb Jahren ihrer Existenz

Fortgesetzt auf Seite 20

Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 19

keine einzige öffentlich angekündigte Veranstaltung durchgeführt! Norden kann seine politische Abkehr vom Trotzkismus und von der IKL nicht rechtfertigen, deshalb greift er zu den üblichen, gegen „Gringos" hetzenden Lügen von lateinamerikanischen Nationalisten, um seine Pseudointernationale zusammenzuhalten. Schmutz auf die IKL zu werfen ist auch die Eintrittskarte zu den nationalistischen Milieus der Klassenzusammenarbeit, denen Norden hinterherkriecht - Milieus, die durch und durch feindlich gegenüber dem bolschewistischen Programm und den bolschewistischen Praktiken der IKL sind. *Deshalb lügen sie.* Die Lügen der IG sind eine milde Form der Gewalttätigkeit von politischen Feiglingen, die ihre Randexistenz rechtfertigen wollen und die keine politische Rechtfertigung geben können für ihren Verrat an den Prinzipien, die sie angeblich hochhalten.

Doppelzüngigkeit und imperialistische Arroganz

Die IG behauptet, sie „tritt ein für die Unabhängigkeit" Puerto Ricos, und will glauben machen, dies sei der Kern ihrer Differenzen zur IKL. Jeder Winkeladvokat weiß: Wenn das Gesetz gegen einen ist, dann verdreht man die Beweise; wenn die Beweislage gegen einen ist, dann verdreht man das Gesetz; wenn beides gegen einen spricht, dann haut man auf den Tisch. Wie kräftig die IG aber auch immer auf den Tisch haut, es gelingt ihr nicht, ihre lachhaften Fälschungen zu kaschieren.

Die IG behauptet, daß die IKL eine „glatte Kapitulation vor ‚ihrer eigenen' Bourgeoisie" betreibe, weil wir zur Zeit nicht die Unabhängigkeit propagieren, d. h. weil wir jetzt nicht die Position vertreten, daß sich Puerto Rico von den USA lostrennen *muß.* Der *Internationalist* zitiert unsere Position, die im *Workers Vanguard* Nr. 696 (11. September 1998) abgedruckt ist:

> „Marxisten verteidigen das Recht Puerto Ricos auf Selbstbestimmung und unterstützen Kämpfe für Unabhängigkeit, um dem US-Imperialismus einen Schlag zu versetzen und die nationale Frage von der Tagesordnung in Puerto Rico streichen zu können. Aber wir sind nicht dafür, irgend jemandem eine Annexion, Föderation oder selbst die Unabhängigkeit aufzuzwingen, am allerwenigsten durch den rassistischen US-Imperialismus.
>
> Wir *treten* zur Zeit nicht *ein* für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, gerade auch weil die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt nicht dafür ist."

Weiter hinten im Artikel ist die eigene Position der IG begraben, die in klassisch zentristischer Manier zuerst vor dem Nationalismus kapituliert und dann versucht, dies damit zu bemänteln, daß sie sich die marxistische Position der SL/U.S. ausborgt. Sich selbst von einem Satz zum anderen widersprechend, *tritt* die IG *ein* für die Unabhängigkeit, während sie zugleich argumentiert, daß sie für die Unabhängigkeit *nicht eintreten* würde, wenn dies der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung entgegenstünde - ein lebendiges Beispiel, warum Trotzki den Zentrismus als „kristallisierte Konfusion" beschrieben hat:

> „Die Internationalist Group und die League for thé Fourth International treten ein für die Unabhängigkeit Puerto Ricos, um dem US-Imperialismus einen Schlag zu versetzen und weil der internationale Klassenkampf nur dadurch vorwärts kommen kann, daß die nationale Unterjochung der Kolonialherrschaft aufgebrochen wird. Wir unterstützen Kämpfe für Unabhängigkeit von kolonialer Herrschaft, selbst wenn sie von kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften angeführt werden..."
>
> Nächster Absatz:
>
> „Zur gleichen Zeit bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß gegenwärtig eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Puerto Ricos - wie verzerrt auch immer das bei einer Volksabstimmung in einer Kolonie zum Ausdruck kommt - nicht für die Unabhängigkeit ist. Weil das Recht auf Selbstbestimmung eine demokratische Frage ist und die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat, der Bevölkerung Puerto Ricos die Unabhängigkeit gegen ihren Willen aufzuzwingen - besonders deshalb, weil der Anstoß zu einer Lostrennung von rechten Reaktionären kommt -, betonen wir unsere Verteidigung von Puerto Ricos Recht auf Unabhängigkeit."

Wie es aussieht, steht Norden ganz schön dumm da. Soviel zu der hirnverbrannten Behauptung der IG, daß es einer Kapitulation vor dem US-Imperialismus gleichkomme, wenn man den Willen der unterdrückten Bevölkerung berücksichtigt!

In Anerkennung der sehr realen Widersprüche bei den unterdrückten puertoricanischen Massen hat die Spartacist League/U.S. 1993 unsere Position zur nationalen Frage in Puerto Rico überprüft und unsere zentrale Losung entsprechend geändert: „Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico!" Dies war die Überschrift unseres Artikels in *Workers Vanguard* Nr. 588 (19. November 1993), und Norden, damals noch Redakteur von *WV*, erklärte sich mit der Änderung einverstanden. Heißt das, daß er ein Kautskyaner war, oder war er einfach ein politischer Feigling, der keinen Mumm hatte, seine (abweichende) Position auszudiskutieren?

Nordens tatsächliche, langjährige Position, die einen Beigeschmack von imperialistischer Yankee-Arroganz hat, war: „Unabhängigkeit, ob sie es wollen oder nicht". Üblicherweise stolzierte Norden jedesmal, wenn ein Artikel über Puerto Rico für den *WV* diskutiert wurde, im Redaktionsbüro umher und sagte genau das. Diese Linie fand unglücklicherweise einmal Eingang in einen veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Puerto Rico at the Crossroads" [Puerto Rico am Scheideweg] *(WV* Nr. 374, 8. März 1985), wo es hieß: „Zwar sind *zur Zeit* die puertoricanischen Massen nicht für eine Lostrennung von der US-Herrschaft, doch ob es ihnen paßt oder nicht, sind Kommunisten für die Unabhängigkeit." Ob es ihnen paßt oder nicht? Lenin hatte ein paar treffende Worte für Leute, die den Marxismus in der nationalen Frage derart vulgärökonomistisch entstellen:

> „Wird nun der siegreiche Sozialismus, der auf der ganzen Linie die vollkommene Demokratie wiederherstellen



Zayas/El Nuevo Dia

Juli 1998: Bürgermeister von Ponce an der Spitze einer Demonstration zur Unterstützung der Telefonarbeiter beim Generalstreik. Die Streikführung stellte CAOS, ein Bündnis der Klassenzusammenarbeit, das Gewerkschaften und bürgerlich-nationalistische Parteien aneinanderkettet

und zu Ende führen wird, auf die *demokratische'* Bestimmung der Staatsgrenzen verzichten? Wird er mit den ‚Sympathien' der Bevölkerung nicht rechnen wollen? Es genügt, diese Fragen zu stellen, um klar zu sehen, wie unsere polnischen Kollegen vom Marxismus weg dem Imperialistischen Ökonomismus' zutreiben...

Der Kapitalismus tut diesen Sympathien Gewalt an und vermehrt dadurch die Schwierigkeiten bei der Annäherung der Nationen. Der Sozialismus, der die Produktion *ohne* Klassenunterdrückung organisiert und den Wohlstand *aller* Staatsangehörigen sichert, gewährt dadurch den ‚Sympathien' der Bevölkerung *freien Spielraum* und erleichtert und beschleunigt gerade kraft dessen gewaltig die Annäherung und Verschmelzung der Nationen." („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", Juli 1916)

Lenins Hauptpolemik zur nationalen und kolonialen Frage trug nicht den Titel „Lostrennung jetzt und für immer!", sondern vielmehr: „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" (Februar bis Mai 1914). Im Gegensatz zu den Lügen der Internationalist Group lautet Lenins Position:

„Soll man bei jeder Nation auf die Frage nach der Lostrennung mit ‚Ja oder Nein' antworten? Das scheint eine eminent .praktische' Forderung zu sein. In Wirklichkeit aber ist sie töricht; metaphysisch in theoretischer Hinsicht, führt sie in der Praxis zur Unterordnung des Proletariats unter die Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vordergrund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet. Theoretisch läßt sich nicht im voraus mit Sicherheit sagen, ob die Lostrennung einer Nation oder ihre gleichberechtigte Stellung neben einer anderen Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist *in beiden Fällen* wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern; für die Bourgeoisie ist wichtig, diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben zugunsten der Aufgaben der ‚eigenen' Nation in den Hintergrund schiebt. Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des *Rechts* auf Selbstbestimmung, ohne einer Nation *irgend etwas auf Kosten* einer anderen Nation zu garantieren, zu gewährleisten."

Für wirkliche Marxisten stellt sich die Frage folgendermaßen: Wie kann man unter den gegebenen historischen Bedingungen am besten den Einfluß des Nationalismus und Chauvinismus brechen und die Arbeiter gegen ihre eigene Bourgeoisie ausrichten. Die Schlußfolgerung des *Kommunistischen Manifests* besteht darin, daß die Arbeiterklasse kein Vaterland hat. Um zu einer weltweiten sozialistischen Planwirtschaft zu gelangen, kämpfen Leninisten dafür, die nationale Unterdrückung zu beseitigen, die die Einheit des internationalen Proletariats vergiftet. Die Lösung ist nicht zu jeder Zeit an jedem Ort gleich, genau wie die Politik für ein Land auch nicht mechanisch auf ein anderes übertragen werden kann.

IG-Nationalisten zum Generalstreik in Puerto Rico

Der zweitägige Generalstreik gegen die Privatisierung der Telefongesellschaft von Puerto Rico am 7./8. Juli 1998 zeigt die Doppelzüngigkeit der IG, die dazu dient, sich besser dem bürgerlichen Nationalismus anzubiedern. Der Streik, der vor dem Hintergrund der Hundertjahrfeier der Kolonialherrschaft der USA über Puerto Rico stattfand, hatte den Charakter eines politischen Protests. Die politische Unabhängigkeit des Proletariats wurde dem Programm der bürgerlichen Nationalisten untergeordnet, die die Unzufriedenheit im Proletariat über die Privatisierung dazu ausnutzten, ihre eigenen Interessen voranzutreiben. Die Internationalist Group verschleierte die Bedeutung der Nationalisten, indem sie leugnete, daß diese auch nur irgendeine Rolle in der Streikbewegung gespielt hätten! Die IG fälschte sogar den Namen des *Bündnisses der Klassenzusammenarbeit,* das den Streik geführt hat, um die bürgerlichen politischen und rechten religiösen Elemente nicht erwähnen zu müssen.

Der Streik wurde von CAOS angeführt. In ihrer Propaganda wird CAOS von der IG als „Umfassendes Komitee von Gewerkschaftsorganisationen" bezeichnet. Tatsächlich steht CAOS für „Comité Amplio de Organizaciones Sindicales, Cîvicas y Religiosas", was von den Zeitungen und CAOS selber als „Groß-Komitee von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, religiösen, kulturellen, politischen, studentischen und Umweltschutzorganisationen" übersetzt wurde. Die Auflösung der proletarischen Zentralität in einen breiten nationalistischen Sumpf, der den Streik (in die Irre) führte, war ein bewußter Schachzug der Nationalisten, der allerdings nicht reibungslos funktionierte. CAOS entstand aus einer Auseinandersetzung heraus, an der auch der Präsident der Gewerkschaftsföderation CPT (Central Puertorriquefta de Trabaj adores) beteiligt war, der ein Komitee als Dachorganisation haben wollte, das nur aus Puerto Ricos drei Gewerkschaftsverbänden besteht. Er wurde ausmanövriert, und CAOS wurde explizit als „breite Bewegung" des „ganzen Volkes" gegründet, d.h. als Netzwerk der Klassenzusammenarbeit.

Nordens IG stellt CAOS verlogen als eine „Dachorganisation von Gewerkschafts- und linken Organisationen" hin und behauptet, daß die bürgerliche Puertoricanische Unab-

Fortgesetzt auf Seite 22

Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 21

hängigkeitspartei (PIP) „nicht dazugehörte (auch keine Politiker der PIP oder PPD)". Die IG leugnet die Mitwirkung bürgerlicher Elemente, damit sie vor ihnen kapitulieren kann. Aber indem die IG solch dreiste Lügen abdruckte, sägte sie genau den Ast ab, auf dem sie saß. CAOS selber und auch ein Link auf der Web-Seite der Gewerkschaft UTIER veröffentlichten die Liste der *CAOS-Delegierten* bei der Versammlung, die zur Planung des Streiks stattfand. Bei dieser Versammlung, die im Juni in Carolina abgehalten wurde, gab es auch die folgenden Teilnehmer: den Delegierten Nr. 29 „Nuevo Movimiento Independentista (Julio Muriente)" und den Delegierten Nr. 31 „Partido Independentista Puertorriqueno (Victor Garcia San Inocencio)" !

Die Lügen dienen einfach zur Verschleierung der politischen Kapitulation der IG. Offensichtlich war die IG nicht



Henissart

Dezember 1960: Algerische Massen beim mutigen Protest gegen französische Kolonialherrschaft. Algerien errang 1962 die Unabhängigkeit

imstande, gegen die enge Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit bürgerlichen Nationalisten und der katholischen Kirche während des Streiks zu polemisieren, denn sie leugneten, daß diese ein Faktor waren. Nachdem die IG den Streik aufgeregt als „Enscheidungsschlacht" für das Proletariat bezeichnet hatte, enthielt sie sich jeglicher Kritik an den Verbindungen der Bürokratie mit den Nationalisten, *bis der Streik vorbei war.* Dadurch machte sie sich zum stillschweigenden Komplizen der klassenkollaborationistischen Führung.

Während des Streiks selber ging das *Maximum* an Kritik, die die IG gegenüber der Führung vorbrachte, nicht darüber hinaus, wie viele Stunden man streiken sollte! Sie schrieb: „Die größte Schwäche des Arbeiterkampfes gegen die Privatisierung gibt es an der Spitze, wo Gewerkschaftsbürokraten sich darüber in den Haaren lagen, ob der Streik begrenzt oder unbegrenzt sein sollte, wann man ihn ausrufen sollte oder ob man überhaupt streiken sollte." Die zentrale Frage des politischen Bewußtseins des Proletariats, seiner Klassenunabhängigkeit, wird kaum erwähnt, ganz zu schweigen von einem expliziten Kampf gegen die nationalistischen Gewerkschafts-Irreführer.

Kaum war der Streik vorbei, packte die IG ihre Fan-Klamotten wieder weg und zog sich die Robe des Pseudotrotzkismus über. Bei einer (nicht öffentlichen) Schulung über den Streik in Puerto Rico, die als Artikel im letzten *Internationalist* abgedruckt wurde, gibt die IG die neue Richtung vor: „Infolge«des bürokratischen Verrats scheiterte der Streik - dies ist der harte Fakt, dem Marxisten und alle Verteidiger der Sache der Arbeiterbewegung ins Gesicht sehen müssen." Erst jetzt verurteilt die IG die „Independentista-Einheit" zwischen der Gewerkschaftsbewegung und bürgerlichen Parteien wie der PIP. Bei „Verteidigern der Sache der Arbeiterbewegung" wie der IG, wer braucht da noch Ausverkäufer?

Der klarste Ausdruck dafür, wie die IG sich an den Nationalismus anbiedert und den Kampf für die Schmiedung einer leninistischen proletarischen Partei ablehnt, ist ihre Verurteilung der IKL, daß wir nicht *innerhalb Puerto Ricos* für Unabhängigkeit eintreten. Sie schreiben: „Für jeden revolutionär gesinnten Kämpfer in Puerto Rico wäre diese Linie eine politische Bankrotterklärung." Somit gibt die IG den revolutionären internationalistischen Zweck des Leninismus auf: Chauvinismus in der Unterdrückernation zu bekämpfen und Nationalismus im unterdrückten Land zu bekämpfen.

In ähnlicher Weise enthielt das „Programm der Klassenkampf-Fraktion", das von der LQB, brasilianische Schwesterorganisation der IG, vorgelegt wurde (übersetzt in *Internationalist*, Januar/Februar 1998), *kein einziges Wort* über die Notwendigkeit, den in der ganzen brasilianischen Linken vorherrschenden nationalistischen Einfluß zu bekämpfen. Dabei ist in ganz Lateinamerika der Kampf gegen bürgerlichen Nationalismus *der Schlüssel* zur Perspektive der permanenten Revolution, die der einzige Weg zur Zerstörung der kapitalistischen Ordnung ist. Mit ihrem Hang zur Kapitulation könnte die IG in ihrer eigenen Badewanne nicht gegen den Strom schwimmen. Aber sicherlich träumt Norden von einem größeren Gewässer ... Professor Comandante Norden, als Möchtegern-Mitglied einer neuen herrschenden Klasse in Puerto Rico, zusammen mit seinem Getreuen, Bischof Negrete!

Algerien, Vietnam, Irland

Die Polemik der IG ist da am absurdesten, wo sie die heutige Situation in Puerto Rico mit den Unabhängigkeitskämpfen in Algerien, Vietnam und Irland vergleicht - als ob jede dieser historischen Situationen gleich oder auch nur ähnlich gewesen wäre. Es gab einen gar nicht mal so unbedeutenden Kampf, *Algerienkrieg* genannt, bei dem nach acht Kriegsjahren und mehr als einer Million Toten die französischen Imperialisten rausgeschmissen wurden. Was Vietnam angeht: Auch dieser Kampf für die Unabhängigkeit war keine Sache von Volksabstimmungen, sondern ein *jahrzehntelanger Krieg.* Er begann mit Streiks in den Städten und Rebellionen auf dem Land, organisiert von der Kommunistischen Partei in den 30er Jahren, führte 1954 bei Dien Bien Phu zur Vertreibung der Franzosen aus Indochina, und brachte schließlich den Sieg über den imperialistischen US-Koloß, was 1975 in einer sozialen Revolution gegen die kapitalistische Kolonialherrschaft im Süden gipfelte. Was Irland betrifft, dauert der Kampf für die Unabhängigkeit schon *Jahrhunderte,* er geht zumindest zurück auf Wolfe Tone und die Rebellion der United Irishmen von 1798, die die Unabhängigkeit von England erreichen wollten.

Die IG sollte sich mit dem Kampf für die irische Unabhängigkeit vertraut machen, denn er ist sehr lehrreich in bezug auf die *imperialistische* Beziehung zwischen der nordamerikanischen IG und ihrem mexikanischen Grüppchen. Die angebliche mexikanische Gruppe der IG hat noch nicht einmal den Anschein von organisatorischer Unab-

hängigkeit, sie wird im Gründungsdokument der selbsternannten „League for thé Fourth International" überhaupt nur als Anhängsel eines Schrägstrichs erwähnt: „die Internationalist Group (U.S./Mexiko)" *(Internationalist,* April/ Mai 1998)! In der ersten Internationale kämpfte Engels dagegen, daß nationale Sektionen wie koloniale Anhängsel behandelt wurden, auch was ihren Status in der Organisation betraf. Gegen Vorschläge, daß die irischen Genossen der britischen Sektion untergeordnet sein sollten, argumentierte Engels: „Wenn Mitglieder der Internationale, die einer erobernden Nation angehören, die Nation, die erobert worden ist und weiterhin unterdrückt wird, aufforderten, ihre spezifische Nationalität und Lage zu vergessen, .nationale Differenzen beizulegen' usf., so wäre das kein Internationalismus, sondern nichts weiter, als ihnen Unterwerfung unter das Joch zu predigen, und ein Versuch, die Herrschaft des Eroberers unter dem Deckmantel des Internationalismus zu rechtfertigen und zu verewigen... Wenn die Initiatoren dieses Antrages so bis zum Rande vom wahren internationalen Geist erfüllt sind, so mögen sie das dadurch beweisen, daß sie den Sitz des Britischen Föderalrats nach Dublin verlegen und einem Rat von Iren unterstellen." („Über die Beziehungen zwischen den irischen Sektionen und dem Britischen Föderalrat", 14. Mai 1872)

Wenn die IKL eine organisierte Gruppe von Anhängern in Puerto Rico hätte, so wäre diese natürlich eine eigene Sektion unserer demokratisch-zentralistischen Internationale, wie dies heute bei unserer mexikanischen Sektion der Fall ist. Im krassen Gegensatz dazu hält die IG/LFI eine erniedrigende Beziehung aufrecht, bei der sie „Unterwerfung unter das Joch predigen".

Unabhängigkeit für Quebec? Die IG sagt „vielleicht"

Daß die Position der IG zu Puerto Rico eine reine Kapitulation vor lateinamerikanischem Nationalismus ist, kommt durch ihre zweideutige Position zur Unabhängigkeit von Quebec deutlicher zum Ausdruck. Nach ausführlichen internen Diskussionen hat 1995 die Trotskyist League of Canada/Ligue Trotskyste du Canada, und die IKL insgesamt, unsere Position geändert, und zwar von der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung zum direkten *Eintreten* für die Unabhängigkeit Quebecs. Die IG sagt, dieser Linienwechsel sei „korrekt" gewesen, nur um dann zu behaupten, daß er sich allzu eng auf den „wachsenden antifranzösischen Chauvinismus im englischsprachigen Kanada" stütze. Das stimmt nicht. Unser Linienwechsel war das Ergebnis einer gründlichen *Neubewertung* der Tiefe der nationalen Gegensätze in Kanada zumindest während der letzten zwei Jahrzehnte (siehe „Unabhängigkeit für Quebec!", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 17, Frühjahr 1996). Wir erkannten, daß wir in der Tat sehr spät dran waren, die Forderung nach Unabhängigkeit für Quebec aufzustellen, und daß es unsere kanadische Sektion als revolutionären Faktor ernsthaft in Frage gestellt hätte, wenn wir unsere Position nicht geändert hätten.

Bezeichnenderweise bestand Nordens einziger Beitrag zu dieser ausführlichen internen Diskussion darin, *gegen die Unabhängigkeit Quebecs* zu argumentieren. Eine wörtliche Abschrift von Nordens Bemerkungen bei der Debatte über Quebec während einer Sitzung unseres Internationalen Sekretariats im Jahre 1995 bringt seine Argumentation zum Vorschein, daß das grundlegende leninistische Verständnis vom bürgerlichen Staat und den Machenschaften des Imperialismus inzwischen überholt sei. Norden machte sich auch die These von der „Globalisierung" zu eigen, eine moderne Variante der Hypothese des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky, es gäbe einen einheitlichen weltweiten „Ultra-Imperialismus"; damit wollte Kautsky die wachsenden Widersprüche des kapitalistischen Systems und die Rolle der „Arbeiterleutnants des Kapitals" verschleiern. Nachdem Norden in bezug auf Belgien die zunehmend polarisierten und vergifteten nationalistischen Spannungen als etwas abgetan hatte, das „alle fünf oder zehn Jahre wieder aufflammt"(!), fuhr er fort:

> „Ich meine, die eine Sache, die in der letzten Periode wichtig war, ist - denke ich -, daß ganz allgemein gilt, daß die nationale Frage nicht mehr genau das ist, was sie in der Vergangenheit war. Denn mit der fortschreitenden Entwicklung und dem Verfall des Kapitalismus wird die Wirtschaft viel mehr global."

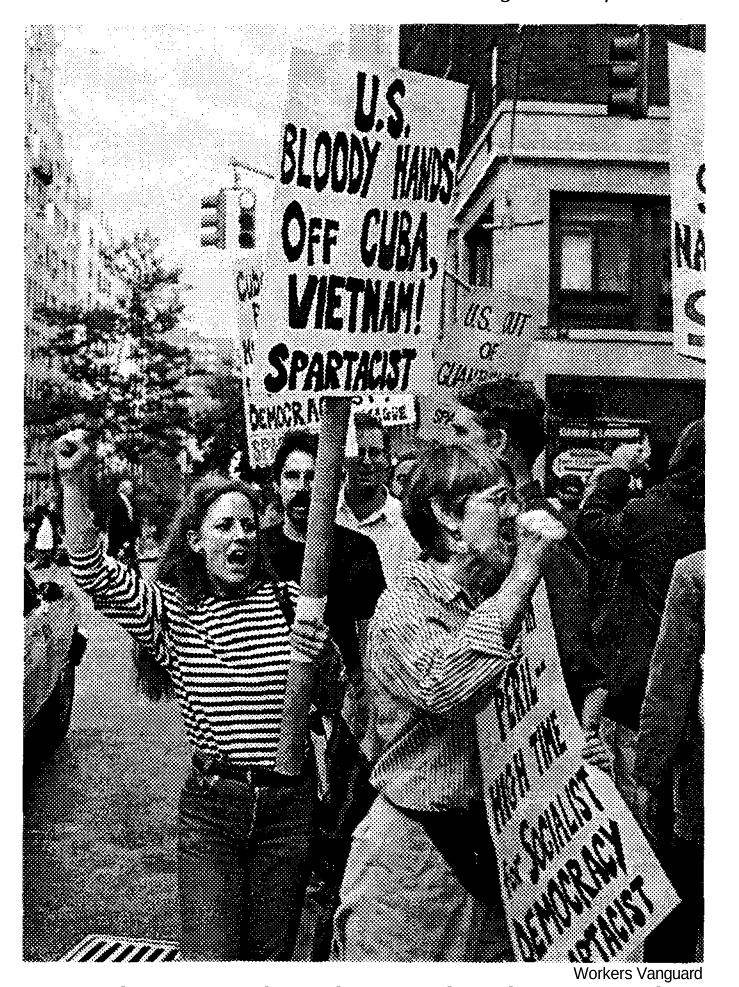
Die umwerfende sozialdemokratische Schlußfolgerung von Nordens Intervention lautete genau wie folgt:

> „Aber es gibt eine Tendenz, in gewisser Weise auseinanderzugehen. Und das könnte sich in dieser Tatsache widerspiegeln: Nämlich in dem Zusammenhang, wo man im wesentlichen die NAFTA [Nordamerikanische Freihandelszone] hat usw., scheint mir der kanadische Staat selber eher irrelevant zu werden oder zu sein."

Nordens Revision des Marxismus war ein solcher Hammer, daß unser Genösse Jim Robertson, der die Rede für die Position der Unabhängigkeit Quebecs hielt, die Zeit seiner Zusammenfassung eigens darauf verwandte, ihn zurückzuweisen:

> „Ich war jedoch besorgt über Norden, der - wie ich dachte - nur in einer sehr episodisch auf den heutigen Tag begrenzten Weise politisch korrekt war, wenn er sagt, daß der Nationalstaat an jedem Ende zusammenbricht, wo man dann kleine regionale Gruppierungen hat wie die

Fortgesetzt auf Seite 24



Workers Vanguard

Spartacist League/US demonstriert im September 1991 für Verteidigung von Kuba, als nach Jelzins Gegenputsch im August die sowjetische Hilfe gestoppt wurde

Puerto Rico...

Fortsetzung von Seite 23

Bretagne oder andere Gegenden in Frankreich, und dann im Zusammenhang mit der Europäischen Union diese riesigen Zusammenballungen von Kapital unter der Führung der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Japans. Ich glaube, das ist schrecklich impressionistisch - die globale Wirtschaft, die alles erobert. Dies wird genau bis zur ersten richtigen Wirtschaftskrise oder dem ersten militärischen Zusammenstoß so gehen. Es ist schrecklich naiv...

Also ja, ich glaube, daß wir für die Unabhängigkeit der Québécois eintreten sollten. Ich meine, daß damit die im Augenblick schrecklich vergiftete Situation durchbrochen wird. Vergeßt nicht, wir sind nicht Stalin, der so etwas am nächsten Tag erledigt. Wir treten aus dem Grund dafür ein, weil es zwei eigenständige Nationen gibt, mit eigener Sprache und eigener Kultur, die ihren eigenen Weg gehen und gegen ihre eigenen Bosse kämpfen sollten, und dann werden die Arbeiterklassen dieser beiden Länder eine Basis für eine gemeinsame Zukunft haben."

Jeder Opportunismus ist seiner Natur nach nationalistisch. Deshalb ist es keine Überraschung, daß Norden, auf seiner Flucht vor dem revolutionären Trotzkismus, sich dem Dritte-Welt-Nationalismus in Lateinamerika in die Arme wirft und gleichzeitig die Unabhängigkeit für die unterdrückten Québécois ablehnt. Dahinter steckt eine grundlegend antimarxistische Konzeption von „progressiven Völkern" wie den Puertoricanern im Gegensatz zu Völkern, die „reaktionär" (oder wenigstens in heutigen kleinbürgerlichen linken Zirkeln weniger „im Trend") sind wie die Québécois. Norden verteidigt selektiv die nationalen Rechte bestimmter Völker, aber für ihn bedeutet das, vor den bürgerlichen Nationalisten dieser Länder zu kriechen. Das ist etwas ganz anderes als Lenins unerschütterliches Eintreten für den Kampf gegen alle Formen nationaler Unterdrückung, das in keiner Weise bedeutet hat, sich dem Nationalismus der Unterdrückten anzupassen.

In seiner Moralpredigt gegen die IKL tut der *Internationalist* so, als ob es einen strikten Unterschied gäbe zwischen Kolonien (wie Puerto Rico) und unterdrückten Nationen (wie Quebec). Sie schreiben:

> „Kolonien sind keine Nationalitäten in einem multinationalen Staat. In diesem Fall ist das Recht auf Selbstbestimmung nicht gleichbedeutend mit dem Recht auf Trennung, das man ausüben kann oder nicht, abhängig von der jeweiligen Situation. Koloniale Unterjochung ist gleichbedeutend mit Sklaverei, denn die Beziehung zwischen der imperialistischen Macht und der Kolonie ist von Natur aus unterdrückerisch, egal wie sie maskiert ist."

Also sind nach Meinung der IG nationale Beziehungen in einem multinationalen Staat *nicht* „von Natur aus unterdrückerisch"! Versuch das mal, den Québécois zu erzählen, die seit mehr als zwei Jahrhunderten von den dominanten Anglo-Herrschern in Kanada als Nation unterdrückt werden! Tatsächlich beruhen alle bürgerlichen Nationalstaaten *notwendigerweise* auf der Vorherrschaft einer einzigen Nationalität, die eine einzige Sprache spricht, und auf der Unterdrückung anderer Völker.

Lenins Schriften über die nationale und koloniale Frage sind durchdrungen vom Verständnis, daß das Eintreten für die Befreiung der Kolonien und unterdrückten Nationen entscheidend dafür ist, das Proletariat zum Bewußtsein seiner historischen revolutionären Aufgaben zu führen. Bei der Organisierung der proletarischen Zerschlagung des zaristischen Völkergefängnisses zog Lenin keine falsche, strikte Trennlinie z.B. zwischen der Ukraine und Polen auf der einen Seite und Turkestan und dem Kaukasus auf der anderen. Statt dessen untersuchte er die jeweilige nationale Frage ganz konkret und berücksichtigte dabei sorgfältig den Willen der unterdrückten Völker, wo immer das möglich war, um den Kampf für die proletarische Machteroberung voranzubringen. Genau dieses Erbe ist die Grundlage der IKL in unserem Kampf zur Wiederschmiedung von Leo Trotzkis Vierter Internationale. Damit haben die Lügen und Verdrehungen im Dienste des bürgerlichen Nationalismus, wie sie Nordens IG/LFI einsetzt, nicht das Geringste zu tun. Wie Trotzki 1932 schrieb:

> „Was den Bolschewismus in der nationalen Frage kennzeichnet, ist, daß er die unterdrückten Nationen, selbst die rückständigsten, nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte der Politik betrachtet. Der Bolschewismus begnügt sich nicht mit der Anerkennung ihres ‚Rechtes' auf Selbstbestimmung und mit parlamentarischen Protesten gegen die Mißachtung dieses Rechtes. Der Bolschewismus dringt tief in die unterdrückten Nationen ein, erhebt sie gegen die Unterdrücker, verbindet ihren Kampf mit dem Kampf des Proletariats der kapitalistischen Länder, unterweist die unterdrückten Chinesen, Inder und Araber in der Kunst des Aufstandes und nimmt die volle Verantwortung für diese Arbeit vor dem Angesicht der zivilisierten Henkersknechte auf sich. Hier erst beginnt auch der wahre Bolschewismus, d.h. der revolutionäre Marxismus der Tat. Was vor dieser Grenze stehenbleibt, bleibt alles Zentrismus." („Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats", Januar 1932, in: *Schriften über Deutschland,* Band l, S. 246)

Wohin geht die IG?

Daß die nationale Frage, in der Tat sogar der bürgerliche Staat selber, in der nachsowjetischen Welt zunehmend „irrelevant" geworden sei, wie Norden es formuliert hat, stellt die Realität auf den Kopf. Die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung hat höchstens *noch weiter* an Bedeutung gewonnen. Die Eskalation der interimperialistischen Rivalitäten, die auf den Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion folgte, die Kampagne der Hauptmächte, die Welt in regionale Handelsblöcke neu aufzuteilen, und die zunehmende Verlagerung der Industrieproduktion in Niedriglohnländer der Dritten Welt, all dies *verstärkt* die Notwendigkeit für Kommunisten, sich für das Recht von neokolonialen und unterdrückten Nationen einzusetzen, um die Interessen des internationalen proletarischen Klassenkampfes voranzubringen.

Die Existenz der Sowjetunion stellte eine Barriere für Nordens halsbrecherische Kapitulation vor dem lateinamerikanischen Nationalismus dar, denn damals waren alle Pseudotrotzkisten in Lateinamerika bei jedem wichtigen Konflikt zwischen dem US-Imperialismus und den bürokratisch deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaaten auf der anderen Seite der Klassenlinie. Dies reichte von Afghanistan, wo die IKL zum sowjetischen Einmarsch „Hoch die Rote Armee!" sagte und die Pseudolinke dem US-Imperialismus hinterherlief, bis hin zu Polen, wo die IKL den deformierten Arbeiterstaat verteidigte und die Pseudolinke für Solidarnosc - eine gelbe Gewerkschaft für die kapitalistische Konterrevolution - die Werbetrommel rührte.

Aber als die kapitalistische Konterrevolution ganz Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion überrollte, kam Norden zunehmend aus dem Gleichgewicht. Dies spitzte sich nach der konterrevolutionären Zerstörung des ehemaligen deformierten Arbeiterstaates DDR zu. Als es Ende 1989 zum Fall der Berliner Mauer kam, mobilisierte die IKL alle unsere internationalen Ressourcen, um als der subjektive

Faktor zu handeln, als die revolutionäre trotzkistische Führung, die notwendig war, um die politische Revolution in der DDR anzuführen. Aber nach dem Anschluß der DDR durch den deutschen Imperialismus versuchte Norden, sich genau an die stalinistischen Bürokraten anzupassen, die die DDR an die kapitalistische Konterrevolution ausverkauft hatten. In einer Rede an die ostdeutschen stalinistischen Überbleibsel der „Kommunistischen Plattform" an der Berliner Humboldt-Universität 1995 spuckte Norden auf das Programm und die Intervention der IKL und behauptete unglaublicherweise gegenüber diesen Typen, *gegen* die unser Kampf zur Führung einer politischen Revolution gerichtet war: Leider *‚fehlte gerade das Schlüsselelement, die revolutionäre Führung"* (siehe SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25, „Nordens ‚Gruppe': Verschämter Abschied vom Trotzkismus").

Ein entscheidender Wendepunkt, der Nordens Bruch vom Trotzkismus markierte, war seine Reaktion auf die Hinrichtung des kubanischen Generals Ochoa durch das Castro-Regime 1990. Hier gab es für Norden eine Überschneidung der zwei Milieus, vor denen er zutiefst kapitulierte: stalinistische Bürokraten und lateinamerikanische Nationalisten. Deshalb versuchte Norden die im Schnellverfahren durchgeführte Hinrichtung von General Ochoa, der in Angola den Sieg über die rassistische Armee des Apartheidregimes Südafrikas angeführt hatte, mit dem Argument zu verteidigen, daß die „Beweise" für Ochoas Schuld wahr sein müßten. In der naiven Annahme, daß Fidel Castro zu keiner Lüge fähig sei, schrieb Norden dann eine peinliche Rechtfertigung für Castro in *WV* Nr. 500 (20. April 1990), die in der nächsten Ausgabe öffentlich richtiggestellt werden mußte (WFNr. 501, 4. Mai 1990).

In *Verratene Revolution,* Trotzkis scharfer Analyse der Degeneration der Russischen Revolution, des Doppelcharakters der stalinistischen Bürokratie und der explosiven Widersprüche in der sowjetischen Gesellschaft, stellte er schonungslos die Alternative: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?" Trotzkis prophetische Warnung bestätigte sich auf bittere Weise negativ. Die IG weist Trotzkis Warnung zurück, statt dessen predigt sie dem Proletariat, sich dem Bürokraten anzupassen und sogar Druck auf diese parasitäre Kaste auszuüben, damit diese die revolutionäre Führung stelle. Die IG leugnet den historischen Rückschritt des proletarischen Klassenbewußtseins, der eine direkte Folge der schrecklichen Niederlage ist, die die endgültige Zerstörung der Russischen Revolution bedeutet. Sie leugnet dies, um vor dem neuen *niedrigeren* Niveau des Bewußtseins kapitulieren zu können, und gibt den Kampf für die Schmiedung authentisch trotzkistischer Parteien auf, während sie versucht, illusorische Abkürzungen zu finden, sei es durch zwielichtige Gewerkschaftstypen in Brasilien oder durch stalinistische Bürokraten von Kuba bis zur ehemaligen DDR.

Die IG behauptet, daß die IKL die Prämisse von Trotzkis Vierter Internationale zurückgewiesen habe: die zentrale Notwendigkeit, die Führungskrise des internationalen Proletariats zu lösen. Das ist eine Lüge. Wie die „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms" der IKL feststellt:

> „Trotzkis Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet', wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewußtsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Trotzkis Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse *für* sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muß wiedergeschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse. Der Marxismus muß erneut die Loyalität des Proletariats gewinnen." *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998)

Die endgültige Zerstörung der Russischen Revolution bedeutet, daß die Identifizierung proletarischer Kämpfe mit dem Ideal des Sozialismus auf einem Tiefpunkt ist - nicht überall,jiicht gleichmäßig, aber als ein realer Faktor und als Herausforderung, der man sich entgegenstellen muß. Die IG ignoriert das, denn sie verschafft den stalinistischen Bürokraten, die den Marxismus pervertiert und der kapitalistischen Konterrevolution Vorschub geleistet haben, ein Alibi, und sie verherrlicht das bestehende Bewußtsein des Proletariats und kapituliert davor. Solche Roßtäuscher werden nie eine leninistische Partei aufbauen. Die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution ist die Aufgabe, die zu lösen die IKL anstrebt, indem sie den politischen Kampf gegen die Irreführer der Arbeiterklasse und ihre reformistischen und zentristischen Anhängsel führt.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 704, 8. Januar 1999*

BT-Debatte...

Fortsetzung von Seite 15

stalinistische Theorie der „Revolution in Etappen" übernommen hätten: „Und zu behaupten, daß der proletarische Kampf nicht erfolgreich sein kann, solange Quebec nicht unabhängig ist, impliziert eine Art Zwei-Etappen-Modell der sozialen Revolution. Zuerst kriegen wir die Unabhängigkeit Quebecs, *danach* einen erfolgreichen proletarischen Kampf." Genösse Galarneau erwiderte:

„Karl Marx sagte schon vor langer Zeit, daß eine Nation, die eine andere unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Hier ist, was Marx über die irische nationale Frage schrieb: daß ‚es *das direkte, absolute Interesse der English Working Class ist, to get rid of their présent connexion with Ireland* [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen]... Die englische working class wird *nie was ausrichten,* before it has göt rid of Ireland [bevor sie sich von Irland gelöst hat].' Vielleicht wird die BT jetzt Marx als einen Verfechter der Zwei-Etappen-Revolution angreifen. In Wirklichkeit ist die Position der BT eine direkte Kapitulation vor dem nationalen Chauvinismus. Unser Standpunkt, wie der von Marx, geht davon aus, daß der Weg zur proletarischen Revolution frei gemacht werden muß, indem man den Einfluß des Chauvinismus auf die Arbeiterklasse zerstört."



Spartacist Canada

Über 3000 Gewerkschafter, Jugendliche und Minderheiten auf Anti-Nazi-Demo 1993 in Vancouver. Trotskyist League/Ligue trotskyste kämpft für eine leninistische Avantgardepartei als Volkstribun

Auf dem Papier ist die BT für den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland. Doch die Realität ist die, daß die Gesinnungsgenossen der BT in England schon lange der reformistischen Socialist Party den Hof machen, ohne jemals deren widerwärtige Position zur britischen Truppenpräsenz oder deren Unterstützung des „ehemaligen" loyalistischen Killers Billy Hutchinson erwähnt zu haben. Erst nach jahrelanger Bloßstellung durch unsere Genossen der Spartacist League/Britain druckte das *Marxist Bulletin* (Januar 1999) der englischen BT folgende Rechtfertigung ab:

„[Die Spartakisten] geben der Tatsache eine große Bedeutung, daß wir bis jetzt keinen kritischen Artikel über die Weigerung der Socialist Party, für den sofortigen Abzug britischer Truppen aus dem Norden Irlands einzutreten, geschrieben haben. Dies ist in der Tat eine skandalöse Position für eine britische linke Organisation und ist bezeichnend für die grundlegenden Probleme in ihrem linksreformistischen Programm. Aber wir halten dies nicht für einen ausreichenden Grund, jede gemeinsame Arbeit mit ihnen in Fragen, wo wir übereinstimmen, zu vermeiden oder eine kritische Wahlunterstützung für sie nicht mehr in Erwägung zu ziehen, wo sie angebracht wäre."

Offenbar stehen die papierenen „Prinzipien" der BT zur Disposition, wenn sie in Widerspruch geraten zu opportunistischen Arrangements mit offenen Unterstützern der mörderischen britischen Armee und ihren faschistoiden protestantischen Mordgehilfen.

Genösse Galarneau wies darauf hin, daß „die BT die größten Schwierigkeiten hat, die antikommunistischen, chauvinistischen Sozialdemokraten zu kritisieren, und tatsächlich jederzeit erfreut darüber ist, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen". Er führte die Teilnahme des BT-Führers Logan an einer sogenannten „Internationalen Konferenz" 1997 in Südafrika an, eine von mehreren „Umgruppierungs"versuchen, die in jüngster Zeit zwischen Reformisten und Zentristen auf internationaler Ebene stattgefunden haben. Das „Grundsatzdokument" für die Konferenz begrüßte begeistert die Zerstörung der Sowjetunion und kritisierte heftig die ganze Vorstellung von einer internationalistischen leninistischen Partei: „Internationale Parteien laufen Gefahr, raubtierartige Beziehungen gegenüber revolutionären Gruppen aufzubauen, die nicht an sie angegliedert sind." Genösse Galarneau erklärte unsere Haltung dazu:

„Wir wurden zu dieser Konferenz eingeladen, und wir lehnten aus offensichtlichen Gründen ab angesichts unserer grundlegenden Differenzen zu diesem ‚Grundsatzdokument'. Statt dessen kämpften wir am Rande der Konferenz unabhängig für unsere Ansichten."

Im Gegensatz dazu beeilte sich die BT, den Delegiertenstatus anzunehmen und das „Grundsatzdokument" zu unterschreiben. Wie der TL-Sprecher bemerkte: „Nicht nur waren sie überglücklich dabeizusein, sie *priesen* sogar das Papier als ein ‚im großen und ganzen antikapitalistisches' Dokument!"

Die Bolschewistische Tendenz: Was ist sie?

Die BT kümmert sich nicht um die Kämpfe der Unterdrückten, ganz zu schweigen vom Kampf für revolutionäres Bewußtsein, denn sie ist keine Organisation, deren Ziel die proletarische Revolution ist. In Wirklichkeit ist sie ein sonderbarer und dubioser Verein mit einer Geschichte, sich in solche Standorte und solche Kräfte hineinzumanövrieren, die das Ziel haben, uns zu schaden. Ihre ständigen Verleumdungen unserer Organisation als „bürokratischen Kult" haben sogar Eingang gefunden in ein erstrangiges Sprachrohr der herrschenden Klasse des US-Imperialismus. Im Sommer 1995 benutzte das *Wall Street Journal* die Verleumdungen der BT bei dem Versuch, die lebenswichtige Verteidigung von Mumia Abu-Jamal, einem schwarzen Gefangenen in einer US-Todeszelle, zu untergraben.

Riley wiederholte in der Debatte das antikommunistische BT-Lieblingsthema „Kult", daß unser Kurswechsel, für die Unabhängigkeit Quebecs einzutreten, vor einigen Jahren durch „Führerverehrung" zustande gekommen sei. In Wirklichkeit gilt, wie unser Sprecher betonte:

„Man kennt die Welt nur in dem Maße, wie man eingreift, um sie zu verändern. Auf den Straßen, in den Fabriken - nicht in irgendeiner Bibliothek oder im eigenen Kopf. Also haben wir interveniert und haben *gelernt.* Und als die Frage sich vor dem Referendum von 1995 wieder einmal zuspitzte, hielten wir vor dem Hintergrund unserer Arbeit in all diesen Jahren inne

und überlegten, wir bewerteten unsere Position neu in der Art von Leninisten und wir erkannten, daß wir unrecht gehabt hatten. Wir verstanden - ein bißchen spät, aber noch rechtzeitig - daß es unsere Existenz als revolutionäre Organisation in diesem Land in Frage gestellt hätte, wenn wir nicht zur Befürwortung der Unabhängigkeit Quebecs übergegangen wären. Ich fordere jeden hier auf, unser Bulletin ,On the National Question in Quebec' [Über die nationale Frage in Quebec] zu lesen, worin nicht nur detailliert steht, wie wir dazu kamen, unsere Linie zugunsten der Befürwortung der Unabhängigkeit Quebecs zu ändern, sondern auch, wie eine wahrhaft leninistische Organisation zu einer korrekten politischen Linie gelangt."

Vergleicht das mit der BT und ihrem wirklich seltsamen internen Leben unter Bill Logan, einem Individuum, welches persönliche Genugtuung in der sadistischen Ausübung von Macht über andere findet, besonders über Frauen. Logan macht es Spaß, interne Foltersitzungen, „kommunistische Kritik" genannt, zu veranstalten. Dies wurde in einem Bulletin enthüllt, das eine von der BT abgespaltene Gruppe herausgab und das wir als Nr. 8 unserer Reihe *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League* nachdruckten. Das Bulletin schildert einen „internen Kampf" innerhalb der BT, dessen Höhepunkt ein Faustkampf zwischen streitenden BT-Fraktionen war in den Straßen von Oakland, Kalifornien!

In seiner Zusammenfassung kam der TL-Sprecher Galarneau auf diese Reihe *Hate Trotskyism* zu sprechen, die viele Dokumente verfügbar macht, die unsere politischen Gegner, darunter auch die BT, gegen uns geschrieben haben. Er bemerkte:

„Das ist wohl kaum etwas, das eine bürokratische Organisation tun würde. Unsere eigene Geschichte ist gut dokumentiert, vor allem in den gebundenen Jahresausgaben, die viele Hunderte Nummern von *Workers Vanguard* enthalten. Bei unserer Organisation gilt: Was man sieht, ist, was man kriegt. Wir tun nach wie vor das, was wir von Anfang an vorhatten: eine revolutionäre, internationalistische, proletarische Partei zu schmieden, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen."

Der Aufbau einer solchen Partei erfordert den Kampf, alle Hindernisse für das revolutionäre Bewußtsein aus dem Weg zu räumen, die von der Bourgeoisie geschaffen und von ihren reformistischen Helfershelfern aufrechterhalten werden. Abschließend erklärte der TL-Sprecher:

„Laßt mich wiederholen, weshalb der Aufruf zur Unabhängigkeit Quebecs entscheidend ist, wenn man eine proletarische revolutionäre Partei aufbauen möchte. Es ist der einzige Weg, die Arbeiter Englisch-Kanadas vom Chauvinismus loszureißen und den Würgegriff des Nationalismus in Quebec zu brechen. Deshalb möchte ich allen Mitgliedern der Brock Socialists und anderen, die wirklich ihr Leben dem *Kampf* für die proletarische Revolution widmen wollen, sagen, daß ihr Platz in den Reihen der Internationalen Kommunistischen Liga ist - der Partei, die als einzige das Programm und die Perspektive hat, die sozialistische Weltrevolution zu erreichen."«

Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 4

„bedingungslos" unterstützt, sie ist für die Abschiebungen der von ihr „tolerierten" SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt verantwortlich und ist in Mecklenburg-Vorpommern in einer Koalitionsregierung mit der SPD. Mittels seiner Unterstützung für die PDS landet der RSB voll im Schoß der SPD - die er als rein „bürgerliche Partei" bezeichnet, um einen qualitativen Unterschied zur genauso sozialdemokratischen PDS zu erfinden. Wie den übrigen Pseudolinken diente dem RSB die rassistische CDU/Nazi-Kampagne als Ansatzpunkt, um sich hinter der SPD einzureihen. So pries er den ersten SPD-Gesetzentwurf in *Avanti* (Februar 1999): „Das Gesetz erleichtert für viele Menschen, die Einbürgerung und vollzieht immerhin eine minimale Abkehr vom Blutrecht."

Erst beim jetzigen, nicht grundlegend veränderten SPD/FDP-Gesetzentwurf geht der RSB auf Distanz, bemerkt sogar, daß er „substanzlos bis reaktionär" ist (*Avanti,* April 1999), und gibt die Parole aus: „Es muß bekämpft werden!" Dabei bleibt er völlig in der Logik des Streits zwischen SPD/Grünen und CDU/CSU und geht nicht über die Schlagzeile hinaus: „Den Doppelpaß - aber bedingungslos!" Er schürt damit die Illusion, der kapitalistische Staat könne für die Interessen der Immigranten gewonnen werden, wenn er nur von der Sozialdemokratie verwaltet und genügend unter Druck gesetzt wird: „Eine neue Kampagne muß her: Für das Territorialprinzip!"

Was die Politik des RSB in der Praxis bedeutet, konnte man gleich nach den tödlichen Schüssen auf vier Kurden in Berlin sehen. Als wir das SpAD-Flugblatt zur Verteidigung der Kurden verteilten (siehe Seite 28), stießen wir an einer Berliner Berufsschule auf einen RSBler und einen Anhänger der französischen pseudotrotzkistischen Organisation Lutte Ouvrière (LO), die ein gemeinsames Flugblatt verteilten mit der Überschrift „Rassismus nützt nur den Bossen". (LO ist dafür bekannt, daß sie sogar leugnet, daß Le Pen ein Faschist ist.) Dieses Flugblatt enthielt kein einziges Wort zur Verteidigung der Kurden! Darauf angesprochen, rechtfertigte der RSBler das: Diese Frage sei viel zu heiß, um sie in die Arbeiterklasse zu tragen, da sie die Spaltung vertiefen würde! Mit dieser feigen Kapitulation trägt der RSB dazu bei, die rassistische SPD weißzuwaschen und die Spaltung in der Arbeiterklasse zu zementieren.

Obwohl die Frage der Immigration grundsätzlich eine demokratische Frage ist, ist sie für die proletarische Einheit von strategischer Bedeutung. Wir Trotzkisten verstehen, daß heute demokratische Rechte - z. B. gleiche Rechte für Frauen, das Recht auf nationale Selbstbestimmung, Rechte für Immigranten, Flüchtlinge und Minderheiten - nur dadurch erreicht werden, daß das Proletariat dafür kämpft, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen und unter der Diktatur des Proletariats eine sozialistische Wirtschaft zu errichten, mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Kampflosung „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten" wurde bisher nur durch die Machteroberung der Arbeiter in der von den Bolschewiki geführten proletarischen Revolution in Rußland 1917 verwirklicht, als alle, die nicht von der Ausbeutung anderer lebten, unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Rechte erhielten.

Das kapitalistische System ist auf der Ausbeutung der Arbeiter aufgebaut und von Natur aus rassistisch. Der Staat existiert, um die Klassenherrschaft einer Handvoll Ausbeuter - der Bourgeoisie - über die arbeitenden Massen - das Proletariat - zu verteidigen. Er kann nicht unabhängig sein und kann nicht durch parlamentarischen Druck reformiert werden. Die zahlreichen Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft, die der chauvinistischen deutschen bürgerlichen Gesellschaft entfremdet sind, haben eine strategische Rolle im Kampf um den Sturz des deutschen Imperialismus. Die revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die wir aufbauen, wird als Volkstribun alle Unterdrückten hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse vereinigen und zum Sturz dieses Kapitalismus führen.«

Freiheit für Öcalan! Verteidigt Kurden gegen blutigen Staatsterror!

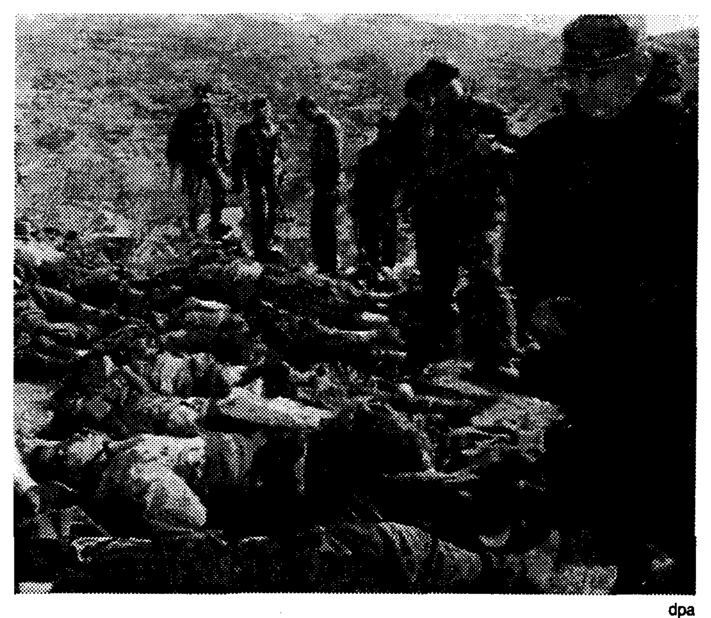
Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Mit der Verschleppung und Inhaftierung des kurdischen nationalistischen Führers Abdullah Öcalan am 15. Februar entfachte das türkische Regime im kurdischen Südosten des Landes eine neue Welle von Massenverhaftungen, und auch in den Großstädten im Westen wurden Tausende Kurden

Keine Abschiebungen! Für volle Staatsbürgerrechte!

verhaftet. Noch in der Nacht von Öcalans Entführung marschierten 10000 türkische Soldaten und Spezialkommandos mit Kampfflugzeugen und Hubschraubern in das kurdische Gebiet im Norden Iraks ein, um unter dem Schutz der US/UN-Flugverbotszone PKK-Stellungen anzugreifen und die kurdische Bevölkerung niederzumetzeln. Aus türkischen Flugzeugen wurden Flugblätter mit Fotos von Öcalan abgeworfen, der in erniedrigender Weise mit verbundenen Augen vor der türkischen Fahne gezeigt wird. Aktiv unterstützt durch die NATO-Alliierten - Deutschland, die USA, Italien und Frankreich - hat die Türkei einen 14jährigen Krieg gegen die unterdrückte kurdische Bevölkerung geführt, der zu 30000 Toten führte und 3500 Dörfer völlig zerstört hat. Mehr als drei Millionen Kurden wurden dazu gezwungen, aus ihren Dörfern zu fliehen.

In Deutschland, wo es verboten ist, auch nur das Banner der PKK zu zeigen, gab es im ganzen Land große kurdische Protestdemonstrationen, die von der SPD/Grünen-Regierung mit nackter Repression beantwortet wurden. In Berlin wurden am 17. Februar drei kurdische Demonstranten von



dpa

Türkische Armee nach Massaker an Kurden. Deutscher Imperialismus ist Pate dieses blutigen Krieges

israelischen Sicherheitskräften erschossen, ein vierter Kurde starb zehn Tage später. Hunderte Kurden wurden von den Bullen eingekesselt und verhaftet, in Schnellverfahren abgeurteilt, aus Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden bereits kurdische Demonstranten abgeschoben. Mit einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. März werden weitere Massenabschiebungen vorbereitet: Schon das Verteilen von Flugblättern, die als PKK-Propaganda ausgelegt werden, kann zur Abschiebung in die Folterkeller der Türkei führen. Der Berliner SPD/CDU-Senat hat jetzt die Abschiebung von 32 kurdischen Demonstranten angekündigt. Die Internationale Kommunistische Liga fordert: Weg mit den Anklagen gegen kurdische Demonstranten! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die IKL hat sich aktiv an den Demonstrationen beteiligt, um gegen die Verfolgung von Öcalan und der PKK zu protestieren und die nationalen Rechte des kurdischen Volkes zu verteidigen. Bei vielen dieser Proteste war das Fehlen etlicher pseudotrotzkistischer Gruppen auffallend, die offensichtlich bereit waren, die kurdischen Immigranten angesichts der massiven Repression allein zu lassen. Unsere Genossen haben international das Flugblatt der SpAD vom 18. Februar breit verteilt, das wir auch auf Türkisch, Italienisch, Französisch und Englisch herausgebracht haben.

Die kapitalistischen Regierungen in Europa, die fast alle sozialdemokratisch geführt sind, benutzten die militanten Proteste der Kurden, um die rassistische Hysterie gegen Immigranten weiter zu schüren und die Polizeistaatsmaßnahmen zu verschärfen. Der kurdische Fernsehsender MED-TV wurde auf Betreiben der SPD/Grünen-Regierung von der britischen Medienanstalt ITC geschlossen. In Berlin waren tagelang alle Demonstrationen verboten. Die Bullen ergriffen im Umkreis von Demonstrationsorten jeden mit dunklen Augen - eine eisige Erinnerung an das völkermörderische Dritte Reich der Nazis. Der SPD-Innenminister Otto Schily war der Vorreiter einer Medienkampagne, die verbotene PKK und das gesamte kurdische Volk als „Terroristen" zu brandmarken. Zugleich mit dem scharfen Vorgehen gegen die PKK hat die SPD/Grünen-Regierung, mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokraten der IG Metall, durch Schlichtung einen Lohnpakt aufgezwungen und damit die Aussicht auf einen Klassenkampf abgewürgt, als eine vereinte Streikaktion der deutschen, türkischen und kurdischen Arbeiter eine wirkliche Herausforderung für die Kapitalisten und ihre Regierung gewesen wäre. Die türkischen und kurdischen eingewanderten Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil der Industriearbeiterklasse in Deutschland.

In Melbourne, Australien, log der Senator der Labor Party, Kim Carr, bei einer Demonstration zum türkischen Konsulat am 25. Februar unverfroren, als er der Menge erzählte, daß seine Partei und die Sozialdemokraten in Europa das kurdische Volk unterstützt hätten. Ein Sprecher der Spartacist League of Australia hob hervor, daß die Labor-Staatsregierung in New South Wales ihre Bullen geschickt

hatte, um kurdische Proteste anzugreifen. Der SL-Sprecher, der sich gegen Zensurversuche zur Wehr setzen mußte, erhielt von vielen Demonstranten Applaus, als er die Imperialisten den Feind der kurdischen Befreiung nannte. Als er unseren Aufruf für die Freiheit von Öcalan dem Gerede eines „gerechten Prozesses" für den PKK-Führer „unter internationaler Aufsicht" entgegensetzte, fingen Demonstranten an zu rufen: „Freiheit für Öcalan". Der Leiter der Kundgebung dankte dem SLA-Sprecher unter Unbehagen für seine „interessanten" Bemerkungen und fügte hinzu: „Entschuldigung an Kim Carr"!

Die kleinbürgerliche, nationalistische PKK ruft die Vereinten Nationen und die imperialistischen Mächte auf, eine „politische Lösung" der kurdischen Frage in der Türkei auszuhandeln. Unterstützung erhalten sie dabei von der PDS und einem großen Teil der Pseudolinken. Viele Plakate und Sprecher bei den verschiedenen Demonstrationen drückten die gleichen Illusionen in die UNO, die OSZE oder die Europäische Union aus. Aber die deutschen Imperialisten sind die Paten der türkischen bonapartistischen Regierung. Die Imperialisten sind tödlich entschlossen, gegen jeden Ausdruck der kurdischen nationalen Rechte vorzugehen, weil das ihren türkischen Verbündeten schwächen und die ölreiche Region destabilisieren würde.

Der Nationalismus der PKK ist eine Sackgasse für das kurdische Volk und für seine Hoffnung auf nationale Befreiung. Nur eine tiefgehende soziale Revolution kann die unterdrückten Massen vom Joch des Imperialismus und von der kapitalistischen Ausbeutung befreien. Sogar das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung des kurdischen Volkes erfordert den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in den vier Staaten der Region, wo die Kurden hauptsächlich leben. Die kurdischen Massen müssen nach einem Bündnis mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeitern streben, die wiederum dafür gewonnen werden müssen, aktiv für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung einzutreten.

Das Potential zum vereinten Klassenkampf zeigte sich 1991 beim Streik von 48000 türkischen und kurdischen Bergarbeitern in Zonguldak, Türkei, der am Vorabend des imperialistischen Golfkriegs gegen den Irak stattfand und zu Solidaritätsstreiks im kurdischen Ostanatolien wie auch unter türkischen Arbeitern führte. Bemerkenswerterweise gab es Berichte, daß die Bergarbeiter die Forderung nach dem Recht der Kurden auf ihre eigene Sprache erhoben. Zugleich gab es damals in Deutschland Solidaritätsaktionen mit dem Streik in Zonguldak, darunter einen einstündigen Solidaritätsstreik von Bergarbeitern im, Ruhrgebiet, von denen viele türkischer und kurdischer Herkunft sind. Die eingewanderten Arbeiter in den imperialistischen Zentren bilden eine lebendige Brücke zu den Arbeitern und unterdrückten Massen im Nahen Osten, eine lebendige Verbindung der internationalen sozialistischen Perspektive.

Der Weg zur Befreiung der türkischen Werktätigen von der militärisch geführten Diktatur der kemalistischen Bourgeoisie liegt beim türkischen Proletariat, das die Verteidigung der Kurden gegen ihre „eigenen" Ausbeuter unterstützen muß. Als Teil des multinationalen Proletariats der Region können die Kurden eine führende Rolle bei der sozialistischen Revolution in der Türkei und im ganzen Nahen Osten spielen. Der Schlüssel dazu ist die Schmiedung einer internationalistischen Führung, nach dem Modell von Lenins bolschewistischer Partei, die die unterdrückten Nationalitäten aus dem zaristischen „Völkergefängnis" befreiten, indem sie das Proletariat in der Russischen Revolution 1917 zur Macht führten.



Reuters

Zonguldak 1991 : Streikende türkische und kurdische Bergleute zeigen Illusionen in großtürkischen Republikgründer Atatürk. Verteidigung der Kurden ist Schlüssel für gemeinsamen Klassenkampf

Wir drucken nachfolgend unser Flugblatt vom 18. Februar ab, das auf Seite 32 auch auf Türkisch wiedergegeben ist.

Am 15. Februar wurde der kurdische PKK-Führer Abdullah Öcalan in einer Nacht- und Nebel-Aktion vom türkischen Geheimdienst - nach Berichten in Zusammenarbeit mit CIA und israelischem Mossad - aus Kenia entführt. Auf dem Weg von der griechischen Botschaft zum Flughafen wurde er auf die türkische Gefängnisinsel Imrali verschleppt, in die berüchtigten Folterkeller des türkischen Mordregimes. Daß alle anderen Gefangenen von der Insel weggebracht wurden, läßt Schlimmes befürchten; offensichtlich will der türkische Staat keine Augen- und Ohrenzeugen haben bei dem, was er Öcalan antun will. Trotz großer Ankündigungen eines „fairen Prozesses" verweigerte die Türkei Öcalans Rechtsanwälten sogar die Einreise in das Land. In den letzten 15 Jahren wurden in dem grausamen Vernichtungskrieg der Türkei Zehntausende Kurden ermordet und über dreitausend Dörfer zerstört. Öcalan, als Führer des kurdischen Guerillakampfes für kurdische Unabhängigkeit, droht jetzt die Todesstrafe. Wir Trotzkisten von der Spartakist-Arbeiterpartei, der deutschen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) fordern: *Freiheit für Öcalan!*

In ganz Europa, Australien und Kanada sind Tausende Kurden auf die Straße gegangen und haben Konsulate besetzt, um gegen die Verhaftung Öcalans zu protestieren. Junge PKK-Anhängerinnen setzten sich aus extremer Verzweiflung selbst in Brand. Von Blairs Britannien über Jospins Frankreich und D'Alemas Italien bis zu Schröders Deutschland entfesselten die sozialdemokratischen Herrscher der Festung Europa, die alle Öcalan Asyl verweigert hatten, eine Welle von Polizeiterror gegen die kurdischen Demonstranten, die jetzt selber mit Massenabschiebungen in die Folterkeller der Türkei bedroht werden. Gestern wurden in Berlin drei Kurden vor der israelischen Botschaft kaltblütig von deren Sicherheitsbullen erschossen und weitere 16 schwer verletzt. Dieses Massaker wurde von der rassistischen, kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung mitinszeniert, die ein riesiges Bullenaufgebot auf die PKK-Anhänger hetzt und jetzt die ermordeten Kurden zum Sündenbock macht. Das Gebiet um die SPD-Parteizentrale in Hamburg, die von der PKK besetzt worden war, wurde zum

Fortgesetzt auf Seite 30

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 29

Kriegsschauplatz. Über tausend Kurden wurden von den deutschen Bullen festgenommen, Hunderte weitere wurden zusammengeschlagen und „verschwanden". Selbst die Namen der Ermordeten werden geheimgehalten. Wir fordern: *Weg mit den Anklagen! Sofortige Freilassung der kurdischen Gefangenen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine!*

Öcalan hat monatelang versucht, in Westeuropa Asyl zu bekommen, und appellierte an die sozialdemokratisch geführten Regierungen, eine Vermittlerrolle für die Kurden in der Türkei zu spielen. Der Kampf um nationale Unabhängigkeit der Kurden ist immer wieder von bürgerlichen Nationalisten bei der vergeblichen Jagd nach Unterstützung durch imperialistische Mächte und regionale kapitalistische Regime, sei es Husseins Irak oder Assads Syrien, geopfert worden. Der deutsche Imperialismus ist zusammen mit dem US-Imperialismus Pate des türkischen Vernichtungskrieges gegen die Kurden, liefert die Waffen und bildet die Todesschwadronen aus. Seit der Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion durch die kapitalistische Konterrevolution haben sich die imperialistischen Rivalitäten um die Ausbeutung der Ölquellen dieser Region verschärft. Es kann keine Illusionen in die raubgierigen imperialistischen Mächte geben, deren einziges Interesse die Steigerung ihrer eigenen Profitrate auf Kosten des enormen Elends und des Todes der Arbeiter und Unterdrückten in der ganzen Welt ist. Vom NATO-Militärstützpunkt incirlik starten US-Bomber, um den Irak in die Steinzeit zurückzubomben. Die deutschen Imperialisten haben erneut Truppen im ehemaligen Jugoslawien stationiert, wo sie im Zweiten Weltkrieg ein Fünftel der Bevölkerung ermordeten. Die deutsche Luftwaffe bereitet zusammen mit NATO-Alliierten Bombenangriffe auf Serbien vor. *Wir Trotzkisten sagen: Bundeswehr/UNO/NATO raus aus dem Balkan! Nieder mit der UN-Hungerblockade gegen den Irak! Verteidigt den Irak gegen imperialistische Angriffe! Türkische Armee raus aus den kurdischen Gebieten, sofort!*

Heute leben die meisten Kurden in Industriezentren von Istanbul bis Berlin. Es ist die Arbeiterklasse einschließlich ihres strategischen Bestandteils von Arbeitern kurdischer und türkischer Herkunft, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum produziert und die Macht hat, das kapitalistische Ausbeutungssystem zu zerschlagen. Diese Arbeiter können eine lebendige Brücke sein zwischen dem Kampf für kurdische Unabhängigkeit und für eine sozialistische Revolution im Nahen Osten und dem Kampf für die Ausweitung der proletarischen Revolution auf das imperialistische Kernland Westeuropa. Die Einheit der klassenbewußtesten kurdischen, türkischen und deutschen Arbeiter über nationale und ethnische Linien hinweg würde eine machtvolle Waffe sein im Kampf zur Befreiung aller Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung. Diese revolutionäre, proletarische und internationalistische Perspektive erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Irreführer - die SPD und die PDS -, die den Staatsterror organisieren und die Arbeiter mit rassistischer Hetze und Chauvinismus spalten. Nur eine trotzkistische Partei, die die kurdischen, türkischen und deutschen Arbeiter gegen die imperialistische Teile-und-herrsche-Politik der herrschenden Klasse und ihrer sozialdemokratischen Lakaien in der Arbeiterbewegung mobilisiert, wird in der Lage sein, die Arbeiter systematisch für die sozialistische Revolution zu mobilisieren und alle Erscheinungen von Nationalismus und Klassenzusammenarbeit zu besiegen.

Die im Nahen Osten lebenden 25-30 Millionen Kurden sind eine der größten Nationen der Welt ohne eigenen Staat. Seit dem Untergang des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg ist das kurdische Volk in erster Linie auf vier Länder aufgeteilt - Türkei, Syrien, Iran und Irak sowie kleine zerstreute Gebiete von Kurden in den kaukasischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Daher kann ein unabhängiges Kurdistan nur durch den Sturz von wenigstens vier verschiedenen kapitalistischen Regimen in dieser Region verwirklicht werden. Das ist die trotzkistische Perspektive der *permanenten Revolution:* In den kolonialen und halbkolonialen Ländern kann in der imperialistischen Epoche nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution lösen. Diese Perspektive steht im Gegensatz zu den Illusionen, die von kleinbürgerlichen Nationalisten verbreitet werden, die an die unmittelbaren Unterdrücker des kurdischen Volkes und deren imperialistische Paten appellieren. Der Kampf für die nationale und soziale Befreiung der Kurden erfordert eine revolutionäre Führung - den Aufbau von trotzkistischen Parteien, die im Proletariat des Nahen Ostens und unter den Arbeitern Europas verwurzelt sind -, eine wiedergeschmiedete Vierte Internationale, die als die Weltpartei der sozialistischen Revolution kämpft. Der Aufbau einer solchen Partei ist die Aufgabe, der wir uns verpflichtet haben. *Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan'.m*



Kürdistan...

Baştarafi 32. Sayfada

vatandaşlık hakkı! PKK ve Kürt dernekleri üzerindeki yasaklara son!

Öcalan, aylarca batı Avrupa'da ilticasının kabul edilmesi için uğraştı ve sosyal demokrat hükümetlere Türkiye'deki Kürtler için arabuluculuk yapmaları çağrıları yaptı. Kürtlerin ulusal bağımsızlık mücadelesi burjuva milliyetçilerince, her defasında emperyalist güçlerin ya da bölgedeki - Saddam'ın İrak'ı ya da Esad'ın Suriye'si gibi - kapitalist rejimlerin desteği peşinde anlamsızca koşularak harcandı. Türkiye'ye silah yardımı yapan ve katil Kontr-Gerilla birliklerini eğiten Alman emperyalizmi, Amerika emperyalizmi ile birlikte, Türkiye'yi Kürtlere karşı yürüttüğü yoketme savaşında himaye eden ülkelerden biri. Deforme işçi devleti Sovyetler Birliği'nin kapitalist karşı devrimle yıkılmasının ardından, petrol kaynaklarının bulunduğu bu bölge üzerindeki emperyalist rekabet daha da şiddetlendi. Tek ilgilendikleri bütün dünya işçilerinin ve ezilenlerinin sefaleti ve ölümü pahasına karlarım katlamak olan kan emici emperyalist güçlere güven duyulamaz. NATO'nun askeri üssü incirlik, Amerikan bombardıman uçaklarınca İrak'ı bombalayarak taş devrine geri döndürmek için kullanılıyor. Alman emperyalistleri yeniden, İkinci Dünya Savaşı'nda nüfusunun beşte birini katlettikleri eski Yugoslavya topraklarında askeri birlikler konuşlandırdılar. Alman hava kuvvetleri NATO-Müttefikleriyle birlikte Sırbistan'ı bombalama hazırlıkları yapıyor. *Biz Troçkistler sesleniyoruz: Alman Ordusu (Bundeswehr)/BM/NATO, Balkanlar'dan defolun! Birleşmiş Milletler'in İrak'a karşı uyguladığı açlık ambargosuna son! İrak'ı emperyalist salamlara karşı savun! Türk ordusu, Kürt yerleşim bölgelerinden dışarı, derhal!*

Bugün Kürtlerin büyük çoğunluğu, İstanbul'dan Berlin'e kadar, endüstri merkezi durumundaki şehirlerde yaşıyorlar. Bütün toplumsal zenginliğin yaratıcısı olan işçi sınıfı, stratejik öneme sahip Kürt ve Türk kökenli işçilerle birlikte, kapitalist sömürü düzenini bertaraf edecek güçtür. Göçmen işçiler, Kürtlerin bağımsızlık mücadelesi ile Yakın Doğu'nun sosyalist devrim mücadelesi ve proleter devrimin emperyalizmin merkezi batı Avrupa'ya taşınıp genişletilmesi mücadelesi arasında canlı bir köprü durumundalar. Sınıf bilinçli Kürt, Türk ve Alman işçilerinin ulusal ve etnik sınırları aşarak birleşmeleri, bütün işçilerin kapitalist sömürüden kurtuluş için mücadelesinde güçlü bir silaha dönüşecektir. Bu devrimci, proleter ve enternasyonalist perspektif, devlet terörünü organize eden ve işçileri ırkçı ajitasyon ve şovenizmle bölen, dolandırıcı sosyal demokrat önderliklere - SPD ve PDS'e - karşı keskin bir politik mücadeleyi gerektiriyor. Yalnızca troçkist bir parti, Kürt, Türk ve Alman işçileri hakim sınıfın emperyalist böl ve yönet politikasına ve onların işçi hareketi içindeki sosyal demokrat uşaklarına karşı seferber ederek, işçileri sistemli olarak sosyalist devrim için seferber edebilir ve milliyetçiliği ve sınıfsal işbirlikçiliği yokedebilir.

Yakın Doğu'da yaşamakta olan 25-30 Milyon Kürt dünyanın en büyük devletsiz uluslarından biri. Kürt halkı, Osmanlı Krallığı'nın yıkılışının ardından Birinci Dünya Savaşı'nda, eski Sovyetler Birliği'nin Kafkas Cumhuriyetlerinde küçük çaplı, dağınık Kürt yerleşim bölgelerinin yamsıra, asıl olarak dört ülke arasında paylaşıldı: Türkiye, Suriye, İran ve Irak. Bu yüzden, bağımsız bir Kürdistan sadece bölgedeki en azından dört kapitalist devletin yıkılmasıyla mümkün olabilir. Emperyalizm çağında sömürge ve yarı sömürge ülkelerde, burjuva demokratik devrimin görevlerini sadece proletarya iktidara gelerek yerine getirebilir: bu troçkist *sürekli devrim* perspektifidir. Bu perspektif, Kürt halkının dolaysız ezenlerine ve onların emperyalist himayecilerine çağrıda bulunan küçük burjuva milliyetçilerinin yaydıkları hayallere taban tabana zıttır. Kürtlerin



Spartakist

Spartakistler Kürt protesto gösterilerindeydiler. Yukarıda, Kürt göstericilerce işgal edilen Berlin'deki Yunan Konsolosluğunun önü

ulusal ve sosyal kurtuluşu, devrimci bir önderlik - Yakın Doğu'nun proletaryası ve Avrupa'nın işçi sınıfı içinde sağlam kökleri olan troçkist partilerin inşasını -, ve sosyalist devrimin dünya partisi olarak savaşacak Dördüncü Enternasyonal'in yeniden yaratılmasını gerektiriyor. *Biz, böylesi bir partinin inşaasını kendimize görev sayıyoruz ve bunun için mücadele ediyoruz. Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!*

Berlin, 18 Şubat 1999

SPARTAKIST EK 3

(in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den Taşkenfe Kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor


SPARTAKIST 4

Doğu Berlin'den Taşkent'e kadar:
Kapitalist Karşı-devrim
Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Adı geçen makale, Enternasyonal Komünist Liga (Dördüncü Enternasyonalist)'nın Amerika seksiyonu Spartakist Liga/ABD (SL/U.S.)'in Kadın Komisyonu'nca yayınlanan Women and Revolution (Kadın ve Devrim) isimli dergimizin İlkbahar/Yaz 1993 tarihli 42. sayısından çevrilmiştir.

16 Sayfa, DM1,-

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55,10127 Berlin
Postbank Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100

SPARTAKIST

Abdullah Öcalan'a özgürlük!
Kürtleri kanlı devlet terörüne karşı savun!

Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!
Jibo Komara Sosyalîsta Kurdîstane Yekbûyî!

PKK lideri Abdullah Öcalan, 15 Şubat günü, karanlık bir harekatla MİT ajanlarınca - alınan haberlere göre, CIA ve Mossad'ın da yardımlarıyla - Kenya'dan kaçırıldı. Yunan Büyükelçiliği'nden ayrıldıktan sonra, havaalanına giden yolda kaçırılmasının ardından, İmralı adasındaki, Türk katiller rejiminin işkenceleriyle ünlü hapishanesine getirildi. Bütün diğer tutukluların adadan yollanıp, adanın tamamen boşaltılması, Türk devletinin, Öcalan'a yapacaklarım hiçkimsenin görmesini, duymasını istemediğini son derece açık ve korkutucu bir şekilde ortaya koymaktadır. Bütün "adil yargı" taleplerine karşın Türkiye, Öcalan'ın avukatlarını bile ülkeye sokmayıp, havaalanından geri çevirdi. Türkiye, Kürtlere karşı yürüttüğü kanlı savaşta, son 15 yılda, on binlerce Kürdü katledip, üç binden fazla köyü yerle bir etti. Kürt ulusal bağımsızlığı için yürütülen gerilla savaşının lideri olan Öcalan, idam cezası tehdidiyle karşı karşıya. Biz, Enternasyonal Komünist Liga'nın (Dördüncü Enternasyonalist) Almanya Seksiyonu Spartakist-İşçi Partisi Troçkistleri olarak sesleniyoruz: *Abdullah Öcalan'a özgürlük!*

Sınırdışı etmelere hayır! Bütün göçmenlere tam vatandaşlık hakkı!

Binlerce Kürt, bütün Avrupa'da, Avusturalya'da ve Kanada'da sokaklara dökülüp, Öcalan'ın tutuklanmasını protesto etmek amacıyla konsoloslukları işgal ettiler. Genç PKK taraftarları derin umutsuzluklarının sonucu olarak bedenlerini ateşe verdiler. Blair'ın Britanya'sından, Jospin'in Fransa'sına ve D'Alema'mn İtalya'sından Schröder'in Almanya'sına kadar, Avrupa kalesinin Öcalan'a iltica vermeyi reddeden sosyal demokrat hükümdarları, toplu halde sınırdışı edilerek, Türkiye'nin işkence bodrumlarına gönderilme tehdidiyle karşı karşıya olan Kürt göstericilere karşı bir polis terörü dalgası başlattılar. Önceki gün Berlin'de, İsrail Büyükelçiliği'nin önünde üç Kürt, Büyükelçiliğin güvenlik polislerince soğukkanlı bir şekilde kurşunlanarak katledildiler. Bu katliamın koşulları, seferber ettikleri muazzam polis ordusunu PKK taraftarlarına karşı kışkırtan ırkçı ve kapitalist SPD/Yeşiller hükümetinin katkılarıyla yaratıldı, ve bu hükümet şimdi katledilen Kürtleri günah keçisi yapıyor. Hamburg'da, PKK tarafından işgal edilen SPD Parti Merkezi'nin çevresindeki bölge, savaş alanına döndü. 1000'in üzerinde Kürt, Alman polisince tutuklandı, yüzlercesi polisin saldırısına uğradı ve "kayboldu", 16 kişi de ağır yaralandı. Öyle ki, öldürülenlerin isimleri bile gizli tutuluyor. *Biz Spartakistler, açılan davalara son verilmesini, tutuklu Kürtlerin derhal serbest bırakılmasını talep ediyoruz. Sınırdışı etmelere hayır! Bütün göçmenlere tam*

Arkası Sayfada 31

Kürt göçmenlerin PKK lideri Abdullah Öcalan'ın MİT ajanları tarafından kaçırılmasına karşı gösterileri Almanya genelinde azgın devlet terörüne maruz kaldı

AFP

Frankfurter Rundschau/Petra Welzel

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

26. APRIL 1999 EXTRABLATT DM 0,20

Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

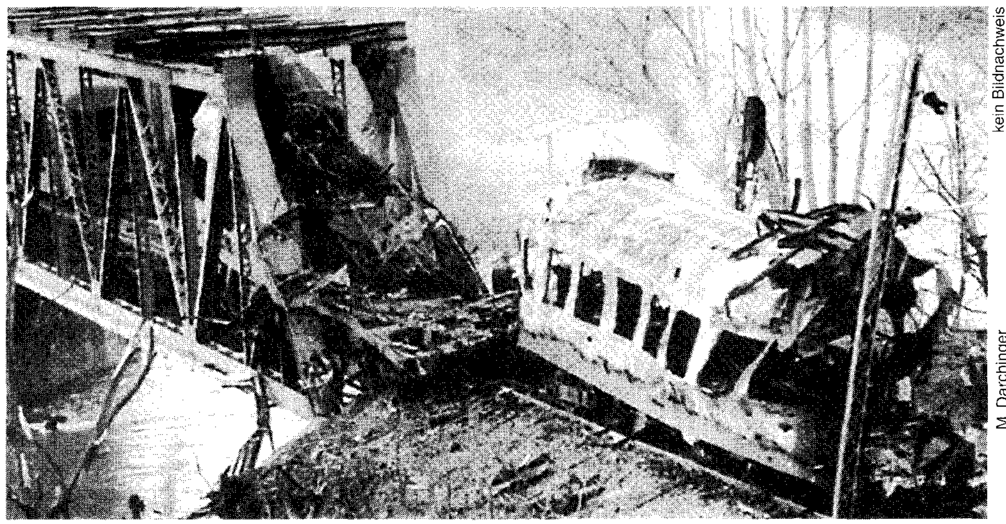
Der imperialistische Krieg gegen Serbien ist inzwischen der größte militärische Brandherd in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Nachdem die westlichen Imperialisten wochenlang Serbien mit Bomben und Cruise Missiles unter Trommelfeuer genommen haben, wird ihr Ruf nach einem großangelegten Einmarsch in die serbisch dominierte Restrepublik Jugoslawien immer lauter. Wieder einmal ist der Balkan zum Pulverfaß Europas geworden - ein Schritt näher zu einem neuen Weltkrieg. Als proletarische Internationalisten, die für den Aufbau einer Weltpartei der sozialistischen Revolution kämpfen, sagt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten): *Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien gegen US/NATO-Angriff! Nieder mit den Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!*

Für ein Arbeitereuropa!

Eine Erklärung der Spartacist League/U.S. vom 25. März stellte fest:

„Jeder Schlag gegen den US-Imperialismus auf dem Balkan wird zur Schwächung des Klassenfeindes beitragen und so der Arbeiterklasse und den Unterdrückten hier eine Öffnung bieten für ihren Kampf gegen die unablässigen Angriffe von Wall Street und der Demokratischen und Republikanischen Partei - den politischen Agenten des Kapitals. Wir kämpfen für den Aufbau der multirassischen revolutionären Arbeiterpartei, die im Feuer des Klassenkampfes geschmiedet wird und das notwendige Instrument ist, um die Arbeiterklasse zum Sturz dieses ganzen Systems zu führen, das auf Rassismus, Ausbeutung und Krieg basiert: durch eine sozialistische Revolution, die einer kleinen Handvoll von Stinkreichen die Industrie und die politische Macht entreißt und eine egalitäre sozialistische Wirtschaft errichtet."

In Europa werden die brutalen imperialistischen Angriffe gegen Serbien von kapitalistischen Regierungen durchgeführt, an deren Spitze Sozialdemokraten bzw. Exstalinisten stehen. Wie der Militärhistoriker Clausewitz einst sagte, ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Nachdem die Sozialdemokraten ihre Loyalität zur Bourgeoisie im



kein Bildnachweis



M. Darchinger

NATO-Massaker an serbischer Bevölkerung, rechts SPD-Kriegsminister Scharping

Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!

eigenen Land dadurch bewiesen haben, daß sie die rassistische kapitalistische Kahlschlagpolitik durchsetzen, gehen sie jetzt sogar noch energischer als ihre rechten Vorgänger daran, in anderen Ländern für die Imperialisten die Drecksarbeit zu erledigen. Die *Berliner Zeitung* (25. März) bemerkte: „Daß eine rot-grüne Regierung Einheiten der Bundeswehr zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik in einen Kriegseinsatz führt, erspart dem Land einen unproduktiven ideologischen und politischen Streit." Sofort nach Ausbruch des Krieges brachten Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga ihre Erklärungen heraus, die die imperialistische Kriegspropaganda entlarven und das Ziel haben, die Arbeiter aller Länder gegen ihre jeweils „eigene" Bourgeoisie zu mobilisieren.

Die Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats führte zu einem starken Anwachsen regionaler Kriege und imperialistischer Militärabenteuer, wobei ein neuer haßerfüllter Nationalismus zum Rammbock der Konterrevolution wurde. Interimperialistische Streitigkeiten, die bis dahin durch die Notwendigkeit einer gemeinsamen antisowjetischen Allianz in Schach gehalten wurden, kamen von neuem zum Ausbruch. Direkt unter der Oberfläche der gegenwärtigen Einheit der NATO-„Alliierten" bei der Bombardierung Serbiens liegen fundamentale und eskalierende imperialistische Rivalitäten, die sich im zunehmenden Handelskrieg zwischen den USA und Europa sowie Japan äußern. Die nachsowjetische Welt ähnelt mehr und mehr der Welt vor 1914. Die imperialistischen Machenschaften, die den nationalistischen Haß auf dem Balkan schürten, führten geradewegs zum Ersten Weltkrieg.

Heute ist die NATO-Bombardierung ein Stolperdraht für einen umfassenderen und noch blutigeren internationalen Großbrand, der Griechenland, die Türkei und Rußland hineinziehen könnte. Während das kapitalistische Rußland als zurückhaltender Statthalter für die NATO agiert, entspricht Rußlands Verurteilung des NATO-Militärangriffs gegen Serbien genau seinen Gelüsten, sich als regionale imperialistische Macht zu behaupten. Sowohl Rußland als auch die USA besitzen ein riesiges Atomwaffenarsenal, und die USA haben bereits 1945 mit der nuklearen Einäscherung Hiroshimas und Nagasakis ihre Bereitschaft bewiesen, diese Waffen auch einzusetzen. Und wer würde annehmen, daß sich Frankreich, Britannien oder Israel irgendwie mehr zurückhalten würden? Der Kapitalismus ist ein irrationales System, und die irrwitzige Jagd nach Profit und Macht, die diesem System eigen ist, wird unausweichlich zu einem atomaren dritten Weltkrieg führen, wenn dies nicht durch eine internationale proletarische Revolution gestoppt wird.

Imperialisten überziehen Jugoslawien mit Terror

Der Krieg der NATO gegen Serbien hat nichts mit „Menschenrechten" oder der Verteidigung der albanischen Bevölkerung im Kosovo gegen „ethnische Säuberungen" zu tun. In diesem Krieg geht es nicht um die Kosovo-Albaner. Es ist ein Krieg um Vorherrschaft, bei dem die USA ihre langgehegten Pläne verwirklichen wollen, in Serbien eine beträchtliche US/NATO-Militärpräsenz zu errichten, sei es durch die Unterwerfung oder auch durch den Sturz Milosevic'. Seit wann liegen den Imperialisten unterdrückte Völker am Herzen? Hunderttausende Immigranten werden jedes Jahr von den europäischen Regierungen deportiert. Genau diese Regierungen gerieten auch regelrecht in Raserei bei dem Gedanken, sie müßten ihre Grenzen den Flüchtlingen aus dem Kosovo öffnen.

Die IKL steht in der Tradition von W. I. Lenin, dessen *Sozialismus und Krieg,* ein machtvolles Handbuch des revolutionären Internationalismus, 1915 geschrieben und während des Krieges in ganz Europa im Untergrund verbreitet wurde. Es lehrt uns:

> „Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung Weder Sieg noch Niederlage' stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen."

Lenin betonte, daß es im Falle eines imperialistischen Krieges gegen eine kleine Nation oder ein halbkoloniales Volk die Pflicht der Arbeiterklasse ist, nicht nur für die Niederlage ihrer „eigenen" Regierung zu kämpfen, sondern auch die Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. Im gegenwärtigen Krieg sind wir für die militärische Verteidigung Serbiens, ohne dem Milosevic-Regime auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben. Wir traten für das Selbstbestimmungsrecht der albanischen Bevölkerung des Kosovo gegen das serbisch-chauvinistische Regime in Belgrad ein, bis die albanischen Separatisten zu bloßen Handlangern der raubgierigen Kriegsziele der NATO wurden. Für Marxisten ist das demokratische Recht der Kosovo-Albaner auf Selbstbestimmung *zu diesem Zeitpunkt* notwendigerweise dem Kampf gegen die imperialistische Bombardierung und den drohenden Einmarsch untergeordnet.

Tatsächlich wurde das allseitige nationalistische Blutbad auf dem Balkan direkt von den Imperialisten entfacht, durch ihren Kreuzzug zur Zerstörung des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien durch die kapitalistische Konterrevolution. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien entstand aus dem Zweiten Weltkrieg, als Titos kommunistische Partisanen die deutsche Nazi-Wehrmacht und auch die kroatische faschistische Ustascha sowie die serbisch-monarchistischen Tschetniks bekämpften. Titos Partisanen waren im Krieg die einzige Kraft in Jugoslawien, die sich dem Kommunalismus entgegenstellte. Aber die sozialistischen und demokratischen Ideale, auf die sich das Tito-Regime öffentlich berief, wurden untergraben durch die bürokratischen Deformationen und die dem Stalinismus eigenen Beschränktheiten aufgrund seines Programms vom Aufbau des Sozialismus in einem Land. Tito führte den „Marktsozialismus" ein, der Jugoslawien für die wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus öffnete und das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Regionen verstärkte, was den wiederauflebenden Nationalismus anfachte.

Nach Titos Tod brach die Bürokratie zunehmend entlang nationaler Trennungslinien auseinander. Milosevic, der sich als Chef der Zentralbank für „Marktreformen" stark gemacht hatte, begann seine politische Karriere mit Appellen an einen „großserbischen" Chauvinismus, der speziell gegen die Kosovo-Albaner gerichtet war. Damit verkörperte er die Verbindung zwischen kapitalistischer Restauration und Nationalismus. Aber Milosevic war in dieser Hinsicht nicht der einzige. Sein kroatischer Gegenspieler Franjo Tudjman verehrt die faschistische Ustascha des Zweiten Weltkriegs - Marionette der deutschen Nazis -, und der bosnische Führer Alija Izetbegovic ist ein fanatischer Nationalist und islamischer Reaktionär. Marxisten gehen gegen das Gift des Nationalismus an und kämpfen für die Klasseneinheit der Arbeiter von Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und dem Kosovo zum Sturz all der bluti-

Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 5 55, 10127 Berlin

Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

gen nationalistischen Regime der Region, von Milosevic bis Tudjman. Für eine Sozialistische Föderation des Balkans!

Die endgültige Krise des titoistischen Jugoslawiens kam Anfang 1991, als neugewählte reaktionäre nationalistische Regierungen in Kroatien und Slowenien ihre Lostrennung vom Bundesstaat erklärten. Deutschland preschte vor und drängte seine europäischen Verbündeten zur Anerkennung der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit. Die USA schlössen sich dann Deutschland an und warfen ihr Gewicht für ein unabhängiges Bosnien-Herzegowina unter Führung muslimisch-nationalistischer Kräfte in die Waagschale. In Kroatien versorgten die USA und Deutschland das faschistoide Tudjman-Regime nicht nur mit großen Mengen moderner Waffen, sondern auch mit Elite-Ausbildung und Beratern. Das versetzte die kroatische Armee Mitte 1995 in die Lage, im Zusammenspiel mit dem Luftangriff der NATO die Streitkräfte der bosnischen Serben aufzureiben. Hunderttausende serbischer Zivilisten wurden von kroatischen Einheiten vertrieben beim größten Einzelakt „ethnischer Säuberungen" während des Krieges. Gleichzeitig finanzierten und bewaffneten die Vereinigten Staaten heimlich islamisch-fundamentalistische Mörderbanden in Bosnien, darunter auch Mudschaheddin-Mörderbanden, die in Afghanistan gegen die Rote Armee gekämpft hatten.

Euro-„Sozialisten"

Krieg ist immer ein entscheidender Test für Revolutionäre. Trotzki betonte nachdrücklich, daß für eine proletarische Position in der Frage des Krieges „der vollständige und wirkliche Bruch mit der offiziellen öffentlichen Meinung in der brennendsten Frage der Vaterlandsverteidigung'" erforderlich ist. Die Pseudolinken bestätigen Trotzkis Argument auf negative Weise. Sie schließen sich dem Schlachtruf der Imperialisten über den „armen kleinen Kosovo" an und lehnen zugleich die Verteidigung Serbiens ab, dessen bloßes *Recht auf nationale Existenz* von den imperialistischen Mächten attackiert wird. Während sie sich unter dem Mantel des Pazifismus als Opposition zu der Bombardierung darstellen, marschieren sie doch im Gleichschritt hinter den Kriegszielen ihres jeweils eigenen Imperialismus und der entsprechenden sozialdemokratischen bzw. Volksfrontregierung, deren Wahl sie unterstützt haben. Die Tarnung: Stoppt die NATO-Bombardierung. Die Botschaft: Führt Krieg auf dem Balkan mit Bodentruppen unter EU-Kontrolle. Für die heutigen Linken der Marke „Tod des Kommunismus", die schon vor langer Zeit jedes Vertrauen in die revolutionäre Fähigkeit des Proletariats aufgegeben haben, sind die blutrünstigen Imperialisten - sei es unter der Flagge von UNO, EU oder NATO - das Instrument, den unterdrückten Völkern der Welt „Menschenrechte" zu bringen!

Bei ihrer angeblichen „Antikriegs"propaganda handelt die europäische „Linke" einfach nur als Sprachrohr ihrer jeweils eigenen Bourgeoisie, deren Interessen keinesfalls dieselben sind wie die der amerikanischen Imperialisten. „Die Partnerschaft mit der NATO in der Jugoslawienkrise ist bloß ein Deckmantel, unter dem schwerwiegende Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten verborgen sind", sagte ein ehemaliger UN-Beamter dem San Francisco *Chronicle.* Derselbe Artikel (15. April) zitierte eine Reihe von Personen, die das politische Spektrum von links bis rechts abdecken und „die Intervention im Kosovo als einen kaum verhüllten Versuch Washingtons ansehen, der Zukunft Europas seinen Willen aufzuzwingen". In Frankreich, bemerkte der *Chronicle,* „sind Zeitungskommentare so voll von unversöhnlicher Feindschaft gegen die Vereinigten Staaten, daß der Leser gut meinen könnte, Paris befände sich im Krieg mit dem Pentagon und nicht mit der jugoslawischen Armee". Gleichzeitig beklagte sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt darüber, Deutschland werde „gegängelt von den USA".

Die „Linke" bildet einfach den Vortrupp für ihre eigene herrschende Kapitalistenklasse: Ihr „Antiamerikanismus" ist ein billiger Ersatz und ein Hindernis für antiimperialistischen proletarischen Internationalismus. Die Losungen der „Linken", die im Strom der bürgerlichen „öffentlichen Meinung" mitschwimmen, stimmen mit denen von regelrechten Faschisten überein; zum Beispiel in Deutschland geben die Nazis die Parole aus: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen!"

Die vermutlich krassesten *Kriegsbefürworter* unter den „Linken" sind die ehemaligen stalinistischen Parteien, wie sich an der französischen KP zeigt, die natürlich in der Regierung sitzt. Unter der Schlagzeile „Europa und Frankreich müssen sich am Aufbau des Friedens beteiligen", beklagt ein Flugblatt, das von der KPF zusammen mit der Ligue communiste revolutionnaire (LCR) in Rouen unterzeichnet wurde, daß die NATO-Bombardierung Milosevic nicht habe beseitigen können: „Milosevic ist immer noch im Amt! Die Albaner werden verjagt oder massakriert! Das sind die ersten Resultate des Militärabenteuers. Im Gegensatz dazu setzt Frieden in der Region eine aktive und entschlossene Unterstützung für die schwachen sozialen und demokratischen Kräfte voraus, die gegen die nationalistischen Diktaturen und für das Recht ethnischer Minderheiten kämpfen."

Die pseudotrotzkistische LCR, französische Organisation des Vereinigten Sekretariats (VS), schlägt in ihrer eigenen Presse noch deutlicher die Kriegstrommel. Die LCR rief offen zu einer *imperialistischen Militärintervention im Kosovo* auf, unter Führung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) - eines europäisch dominierten Militärbündnisses - oder der Vereinten Nationen. In ihrer Ausgabe vom 1. April erklärte *Rouge:*

> „Die NATO war nicht der einzige und schon gar nicht der beste Grundpfeiler für ein Abkommen. Die Bedingungen für eine multinationale Polizeitruppe (speziell aus Serben und Albanern zusammengesetzt) könnte man unter der Schirmherrschaft der OSZE finden, um ein Übergangsabkommen durchzusetzen."

In der folgenden Woche befürwortete eine Erklärung von *Rouge* ein Abkommen mit Serbien, das durch „eine multinationale Truppe unter UN-Kontrolle" überwacht werden sollte. Die UNO -wahrlich eine Höhle von Räubern mitsamt ihren Opfern - ist ein Instrument des imperialistischen Militarismus, vom Krieg gegen den deformierten Arbeiterstaat Nordkorea 1950-53 bis zum Massaker an Zehntausenden Irakern im Golfkrieg von 1991.

Alain Krivines VS agiert als Sprachrohr der Interessen des französischen Imperialismus, indem es der US-dominierten NATO-Intervention den Ruf nach einem europäischen imperialistischen Expeditionskorps auf dem Balkan entgegenstellt. Rifondazione Comunista (RC) in Italien und die PDS in Deutschland (und auch einige SPD-Mitglieder wie

Ex-Parteichef Oskar Lafontaine) betreiben die gleiche Sorte von nationalistischem Antiamerikanismus. Zwar ist der amerikanische Staat die führende imperialistische Militärmacht, doch stellt dieser Versuch, die europäischen imperialistischen Staaten irgendwie als gutartiger im Vergleich zu den USA hinzustellen, nichts anderes dar als widerlichen Sozialpatriotismus. Steht etwa die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz auf einem höheren moralischen Niveau als ihr amerikanisches Gegenstück? Und was ist mit der schmutzigen Geschichte des französischen Kolonialismus in Algerien und Indochina oder der Geschichte des britischen Empire mit seinen Plünderungen und Massakern in Irland, auf dem indischen Subkontinent, in Afrika und im Nahen Osten? Und es war die italienische Bourgeoisie, die in Libyen Konzentrationslager eingeführt hat, die als erste gegen die äthiopische Bevölkerung Giftgas eingesetzt und im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan unzählige Massaker begangen hat.

Die französische pseudotrotzkistische Organisation Lutte ouvriere (LO) hat den wohlverdienten Ruf, sich auf rückständige Vorurteile in der Arbeiterklasse auszurichten, indem sie besondere Unterdrückung ignoriert - die Unterdrückung von Frauen oder Homosexuellen, Rassismus oder die nationale Frage in Frankreich, wo sie wie die übrige Pseudolinke das Selbstbestimmungsrecht der Basken in Frankreich leugnet. Aber auch LO ist plötzlich zum Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Kosovo-Albaner geworden. In einem Leitartikel ihrer Zeitung vom 9. April schreibt LO-Führerin Arlette Laguiller: „Wenn die französische Regierung wie auch die anderen westlichen Regierungen wirklich den Kosovaren helfen würden, wäre das erkennbar und man sähe nicht die endlosen Schlangen von Flüchtlingen, die man im Fernsehen sieht." Trotz ihrer Behauptung, gegen die NATO-Militärangriffe zu sein, läuft die Logik dieser Position darauf hinaus, die Imperialisten dazu aufzufordern, noch entschiedener einzugreifen und die Serben wirklich zu erledigen. Indem LO in diesem Konflikt Milosevic - statt die Imperialisten - als Hauptfeind dämonisiert, übernimmt sie die Funktion eines linken Fürsprechers für die Bourgeoisie.

In derselben Tonlage schreit die winzige Internationale Bolschewistische Tendenz (IBT) heute nach „Unabhängigkeit für das Kosovo" - eine Gruppe, die im Fall von Quebec nur Hohn für die Unabhängigkeit übrig hat und auch sonst berüchtigt ist für ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten unterdrückter Völker wie z. B. der Katholiken in Nordirland: Offenbar ist sie nur dort für Unabhängigkeit, wo imperialistische Gönner dahinter stehen.

In Italien predigt Rifondazione Vertrauen in die UNO und ruft nach einer Konferenz europäischer *kapitalistischer* Mächte, um die Balkankrise zu lösen. RC ergeht sich in Antiamerikanismus, um von ihrer Unterstützung für ihre eigene herrschende Klasse abzulenken. Der Ruf von RC nach Schließung von NATO-Luftwaffenbasen in Italien wird aus der Perspektive des italienischen Nationalismus erhoben und im Interesse eines stärkeren kapitalistischen Europa, das gegen seine imperialistischen Rivalen (wie die USA) gerichtet ist. Wir Trotzkisten appellieren nicht an den bürgerlichen Staat, sondern im Gegenteil an das italienische Proletariat, für Arbeiteraktionen gegen die US/NATO-Basen zu mobilisieren, von denen aus ein tödlicher Krieg gegen die Interessen aller Arbeiter - der serbischen, der italienischen, der albanischen und der amerikanischen - geführt wird. Wir sagen: Zerschlagt die konterrevolutionäre NATO-Allianz durch Arbeiterrcvolution!

Eine vierseitige Extraausgabe (10. April) von *froposta,* eine zahme „linke Opposition" von RC, ruft nirgends zum sofortigen Abzug der italienischen Truppen aus dem Balkan auf. *Proposta* hat die vorige bürgerliche „Ulivo"/RC-Rcgierung unterstützt, die in Albanien einmarschierte.

Sozialchauvinismus heißt Verteidigung der „nationalen Interessen", d.h. die Arbeiterklasse aufzufordern, sich mit den imperialistischen Zielen der herrschenden Kapitalistenklasse zu identifizieren. Er bedeutet die ausdrückliche Ablehnung des Klassenkampfes durch die Reformisten und prokapitalistischen Gewerkschaftsführer. So brachen die italienischen CGIL/CISL/UIL-Bürokraten einen Eisenbahnerstreik ab, sobald der Krieg ausbrach. Nicht die serbischen Arbeiter sind der Feind der italienischen Eisenbahnarbeiter! Der Feind ist die italienische Bourgeoisie!

Wie Lenin betonte: „Der ideologisch-politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist ein und derselbe: Zusammenarbeit der Klassen statt Klassenkampf, Verzicht auf revolutionäre Kampfmittel, Unterstützung der .eigenen' Regierung in einer für sie schwierigen Lage statt Ausnutzung dieser Schwierigkeiten für die Revolution." Die reformistischen Gewerkschaftsführer werden bestochen mit den Krümeln, die vom imperialistischen Profit übrigbleiben. In Frankreich erhalten die Gewerkschaften mehr Finanzmittel vom Staat und von den Kapitalisten als von ihren eigenen Mitgliedern. Pseudolinke Gruppen wie LO und LCR nehmen sich diese politische Korruption zum Vorbild und streichen eigene finanzielle Subventionen vom bürgerlichen Staat ein. Aber wer die Rechnungen zahlt, gibt auch den politischen Ton an! Wir kämpfen für die *vollständige Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat!*

Unter dem Druck eines bedeutenden Krieges in Europa, an dem die imperialistischen Mächte beteiligt sind, bekommen wir das Spektakel zu sehen, wie ehemalige „Revolutionäre" und „Antiimperialisten" an proimperialistischen Kriegskundgebungen teilnehmen. Am 10. April beteiligte sich in London die zentristische Gruppe Workers Power (WP - in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM) gemeinsam mit der zutiefst Labour-treuen Alliance for Workers Liberty (Allianz für Arbeiterfreiheit) an einer Kundgebung „Workers Aid for Kosova" (Arbeiterhilfe für Kosova), auf der NATO-Fahnen und albanische Fahnen das Bild beherrschten sowie Plakate mit schreienden Parolen: „Viel Glück, NATO" und „NATO, jetzt oder nie". „Workers Aid for Kosova" ist nach dem Muster der „Workers Aid for Bosnia" von 1995 entstanden, die unter dem Vorwand, Arbeitern in Bosnien humanitäre Hilfe zu leisten, Unterstützung für die bosnisch-muslimische Regierung propagierte und in dem brudermörderischen Krieg zwischen Serben, Kroaten und Muslimen Hand in Hand mit den UN-Truppen arbeitete. So diente diese Kampagne als Handlanger für die direkte imperialistische Militärintervention gegen die bosnischen Serben.

Eine Erklärung, die von der WP/GAM-Internationale, der Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale (LRKI), bei einer öffentlichen Veranstaltung am 30. März in London verteilt wurde, gab vor, die Serben gegen den NATO-Angriff zu verteidigen - „wenn auch nicht in Kosova, zu dessen Besetzung sie kein Recht haben"! Gleichzeitig drängt WP die albanischen Separatisten, „aus der imperialistischen Bombardierung den größtmöglichen militärischen Nutzen zu ziehen, um die jugoslawischen' Streitkräfte hinauszujagen", und fügt hinzu: „Wenn [Clintons und Blairs] Hauptanliegen die Sache der Kosovaren wäre, so würden sie deren staatliche Unabhängigkeit anerkennen und der UCK [Kosovo-Befreiungsarmee] die Waffen dafür geben, die serbischen Truppen hinauszujagen." Das ist ein ungeschminkter Appell an die NATO-Imperialisten.

Workers Power hat wirklich jede reaktionäre Kraft auf dem Balkan (einschließlich in Serbien) unterstützt, solange diese nur dem derzeitigen Hauptfeind der Imperialisten, Milosevic, feindlich gegenübersteht. So forderten sie im Juni 1991, als das deutsche Vierte Reich die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien betrieb, die sofortige Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens, was die kapitalistische Restauration bedeutete. Ein Jahr später beteiligte sich die österreichische Schwesterorganisation von WP/GAM, die Gruppe Arbeiterinnenstandpunkt, an einer „Einheitsfront" mit dem lokalen Ableger der Serbischen Nationalen Wiedergeburt von Vuk Draskovic, einer Organisation großserbischer Monarchisten und Tschetniks, die damals in Opposition zu Milosevic stand. Während

der NATO-Luftangriffe von 1995 weigerte sich WP, die bosnischen Serben selbst auf dem Papier gegen den Imperialismus zu verteidigen.

Es könnte nicht deutlicher sein, daß die Pseudolinken Sozialchauvinisten sind: Ihre grundlegende Linie ist die Unterstützung der imperialistischen Kriegsziele auf dem Balkan - trotz der theoretischen Verrenkungen, die sie vollziehen, um ihr Lippenbekenntnis dazu, gegen die NATO zu sein, in Einklang zu bringen mit ihrer Unterstützung für die separatistische Kosovo-Befreiungsarmee, die zur Zeit einfach nur ein Handlanger der NATO ist. Was die Sozialchauvinisten zu Lenins Zeit betrifft, so polemisierte dieser gegen Karl Kautsky, einen zentralen Führer der SPD, der während des ersten interimperialistischen Krieges „Treue zum Marxismus in Worten mit Unterwerfung unter den Opportunismus in Taten" verband. Lenin schrieb:

> „Kautsky ‚versöhnt' prinzipienlos den Grundgedanken des Sozialchauvinismus, die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in diesem Krieg, mit einer diplomatischen, scheinbaren Konzession an die Linken in Form der Stimmenthaltung bei der Votierung der Kredite, der Unterstreichung seiner oppositionellen Einstellung in Worten usw." (Lenin, *Sozialismus und Krieg,* 1915).

Aber die heutigen „Linken" wie Workers Power/GAM stehen tatsächlich weit rechts von Karl Kautsky.

Der Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkriegs, verbunden mit einer Orgie des Chauvinismus, zertrümmerte die Zweite Internationale und brachte die „Sozialisten" jener Zeit dazu, die Arbeiterklasse zur Schlachtbank zu führen. Heutzutage ist es so, daß diejenigen, die als „Linke" durchgehen, schon zu dem Zeitpunkt vor dem Imperialismus auf dem Bauch lagen, als die ersten Bomben auf die Völker des Balkans abgeworfen wurden. Angesichts des Ersten Weltkriegs rief Lenin die Arbeiter dazu auf, in allen kriegführenden Ländern den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, und er forderte alle wirklichen Sozialisten auf, von der Zweiten Internationale zu spalten.

Die ideologische Unterwürfigkeit der Pseudolinken gegenüber dem Imperialismus spiegelt die Tatsache wider, daß sie jahrelang im Namen von „Demokratie" und „Menschenrechten" den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion unterstützten. Solange die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas existierten, riefen wir als Trotzkisten zu ihrer bedingungslosen militärischen Verteidigung gegen Imperialismus und innere Konterrevolution auf. Wir kämpften für die proletarisch-politische Revolution zum Sturz der nationalistischen stalinistischen Bürokratien. Im Gegensatz dazu unterstützte die Pseudolinke im Namen des „Antistalinismus" alle möglichen prokapitalistischen Kräfte. Die staatskapitalistische britische Socialist Workers Party (SWP) von Tony Cliff mit ihrer Gefolgschaft (wie Linksruck in Deutschland) und Pseudotrotzkisten wie das VS und Workers Power (letztere mit einigen Widersprüchen) stellten sich alle gegen die Intervention der Sowjetarmee in Afghanistan, den letzten objektiv fortschrittlichen Akt der Kreml-Bürokratie. Anfang der 80er Jahre kamen sie in ihrer begeisterten Unterstützung für die von CIA/Vatikan gesponserte polnische Solidarnosc zusammen, die an der Spitze der Kampagne für kapitalistische Restauration in Osteuropa stand. Ein Jahrzehnt später bejubelten alle diese Gruppen Jelzin und seine proimpcrialistischen „Demokraten", als diese die Konterrevolution in Gang setzten, die schließlich die Sowjetunion zerstörte.

Die SWP, die den Wahlsieg von New Labour bejubelt hat, hängt am Rockzipfel des Labour-„Linken" Tony Benn und sagt: „Tony Benn stellte sich gegen den Falkland-Krieg, den Golfkrieg und diesen Krieg" (SWP-Broschüre „Stop the War", April 1999). Tony Benn ist ein Nationalist der Marke „Little England", der während des Golfkriegs nach UN-Sanktionen rief und sich heute darüber beklagt, daß die Bombardierungen nicht von der UNO autorisiert sind. Unterdessen ruft die Presse der Socialist Party (ehemals „Militant", in Deutschland Sozialistische Alternative Voran, SAV) nach „Arbeiteraktion, um Milosevic zu stürzen" *(Socialist,* 16. April), während sie - wie nicht anders zu erwarten - niemals die britischen Arbeiter dazu aufrufen, den britischen Kapitalismus zu stürzen.

Politisch abseits von der britischen Anhängerschar des „armen kleinen Kosovo" steht die Socialist Labour Party (SLP), geführt vom Bergarbeiterführer Arthur Scargill. Eine SLP-Presseerklärung vom 24. März zitierte Scargill, der den Premierminister Tony Blair von der Labour Party geradeheraus einen Mörder nannte. Sie verwies auf die Heuchelei der Imperialisten mit der Bemerkung: „Britannien hält immer noch einen Teil Irlands besetzt." Jedoch deutet Scargills Feststellung, daß die Bombardierung „ohne auch nur das Feigenblatt einer Resolution des UN-Sicherheitsrates" stattfindet, darauf hin, daß er Vertrauen in diese Institution der Imperialisten setzt. Eine etwas linkere Erklärung der SLP im Wahlkreis Normanton hat die Überschrift: „Verteidigt Jugoslawien und Irak - Bekämpft den Imperialismus." Die Erklärung geißelt Tony Blairs New Labour Party zu Recht als „arbeiterfeindlich und proimperialistisch". Sie sagt: „Wir glauben fest an das Prinzip des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, und im Falle Jugoslawiens bedeutet dies das Recht einer souveränen Nation, ihre Probleme selbst zu lösen." Allerdings sind beide SLP-Erklärungen unkritisch gegenüber dem giftigen serbischen Chauvinismus von Milosevic.

Aber in der April/Mai-Ausgabe ihrer Zeitung *Sodalist News* sagt die SLP nichts darüber, daß sie den Imperialismus besiegen will. Sie läßt eine Bemerkung über den Ruf nach Bodentruppen fallen („Weder Clinton noch Blair haben die Absicht, ihre Soldaten auf Seiten der Kosovo-Befreiungsarmee in den Kosovo zu schicken") und richtet eine Aufforderung an „den UN-Generalsekretär Kofi Annan, den russischen Premierminister Jewgeni Primakow und den Papst, eine Form von Friedensverhandlungen auszuarbeiten, die die Bombardierung stoppen würde"! Kann man sich eine unheiligere Allianz vorstellen - der Papst, der eine Schlüsselrolle bei der Konterrevolution von Solidarnos'c in Polen spielte, der Chef der UNO, die Haiti und Somalia überfiel und den Irak aushungert, und der Premierminister des kapitalistischen „nachsowjetischen" Rußland - diese Leute fleht die SLP jetzt an, sie sollen uns Frieden bringen! Scargills Opposition gegen die vom Vatikan gesponserte Solidarnos'c wurde vor und während des britischen Bergarbeiterstreiks von 1984/85 von der Thatcher-Regierung als Stoßkeil zur Zerschlagung der Gewerkschaft benutzt, gegen Scargill und gegen die Bergarbeiter.

Kämpferische Mitglieder der SLP, die sich dem britischen Imperialismus entgegenstellen wollen, müssen verstehen, daß die politische Tradition der „alten" Labour Party, auf die sich die SLP so gerne beruft, alles andere als antiimperialistisch ist. Die Nationalisten der Marke „Little England" vom „linken" Flügel der Labour Party zur Zeit vor Blair standen auf der Seite ihres eigenen Imperialismus: von Indien über Irland bis zu den „Jungfräulichkeitstests" an asiatischen Frauen, die nach Britannien einreisen wollten. Die politische Linie des Labourismus ist der sogenannte parlamentarische Weg zum Sozialismus - als ob die herrschende Klasse dem Proletariat nach einer demokratischen Wahl einfach die Staatsmacht aushändigen würde; in der Zwischenzeit versucht man sich an der „humanen" Verwaltung des kapitalistischen Systems zu beteiligen. Man kann den imperialistischen Krieg nicht bekämpfen ohne revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System, das den Krieg hervorbringt.

Die Arbeiterklasse muß nationale und rassistische Unterdrückung bekämpfen!

Unter Lenin und Trotzki führten die Bolschewiki im Oktober 1917 die arbeitenden Massen Rußlands erfolgreich zur Zerschlagung des kapitalistischen Staates. Die Bolschewiki führten das revolutionäre Rußland aus dem imperialistischen Gemetzel heraus und gründeten die Kommunistische Internationale mit dem Ziel, die Revolution auf die ganze Welt auszuweiten.

Aber im Gegensatz zu Rußland führte die zugespitzte revolutionäre Möglichkeit, die sich durch den Ersten Weltkrieg bot, in Westeuropa nicht dazu, daß das Proletariat die Bourgeoisie stürzte. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei der Sozialdemokratie. Diese Bluthunde der Konterrevolution leisteten ihren bürgerlichen Herren gute Dienste und metzelten Revolutionäre wie die deutschen Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nieder. Der Druck der imperialistischen Umzingelung auf den wirtschaftlich rückständigen Sowjetstaat, die furchtbare Dezimierung der russischen Arbeiterklasse im Bürgerkrieg, durch den die russischen und imperialistischen Kräfte der Konterrevolution zerschlagen wurden, sowie das Scheitern der proletarischen Revolution in anderen Ländern bereitete den Weg für eine politische Konterrevolution im Jahre 1924 (Thermidor), durch die eine nationalistische parasitäre Kaste, geführt von Stalin und später seinen Nachfolgern, die politische Macht an sich riß. Ihr falsches Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" bedeutete in der Praxis eine Anbiederung an den Imperialismus. Das stalinistische Programm der Klassenzusammenarbeit führte zu Niederlagen vielversprechender Arbeiterrevolutionen: von China 1925-27 über Spanien 1936-39, Italien 1943-45 bis zu Frankreich im Mai 1968. Nachdem die stalinistische Bürokratie das revolutionäre internationalistische Bewußtsein des sowjetischen Proletariats zerstört hatte, zersetzte sie schließlich den Arbeiterstaat völlig, was zur kapitalistischen Konterrevolution von 1991/92 führte.

Der US-Präsident Jimmy Carter führte den zweiten Kalten Krieg unter dem Schlagwort „Menschenrechte". Heute ist „Menschenrechts"imperialismus das Markenzeichen der Imperialisten und ihrer Mitläufer, um ihre Kriegsziele zu rechtfertigen. Im Ersten Weltkrieg rechtfertigten Britannien und Frankreich ihren Krieg gegen Deutschland mit der Befreiung Belgiens, während Deutschland vorgab, für die Befreiung Polens von Rußland zu kämpfen. Lenin goß beißenden Spott über diese bürgerlichen Täuschungsmanöver. Während er das Recht Polens auf Selbstbestimmung nachdrücklich unterstützte, argumentierte er, daß diese Losung unter den Bedingungen eines interimperialistischen Krieges nur bedeuten konnte, sich „zu Lakaien *einer* der imperialistischen Monarchien zu erniedrigen" („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", Juli 1916).

Die Bourgeoisien vergießen heute Krokodilstränen über den „armen kleinen Kosovo", aber es gibt zahlreiche Fälle von nationaler und rassistischer Unterdrückung, die von ihnen auch in Westeuropa aufrechterhalten wird. Die französische Bourgeoisie unterdrückt Tausende von Nordafrikanern und anderen Sans papiers und schiebt sie aus „la belle France" ab. Deutschland hat Kurden in die sichere Unterdrückung und Todesgefahr in der Türkei deportiert, und auch Flüchtlinge aus dem Balkan wurden Opfer von Massendeportationen durch das Vierte Reich. Italien versenkte auf hoher See ein Schiff mit albanischen Flüchtlingen. Roma und Sinti werden im ganzen „sozialistischen" Europa auf abscheuliche Weise schikaniert.

Die Unterdrückung des baskischen Volkes verdeutlicht, was die kapitalistische „europäische Einheit" wirklich bedeutet: die übernationale polizeistaatliche Koordinierung des Terrors gegen unterdrückte Völker, die für ihre Befreiung kämpfen. Wir fordern Freiheit für die baskischen Nationalisten in französischen und spanischen Gefängnissen und fordern das *Recht auf Selbstbestimmung für die Basken nördlich wie südlich der Pyrenäen*!

Die IKL kämpft für den sofortigen bedingungslosen Abzug britischer Truppen aus Nordirland als Teil ihres Kampfes für eine irische Arbeiterrepublik in einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln. In dieser Situation, wo Völker auf dem gleichen Gebiet miteinander vermengt leben - wobei gegenwärtig im sektiererischen Orange-Kleinstaat die katholische Minderheit unterdrückt wird -, ist uns klar, daß es keine gerechte Lösung der nationalen Unterdrückung geben kann ohne die Mobilisierung des Proletariats der gesamten britischen Inseln für den revolutionären Sturz des britischen Imperialismus und die damit einhergehende Zerschlagung des Orange-Kleinstaates im Norden sowie des katholischen Klerikalstaates im Süden.

Die Imperialisten erheben ein Geschrei über Milosevic, schweigen aber über die Unterdrückung der Kurden in der Türkei - wozu auch massenhafte Zwangsumsiedlungen gehören. Die Regierung der Türkei, der Südostbastion der NATO, führt seit 14 Jahren Krieg gegen die unterdrückte kurdische Bevölkerung, in dem etwa 30000 Menschen getötet, insgesamt 3500 Dörfer zerstört und mehr als drei Millionen Kurden zur Flucht aus ihren Häusern gezwungen wurden. Man sollte nicht vergessen, daß der Führer der kleinbürgerlich-nationalistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, von der CIA aufgespürt wurde und ihm jedes europäische Land Asyl verweigert hat, wobei in Deutschland die PKK verboten ist. Wir sagen: Freiheit für Öcalan! Nieder mit der Verfolgung kurdischer Militanter! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Nach innen zeigt sich der bürgerliche Nationalismus im scharfen Anstieg des Rassismus, der sich gegen Europas dunkelhäutige und osteuropäische Immigrantenbevölkerung richtet, die mit Massenabschiebungen und staatlicher sowie faschistischer Gewalt konfrontiert ist. Immigranten, die als „Gastarbeiter" für die Verrichtung niedrigbezahlter schmutziger Arbeiten nicht mehr gebraucht werden, werden rausgeworfen, während insbesondere Jugendliche der zweiten Generation von den Herrschenden mit Verachtung behandelt werden: Ohne Jobs und ohne Zukunft werden diese Jugendlichen von der herrschenden Klasse als sozialer Zündstoff gefürchtet, der zu explodieren droht. In ganz Europa lassen kapitalistische Regime, die von angeblichen „Sozialisten" verwaltet werden, ihre Bullen los, um Jugendliche aus Minderheiten zu terrorisieren, wobei in Blairs Britannien die Unterdrückung von Schwarzen und asiatischen Einwohnern die Regierung schon so akut in Verlegenheit brachte, daß sie gezwungen war, „institutionalisierten Rassismus" bei der Polizei zuzugeben.

Rassistische Unterdrückung ist untrennbar verbunden mit dem Mechanismus der kapitalistischen Ausbeutung. Sozialdemokratische Regime und Volksfrontregierungen (Koalitionen, die auf Regierungsebene Arbeiterparteien an die Bourgeoisie ketten) wurden seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der ausdrücklichen Absicht an die Macht gebracht, den „Sozialstaat" zu zerstören. Die kapitalistischen Herrscher fühlen sich nicht mehr dazu verpflichtet, für die Arbeiter im Westen einen hohen Lebensstandard zu garantieren in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaften der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten, die aus dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hervorgingen. Während die Bourgeoisie die Ausbeutungsrate in die Höhe zu treiben versucht, sind die Immigranten nicht nur Opfer von Abschiebungen, sondern werden auch als willkommener Sündenbock für Arbeitslosigkeit und Verelendung benutzt. Rassismus gegen Immigranten ist der Stoßkeil für Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und die Minderheiten müssen ihre Interessen gemeinsam voranbringen, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Die Arbeiterbewegung muß *für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Flüchtlinge vor rechter Unterdrückung kämpfen.*

Die endgültige Zerstörung der Oktoberrevolution hat nicht nur den Krieg der Bourgeoisien gegen ihre eigenen arbeitenden Massen verschärft, sondern auch die soziale Reaktion, die wie immer besonders die Frauen trifft. Die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa hat zur Verarmung der Frauen geführt, sie vom Arbeitsplatz verjagt und zurück in die Tyrannei von „Kinder, Küche, Kirche" getrieben. In ganz Westeuropa und Nordamerika stehen die Abtreibungsrechte massiv unter Beschüß, während in der sogenannten „Dritten Welt" (aber nicht nur dort) fundamentalistisch-religiöse Kräfte wütenden Terror gegen die Frauen ausüben und versuchen, gegen die Emanzipation der Frauen alle nur möglichen familiären und sozialen Hindernisse auszubauen.

Die Pseudolinke verbreitet die Illusion, daß man „gemeinsam gegen rechts" und gegen die Faschisten kämpfen könne, wenn man die Sozialdemokraten an die Macht bringt. Das ist eine unverfrorene Lüge. Diese kapitalistischen Regierungen haben die Immigranten unerbittlich verfolgt, während sie die faschistischen Banden, die mörderischen Terror verbreiten, schützen. Appelle an den rassistischen bürgerlichen Staat, er möge die Faschisten verbieten, sind einfach selbstmörderisch und vergrößern das Arsenal staatlicher Repression, das unweigerlich gegen die Linke eingesetzt wird, nicht gegen die Rechte. Wir kämpfen dafür, die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse an der Spitze aller Unterdrückten zu mobilisieren, um faschistische Provokationen zu zerschlagen!

Westeuropas dunkelhäutige Proletarier sind nicht bloß hilflose Opfer, sondern ein wichtiger Bestandteil der proletarischen Kräfte, die dazu fähig sind, dieses rassistische kapitalistische System zu zerschlagen. Die Mobilisierung der Macht des integrierten Proletariats erfordert allerdings einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Führungen in Parlament und Gewerkschaften, die als Transmissionsriemen füngieren, um rassistisches Gift in die Arbeiterklasse zu schleusen, und deren prokapitalistische Politik einfach die Bedingungen der Massenverelendung und Hoffnungslosigkeit, die dem Faschismus als Nährboden dienen, verewigt. Um für die Einheit des multiethnischen Proletariats gegen die Bourgeoisie die Grundlage zu schaffen, ist seine aktive Teilnahme an den dringend notwendigen sozialen Kämpfen gegen rassistische Unterdrückung und Repression erforderlich. Aber die Arbeiterführer" verfolgen eine genau entgegengesetzte Politik, indem sie zum Beispiel die rassistischen Bullen in den Gewerkschaften organisieren. Bullen sind keine Arbeiter! Wir fordern: Bullen raus aus den Gewerkschaften!

Um ein für allemal die Faschisten zu zerschlagen - die bewaffneten Banden, die sich das Kapital in Reserve hält, um sie gegen die Arbeiterklasse zu benutzen -, ist eine sozialistische Revolution notwendig. Aber die Pseudolinken, die politisch am Rockzipfel der größeren sozialdemokratischen bürgerlichen Arbeiterparteien hängen, sind völlig unfähig zu einem kühnen Angriff auf das kapitalistische System. Es ist aufschlußreich, daß die Wahlplattform des Blocks von LO und LCR zu den Europaparlamentswahlen nicht einmal das Wort „Sozialismus" erwähnt, geschweige denn „Revolution". Für diese furchtsamen Reformisten besteht das Maximalprogramm darin, zu den guten alten Zeiten des „Sozialstaates" zurückzukehren - dem Programm der Sozialdemokratie! Es ist ein Maßstab für den Rückgang des proletarischen Bewußtseins seit der Zerstörung der Sowjetunion, daß die Mehrzahl derjenigen, die einst Lippenbekenntnisse zur *Vierten* internationale ablegten, die von Leo Trotzki gegründet und durch den Revisionismus zerstört worden war, zum offenen Sprachrohr für die Politik der Zweiten Internationale geworden sind, die von der heroischen Kommunistin Rosa Luxemburg bereits zur Zeit des Ersten Weltkriegs treffend als „stinkender Leichnam" beschrieben wurde! Im scharfen Kontrast zu diesen Pseudotrotzkisten, die sich offen der kapitalistischen Herrschaft fügen, kämpfen wir für *neue Oktoberrevolutionen* und daher für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution!

Nieder mit Maastricht! Für ein Arbeitereuropa!

Die Europäische Union, ehemals ein diplomatisches Anhängsel des antisowjetischen NATO-Bündnisses, ist heute ein instabiles Anhängsel der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Prioritäten der europäischen Kapitalisten und richtet sich gegen die Arbeiter Europas, gegen nichteuropäische Immigranten sowie auch gegen Deutschlands imperialistische Hauptrivalen, die USA und Japan. Mit Deutschland als ihrem stärksten Bestandteil ist die Europäische Union auch eine Arena, in der die grundsätzlich gegenläufigen Interessen der großen europäischen bürgerlichen Staaten zum Ausdruck kommen.

Weil der Kapitalismus auf Basis eigenständiger Nationalstaaten organisiert ist - die eigentliche Ursache der wiederholten imperialistischen Kriege zur Neuaufteilung der Welt -, ist es unmöglich, einen stabilen gesamteuropäischen bürgerlichen Staat zusammenzufügen. Die Perspektive eines fortschrittlichen europäischen „Superstaats", die Jospin, Schröder und andere predigen, ist eine unverhohlene Lüge. Wie Lenin schon vor langer Zeit feststellte, sind die kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa entweder unmöglich oder reaktionär:

> „Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten *Kolonien gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte ..." („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", August 1915)

Dagegen behauptet Workers Power tatsächlich, die EU sei progressiv, oder wenigstens potentiell progressiv, mit folgendem Argument: „Die europäischen Arbeiter werden in gewissem Maße nach der Einführung der Maastricht-Bestimmungen besser gerüstet sein, um auf kontinentaler Ebene zurückzuschlagen" (*Workers Power,* Juni 1992). So wird WP zum Sprachrohr für ein kapitalistisches „vereintes" Europa. Wie Trotzki über die Zentristen seiner Zeit schrieb: „Es ist aber ein Gesetz, daß jeder, der Angst vor einem Bruch mit den Sozialpatrioten hat, unvermeidlich deren Agent wird" („Lehren des Oktober", 4. November 1935). Wie eine Parodie des parlamentarischen Kretinismus fordert WP sogar eine europaweite konstituierende Versammlung!

In ähnlicher Weise hatte LO zu Maastricht eine Position des Abstentionismus. In Wirklichkeit handeln diese Gruppen als linke Demokraten, die der kapitalistischen Reaktion ein „demokratisches" Gesicht aufsetzen wollen. Wir stehen auf der Seite Lenins. Die „Einheit" der EU ist gegen das Proletariat und die Unterdrückten gerichtet: Bombenhagel auf Jugoslawien, Polizeiüberwachung der Grenzen gegen „illegale" Einwanderer, Auslieferung Öcalans in die Folterkammern der Türkei.

Eine von Scargills SLP herausgegebene Erklärung zum Europaparlament fordert dazu auf, Britannien aus der Europäischen Union herauszuholen. Unter dem Titel „Wählt uns rein, um uns herauszubekommen" stellt diese Erklärung die EU und den Vertrag von Maastricht als grundlegende Ursache für die zunehmende Arbeitslosigkeit und die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage dar. Dies verschleiert die Tatsache, daß mit oder ohne den Vertrag von Maastricht der Hauptfeind der Arbeiter eines jeden Landes ihre „eigene" Bourgeoisie ist. Thatchers Britannien leistete Pionierarbeit bei der Demontage des „Sozialstaats" - Jahre bevor ernsthaft über eine gemeinsame europäische Währung gesprochen wurde. Unsere Opposition zur EU beruht auf einer proletarischen internationalistischen Perspektive, nicht auf dem nationalistischen Protektionismus der SLP. Nur der Sturz des Kapitalismus durch Arbeiterrevolution und die Errichtung der *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* als Teil einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft kann die Grundlage für eine Entwicklung der Produktivkräfte sein, die wirklich der Menschheit zugute kommt.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Unter der Wucht des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Asien erlebt die japanische Wirtschaft ihre größte Krise seit 50 Jahren. Der japanische Imperialismus wiederum reagierte mit dem aggressiven Versuch, den bürgerlichen Militarismus aufzupolieren. Als die USA und ihre NATO-Verbündeten mit ihrem Dauerfeuer von Cruise Missiles und Bomben gegen Serbien begannen, feuerte die japanische Marine auf zwei Schiffe, die verdächtigt wurden, nordkoreanische Spionageschiffe zu sein. Das war erst das zweite Mal in der Nachkriegszeit, daß

die Marine ihre Waffen abgefeuert hat - das andere Mal war 1953, als sie von Hokkaido aus in Richtung UdSSR schoß.

Eine Erklärung der Spartacist Group Japan (SGJ) sagt:

„Zwar unterstützt Japans herrschende Klasse das Massaker der USA/NATO an den Serben, doch sie ist sich durchaus im klaren darüber, daß sich die Rolle des amerikanischen Imperialismus als Weltpolizist auch gegen sie - den imperialistischen Hauptrivalen der USA im Pazifik - richtet. Seit der Zerstörung der Sowjetunion entspricht das Sicherheitsabkommen Japan-USA immer weniger den wirklichen Interessen der japanischen Bourgeoisie. Schon hat der japanische Imperialismus die zweithöchsten Militärausgaben der Welt und treibt die Überarbeitung der Militärrichtlinien voran, um seine eigene Armee und Marine kampfbereit zu machen."

Mit der Aussage: „Keinen Mann, keinen Yen für die imperialistische Armee" unterstreicht die SGJ, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht getrennt und unabhängig vom Klassenkampf geführt werden kann:

„Japanische Arbeiter müssen sich mit den Arbeitern von Indonesien bis zu den Philippinen vereinigen im Kampf für ein sozialistisches Asien, für die bedingungslose militärische Verteidigung von China, Nordkorea und Vietnam gegen imperialistische Angriffe und für die proletarische politische Revolution. Notwendig ist eine unnachgiebige proletarische Partei, die die Arbeiterklasse zur Staatsmacht führt."

Die scharfe Zuspitzung imperialistischer Rivalitäten, die sich im Anwachsen des bürgerlichen Militarismus in den USA, in Europa und in Japan widerspiegelt, bringt ein grundlegendes Gesetz des Imperialismus zum Ausdruck. Der Imperialismus ist keine Politik, die man menschlicher machen kann, wie Liberale und Reformisten vorgeben, sondern das „höchste Stadium des Kapitalismus", wie es Lenin definiert hat:

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist."

Lenin polemisierte scharf gegen Kautskys Theorie des „Ultraimperialismus", heutzutage wiederbelebt als „Globalisierung", die behauptet, die kapitalistischen Großmächte könnten friedlich darin übereinkommen, die Welt gemeinsam durch ein international vereinigtes Finanzkapital auszubeuten. Im Gegensatz dazu erklärte Lenin: „Unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar." Die Handvoll imperialistischer Mächte führt einen schonungslosen Kampf, um ihre jeweilige Stärke im Wettbewerb durch die Erhöhung der Ausbeutungsrate ihrer Arbeiterklasse im eigenen Land zu steigern, durch Ausplünderung der kolonialen und halbkolonialen Welt und durch Eroberung der Märkte auf Kosten ihrer Rivalen. Damit wird die Basis gelegt für neue Kriege zur Neuaufteilung der Welt, entsprechend dem wechselnden Kräfteverhältnis zwischen den Imperialisten. Wie Lenin feststellte:

„,Interimperialistische' oder ,ultraimpcrialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießcrphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen ,Marxisten' Kautsky, *notwendigerweise* nur ,Atempausen' zwischen Kriegen - gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses *aller* imperialistischen Mächte." (Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus,* 1916)

Die Auffassung, die von vorgeblichen Linken wie Workers Power/Gruppe Arbeitermacht vertreten wird, daß ein europäischer kapitalistischer Superstaat mit friedlichen Mitteln errichtet werden könnte, ist einfach eine moderne Variante von Kautskys Theorie. Eine weitere Variante ist die Auffassung, daß die Existenz von Atomwaffen die kapitalistischen Imperialisten - zumindest die „demokratischen" Imperialisten - davon abhalten wird, einen neuen Weltkrieg auszulösen. In einer Polemik gegen das Committee for a Workers International (in Deutschland SAV) von Peter Taaffe zeigten wir auf, daß dies ein rührendes Vertrauen in die demokratischen Imperialisten beweist, die am Ende des Zweiten Weltkriegs sinnlos auf ihren bereits besiegten Feind Atombomben warfen. Die heutigen „Linken", die von den imperialistischen Herrschern Rationalität und Zurückhaltung erwarten, haben bewußt ein kurzes Gedächtnis: Die Massenmörder, die Vietnam mit Flächenbombardierungen überzogen, haben wenig Rationalität und noch weniger Skrupel.

Die Vorstellung der amerikanischen Bourgeoisie, daß Rußland wegen seiner Schwäche und Verschuldung von einer Militärintervention abgehalten werde, hat etwas Einfältiges. Das zaristische Rußland war nicht stark, als es sich zur Mobilmachung gegen Österreich (und damit gegen Deutschland) im Ersten Weltkrieg entschloß. Keine der kriegführenden Mächte folgte einem solchen „rationalen" Kalkül; sie alle erwarteten, daß der Krieg in wenigen Monaten vorbei sein würde. Auf diese Weise fangen Kriege an, und unsere zentristischen Opponenten sind so stupide wie die Bourgeoisien, denen sie dabei hinterherlaufen. Wir haben es nicht mit einem rationalen Gesellschaftssystem zu tun, sondern mit dem Imperialismus. Nur *die sozialistische Weltrevolution kann die Menschheit vor der Barbarei retten.*

Nach Hitlers Machtergreifung schrieb der russische revolutionäre Führer und Gründer der Vierten Internationale Leo Trotzki: „Die katastrophale Handels-, Industrie-, Agrar- und Finanzkrise, die Sprengung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Verfall der Produktivkräfte der Menschheit, die unerträgliche Zuspitzung der Klassen- wie der internationalen Gegensätze kennzeichnen den Niedergang des Kapitalismus und bestätigen vollauf die leninsche Charakteristik unserer Epoche als der Epoche der Kriege und Revolutionen." Seine Schrift „Krieg und die Vierte Internationale" (1934) schloß er mit der Bekräftigung: „Unbestreitbar ist jedenfalls, daß in unserer Epoche tiefe Wurzeln im nationalen Boden allein die Organisation schlagen kann, die sich auf internationale Prinzipien stützt und dem Gefüge einer Weltpartei des Proletariats eingegliedert ist. *Kampf gegen den Krieg bedeutet heute Kampf um die Vierte Internationale!"* Wir wollen die Arbeit fortsetzen, die Genösse Trotzki begonnen hat: *Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!* •

Veranstaltungen der SpAD

Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

Verteidigt Serbien gegen Bundeswehr/NATO-Angriff!

Berlin 19. Mai 1999, 18.30 Uhr
Humboldt-Universität, Hauptgebäude
Raum siehe Aushang

Hamburg 12. Mai 1999, 18.30 Uhr
Universität Hamburg, Pferdestall,
Allende-Platz 1

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

A 1664 E

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

24.JUNI1999 EXTRABLATT DM 0,20

PKK-Nationalismus: tödliche Sackgasse für Kurden

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Die haarsträubende Zurschaustellung des gefesselten und gedemütigten Abdullah Öcalan nach seiner Gefangennahme durch den mörderischen türkischen Staat im Februar wirft ein Schlaglicht auf die andauernde nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes. Von Land zu Land gehetzt,

Freiheit für Öcalan!

während ihm die sozialdemokratischen Regierungen Britanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands das Asyl verweigerten, wurde der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von türkischen Elitekommandos in Kenia festgenommen. Eingekerkert auf der berüchtigten Gefängnisinscl imrali im Marmarameer, wird Öcalan von dem blutigen türkischen Regime, das ihn mit der Todesstrafe bedroht, jetzt der Prozeß gemacht. Wir fordern: Freiheit für Öcalan!

Jahrzehntelang haben die westlichen Imperialisten den türkischen Staat militärisch und politisch bei der Unterdrückung der Kurden unterstützt. Die USA arbeiteten mit ihren türkischen Klienten Hand in Hand, um Öcalan zu fassen, und stellten ihnen Geheimdienstinformationen zur Verfügung, die zu seiner Verschleppung führten. Was den deutschen Imperialismus angeht, so liefert er an die Türkei Waffen und bildet türkische Eliteeinheiten an der Bundeswehrführungsakademie aus. Aus Furcht vor Instabilität im Nahen Osten, wo sie hoffen, durch Öl- und Erdgaspipelines sagenhafte Gewinne zu erzielen, unterstützen die deutschen Kapitalisten jeden Schritt ihrer türkischen Verbündeten gegen die PKK und die Kurden. Durch das Schüren einer rassistischen, immigrantenfeindlichen Kampagne gegen kurdische Arbeiter versucht die deutsche Bourgeoisie auch die multinationale Arbeiterklasse im eigenen Land zu spalten und zu schwächen.

Nur Wochen nachdem das türkische Regime Öcalan entführt hatte, starteten NATO-Streitkräfte unter Führung der USA und unter Beteiligung deutscher Kampfflugzeuge einen massiven Bombenkrieg gegen Serbien unter dem heuchlerischen Vorwand, den Kosovo-Albanern „humanitäre" Hilfe zu leisten gegen „ethnische Säuberungen" durch die serbischen Verbände von Slobodan Milosevic. Den Bombenterror auf dem Balkan im Namen der „Menschenrechte" zu rechtfertigen ist der Gipfel imperialistischer Heuchelei. Milosevics abstoßender Nationalismus gegenüber den Kosovo-Albanern verblaßt im Vergleich zur barbarischen und mörderischen Behandlung, die die Kurden jeden Tag durch die türkischen Herrscher erfahren - mit beharrlicher Unterstützung durch den deutschen und den amerikanischen Imperialismus!

Nach der Verschleppung Öcalans kam es zu Massenverhaftungen von Kurden in den Städten der Westtürkei. Seine Verhaftung entfachte Straßenkämpfe in Diyarbakir



Spartakist

SPD/Grünen-Regierung antwortete mit blutigem Staatsterror auf Kurdenproteste. Verteidigt Kurden, stoppt Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion!

Für trotzkistische Avantgardeparteien im Nahen/Mittleren Osten!

und im Elendsviertel Gazi Mahallesi von Istanbul, wo sich kurdische Demonstranten gegen Bullenangriffe zu Wehr setzten. In ganz Europa und weltweit demonstrierten Zehntausende von Kurden und besetzten Botschaften, um gegen Öcalans Verschleppung zu protestieren. In Hamburg wurde die SPD-Hauptgeschäftsstelle besetzt. In Berlin wurden am 17. Februar Ahmet Acar, Sema Alp und Mustafa Kurt von israelischen Sicherheitsbeamten erschossen, die das Feuer gegen kurdische Demonstranten vor dem israelischen Konsulat eröffneten. 16 weitere Demonstranten wurden verletzt, von denen Sinan Karakus zehn Tage später starb.

Um gegen die Kurden hart durchzugreifen, verhängte der Berliner SPD/CDU-Senat den Ausnahmezustand und verbot alle Demonstrationen, die mit der „Kurdenfrage" in Zusammenhang standen. Die Bullen nahmen mehr als tausend Kurden fest, weitere Hunderte wurden geschlagen. In der Hoffnung, die kurdische Minderheit einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, drohten SPD-Kanzler Schröder und sein Innenminister Otto Schily, die „ganze Härte des Gesetzes" anzuwenden, um die Kurden in die türkischen Folterkeller zu deportieren. Seit 1993 hat die SPD das Verbot der PKK voll unterstützt, wobei sie die PKK und andere kurdische Organisationen als „terroristisch" abstempelt.

Von Britannien und Frankreich bis Kanada und Australien hat die Internationale Kommunistische Liga gemeinsam mit kurdischen Demonstranten Öcalans Freiheit gefordert. Die Spartakist-Arbeiterpartei protestierte zusammen mit kurdischen Demonstranten in Deutschland und verteilte eine Erklärung auf türkisch, deutsch, italienisch, französisch und englisch, die hervorhob: „Der deutsche Imperialismus ist zusammen mit dem US-Imperialismus Pate des türkischen Vernichtungskriegs gegen die Kurden, liefert die Waffen und bildet die Todesschwadronen aus." Die Erklärung forderte: *„Weg mit den Anklagen! Sofortige Freilassung der kurdischen Gefangenen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine!"*

NATO-Mitglied Türkei: Völkergefängnis

Die Explosivität nationalistischer Feindseligkeiten im Nahen und Mittleren Osten ist das direkte Resultat imperialistischer Machenschaften. Als die britischen und französischen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg das Osmanische Reich zerstückelten, teilten sie das Siedlungsgebiet der Kurden unter vier bürgerlichen Staaten auf: Türkei, Irak, Iran und Syrien. Selbst der weitgehend zusammengestutzte kurdische Staat, wie er 1920 im Vertrag von Sevres vorgesehen worden war, wurde drei Jahre später im Vertrag von Lausanne für nichtig erklärt; darin wurde die moderne Türkei festgelegt und verfügt, daß alle Menschen im Land Türken seien, bis auf diejenigen, die einer der landlosen religiösen Minderheiten angehören (Armenier, Griechen oder sephardische Juden).

Bald nach seiner Gründung durch Mustafa Kemal (Atatürk) suchte der türkische Staat die nationale Identität der Kurden zu zerstören. Im März 1924 wurde verboten, in kurdischer Sprache zu sprechen und zu publizieren, und die Verfassung kodifizierte die kemalistische Doktrin, daß die Türkei rein türkisch sei. Schließlich wurden Kurden zwangsweise in „Bergtürken" umbenannt. Anfang der 60er Jahre erließen die türkischen Herrscher ein Gesetz, daß kurdische Ortsnamen in türkische umgewandelt werden sollten, und verkündeten, daß eine kurdische Nation nicht existiere. Als im Mai 1961 in Mardin, Diyarbakir und anderen Städten größere Demonstrationen losgingen, aus Protest gegen den Großangriff auf die Rechte der Kurden, erschoß der Staat über 300 Demonstranten.

Diese Politik setzte sich in den 80er und *Wer* Jahren unvermindert fort. Im Dezember 1982 verfügte der Minister für Erziehung, daß Volkslieder in Ost- und Südostanatolien nur in türkischer Sprache gesungen werden durften, da sie subversiven Zwecken dienen könnten. Im Oktober 1983 verbot das Gesetz 2932 den Gebrauch der kurdischen Sprache überhaupt. David McDowall stellt in seinem Buch *A Modern History of the Kurds* [Eine moderne Geschichte der Kurden] (1997) fest: „Schon das Wort .kurdisch' war ein solches Schreckgespenst, daß das Gesetz eine Ausdrucksweise fand, um sein Verbot klar zu machen, ohne das anstößige Wort zu erwähnen." Kurdische Namen, die mit der „nationalen Kultur, Moral und Tradition" unvereinbar seien und „die Öffentlichkeit beleidigen", wurden verboten. Bis Mitte der 80er Jahre wurden fast 3000 Dörfer in den kurdischen Provinzen Adiyaman, Gaziantep, Urfa, Mardin, Siirt und Diyarbakir umbenannt.

Staatliche Unterdrückung nahm gigantische Ausmaße an. Zwischen September 1980 und September 1982 wurden mindestens 81000 Kurden in türkischen Kerkern eingesperrt. Währenddessen verlegte die Armee zwei Drittel ihrer Truppen nach Kurdistan und erhöhte die Zahl der Soldaten bis Anfang 1990 auf 200000. Mit allen Mitteln darauf aus, die kurdische Nation zu vernichten, zerstörte die türkische Armee Tausende kurdischer Dörfer, was massenhafte Zwangsvertreibungen und die Ermordung Zehntausender Menschen bedeutete. Mit 25 bis 30 Millionen Menschen sind die Kurden eines der größten Völker der Welt ohne eigenen Staat. Die kurdischen Massen im Südosten der Türkei, die sich hauptsächlich aus schrecklich unterdrückten Bauern und landlosen Pächtern zusammensetzen, waren von Alters her unter dem Joch der kurdischen Agas (Landadel), des sunnitischen Klerus und des blutrünstigen türkischen Militärs. Die kurdische Gesellschaft selbst ist in hohem Maße klassendifferenziert: Anfang der 90er Jahre besaßen 8 Prozent der Bauernfamilien über 50 Prozent des Landes, während 38 Prozent ohne Land waren.

Einer der Gründe für die Terrorherrschaft des türkischen Regimes in Ostanatolien ist die Verstärkung der ökonomischen Ungleichheit zwischen Türken und Kurden. Das Pro-Kopf-Einkommen in den südöstlichen kurdischen Gebieten betrug Anfang der 90er Jahre 42 Prozent des Landesdurchschnitts und ein Viertel im Vergleich zur Ägäis/Marmara-Region. Das Analphabetentum in vielen kurdischen Provinzen beträgt über 50 Prozent im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 23 Prozent, da der Unterricht auf türkisch abgehalten wird, für die meisten Kurden auf dem Land eine Fremdsprache.

Hinter der unaufhörlichen nationalen Unterdrückung, der die Kurden ausgesetzt sind, steht der Drang der bürgerlichen Herrscher im Nahen Osten, national homogene Staaten dadurch zu schaffen, daß sie die Kurden ihrer nationalen Einheit berauben. Schon die Anerkennung einer kurdischen Identität bedroht die Stabilität der bürgerlichen Regime in der Region. Aus diesem Grunde ist es undenkbar, daß das kurdische Volk nationale Selbstbestimmung im Rahmen des kapitalistischen Systems der Nationalstaaten erlangen kann.

Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 555, 10127 Berlin
Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

Als Marxisten, die offen die Gleichheit der Nationen verteidigen und jegliche Manifestation von Nationalismus und Chauvinismus bekämpfen, betonen wir, daß die Rechte des kurdischen Volkes nur durch proletarische sozialistische Revolutionen gesichert werden können, durch die die kapitalistischen Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien, die die Kurden unterdrücken, zertrümmert werden. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, leninistisch-trotzkistische Parteien aufzubauen, die die Werktätigen verschiedener nationaler und ethnischer Herkunft vereinigen. Diese Parteien werden die Forderung nach einer *Sozialistischen Republik Vereinigtes Kurdistan* als Teil einer *Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens* auf ihr Banner schreiben.

Diese Perspektive ist ein konkreter Ausdruck von Leo Trotzkis Programm der permanenten Revolution, der einzige Weg zur Emanzipation der Massen von vorkapitalistischer Sklaverei und kapitalistischer Ausbeutung in der halbkolonialen Welt. In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Westen schon lange erledigt wurden, nicht durch die lokalen Bourgeoisien gelöst werden, die völlig vom Imperialismus abhängig sind und fürchten, daß jegliche auf sozialen Fortschritt gerichtete Bestrebung die Arbeiter dazu ermutigen könnte, sie zu stürzen. In diesen Ländern können die ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution - wie Agrarrevolution, Rechte der Frauen und nationale Befreiung - nur durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden, das die bäuerlichen Massen führt. Um zu überleben und sich entwickeln zu können, müssen sozialistische Revolutionen in den rückständigen Ländern auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten des Westens und Japan ausgeweitet werden, deren wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Fertigkeiten unerläßlich sind, um die „Dritte Welt" auf das ökonomische Niveau der „Ersten" emporzuheben.

PKK-Nationalismus: Sackgasse für Kurden

Die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes ist unabdingbare Pflicht für subjektive Kommunisten in der Türkei. Die türkische Arbeiterklasse muß für eine Perspektive gewonnen werden, die nationalen Rechte der Kurden zu wahren, die PKK und andere kurdische Organisationen gegen den Staatsterror zu verteidigen und für das volle und gleiche Recht auf die kurdische Sprache einzutreten. Nur im Kampf gegen jeden Ausdruck von türkischem Chauvinismus und nationaler Unterdrückung kann der Weg freigemacht werden für den gemeinsamen Kampf der türkischen und kurdischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen kapitalistischen Unterdrücker.

Wie Lenin betonte, müssen Kommunisten in einem Unterdrückerland besonders gegen den Chauvinismus ihrer „eigenen" Bourgeoisie Widerstand leisten, während Kommunisten im unterdrückten Land besonders den kleinbürgerlichen Nationalismus bekämpfen müssen, wenn sie darum kämpfen, die Arbeiter beider Nationen im Kampf zu vereinen:

> „Leute, die sich nicht in diese Frage hineingedacht haben, finden es ‚widerspruchsvoll', wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen auf der ‚Freiheit der *Lostrennung'* beharren, die Sozialdemokraten der unterdrückten Nation dagegen auf der ‚Freiheit der *Vereinigung'.* Etwas Überlegung zeigt jedoch, daß es einen *anderen* Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen anderen Weg aus *der gegebenen* Lage zu diesem Ziel nicht gibt und nicht geben kann." („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", Juli 1916)

So verteidigen Kommunisten das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung, widersetzen sich aber entschieden dem kleinbürgerlich-nationalistischen Programm der PKK. Entstanden als Reaktion auf die allseitige Unterdrückung der Kurden, wurde die PKK Mitte der 70er Jahre von Öcalan (mit dem Kosenamen Apo oder „Onkel") gegründet. Die Bewegung, die 1978 den Namen PKK annahm, beanspruchte für sich den „Marxismus-Leninismus", was Öcalans städtische Wurzeln als Student in Ankara widerspiegelt. Dort war er ein Unterstützer der linksgerichteten Jugendgruppe Devrimci Gene, zu einer Zeit, als der Maoismus bei radikalisierten Jugendlichen populär war.

Trotz ihrer „marxistisch-leninistischen" Rhetorik hatte die PKK nie etwas mit wirklichem Marxismus zu tun. Öcalan lehnte den Kampf für eine revolutionäre leninistische Partei auf der Grundlage des wachsenden türkischen und kurdischen Proletariats ab und schloß sich, wie viele türkische und kurdische Linke Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, der Guerillastrategie für die „Dritte Welt" an. Abgestoßen von der niederträchtigen chauvinistischen Weigerung der türkischen Linken, für die Sache der kurdischen Befreiung einzutreten, zogen sich Öcalan und seine Unterstützcr aufs Land zurück und wandten sich von den Arbeitern in Istanbul, Ankara, Sivas und Adana ab. Dies war in zweifacher Hinsicht kriminell, denn die PKK fand im Unterschied zu anderen kurdischen Gruppen ihre Unterstützung bei proletarischen Elementen, denen die Klassenherrschaft der kurdischen Agas und Händler verhaßt war.

Obwohl ihre Unterstützer die feudale und Großgrundbesitzerhierarchie des kurdischen Dorfes verabscheuen, hat sich die PKK selbst einer ausgesprochen klan-orientierten Politik verschrieben, wobei sie im anatolischen Hinterland Familien und Dörfer gegeneinander ausspielt. McDowall schreibt: „Statt die Aga-Klasse als ganze anzugreifen, operierte die PKK mit feinem Kalkül, nutzte Blutfehden aus, wo sie schon existierten, und half neue zu entfachen, wo es keine gab." Ein enger Gefährte Öcalans erklärte, daß immer, wenn die PKK eine Person aus einer Familie oder



Spartakist

Appelle der PKK-Führung an EU/UNO schüren tödliche Illusion in Imperialisten, ketten kurdische Arbeiter an den Klassenfeind. Kurdische, türkische Arbeiter sind strategisch für Arbeiterrevolution in Deutschland



Reuter

Zonguldak 1991:48 000 türkische und kurdische Bergarbeiter streiken für höhere Löhne und fordern Recht der Kurden auf eigene Sprache. Bild von großtürkischem Republikgründer Atatürk zeigt zugleich tiefe Illusionen in „fortschrittlichen" Kapitalismus. Nur proletarische Revolution ist der Weg zur Befreiung der Kurden, der Frauen und aller Unterdrückten!

einem Stamm rekrutiert hatte, „sich die ganze Familie oder der gesamte Stamm auf unsere Seite schlug".

Zweifellos hat die kleinbürgerlich-nationalistische PKK einen heldenhaften militärischen Kampf gegen die weit besser ausgerüstete türkische Armee geführt und so Massenunterstützung unter der kurdischen Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan, den städtischen Zentren der Westtürkei und der Diaspora in Westeuropa und anderen Ländern erlangt. Dennoch benutzt die PKK den Guerillakrieg nur, um sich den Weg zum Verhandlungstisch freizukämpfen, wo sie der türkischen Bourgeoisie Zugeständnisse abzuringen hofft. Gleichzeitig sucht sie auf die westlichen Imperialisten Druck auszuüben, damit diese wiederum auf ihr türkisches NATO-Mitglied Druck ausüben.

Die PKK-Strategie liegt ganz auf der Linie anderer kleinbürgerlich-nationalistischer Bewegungen wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Da die nationalistische Perspektive dieser Bewegungen ausdrücklich nicht mit einem Kampf für die proletarische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern verbunden ist, schielen sie notwendigerweise nach der Gunst des westlichen Imperialismus - mit katastrophalen Folgen für die unterdrückten Massen. Heute hat sich Jassir Arafats PLO im Gefolge des unter US-Vermittlung ausgehandelten „Friedens"-Abkommens als Polizeihilfstruppe an die rassistischen Zionistcn in Israel verkauft. In Südafrika steht der inzwischen bürgerlich-nationalistische ANC an der Spitze eines Neoapartheid-Systems, wo die schwarzen Massen genauso durch die Randlords ausgebeutet und unterdrückt sind, wie sie es unter weißer rassistischer Herrschaft waren. Sollte die PKK mit den türkischen Spießgesellen ein Übereinkommen treffen, würde sie ihre neu gefundene Position dazu benutzen, ihr eigenes Volk auszubeuten und als kurdischer Gendarm für den türkischen Staat dienen. In seiner Rede vor dem türkischen Gericht zeigte Öcalan eine solche Perspektive auf, was von der PKK unterstützt wurde.

Während des Kalten Krieges, als die Sowjetunion einer feindlichen Einkreisung durch die imperialistischen Mächte ausgesetzt war, wurden häufig kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte wie die PLO und der ANC politisch und militärisch von Moskau unterstützt, was ihnen etwas Handlungsspielraum verschaffte. Was die PKK betrifft, so erfreute sie sich bescheidener militärischer Unterstützung durch das sowjetfreundliche Syrien, wo Öcalan Zuflucht fand und Guerillastützpunkte der PKK aufbaute. Doch nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 hingen die kleinbürgerlichen Nationalisten in der Luft. Die PLO reagierte darauf, indem sie sich immer offener darauf verließ, daß Washington ein „Friedens"abkommen vermittelt, welches die Leiden des palästinensischen Volkes kein bißchen gemindert hat. Ohne sowjetische Rückendeckung gab Syrien dem Druck von der Türkei nach, die dem arabischen Nachbarn damit drohte, einzumarschieren, falls er dem PKK-Führer und seinen Guerillaeinheiten weiterhin Zuflucht gewährt. Letztes Jahr kapitulierte Syrien vor dieser Provokation, und Öcalan wurde gezwungen, das Land zu verlassen.

All das hat die PKK dazu veranlaßt, ihre Annäherungsversuche gegenüber den Erzfeinden der kurdischen Befreiung zu intensivieren: den westlichen Imperialisten und dem türkischen Staat. So biederte sich die PKK den europäischen Bourgeoisien an und erklärte letztes Jahr, „zur Lösung der kurdischen Frage könne die PKK entweder in den Bergen bleiben und weiterkämpfen, oder einen Appell an Europa richten" (*Kurdistan-Rundbrief,* 2. Dezember 1998). Und die PKK bot die Kurden als Spielball an für die Rivalitäten zwischen der Europäischen Union (EU) und dem US-Imperialismus: „Das Fehlen einer politischen Haltung zur kurdischen Frage auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten ... hat wie die Regungslosigkeit im Jugoslawien-Problem auch dieses Mal wieder den Anlaß dafür geliefert, daß die USA einen Schwerpunkt gesetzt haben" (*Kurdistan-Rundbrief,* 10. Februar).

Bei seinen Appellen an die USA war Öcalan genauso schamlos. In einem Bericht, der am 15. Oktober 1998 von der kurdischen Fernsehstation Med-TV ausgestrahlt wurde, beschwor er Washington: „Angenommen, es läge in Ihrer alleinigen Macht, würden Sie dann den Kurden ein Recht auf Frieden zusichern? Würden Sie ihnen ein paar demokratische Rechte zugestehen? Es gibt hier einen Partner für Sie, ich gebe Ihnen mein Wort. Bereiten Sie eine politische Lösung vor, ich werde keine Vorbedingungen stellen." Mit

diesem feigen Kniefall vor den Großmächten tritt die PKK in die Fußstapfen der großen, aristokratischen Barzani- und Talabani-Klans in Irakisch-Kurdistan, die schon immer ihre Dienste an ein wechselndes Spektrum regionaler Mächte und westlicher Imperialisten verkauft haben im Austausch für militärische und politische Unterstützung.

In unversöhnlicher Feindschaft gegenüber der Perspektive einer Vereinigung der kurdischen und türkischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen Klassenfeinde hat die PKK ihre Politik immer mehr dem reaktionären Klima der nachsowjetischen Welt angepaßt und selbst ihre formale Forderung nach Unabhängigkeit Türkisch-Kurdistans durch die Forderung nach „Autonomie" ersetzt. Sie bot sogar den mörderischen türkischen Herrschern ihre Hilfe an für deren Expansionsdrang zur Kontrolle über die turksprachigen Gebiete Zentralasiens und erklärte im *Kurdistan-Report* (Januar/Februar 1998):

> „Die Lösung in der Türkei ist eine regionale Lösung. Das sollte der Türkei allerdings keine Angst machen, heißt das doch, daß eine sichere Brücke zum Nahen Osten und Mittelasien bis zu den turkmenischen Ländern entstehen würde. Das erste Mal in ihrer Geschichte könnte die Türkei dank dieser kurdischen Brücke eine so starke Kraft erreichen."

Mit zunehmender Deutlichkeit der Appelle an die Imperialisten und den türkischen Staat hat die PKK immer weniger Bedarf an „marxistisch-leninistischer" Rhetorik und säkularem Gedankengut, wovon viele ihrer Mitglieder inspiriert sind. Zwar hat die PKK in ihren Veröffentlichungen die Unterdrückung der Frauen angeprangert und ist dafür bekannt, daß sie bewaffnete Frauen in ihre Guerillagruppen aufnimmt, aber ihre kleinbürgerliche Einstellung und ihre Geringschätzung der proletarischen Massen der Türkei führte sie zu einer Annäherung an die reaktionärsten Kräfte auf der politischen Landkarte der Türkei: Elemente des sunnitischen Klerus und die Wohlfahrtspartei (jetzt Tugendpartei genannt) von Necmettin Erbakan, eine islamische Massenorganisation.

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre gründete die PKK eine Gruppe, die von einem Geistlichen in Bitlis geführt wurde und mit der Partiya Islami Kurdistan und Islami Hekaret (Islamische Bewegung) verbunden war. In letzter Zeit waren islamische Repräsentanten Mitglieder von Öcalans Exilparlament. Die PKK verbreitet die reaktionäre Lüge: „Die islamischen Bewegungen brauchen uns, und sie atmen durch unsere Kämpfe. Wir vergessen nicht, daß die Arbeiterpartei nach dem echten Islam strebt" *(junge Welt*, 20. November 1995). In seinem Bericht in Med-TV stellte Öcalan der Tugendpartei die Frage: „Wo ist eure Treue zum Islam, wie könnt ihr euren Standpunkt, den Krieg unter allen Umständen zu unterstützen, islamisch nennen? Wo ist darin der Islam?"

Religion dient dazu, die Unterdrückten an die alte Ordnung zu ketten, indem sie sie mit Aberglauben und konservativer Moral durchdringt. Nirgendwo trifft dies mehr zu als in der islamischen Welt, wo der Koran und der reaktionäre Einfluß der Familie Hunderte Millionen, insbesondere Frauen, in einem Zustand der Isolation, Unwissenheit und fürchterlicher Unterjochung hält. Indem die PKK den reaktionären muslimischen Parteien der Türkei die Hände reicht, signalisiert sie dem geistlichen Establishment, daß man bei der Festigung des Einflusses des Islams auf die kurdischen Massen, der in den rückständigen Gebieten Türkisch-Kurdistans bereits äußerst stark ist, auf sie setzen kann.

Konfrontiert mit dem Bankrott der Guerillastrategie der PKK und ihrer offenkundig reaktionären Politik, müssen sich kurdische Militante mit dem grundlegenden Gegensatz zwischen der kleinbürgerlichen Strategie der PKK und der marxistischen Perspektive auseinandersetzen, wonach nur die Arbeiterklasse - türkisch, kurdisch, arabisch, persisch und hebräischsprachig-die soziale Macht, Anzahl und Organisation besitzt, um alle bürgerlichen Staaten im Nahen und Mittleren Osten durch sozialistische Revolutionen zu stürzen. Dies ist der einzig gangbare Weg zur Befreiung der unterdrückten Kurden von den Ketten nationaler Unterdrückung und zur Sicherung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Das nationalistische Programm der PKK ist eine Sackgasse - nur die trotzkistische Strategie der permanenten Revolution ist dazu imstande, die kurdischen Massen zu befreien.

SPD: Bürgerliche Arbeiterpartei für Rassismus und Krieg

In Deutschland sind Zehntausende kurdische Arbeiter in den großen Gewerkschaften, zusammen mit ihren deutschen und türkischen Klassenbrüdern und -Schwestern. Die türkischen und kurdischen Arbeiter in Europa können eine lebende Brücke sein, die den Kampf für kurdische Unabhängigkeit und sozialistische Revolution im Nahen Osten mit Arbeiterherrschaft im industrialisierten Westen verbindet. Deutsche und türkische Arbeiter müssen für die Verteidigung der Rechte kurdischer Organisationen eintreten. Dies ist besonders heute wichtig, wo der rassistische deutsche Staat seine Attacken gegen die PKK zu einer Offensive gegen alle Immigranten und die Arbeiterbewegung insgesamt benutzt. Doch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie sind Hindernisse bei der Mobilisierung des machtvollen Proletariats gegen rassistische Abschiebungen, faschistische Provokationen und aggressive Angriffe auf die Arbeiterklasse.

Seit der konterrevolutionären Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der Einverleibung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch das Vierte Reich Anfang der 90er Jahre haben sich die imperialistischen Rivalitäten stark verschärft und die deutsche Bourgeoisie dazu veranlaßt, ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verschärfen, um besser mit ihren imperialistischen Gegenspielern konkurrieren zu können. Dabei hat die herrschende Klasse versucht, proletarische Kämpfe dadurch zu ersticken, daß sie die Arbeiter mit dem Gift des Chauvinismus und Rassismus infiziert. Mit dem Aufschrei „Das Boot ist voll", dem rassistischen Schlachtruf, daß Deutschland zu viele „Ausländer" habe, wollten die Herrscher das geistige Klima schaffen, in dem Flüchtlinge und andere Einwanderer ungehindert hinausgejagt werden können.

Millionen Arbeiter, die von fast 17 Jahren CDU-Regierung unter Helmut Kohl und den zunehmenden Angriffen auf die Arbeiterklasse die Nase voll hatten, wählten bei den

letzten Bundestagswahlen die SPD und brachten die Sozialdemokraten erstmals seit 1982 wieder an die Macht. Der Bourgeoisie gehorchend, übernahm die SPD die Zügel im kapitalistischen Staat, um den mächtigen Gewerkschaften, deren bürokratische Irreführer die Arbeiter von der Verteidigung ihres Lebensstandards abhielten, die von den Herrschenden geforderten Kürzungen reinzuwürgen. Bei der Verwaltung des bürgerlichen Staates betreibt die SPD eine genauso reaktionäre, rassistische Politik wie die CDU. Die zügellose Repression, die kurdische Demonstranten auf den Straßen Berlins, Hamburgs und Kölns zu spüren bekommen, ist nur ein Beispiel für den wirklichen Charakter der SPD-Regierung von Gerhard Schröder.

Nachdem die Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten, was zahllose Arbeiter zum Tod in den Schützengräben verurteilte, unwiderruflich auf die Seite des deutschen Imperialismus übergegangen waren, haben sie sich seitdem der Aufgabe verschrieben, das Proletariat an seinen Klassenfeind zu ketten. 1992 bewies die SPD ein weiteres Mal ihre Loyalität gegenüber den Frankfurter Bankiers, indem sie für die Abschaffung des Rechts auf Asyl stimmte, was die Nazis dazu ermutigte, in Rostock ein wütendes Pogrom gegen Immigranten zu entfachen. In Hamburg und Schröders eigenem Bundesland Niedersachsen haben SPD-Regierungen aggressive Polizeirazzien gegen Afrikaner und andere Einwanderer durchgeführt. Jetzt bombardieren die SPD und ihr grüner Koalitionspartner das serbische Volk im größten militärischen Konflikt Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei den Bundestagswahlen im letzten Jahr lehnten wir es ab, die SPD oder die PDS, die ehemaligen ostdeutschen Stalinisten, die die DDR 1990 an den deutschen Imperialismus ausverkauft und sich selbst in dreiste prokapitalistische Sozialdemokraten verwandelt haben, auf irgendeine Weise zu unterstützen. Wir erklärten: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!" *(Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998).

Was die PDS angeht, so verwaltet sie Staatsterror gegen Einwanderer in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und bahnt so den Nazis den Weg. Und sie verbreitet krassen Antiamerikanismus im Dienste des deutschen Imperialismus. Nachdem die PDS ihre Loyalität gegenüber der Bourgeoisie von Auschwitz dadurch unter Beweis gestellt hat, daß sie die Konterrevolution in der DDR führte, überschlägt sich die PDS jetzt dabei, den deutschen Imperialisten Ratschläge zu erteilen, wie man am besten die US-Rivalen ausmanövrieren kann. Der außenpolitische Sprecher der PDS, Wolfgang Gehrkc, fordert, daß die europäisch dominierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine größere Rolle auf dem Balkan spielen soll, als Gegengewicht zur US-dominierten NATO, und er rät dem deutschen Außenminister Joschka Fischer, „unter den Röcken von Madam Albright hervor[zu]kriechen" *(junge Welt,* 20./2l. Februar). Die PDS berät den deutschen Imperialismus, wie er sich in den ölreichen Ländern des Nahen Ostens mit der Türkei als Sprungbrett einen Platz sichern könne, und fordert eine „Lösung" der kurdischen Frage durch eine „europäische Friedensinitiative" und den deutschen Imperialismus. So versucht die PDS, die Arbeiterklasse und ihren kurdischen Bestandteil, der brutal unterdrückt wird, ihrem Klassenfeind unterzuordnen.

In Übereinstimmung mit dem russischen revolutionären Führer W. I. Lenin charakterisieren wir SPD und PDS als „bürgerliche Arbeiterparteien": Parteien, die sich auf die Gewerkschaften stützen - die Massenorganisationen des Proletariats -, aber eine Führung und ein Programm haben, die durch und durch bürgerlich sind. Wir führen einen Kampf, um die proletarische Basis dieser Parteien von der prokapitalistischen Führung abzuspalten, als Teil des Kampfes zur Schmiedung einer revolutionären Partei, die der Volkstribun aller Unterdrückten ist und sich dem Kampf für die sozialistische Revolution im industriellen Kraftzentrum Europas verschrieben hat. *Für ein Arbeiterdeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas!* Kurdische und türkische Arbeiter - die weniger Illusionen in die Sozialdemokratie haben als das einheimische Proletariat, eine Folge des zügellosen, bösartigen Rassismus, dem sie täglich ausgesetzt sind - können eine entscheidende Rolle dabei spielen, die gesamte Arbeiterklasse von den prokapitalistischen Parteien SPD und PDS zu brechen. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Perspektive der sozialistischen Revolution.

Pseudotrotzkisten: Feinde kurdischer Freiheit

Angesichts der unablässigen nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei und des bürgerlichen Staatsterrors in Deutschland muß sich jede Organisation, die den Anspruch erhebt, revolutionär zu sein, an ihrer Haltung zum internationalen proletarischen Klassenkampf, zum verräterischen Nationalismus der PKK und vor allem zur Rolle der sozialdemokratischen Handlanger der imperialistischen Bourgeoisie, die im Dienste des Kapitals die niederträchtigsten rassistischen Angriffe ausführen, messen lassen.

Der pseudotrotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), der dem Vereinigten Sekretariat des verstorbenen Ernest Mandel angeschlossen ist, läuft seit langem der PKK hinterher und gehört zur enthusiastischen Anhängerschaft des kurdischen Nationalismus. Nach Öcalans Gefangennahme sang der RSB weiterhin Lobeshymnen auf die PKK und jubelte unkritisch: „Öcalans historisches Verdienst ist es, im nationalen Befreiungskampf der kurdischen Minderheit in der Türkei eine entscheidende Rolle gespielt zu haben" *(Avanti,* März 1999).

In einem Brief an den *Spartakist* (Nr. 119, Juli, August 1995) gab sich ein RSB-Sprecher sehr viel Mühe, jeden politischen Schritt der PKK zu verteidigen, und behauptete, sie sei eine Arbeiterpartei, die „sozialistisch und internationalistisch" ist. Er verteidigte den Aufruf der PKK zu einer „politischen und demokratischen Lösung" in Kurdistan. er rechtfertigte „das Ausnutzen internationaler, auch imperialistisch dominierter Institutionen wie der UNO", wobei er ganz sachte warnte, man dürfe sich nicht der „Logik" dieser imperialistischen Institutionen unterwerfen. Doch gerade unter der Schirmherrschaft der UNO wurden militärische Abenteuer wie der Koreakrieg Anfang der 50er Jahre angezettelt, und infolge des von der UNO verhängten Embargos sind seit 1991 über eine Million Iraker umgekommen, darunter Hunderttausende Kinder. *Nieder mit der UN-Hungerblockade gegen den Irak!*

Während der RSB ein auf das Proletariat gestütztes Programm zur Vereinigung der türkischen und kurdischen Arbeiter im Kampf für sozialistische Revolution ablehnt, läßt er sich lang und breit über die befreiende Kraft aus, die er ausgerechnet bei den erbittertsten Feinden der Kurden entdeckt: den westeuropäischen Imperialisten. In empörender Weise malt der RSB die EU in „progressiven" Farben und behauptet, dieser imperialistische Handelsblock, Schauplatz rassistischen Terrors und wachsender faschistischer Angriffe, habe „eine Art Revolution von oben" vollbracht, indem er einen europäischen Binnenmarkt schuf, der Unterdrückerstaaten zu „Zugeständnissen" an ihre unterdrückten nationalen Minderheiten zwingen werde: „Je mehr Großbritannien oder der Spanische Staat Teil der EU werden, desto größer wird der Spielraum der Basken oder Nordiren" *(Avanti,* März 1999).

Was die Kurden angeht, schreibt der RSB: „Es ist kaum anzunehmen, daß die Türkei ohne Zugeständnisse an die unterdrückte kurdische Minderheit mit ihrem Militärregime im besetzten Kurdistan der EU beitreten kann"! Der rassi-



Action Press

Türkisches Militär zerstörte über 3000 kurdische Dörfer, ermordete über 30000 Kurden. Deutschland ist Pate des Massenmords

stischen „Festung Europa" eine zivilisatorische Funktion zuzuschreiben ist nicht nur krassester Reformismus, *es* schlägt auch der Realität der nachsowjetischen imperialistischen Ordnung direkt ins Gesicht, die weltweit nationale Unterdrückung verschärft hat - von Nordirland, wo die Katholiken weiterhin unter den Stiefeln von britischer Armee, Royal Ulster Constabulary und protestantischen paramilitärischen Banden leben müssen, bis Israel, wo der zionistische Staat weiterhin die Palästinenser unterjocht, entrechtet und ermordet.

Zu der Hoffnung des RSB, die europäischen Imperialisten könnten sich auf die Seite der Kurden schlagen, paßt sein Glaube an ein progressives Potential der Bundeswehr. Getrieben von dem Wunsch, daß die bürgerliche Armee bessere Prioritäten setzt, schreibt der RSB *(Avanti,* Dezember 1997): „Die grünen ‚Menschenrechtler' fordern geradezu den Bundeswehreinsatz aus humanitären Gründen - natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den Kurdinnen oder gegen den Genozid an den Tutsis, wohl aber dort, wo deutsche Machtinteressen damit gefördert werden wie in Bosnien."

Im scharfen Gegensatz dazu haben Marxisten das Verständnis, daß Imperialismus nicht einfach eine „schlechte Politik" ist, die durch Druck auf den Staat - das Exekutivorgan der Kapitalistenklasse - so verändert werden kann, daß sie im Interesse von „Freiheit" und „Humanität" funktioniert. Im Gegenteil zwingt die Jagd nach Profitmaximierung konkurrierende imperialistische Länder dazu, sich neue Märkte anzueignen, Konkurrenten hinauszudrängen, rivalisierende Handelsblöcke aufzubauen und letztendlich die Welt neu aufteilen zu wollen. Dies ist die Ursache der imperialistischen Weltkriege, die in diesem Jahrhundert schon zweimal Barbarei und Zerstörung über große Teile der Menschheit gebracht haben. Nur wenn das internationale Proletariat der Bourgeoisie die Staatsmacht entreißt, werden imperialistische Kriege für immer aus der Welt geschafft sein.

Ein anderer pseudotrotzkistischer Verein, der behauptet, auf der Seite des kurdischen Volkes und der PKK gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu stehen, ist die Gruppe Arbeitermac'ht (GAM), deutsche Schwesterorganisation der britischen Gruppe Workers Power. Als im Februar kurdische Demonstranten massenhaft durch die Bullen der SPD verhaftet wurden, jammerte die GAM: „Das Verhalten der Rot/Grünen Bundesregierung zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen der letzten Tage zeigt überdeutlich, wie wenig ihre Erklärungen zur Integration von Ausländern und zur Humanität wert sind" („Freiheit für Öcalan!", Flugblatt undatiert).

Was für ein Schwindel! Diese Zyniker „vergessen" zu erwähnen, daß sie die Wahl genau dieser Sozialdemokraten *unterstützt* und bei den letzten Wahlen zur Wahl „der SPD im Westen bzw. von SPD und PDS im Osten" aufgefordert haben *(Arbeitermacht,* Mai/Juni 1998). Der RSB seinerseits hat die PDS dick unterstützt, die wiederum erklärt hatte, sie würde „bedingungslos" SPD-Kanzler Schröder stützen. Die Unterstützung sowohl des RSB als auch der GAM für die Sozialdemokraten ist ein anschaulicher Beweis dafür, wie sie mit den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet sind. Im Kalten Krieg der 80er und Anfang der 90er Jahre förderten diese Gruppen den sozialdemokratischen Antikommunismus, indem sie die konterrevolutionäre, klerikal-nationalistische Solidarnos'c in Polen unterstützten und Jelzins kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion bejubelten. Heute unterstützen diese zentristischen Schwindler weiterhin die sozialdemokratischen Parteien des Rassismus und Krieges.

Für die Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Im Kampf zur Schmiedung revolutionärer trotzkistischcr Parteien im Nahen und Mittleren Osten ist es unerläßlich, die Arbeiterklassen über die nationalen Trennlinien hinweg zu vereinigen. In der Türkei hat die brutale Vertreibung der kurdischen Massen, die sie zur Flucht in die Industriezentren Istanbul, Ankara und aus dem Land hinaus zwang, die objektive Basis für die Einheit der türkischen und kurdischen Arbeiter gegen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer dramatisch erweitert.

Obwohl die türkischen Herrscher versuchen, in der türkischen Bevölkerung nationalistische Leidenschaften aufzupeitschen, indem sie Öcalan als Terrorist verteufeln, haben nur wenige Jahre zuvor 48 000 kurdische und türkische Kohlebergleute gemeinsam in der Schwarzmeerstadt Zonguldak gestreikt, genau zu dem Zeitpunkt, als die türkische Regierung die Vorbereitungen für den UN/NATO-Angriff auf den Irak intensivierte. Wir stellten damals fest *(Spartakist* Nr. 82, Januar 1991), daß der Streik über ökonomische Fragen hinausging, weil gefordert wurde: „Nein zum Krieg!" - ein direkter Affront gegenüber der Rolle der Türkei als wichtiger NATO-Verbündeter. Wir schrieben, der Streik von Zonguldak „hat die kämpferische und unruhige Arbeiterklasse, Kurden wie Türken, die die repressive Diktatur von Turgut Özal satt hat, in der gesamten Türkei begeistert". Im kurdischen Ostanatolien und unter türkischen Arbeitern kam es zu Solidaritätsstreiks, und Bergarbeiter sollen Berichten zufolge das Recht der Kurden auf ihre eigene Sprache gefordert haben.

Die Möglichkeit zur Vereinigung der Arbeiter über nationale Trennungslinien hinweg wird durch die Geschichte der irakischen Kommunistischen Partei (KPI) veranschaulicht. Zwar war die KPI seit dem Zeitpunkt ihrer Gründung 1934 stalinistisch und der auf Klassenzusammenarbeit ausgerichteten Strategie treu ergeben, was bedeutet, Volksfrontbündnisse mit „progressiven" Bürgerlichen zu schließen, dennoch war sie die proletarischste Kommunistische Partei im Nahen Osten. Sie betrieb in den 40er Jahren systematische Arbeit in den Ölfeldern und Industriezentren Kurdistans wie Kirkuk und Mosul und gab eine kurdische Zeitung heraus. Anfang der 50er Jahre war ein gutes Drittel des Zentralkomitees der Partei kurdisch.

Inmitten des großen sozialen Aufruhrs, der dem Sturz der irakischen Monarchie 1959 folgte, wurde diese mächtige

Kraft einer sozialen Revolution durch die irakischen Stalinisten und durch Moskau verraten. Anstatt ihre Basis in der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Staatsmacht selber zu ergreifen, lenkte die KPI die Arbeiter ab, damit sie den bürgerlichen Militäroffizier Abd al-Karim Qassim unterstützen, den die KPI als den „alleinigen Führer" pries. Aus Furcht, ein revolutionärer Aufstand im Nahen Osten könnte die sowjetischen Arbeiter dazu anspornen, sich gegen die Sowjetbürokratie zu erheben, befahlen die Moskaustalinisten der KPI, diese entscheidende Gelegenheit zur Revolution in den Sand zu setzen. In ihrem Streben nach Entspannung gegenüber den Imperialisten opferten sie die proletarische Revolution im Irak. Irr Namen der Unterstützung für die erste Stufe einer illusorischen „Zwei-Etappen-Revolution" unterstützte die KPI anschließend sogar das Ba'ath-Regime, das dann dazu überging, Kommunisten, Arbeiter und Kurden einzukerkern, zu foltern und zu ermorden.

Der erste Arbeiterstaat der Welt stellte für die unterdrückten Massen im ehemaligen zaristischen „Völkergefängnis" und auf der ganzen Welt ein Leuchtfeuer der Befreiung dar. Weil die Bolschewiki entschlossen waren, die zahlreichen nationalen Fragen durch einen energischen Kampf für nationale und demokratische Rechte zu lösen, konnte das sowjetische Proletariat die Myriaden unterdrückter Nationalitäten und Völker im ehemaligen Russischen Reich für sich gewinnen. Dies spielte für den Sieg der Arbeiter über die konterrevolutionären Weißen im Bürgerkrieg eine bedeutende Rolle. Nach Lenins festem Willen sollte die Sowjetunion ein freiwilliger Bund von Völkern sein. In den ersten Jahren wurden viele Sowjetrepubliken, autonome Republiken, autonome Gebiete und autonome Bezirke geschaffen: die lebendige Verwirklichung des bolschewistischen Programms der nationalen Selbstbestimmung. 1923 wurde die autonome Republik Kurdistan gegründet.

Die Oktoberrevolution machte den Weg frei für die nationale und soziale Emanzipation der unterdrückten Völker im ganzen ehemaligen Zarenreich, indem sie den Kapitalismus und alle Formen vorkapitalistischer Unterdrückung und Erniedrigung zerschlug. Im traditionell islamischen Zentralasien gewannen die Bolschewiki besonders machtvolle Unterstützung unter den Frauen, die als „Sklaven der Sklaven" fürchterlicher Unterdrückung ausgesetzt waren. Wie heute in Kurdistan, so fehlte auch in Zentralasien zur Zeit der Oktoberrevolution ein einheimisches Proletariat. So hing die Einführung sozialrevolutionärer Maßnahmen von der proletarischen Machteroberung in den Nachbarregionen ab, in diesem Fall von den entwickelteren Teilen Rußlands. Was Kurdistan anbelangt, so kann der machtvolle Anteil kurdischer Proletarier in Westanatolien und im westeuropäischen Ausland ein mächtiges Treibmittel für den notwendigen internationalistischen revolutionären Kampf sein.

Lenin führte seinen letzten Kampf gerade auf dem Terrain der nationalen Frage gegen niemand anderen als J. W. Stalin, der die Republiken Georgien, Aserbaidschan und Armenien in eine Transkaukasische Föderation zu pressen versuchte. Das Herumtrampeln auf den demokratischen Rechten der nichtrussischen Völker war eine der ersten Handlungen der Bürokratie, als sie die politische Macht an sich riß, was 1923/24 in einer politischen Konterrevolution gipfelte und Lenins bolschewistische Partei zerstörte. In den folgenden Jahren machte die Bürokratie viele Errungenschaften der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 wieder rückgängig, nicht zuletzt das bolschewistische Programm zur Beendigung nationaler Unterdrückung. Die Stalinisten verbreiteten großrussischen Chauvinismus und führten Zwangsumsiedlungen von Krimtartaren, Wolgadeutschen und anderen durch. Verbitterung über den groben Chauvinismus Moskaus gegenüber den nichtrussischen Völkern begünstigte die soziale Konterrevolution, die 1991/92 die Sowjetunion zerstörte.

Trotzki führte Lenins Kampf gegen die wachsende Bürokratie weiter und schmiedete die Linke Opposition, die versuchte den bürokratischen Würgegriff zu sprengen und dem sowjetischen Proletariat das Bewußtsein der Freiheitsziele der Russischen Revolution wieder einzuprägen. Die Trotzkisten haben den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos gegen innere Konterrevolution und imperialistische Aggression verteidigt, weil die Sowjetunion weiterhin die entscheidenden wirtschaftlichen Errungenschaften der Oktoberrevolution verkörperte - im wesentlichen die kollektivierten Eigentumsformen und die Planwirtschaft. Gleichzeitig kämpften die Trotzkisten für den Sturz der Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution, letztendlich der einzige Weg zu verhindern, daß der Stalinismus den Arbeiterstaat verschlingt. Im mörderischen Kampf gegen das falsche stalinistische Dogma vom „Sozialismus in einem Lande", in dessen Namen revolutionäre Gelegenheiten in anderen Ländern bewußt sabotiert wurden, kämpften die Trotzkisten für das marxistische Programm der Weltrevolution.

Das ist die internationalistische Tradition, der wir verpflichtet sind und auf deren Grundlage wir kämpfen, um eine revolutionäre Partei für den Kampf für neue Oktoberrevolutionen in aller Welt zu schmieden. Dieser Internationalismus motiviert unser Programm zur Emanzipation des kurdischen Volkes. Wie wir am Vorabend des imperialistischen Golfkriegs gegen den Irak in unserem Artikel „Saddam Husseins Krieg gegen Kurden und Linke" schrieben (*Spartakist* Nr. 83, Februar 1991):

> „Wir unterstützen die Bildung eines kurdischen Staates, aber weil die Lösung für die Frage der kurdischen Unterdrückung es erfordert, vier reaktionäre bürgerliche Regime zu besiegen, kann man sich dies kaum unabhängig von der sozialistischen Revolution in der ganzen Region vorstellen. Die kurdischen Massen müssen ein Bündnis mit dem arabischen, persischen und türkischen Proletariat anstreben. Saddam Hussein und all die anderen reaktionären Herrscher des Nahen Ostens müssen durch die Werktätigen und Unterdrückten zu Fall gebracht werden, die unter ihrer Gewaltherrschaft leiden müssen. Dies erfordert den Aufbau von Parteien der Arbeiterklasse, die für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpfen."«

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 136 SOMMER 1999 DM1,-

Nieder mit imperialistischer Besetzung des Kosovo!

Alle US/UN/NATO/Bundeswehr-Truppen raus aus dem Balkan!

Die SPD/Grünen-Regierung der Bourgeoisie des deutschen Imperialismus brüstet sich damit, daß sie an dem monatelangen Terror beteiligt war, durch den die US-geführte NATO, das mächtigste imperialistische Militärbündnis der Welt, Serbien - ein kleines abhängiges Land - in die Knie

SPD/Grünen-Regierung: Imperialistische Schlächter!

gezwungen hat. Das „Friedens"diktat von US/EU/NATO macht den Kosovo auf unbestimmte Zeit zu einem NATO-Protektorat mit 50000 Soldaten als Besatzungsmacht. Genau das, und nicht ihr zynisches Gerede darüber, die Kosovo-Albaner zu beschützen, war von Anfang an Ziel der NATO. Als proletarische Internationalisten, die offen für die Niederlage ihrer „eigenen" Bourgeoisie eintraten, brandmarken wir diesen Raub„frieden", der von den blutigsten Massenmördern der Welt diktiert wurde: Alle US/UN/NATO/Bundeswehr-Truppen raus aus dem Balkan! Nieder mit dem Imperialismus! Für Arbeiterrevolution!

Dieser Sieg der Imperialisten ist nicht nur ein Schlag gegen die Bevölkerung Serbiens und des ganzen Balkans, sondern auch gegen die arbeitenden Menschen und Unterdrückten auf der ganzen Welt. Er unterwirft die Kosovaren - Serben, Roma und Albaner gleichermaßen - direkt dem Joch des Imperialismus und verstärkt damit den nationalen Haß in der Region. Die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, die sich im Krieg gegen Serbien als ein höchst effektives Instrument der deutschen Bourgeoisie erwiesen hat, hat Blut geleckt und verschärft ihren Raubzug gegen die Arbeiterklasse und rassistischen Terror gegen Immigranten: Mit ihrem 30-Milliarden-Sparpaket greift sie vor allem Arbeitslose, Kranke, Rentner, Sozialhilfeempfänger an und hat mit

Fortgesetzt auf Seite 7

Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!



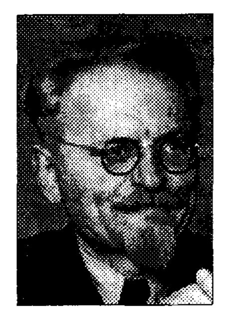
Georgi Licovski/dpa



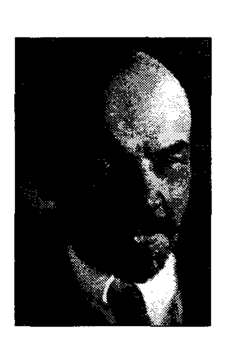
S. Pikula

Bundeswehr besetzt Kosovo nach Bombenkrieg. Rechts: 20. Mai, Belgrader Krankenhaus zerstört durch NATO

Die Komintern von Lenin und Trotzki: Partei der Weltrevolution


TROTZKI

Vor 80 Jahren fand in Moskau die Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale statt. Unter Führung von Lenins und Trotzkis bolschewistischer Partei, die 1917 die Oktoberrevolution zum Sieg führte, stellte die Komintern der proimperialistischen Sozialdemokratie der Zweiten Internationale das Programm der sozialistischen Weltrevolution entgegen. Als die nationalistische stalinistische Bürokratie in der Sowjetunion 1923/24 die politische Macht usurpierte und die Dritte Internationale in ein antirevolutionäres Werkzeug verwandelte, die Mitte der 30er Jahre zum offenen Reformismus überging, nahmen Trotzki und die Linke Opposition den Kampf für das Programm des leninistischen Internationalismus auf. Die Internationale Kommunistische Liga hat sich das Ziel gesetzt, die 1938 gegründete trotzkistische Vierte Internationale wiederzuschmieden, als notwendiges Instrument im Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit.


LENIN

Zweiundsiebzig Jahre sind verflossen, seit die Kommunistische Partei der Welt ihr Programm in Form eines Manifestes, von den größten Lehrmeistern der proletarischen Revolution, Karl Marx und Friedrich Engels, geschrieben, verkündet hat. Schon zu jener Zeit war der Kommunismus, der kaum in die Arena des Kampfes getreten war, von Hetze, Lüge, Hass und Verfolgung der besitzenden Klassen, welche mit Recht in ihm ihren Todfeind ahnten, umstellt. Im Lauf dieser sieben Jahrzehnte ging die Entwicklung des Kommunismus schwere Wege: Stürme des Aufstiegs, aber auch Perioden des Niedergangs; Erfolge, aber auch harte Niederlagen. Im Grunde ging die Entwicklung doch den Weg, der ihr im Manifest der Kommunistischen Partei vorgezeigt war. Die Epoche des letzten, entscheidenden Gefechts ist später eingetreten, als die Apostel der sozialen Revolution es erwartet und gewünscht haben. Aber sie ist eingetreten. Wir Kommunisten, die Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedener Länder Europas, Amerikas und Asiens, die wir uns in dem Sowjet-Moskau versammelt haben, fühlen und betrachten uns als Nachfolger und Vollbringer der Sache, deren Programm vor 72 Jahren verkündet wurde. Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenzufassen, die Bewegung von den zersetzenden Beimischungen des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der Kommunistischen Revolution in der ganzen Welt zu erleichtern und zu beschleunigen...

Der Kampf gegen das sozialistische Zentrum [USPD etc.] ist die notwendige Vorbedingung des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus...Wenn die Erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die Zweite Internationale Millionen Proletarier gesammelt und organisiert hat, so ist die Dritte Internationale die Internationale der offenen Massenaktionen, die Internationale der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat.

Die sozialistische Kritik hat die bürgerliche Weltordnung genügend gebrandmarkt. Die Aufgabe der internationalen kommunistischen Partei besteht darin, diese Ordnung umzustürzen und an ihrer Stelle das Gebäude der sozialistischen Ordnung zu errichten.

Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder auf, sich unter dem kommunistischen Banner zu vereinigen, unter dessen Zeichen die ersten großen Siege bereits erfochten sind.

Proletarier aller Länder! Im Kampf gegen die imperialistische Barbarei, gegen die Monarchie, gegen die privilegierten Stände, gegen den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Eigentum, gegen alle Arten und Formen der sozialen und nationalen Bedrückung - vereinigt euch!

Unter dem Banner der Arbeiterräte, des revolutionären Kampfes für die Macht und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der Dritten Internationale, Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Manifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt, unterzeichnet in Moskau am 6. März 1919

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 5 55,10127 Berlin
Redaktion Spartakist:Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 136 **SOMMER 1999**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 1102 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Pseudolinke von AMS, RSB bis Linksruck

Ihre Tarnung: „NATO raus!", ihre Botschaft: Krieg unter EU-Kontrolle

In den fast drei Monaten der Terrorbombardierung Serbiens durch die NATO-Imperialisten traten die Jugendgruppen der Internationalen Kommunistischen Liga gegen den imperialistischen Krieg in Aktion. Von Sydney über Rom bis New York City initiierten unsere Genossen Kundgebungen und intervenierten in Proteste, um unsere Perspektive bekanntzumachen: *Niederlage der Imperialisten durch Arbeiterrevolution* und die *Verteidigung von Serbien gegen imperialistische Angriffe.*

Spartakist-Jugend

Auf Treffen von Jugendlichen gegen den Krieg führten wir scharfe Polemiken gegen die Gruppen, die ihr prokapitalistisches Programm mit Antikriegsphrasen zu vertuschen suchen. In Hamburg intervenierten wir am 26. März an der Uni in ein Treffen der AMS (Assoziation Marxistischer Studenten), in der die stalinistischen JUKOs (Hochschulgruppe des PDS-Anhängsels DKP), der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und andere selbsternannte Marxisten organisiert sind.

Eberhard von der Spartakist-Jugend betonte auf dieser Veranstaltung unsere Position, Serbien militärisch zu verteidigen, ohne dem kapitalistischen Milosevic-Regime irgendeine politische Unterstützung zu geben. Dies stieß auf energischen Widerstand seitens der AMS. Denn während sich die PDS gerade als „Antikriegspartei" darstellte, indem sie sich gegen die US-geführte NATO stellte und für vom deutschen Imperialismus geführte OSZE-Truppen Werbung machte, machte es sich die AMS in der PDS-„Antikriegsbewegung" gemütlich. Dabei reden sie zwar von „proletarischem Internationalismus", doch mit ihrer Position: „Für die Linke kann es in dieser Situation nicht darum gehen, in zwischenstaatlichen Konflikten Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen" (AMS-Flugblatt), beziehen sie explizit keine Seite und lehnen den Sturz der „eigenen" Kapitalisten ab. Bei einem Angriff der Imperialisten gegen ein kleines kapitalistisches Land wie Serbien ist es die Pflicht von Kommunisten, das Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. In Diskussionen an der Hamburger Uni erklärten wir, daß die Position des AMS sozialchauvinistisch ist. Wie schon Lenin 1915 in „Sozialismus und Krieg" erklärte:

> „Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung Weder Sieg noch Niederlage' stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen."

Die Berliner Spartakist-Jugend intervenierte in die Demos von Tausenden Studenten und in Studentenversammlungen (Friedensplenen) an der PDS-dominierten Humboldt-Uni. Die PDS, die der Außenpolitik des deutschen Imperialismus eine „strategische Neuorientierung" geben will, versprühte während des Kriegs giftige antiamerikanische Hetztiraden, um die Arbeiter im Interesse der Kapitalisten zu spalten. Das wird von reformistischen Organisationen wie Linksruck nachgeäfft: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die agressivste Macht der Welt. Kein Land hat sooft Krieg geführt." Damit waschen sie die deutsche Bourgeoisie weiß, die zwei imperialistische Weltkriege vom Zaun brach und den Holocaust, die industrielle Ermordung von über 6 Millionen Juden, organisierte.

Auf dem Humboldt-Friedensplenum am 21. April intervenierte der RSB aggressiv für das „Selbstbestimmungsrecht für Kosova". Jan von den Spartakisten machte klar, daß der Ruf des RSB nach UN-Truppen, um die Kosovaren zu „schützen", und seine Losung „Weder NATO noch Milosevic!" eine Variante der Unterstützung des deutschen Imperialismus ist. Eine Teilnehmerin empörte sich, daß der RSB der Menschenrechtskampagne der *Frankfurter Allgemeinen* für die Kosovaren hinterherläuft und somit die Kriegsziele Deutschlands mitträgt. Da die Studenten nicht bereitwillig den „Menschenrechts"imperialismus schlucken wollten, verkroch sich der RSB gebeutelt aus dem Saal.

Auf dem nächsten Plenum, am 28. April, griffen PDS-nahe Studentenführer die Studenten an, die Maßnahmen wie Unistreiks und -besetzungen gegen den Krieg befürworteten. Ein Genösse von uns erinnerte daran, daß während der Unistreiks 1997/98 die Studentenbürokratie die Werbetrommel für eine SPD-Grünen-Regierung rührte. Jetzt, wo ihre Regierung an der Macht ist, versuchen sie, die Studenten, die gegen den SPD-geführten Krieg auf die Straße gehen und kein Kanonenfutter für die Imperialisten sein wollen, davon abzuhalten, ihre Illusionen in den „demokratischen" Kapitalismus zu verlieren, und wollen sie in die nationalistische PDS-„Friedens"bewegung drängen.

Ihre reformistische Konkurrenz von Linksruck war von derselben Angst gejagt. Angesichts des steigenden Hasses gegen Schröder stellten sie Losungen wie „Raus aus der SPD! Raus aus den Grünen!" auf. Kurzzeitig hatten sie Aufkleber: „Bundeswehr raus aus dem Balkan!", urn ihren platten Anti-

Fortgesetzt auf Seite 4



Spartakist

Hamburg, 20. Februar: Spartakist-Jugend auf Demo gegen drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal

Pseudolinke...

Fortsetzung von Seite 3

amerikanismus zu tarnen. Doch stand dies fast nie auf ihren Plakaten bei Demos, sondern immer „NATO raus aus dem Balkan!" Hinter dieser Losung steht der Nationalismus in antiamerikanischen Farben. Das zeigte sich ganz deutlich, als Alex Callinicos, ein führendes Mitglied der Socialist Workers Party, britische Mutterorganisation von Linksruck, während der Bombardierungen von Serbien einen Aufruf für den Einmarsch von imperialistischen UN- und OSZE-Truppen



Dietz Verlag

Arbeiter und Soldaten tauschen am Vorabend der bolschewistischen Revolution von 1917 in Petrograd Banner aus

unterschrieb (abgedruckt in *New Statesman,* 10. Mai *1999).* Dazu paßt, daß Linksruck den Sturz von Milosevic fordert, nicht aber den der eigenen Schröder-Regierung, die sie durch ihren Wahlaufruf mit an die Macht hievten.

„Wir wollen nicht von der Antikriegsbewegung überrollt werden!" erklärte nicht Fischer, auch nicht Scharping, sondern ein RSB-Sprecher für den „internationalistischen Block" auf einem Treffen am 19. Mai, an dem 60 Leute teilnahmen. Dieser Block war ein Schutz- und Trutzbündnis von Pseudotrotzkisten, die sich wie die Gruppe Arbeitermacht (GAM) den Kriegszielen der NATO verschrieben haben. Wir entlarvten in der Diskussion den proimperialistischen Charakter dieses Blocks und sagten: „Alle diese Gruppen haben die kapitalistische SPD-Regierung direkt oder über die PDS unterstützt. Wir dagegen sagten vor den Wahlen: Eine Stimme für SPD oder PDS ist eine Stimme für rassistischen Terror und imperialistischen Krieg!"

Kleine Morde unter Freunden

Als dann unsere Genossen ein Foto zeigten von einer UCK-Demonstration in London, auf der Plakate wie „NATO - Jetzt oder nie!" und „NATO - Viel Glück!" getragen wurden, in die sich die britische Schwesterorganisation der GAM einreihte (siehe Seite 7), verpuffte jeder Vorwand, daß die von der GAM geforderte Bewaffnung der UCK irgend etwas mit proletarischem Internationalismus zu tun habe. Teilnehmer der Veranstaltung waren schockiert und empört darüber, daß dieselbe Gruppe ihnen noch vor einigen Minuten etwas von der Mobilisierung der Arbeiterklasse vorlog.

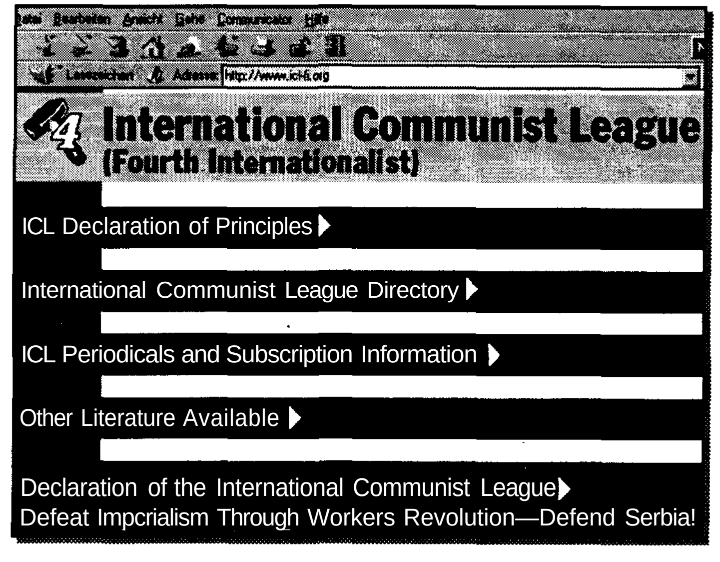
In einem Versuch, ihr Gesicht zu wahren, griff die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) nach unserem Beitrag die Unterstützung der GAM und des RSB für die UCK an, die sich der NATO als Bodentruppen anbot. Was für eine Heuchelei! Die ISO hatte das mitten im Krieg veröffentlichte Bündnisflugblatt mit der Erklärung: „Wir sind solidarisch mit den Kosovo-Albanern, die sich gegen nationale Unterdrückung und ethnische Säuberungen zur Wehr setzen", unterschrieben! Doch welche „Kosovo-Albaner" setzten sich während der NATO-Angriffe gegen nationale Unterdrückung zur Wehr? Die „NATO-wir-sind-deine-Bodentruppen"-UCK! Für uns Trotzkisten dagegen war das Recht auf Selbstbestimmung für die Kosovo-Albaner, für das wir sonst eintreten, während des Krieges der Notwendigkeit, Serbien militärisch gegen die imperialistischen Angriffe zu verteidigen, untergeordnet. Während sich also die politischen Pleitegeier der ISO auf den Kadaver der GAM stürzten, blieb es dem RSB überlassen, dieses „gesunde Bündnis" der NATO-Sozialisten zu verteidigen.

Wir sammelten noch Geld für die überlebenden Arbeiter der jugoslawischen Zastava-Autofabrik, die von den Imperialisten zerbombt wurde. Auch hier war es interessant, die Reaktionen der Anwesenden zu beobachten: Während einige Teilnehmer mit Freude bis zu zehn Mark spendeten, lehnte es ein Vertreter der GAM demonstrativ ab, Geld zu spenden, während andere GAMler und Mitglieder der anderen Gruppen beschämt ein paar Groschen und Pfennige hervorkramten und schnellstens die Sammelbüchse weiterreichten.

Alle diese Pseudorevolutionäre wollen uns weismachen, der Kampf für Arbeiterrevolution sei „utopisch, unrealistisch, sektiererisch", und wollen ihn lächerlich machen. In einer Polemik gegen einen ähnlichen verrotteten Block während des Ersten Weltkriegs erklärte Lenin das politische Wesen solcher „Bündnisse": „prinzipielle Verteidigung der Idee der Vaterlandsverteidigung' im gegenwärtigen Krieg ebenso wie - mit gütiger Erlaubnis der Militärzensoren - Verspottung der Propagierung und Vorbereitung der Revolution... Die Frage ist die, ob man wie ein Sozialist handelt oder buchstäblich in den Umarmungen der imperialistischen Bourgeoisie ‚erstickt'." *(Sozialismus und Krieg,* 1915)

Alle, die imperialistische Kriege, faschistischen Terror, Rassismus, Massenelend und Arbeitslosigkeit für immer beseitigen wollen; alle, die die Nase voll haben von der Heuchelei von SPD, PDS: Schließt euch unserem Kampf für die Weltrevolution an!«

Besucht die IKL-Webpage!



www. icl-fi.org

Lutte Ouvriére deckt imperialistischen Balkankrieg

Protestiert gegen Gangstertum von LO gegen IKL-Trotzkisten!

Nachstehend drucken wir eine Protesterklärung unserer Genossen der Ligue trotskyste de France, französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, vom 25. Mai ab.

Das diesjährige Fest von Lutte Ouvri re endete am 24. Mai mit einem gewalttätigen Überfall. Gegen 18.30 Uhr umzingelte eine zwanzig Mann starke Schlägerbande in Lederjacken, schwarzen Lederhandschuhen und mit Armbinden des Ordnerdienstes von Lutte Ouvriére Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), die politische Diskussionen führten. Unsere Genossen wurden am

LE BOLCHEVIK

Hals gepackt und gewürgt, angesprungen und brutal aus dem Fest herausgeschleppt und von diesem Schlägertrupp geschlagen. Unser Genösse Xavier Brunoy, der Redakteur unserer französischen Zeitung *Le Bolchevik,* wurde gepackt, und sein Arm wurde von einem führenden LO-Gangster vorsätzlich in vier Stücke gebrochen. Er mußte in einem Rettungswagen vom Schauplatz transportiert werden und benötigte ärztliche Versorgung. IKL-Genossen organisierten sich schnell und gingen zurück zu den vielen schockierten Zeugen, um politische Opposition gegen diesen schrecklichen Angriff zu mobilisieren. Gewalt ist etwas, in das sich politische Feiglinge flüchten. Da LO nicht in der Lage ist, ihre politische Unterstützung zur kapitalistischen Jospin/Gayssot-Regierung zu verteidigen, einer Regierung des imperialistischen Kriegs auf dem Balkan, rassistischer Abschiebungen und des Streikbruchs an der Heimatfront, ersetzte LO das Gehirn durch die Faust als „Antwort" auf das revolutionäre Programm der IKL.

Der direkte Anlaß für LOs gewalttätigen Angriff war die Entlarvung von LOs sozialchauvinistischer Unterstützung für ihre eigene herrschende Klasse im Balkankrieg durch die IKL. Indem sie die herrschende PS/PCF-Regierung nachäffen, die natürlich Antikriegsdemonstrationen unterdrückt, während sie Serbien in die Steinzeit zurückbombardiert, versucht LO, ein „marxistisches" Fest durchzuführen, während sie gleichzeitig ignorieren, daß ein Krieg läuft! Auf der LO-LCR-Debatte wurde der Öffentlichkeit und sogar LO-Mitgliedern keine Diskussion über den Krieg erlaubt. Schlußendlich wurde das lästige Thema am letzten Tag, im letzten Forum, als die meisten Teilnehmer schon gegangen waren, für die Diskussion freigegeben. Trotz eines Anscheins von Opposition zu den Bombardierungen stimmt LO in den imperialistischen Schlachtruf über das „arme kleine Kosovo" ein, der ein Vorwand für einen Terrorkrieg gegen die jugoslawische Bevölkerung ist und dafür, eine massive Armee von Bodentruppen aufzustellen, getarnt als „Friedenstruppen".

In scharfem Gegensatz zu LO motivierten IKL-Genossen die Haltung von proletarischrevolutionären Internationalisten: *Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien gegen imperialistischen Angriff!* Im Augenblick ist das Recht auf Unabhängigkeit des Kosovo notwendigerweise dem Kampf gegen den NATO-Imperialismus untergeordnet. Gegen den Sozialchauvinismus und Opportunismus von LO und der LCR (Ligue communiste révolutionnaire) argumentierten IKL-Genossen, daß man den Krieg nicht bekämpfen kann, ohne für die sozialistische Revolution zu kämpfen, um das kapitalistische System umzustürzen, das Krieg hervorbringt. Die Anpassung von LO und LCR an die kapitalistische Ordnung sieht man im expliziten Aufruf der LCR für Bodentruppen auf dem Balkan und in der Plattform der LO/LCR-Liste für das Europaparlament, die nicht einmal das Wort „Sozialismus" erwähnt. Mit „Euro-Sozialisten" wie LO/LCR - wer braucht da noch den stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie, die gegenwärtig im größten Teil des kapitalistischen Europas herrscht.

LO steckt in Schwierigkeiten, und kein Gangstertum kann ihre politische Krise verdecken. Jüngste Umfragen sagen voraus, daß die LO/LCR-Liste nicht die nötigen Stimmen zusammenbekommt, um es ins Europaparlament zu schaffen. Für eine Gruppe, die die proletarische Revolution zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus aufgab, die sich am finanziellen Trog des bürgerlichen Staates mästet, bedeutet eine Wahlniederlage ein Desaster. Also schlingert LO in einem verzweifelten Gerangel um Stimmen sogar noch weiter nach rechts. LO hat sich auf den Kampagnenstil

Fortgesetzt auf Seite 6



Lutte de Classe

Ariette Laguiller (LO) und Alain Krivine (LCR), „linke" Unterstützer des französischen Imperialismus. LO versucht verzweifelt, die revolutionäre Opposition der IKL zu diesem Krieg und zu den kapitalistischen Regierungen, die den Krieg führen, zum Schweigen zu bringen



Le Bolchevik

Paris, 27. März: Ligue trotskyste de France entlarvt die rassistische Jospin-Regierung und den imperialistischen Krieg gegen Serbien auf Protestkundgebung gegen die Abschiebungen der Sans Papiers (Immigranten „ohne Papiere")

LO-Gangstertum...

Fortsetzung von Seite 5

von amerikanischen bürgerlichen Politikern herabgelassen, indem sie sogar den Anschein eines politischen Programms wegwerfen und einem Mützen und T-Shirts mit keiner anderen Message als „Wählt LO/LCR" aufschwätzen.

Deshalb waren diejenigen auf dem LO-Fest, die nach einer wirklich trotzkistischen Partei suchen, an der IKL interessiert. Direkt vor dem widerwärtigen Gangsterüberfall von LO rief eine italienische IKL-Genossin Teilnehmer am Fest auf, die Kampagne materieller Hilfe für die Arbeiter der Zastava-Autofabrik und anderer Fabriken, die vom Imperialismus zerbombt wurden, zu unterstützen, einer Kampagne, die von italienischen syndikalistischen Gewerkschaftern initiiert wurde. Viele Teilnehmer hießen die Möglichkeit willkommen, ihre Opposition zur eigenen Bourgeoisie und ihre Solidarität mit den Opfern der US/NATO-Bombardierungen auszudrücken. Das letzte, was die NATO sehen möchte, ist ein revolutionärer Klassenkämpf von jugoslawischen Arbeitern gegen den kapitalistischen Schlächter Milosevic (tatsächlich haben die Zastava-Arbeiter eine Geschichte von militanten Streiks). Das und unser proletarisch-internationalistischer Kampf für eine sozialistische Föderation des Balkans, um das ethnische Blutvergießen zu stoppen, das durch die kapitalistische Konterrevolution herbeigeführt wurde, ist etwas, was die Imperialisten zu verhindern suchen. LO heulte mit den imperialistischen Wölfen gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und bejubelte die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in ganz Osteuropa. Das bereitete die Bühne für das kommunalistische Blutvergießen auf allen Seiten und den imperialistischen Krieg auf dem Balkan heute. Da sie immer noch an den Rockschößen ihrer eigenen Bourgeoisie hängt, versucht LO, die revolutionäre Opposition der IKL zu diesem Krieg und zu den kapitalistischen Regierungen, die den Krieg führen, zum Schweigen zu bringen.

Wir lassen uns nicht von den LO-Schlägern zum Schweigen bringen. Die gesamte Arbeiterbewegung und besonders LO-Mitglieder selbst müssen gegen diesen Angriff protestieren. Letzten Endes ist diese Gewalttat ein verzweifelter Versuch, LO-Mitglieder von der offenen politischen Debatte und der Auseinandersetzung mit Meinungen abzuschirmen, die lebenswichtig sind, um Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung politisch zu klären. Jedes Jahr verursachen die LO-Schläger einen neuen Skandal, der die ekelhaften Wertvorstellungen dieser französischen Sozialchauvinisten offenlegt. 1992 verweigerten die homophoben LO-Chauvinisten ACT-UP einen Stand. Dafür, daß wir ACT-UP unseren Stand anboten, wurde der IKL auf ewig verboten, einen eigenen Stand auf dem LO-Fest zu haben. In den letzten Jahren haben LO-Schläger wiederholt Jugendliche der zweiten Generation und Immigranten zusammengeschlagen, die zum Fest wollten. Letztes Jahr hat LO die baskische nationalistische Organisation Herri Batasuna zensiert. Die Internationale Kommunistische Liga hat gegen jede einzelne dieser üblen Angriffe protestiert und sie entlarvt. Wartet nicht, um herauszufinden, wer als nächster bei LO drankommt. Handelt jetzt! Stoppt das politische Gangstertum und die Gewalttaten von LO! Wir fordern alle Arbeiterorganisationen auf, öffentlich diese feige und ekelhafte Gewalt zu verdammen!

25. Mai 1999

Abonniert!

Zeitung der Ligue trotskyste de France

4 Ausgaben
DM10,-
incl. Spartacist

Bestellt bei:
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ50010060


SPARTACIST
Pour de nouvelles révolutions d'Octobre!
Déclaration de principes et quelques éléments de programme
Statuts et directives organisationnelles

LE BOLCHEVIK
Défaite de l'impérialisme par la révolution ouvrière! Défense de la Serbie!

Frankfurter Allgemeine

„Der Imperialismus ist schuld am Flüchtlingselend"

Wie die militante Linke Lenins Dogmatik auf den Kosovo-Krieg überträgt / Von Konrad Schuller

...die militante Linke...

BERLIN, 3. Mai. Der militante Teil der Berliner Linken hat seine Maischlägereien in diesem Jahr dem Widerstand gegen „Bombenterror der Nato" in Jugoslawien gewidmet. In der Flut von Aufrufen, die vor dem traditionell gewalttätigen Aufmarsch am 1. Mai verteilt wurden, war der Hinweis auf die Angriffe des Bündnisses ge... Personenzüge, Flüchtli...

...Nato bisher an ihrer ...gspolitik" gehindert hätten. All diese Argumente wurzeln in Lenins Imperialismustheorie, nach welcher der Kapitalismus in seiner letzten Entwicklungsstufe nur überleben kann, wenn er durch ständig neue Eroberungen sein Ausbeutungsgebiet erweitert. Der „Spartakist" folgert mit Lenin: „Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen." Bis zu diesem Punkt herrscht ide... ...sens. Man ist in ...

FAZ-Schmierartikel vom 4. Mai hetzte gegen Linke, die gegen Bombenterror der SPD/Grünen-Regierung protestierten, und verleumdete sie als gewalttätige „Maischläger". Rechts: Protestbrief der SpAD vom 18. Mai

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

An die Redaktion: Berlin, 18. Mai 1999

Ihr Artikel "Der Imperialismus ist schuld am Flüchtlingselend" von Konrad Schuller, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Mai 1999, ist eine sorgfältig fabrizierte Verleumdung gegen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und andere linke Gegner des imperialistischen Gemetzels auf dem Balkan. Ohne auch nur den leisesten Hauch eines Beweises impliziert Ihr Artikel, linke Gegner der mörderischen imperialistischen Angriffe auf Jugoslawien seien verantwortlich für angebliche Gewaltakte gegen Polizisten am 1. Mai in Berlin. Ihr Ziel ist es, die Linke als "gewalttätig" zu verleumden, um Repression gegen die Linke zu "rechtfertigen", ausgeführt entweder durch offizielle Agenturen des Staatsterrors oder durch die inoffiziellen Kampfhunde der Reaktion, die Faschisten.

Der wirkliche Gewalttäter ist die sozialdemokratische kapitalistische Regierung, die, im Verein mit anderen NATO-Kräften, das winzige Serbien bombardiert, Menschen tötet und verstümmelt. Die imperialistischen Angriffe richten sich gegen die gesamte Zivilbevölkerung: Fabriken, Strom- und Wasserversorgung werden zerstört und Cluster-Bomben, die dafür gebaut sind, so viele Menschen wie möglich zu verstümmeln und zu ermorden, werden auf Wohngebiete abgeworfen. Nicht einmal die Botschaft Chinas oder Flüchtlinge aus dem Kosovo werden verschont. Ihr propagandistisches Ziel ist es, Gegner dieses rassistischen imperialistischen Regimes als Kriminelle zu brandmarken, um die Gesellschaft auf einen kriminellen Krieg einzuschwören, der schon jetzt äußerst unpopulär ist.

Im wesentlichen beweist Ihr Artikel, daß -- trotz allem Geschrei über den "Tod des Kommunismus" -- Ihre Zeitung, Sprachrohr der Bourgeoisie, auf die Aufdeckung imperialistischer Verbrechen durch Kommunisten nur mit der Verleumdung "gewalttätig" antworten kann -- also verbieten und erschlagen, wie es letztendlich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angetan wurde.

Die gleiche herrschende Klasse, die die Nazis finanzierte und Hitler an die Macht brachte, herrscht heute immer noch in Deutschland. Dies wird unterstrichen durch die jüngsten Prozesse, die jüdische ehemalige Sklavenarbeiter gegen deutsche Firmen führen. Kurz bevor die Bombardierung Serbiens begann, hetzte der Bundesgrenzschutz in Sachsen zwölf Flüchtlinge aus dem Kosovo zu Tode, und fast täglich gibt es Abschiebungen kurdischer Demonstranten zu wahrscheinlicher Folter oder Tod wegen ihres "Verbrechens", gegen die Entführung des PKK-Führers Öcalan protestiert zu haben.

Balkan...

Fortsetzung von Seite l

dem „Schröder/Blair-Papier" direkt den Gewerkschaften den Krieg erklärt. Gleichzeitig wird die imperialistische Besetzung des Balkans die Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen und damit den Drang zu einem zukünftigen, noch blutigeren Krieg zwischen den Imperialisten beschleunigen.

Nach 73 Tagen und einer Horrorzahl von 33 000 Bombereinsätzen bekam die NATO genau das, was sie wollte - wobei Jelzins kapitalistisches Rußland in der Rolle des „netten Bullen" maßgebliche Unterstützung gab. Genau wie während des einseitigen Krieges der USA/UNO gegen den Irak 1991 hatten es die Imperialisten systematisch auf die Infrastruktur abgesehen, die die Zivilbevölkerung zum Überleben braucht: Kraftwerke und Umspannwerke, Klärwerke, Heizkraftwerke für ganze Städte und Kommunikationssysteme. Fabriken, Krankenhäuser, Pflegeheime und Wohnblöcke wurden zu Trümmern zerbombt. Fast acht Jahre Wirtschaftssanktionen gegen Serbien haben dieses relativ industrialisierte Land bereits um Jahrzehnte zurückgeworfen. Jetzt haben die „demokratischen" NATO-Imperialisten mehr Verwüstung über Serbien gebracht als der deutsche Imperialismus unter Hitlers Nazis im Zweiten Weltkrieg. Ein halbes Jahrhundert wirtschaftlichen Fortschritts, ermöglicht durch den Sturz des Kapitalismus in Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg - den die von den Imperialisten angezettelte Konterrevolution Anfang der 90er Jahre rückgängig machte -, wurde jetzt einfach ausradiert. Das ist das wahre Gesicht des „humanitären" Imperialismus.

Ein Krieg um imperialistische Vorherrschaft

Heute sind die mehreren hunderttausend serbischen Einwohner des Kosovo auf der Flucht, ihre Häuser werden geplündert und in Brand gesteckt, jeden Tag sickern Berichte über Massaker an der serbischen Minderheit des Kosovo durch. Der serbische Exodus verläuft nach dem Muster der Vertreibung von etwa 300000 Serben aus der Krajina 1995, die durch eine von den USA und Deutschland gestützte kroatische Militäroffensive verjagt wurden. Die Zukunft der beträchtlichen Roma-Bevölkerung ist genauso gefährdet. Noch vor dem Ende der Bombardierung griff ein pogromistischer Mob aus mehreren tausend ethnischen Albanern im Flüchtlingslager Stankovec in Mazedonien eine Roma-Familie an, weil sie angeblich auf der Seite der Serben wäre. Inzwischen häufen sich die Berichte über Folterungen und Massaker an Roma und Sinti durch die separatistische Kosovo-Befreiungsarmee (UCK). Aber auch die Albaner können nicht viel erhoffen von einer Zukunft unter NATO-Besatzung, die angeblich um ihretwillen durchgeführt wird. Die NATO-Mächte wollen die UCK, ihre Handlanger im Krieg gegen Serbien, entwaffnen, und sie lehnen explizit das Recht der Albaner auf Unabhängigkeit ab.

Wie wir in der Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 21. April (*Spartakist-Extrablatt* vom 26. April) schrieben:

> „Der Krieg der NATO gegen Serbien hat nichts mit ‚Menschenrechten' oder der Verteidigung der albanischen Bevölkerung im Kosovo gegen ‚ethnische Säuberungen' zu tun. In diesem Krieg geht es nicht um die Kosovo-Albaner. Es ist ein Krieg um Vorherrschaft, bei dem die USA ihre langgehegten Pläne verwirklichen wollen, in Serbien eine beträchtliche US/NATO-Militärpräsenz zu errichten..."

Hinter dem Krieg gegen Serbien stand der Drang des US-Imperialismus, auf seinem „Recht" zu bestehen, über kleine, abhängige Länder hinwegzutrampeln und seinen imperialistischen Rivalen zu demonstrieren, daß Amerika aufgrund seines enormen Waffenarsenals zur Massenvernichtung weiterhin das Sagen hat. Um diesen Punkt zu

Fortgesetzt auf Seite 8

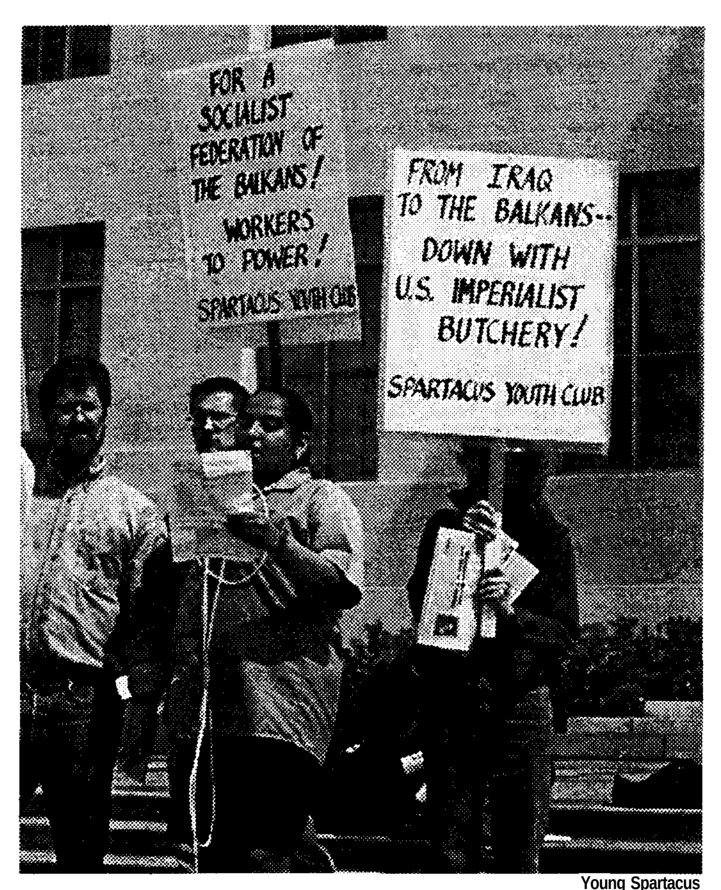
Balkan...

Fortsetzung von Seite 7

unterstreichen, weigerten sich die US-Herrscher, auch nur das Feigenblatt einer „Autorisierung" durch die Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten, statt dessen führten sie den Krieg ganz allein unter dem Banner des von den USA dominierten NATO-Bündnisses.

Das kapitalistische Rußland ordnete seinen eigenen regionalen Herrschaftsdrang seiner ökonomischen Abhängigkeit gegenüber dem Westen unter, obwohl der Krieg die antiamerikanische Stimmung unter der Bevölkerung und innerhalb der herrschenden Kreise Rußlands heftig verschärft hat, die sich sowieso schon durch die Ausweitung der NATO nach Osteuropa bedroht fühlen. Nachdem die Russen ihre serbischen „Brüder" auf Gedeih und Verderb der NATO ausgeliefert haben, drängen sie nun auf eine größere Rolle der UNO - wo sie eine Stimme haben - bei der Besetzung des Kosovo. Das spielt auch einer wachsenden Ablehnung der NATO in Europa in die Hände. Selbst während die imperialistischen Mächte die Aufrechterhaltung der „Einheit" der NATO feiern, sind die imperialistischen Rivalitäten mit einem hörbaren Klick auf einer höheren Stufe eingerastet. Zwar hatten die USA das Sagen - und Tony Blairs Britannien schwelgte in seiner Rolle als Washingtons Bullterrier -, aber die europäischen Mächte sind jetzt entschlossen, eine von den amerikanischen Imperialisten unabhängige Militärmacht aufzubauen. Direkt unter der Schlagzeile der *New York Times* (4. Juni), die den von der NATO aufgezwungenen „Friedens"plan verkündete, las man: „Die Europäische Union verpflichtet sich, Militärmacht zu werden."

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (31. Mai) berichtete, daß der französische Präsident Chirac und Kanzler Schröder „vollkommen übereinstimmten... Einsätze wie in Bosnien und auf dem Kosovo auch ohne amerikanische Beteiligung führen zu können". Ausdruck des strategischen Interesses der deutschen Imperialisten, ihre US-Rivalen zurückzudrängen, ist auch der zügige Ausbau des DaimlerChrysler-Rüstungskonzerns: Die kürzliche Übernahme der spanischen CASA gibt Deutschland eine entscheidende Stimme bei Airbus und Eurofighter. Die Tinte auf dem Vertrag war noch nicht trocken, als der Bau von Tankflugzeugen, basierend auf dem Airbus A310, angekündigt wurde, die zum Auftanken der Kampfflugzeuge dienen. Wie man sieht, ist der blutigen deutschen Bourgeoisie der militärische Arm zu kurz.



Young Spartacus

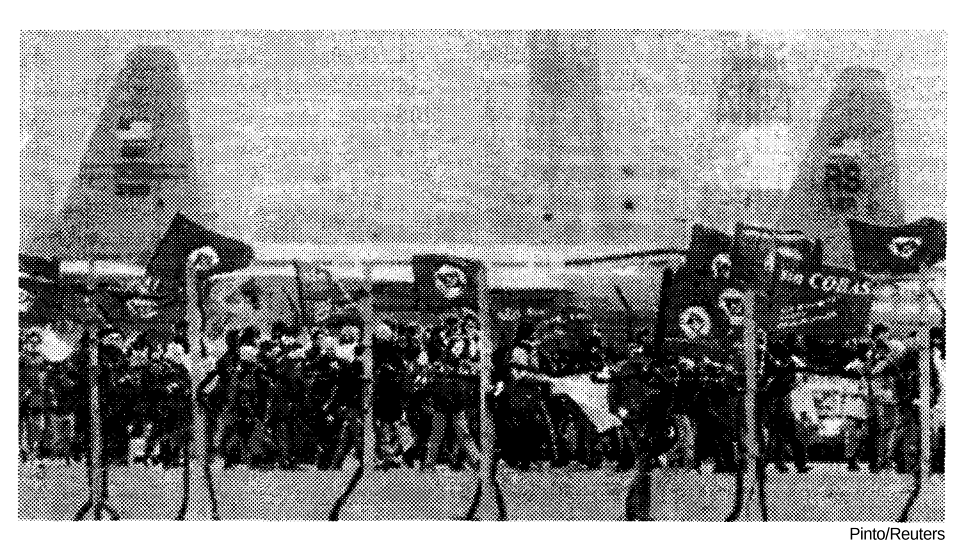
Berkeley, 29. März: Protest des Spartacus Youth Club

Schröder brüstet sich damit, daß der erste deutsche Kriegseinsatz seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine „fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik" bedeutete: „Ich behaupte: Keine andere Regierung als unsere hätte sie so treffen können und sie so ausgehalten" (*Spiegel*, 7. Juni). Gerade weil die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei ihre Basis in den Gewerkschaften hat, ist es ihre historische Rolle, über die Gewerkschaftsbürokratie den Nationalismus in der Arbeiterbewegung zu schüren, sie dadurch zu spalten, Streiks niederzuhalten und sie dem Kapital als Kanonenfutter auszuliefern. Die Arbeiter in Deutschland waren polarisiert über den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan, und Gewerkschaftsgruppen und Vertrauensleute beteiligten sich an Protestkundgebungen gegen den Krieg. Am 1. Mai in Ludwigshafen ließ Kriegsminister Scharping die Bullen gegen protestierende Gewerkschafter losknüppeln. Der „linke" Gewerkschaftsbürokrat Hensche von der IG Medien, der auf der Berliner Maikundgebung ein „sofortiges Ende der NATO-Luftangriffe" forderte, mußte lautstarke Proteste einstecken, als er der NATO bei ihren Bombardierungen „gute Absichten" bescheinigte. Ein großer Teil der etwa 10000 Gewerkschafter wollte im Gegensatz zu Hensche keinen Krieg gegen Jugoslawien.

Eine Delegation von Mitgliedern der IG Medien und anderer Gewerkschaften war nach Serbien gereist und hatte den Arbeitern der von der NATO zerbombten Zastava-Autofabrik eine Spende von 10000 DM übergeben. Auf einer Veranstaltung im Haus der IG Medien in Berlin, wo die Delegation vom NATO-Terror in Serbien berichtete, begrüßte ein SpAD-Unterstützer diesen Akt proletarischer Klassensolidarität, und er berichtete, wie er von Bullen vor dem DaimlerChrysler-Werk Marienfelde festgehalten wurde, als er für die Zastava-Arbeiter sammelte (siehe auch Seite 12). Zugleich betonte er, daß die SpAD/IKL die von den COBAS-Basiskomitees initiierte Spendenkampagne für die Arbeiter von Zastava aufgegriffen hat, um unter den Arbeitern gegen den mörderischen NATO/Bundeswehr-Bombenterror zu mobilisieren und ihnen einen Weg zu zeigen, ihre Gegnerschaft gegen die „eigenen" Imperialisten und die SPD-geführte kapitalistische Regierung zum Ausdruck zu bringen. Für uns Trotzkisten war diese Kampagne eine Gelegenheit, klassenbewußte Arbeiter für den Kampf zum Sturz des imperialistischen Systems durch die proletarische Revolution zu gewinnen.

Im Gegensatz dazu unterstützten führende Sprecher der „Gewerkschafter gegen den Krieg" die proimperialistische Politik der PDS, die mit Antiamerikanismus eine nationalistische Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik vorantreibt. Sie applaudierten, als der SpAD-Unterstützer auf die Rolle des deutschen Imperialismus bei der Zerschlagung des multinationalen jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates hinwies. Aber als er erklärte, daß die PDS mit ihrer Forderung nach OSZE- oder UN-Truppen ihren Beitrag zu einer imperialistischen Besetzung des Kosovos liefert, wurde er ausgebuht. Gerade zu der Zeit, wo die PDS sich als „Antikriegspartei" profilieren will, um Proteste unter Arbeitern und Jugendlichen in das Fahrwasser einer loyalen parlamentarischen Opposition zu lenken, ist die Entlarvung der sozialdemokratischen Arbeiterverräter zentral. Die SpAD kämpft für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die die Arbeiter für ihre eigene Machtergreifung mobilisiert.

Die PDS forderte in einem Entschließungsantrag im Bundestag (6. Mai) „eine UNO-Friedenstruppe ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten" sowie eine „Einbeziehung Rußlands und Chinas in Verhandlungen mit den Konfliktparteien", genau wie Lafontaine bei seiner Rede am 1. Mai in Saarbrücken warnte, daß „das Zurseiteschieben der UN ein Fehler ist" und es „keinen Frieden... ohne Rußland" geben werde. Damit wollen sie ein Gegengewicht zur US-Vorherrschaft herstellen und den deutschen Einfluß im Osten ausweiten. Mit ihrer Abstimmung im Bundestag gegen eine Entsendung von Bundeswehrtruppen hat die PDS ein Image als „Antikriegspartei" aufgebaut, in Wirklichkeit verfolgt sie eine größere Eigenständigkeit des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten. Wie der PDS-Vorsitzende Bisky bei einer Rede auf dem Berliner Landesparteitag ausführte, soll Deutschland als „Opposition gegen die NATO" agieren: „Zu den dafür zu nutzenden Mitteln müssen sowohl der Wille zu einer ausgeprägten deutschen Sonderrolle im Bündnis (militärisch wie politisch) als auch die Bereitschaft zum einseitigen Austritt zum geeigneten Zeitpunkt gehören" (PDS-Pressedienst, 4. Juni). Die PDS unterscheidet sich vom Kriegskabinett Schröder/Fischer/Scharping lediglich dadurch, daß sie von den Oppositionsbänken aus offener die weitergehenden Interessen des deutschen Imperialismus aussprechen kann.



Pinto/Reuters

Italienische Gewerkschafter protestieren vor NATO-Luftwaffenstützpunkt in Aviano gegen den Krieg, April 1999

Krieg ist immer ein entscheidender Test für Revolutionäre. Die IKL erklärte: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!" Unsere militärische Verteidigung Serbiens bedeutete kein Quentchen politischer Unterstützung für das kapitalistische Milosevic-Regime. Wir gaben unserer proletarisch-internationalistischen Linie einen konkreten Ausdruck, indem wir Spenden für jugoslawische Arbeiter sammelten, deren Fabriken die NATO zerbombt hatte. *Vor allem betonten wir die Notwendigkeit, leninistische Avantgardeparteien zu schmieden, um das Proletariat zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisien durch sozialistische Revolution zuführen.*

Praktisch jede westeuropäische Regierung, die an diesem imperialistischen Krieg teilnahm, wird heute von sozialdemokratischen Parteien geführt, manchmal im Block mit exstalinistischen und/oder bürgerlichen Parteien. So spielten die Sozialdemokraten von Anfang bis Ende die Rolle, die schon ihre Führer und Parteien der Zweiten Internationale gespielt hatten, als sie im Ersten Weltkrieg als Erfüllungsgehilfen ihrer eigenen Bourgeoisie fungierten. Auf der anderen Seite riefen damals die revolutionären Sozialdemokraten, hauptsächlich in den slawischen Ländern und auf dem Balkan - Lenins Bolschewiki, die bulgarischen „Engen" Sozialisten, die serbischen Sozialdemokraten - ebenso wie der Liebknecht/Luxemburg-Flügel der SPD und andere zu proletarischer Opposition gegen das imperialistische Gemetzel auf. Diese Polarisierung legte die Basis für die Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale nach der bolschewistischen Revolution in Rußland. Das ist unsere Tradition in unserem Kampf heute für eine proletarische Revolution, die die imperialistischen Kriegsherren wegfegt.

Im Gegensatz dazu treten die reformistischen und zentristischen „Sozialisten" - von Tony Cliffs Socialist Workers Party in Britannien und Linksruck in Deutschland bis zum Vereinigten Sekretariat (Revolutionär Sozialistischer Bund [RSB] in Deutschland) und der Gruppe Arbeitermacht/Workers Power - in die Fußstapfen der Klassenverräter, die 1914 für die imperialistischen Kriegskredite stimmten. Heute, unter dem Eindruck eines großen Krieges in Europa, an dem die imperialistischen Mächte beteiligt sind, bietet sich uns das Schauspiel, wie sich einstige „Revolutionäre" und „Antiimperialisten" an proimperialistischen Kriegskundgebungen beteiligen. Praktisch allesamt verbreiteten diese Gruppen die Kriegsziele und die Kriegspropaganda der imperialistischen Herrscher über das „arme kleine Kosovo", während sie gleichzeitig gegen die NATO-Bombardierungen wetterten.

Dieser Krieg legte das Wesen des Imperialismus bloß. Imperialismus ist nicht eine Politik, die durch den Druck der Massen geändert werden kann, wie die Reformisten es gerne hätten, sondern er ist das, was der bolschewistische Führer W.I. Lenin als „das höchste Stadium des Kapitalismus" beschrieb: Kapitalismus in der Epoche seines Niedergangs, in der die Konkurrenz der Großmächte um Märkte und Einflußsphären unausweichlich zu immer katastrophaleren Kriegen führt. Krieg ist eine Fortsetzung der „normalen" brutalen Funktionsweise des kapitalistischen Profitsystems, das den arbeitenden Menschen das Blut aussaugt und jeden Tag unzählige Menschen zum Tod durch Armut verdammt. Die Bombardierungen brachten die einzige Art von Frieden, die im Kapitalismus möglich ist - einen „Frieden" der imperialistischen Ausplünderung und Vorherrschaft.

Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden. Er muß

Fortgesetzt auf Seite 10

Balkan...

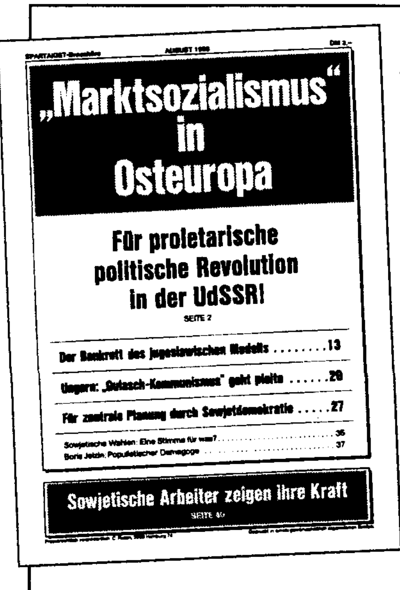
Fortsetzung von Seite 9

gestürzt werden durch Arbeiterrevolution. Das ist der einzige Weg, den Krieg zu beenden und wirkliche Gleichheit zwischen Nationen herzustellen. Wie wir in einem Flugblatt der SpAD zu Beginn der Bombardierungen sagten (26. März):

> „Jeder erfolgreiche Militärschlag gegen den deutschen Imperialismus ist im direkten und unmittelbaren Interesse der arbeitenden Menschen und Minderheiten in diesem Land und auf der ganzen Welt...
>
> Es gibt nur eine Klasse auf der Welt, die die Macht hat, die Bourgeoisie zu stürzen, und das ist die Arbeiterklasse. Aber die Arbeiter müssen von der SPD und PDS, die sie an ihren Klassenfeind ketten, gebrochen werden.
>
> Die aus Jugoslawien stammenden Arbeiter sind genau wie die türkischen und kurdischen Arbeiter ein wichtiger Bestandteil der eingewanderten Arbeiter in Deutschland, die für die proletarische Revolution strategisch sind. Wir *kämpfen für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei."*

Große Lüge im Dienste des imperialistischen Terrors

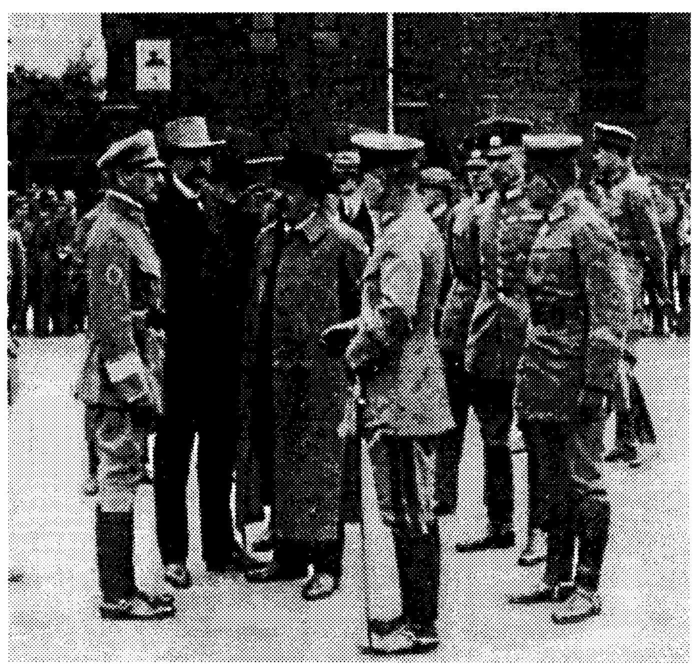
Überlebende von Auschwitz protestierten gegen die Große Lüge von Scharping und Fischer, die die Unterdrükkung der Kosovo-Albaner mit dem Nazi-Holocaust gleichsetzten, während die Wohnviertel und Holocaust-Gedenkstätten in Serbien von ihnen bombardiert wurden. Diese monströse Kampagne von SPD und Konsorten ist nicht nur eine Verharmlosung des Nazi-Völkermords - der bewußten und geplanten Auslöschung von Juden, Roma und anderen, die von den Nazis zu „Untermenschen" erklärt wurden -, sondern sie dient auch der ideologischen Aufrüstung des wiedervereinigten Deutschlands, das sich durch seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht länger einengen lassen will. *Linksruck* titelte mit der Empörung betrogener Betrüger: „Dafür haben wir euch nicht gewählt!" (April 1999), doch die Schröders und Fischers sind die geeigneten Charaktermasken des deutschen Imperialismus, der wieder seine gierigen Hände nach der Welt ausstreckt. Wie wir beim letzten Wahlkampf im *Spartakist* (Nr. 133, Herbst 1998) erklärten: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!" Die deutschen Großmachtambitionen, die von SPD/Grünen durchgesetzt werden, sind ein Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands und der Konterrevolution



Die konterrevolutionäre Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien 1991 - angefacht durch die gleichen imperialistischen Mächte, die Serbien bombardierten und den Kosovo besetzen - wurde durch die Markt,reformen" des früheren stalinistischen Regimes vorbereitet. Die Broschüre stellt das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie

DM 3,- zuzüglich Porto (40 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktionsadresse



Süddeutscher Verlag

Die SPD erwies sich als treuer Vasall der herrschenden Kapitalistenklasse, als sie 1914 die Arbeiter in die Schützengräben des Ersten Weltkriegs trieb und die Arbeiterrevolution 1918/19 niederschlug. Oben: SPD-Führer Ebert und Noske (in Zivil) besiegeln 1919 mit Reichswehr-Offizieren die Zerschlagung der Münchner „Räterepublik"

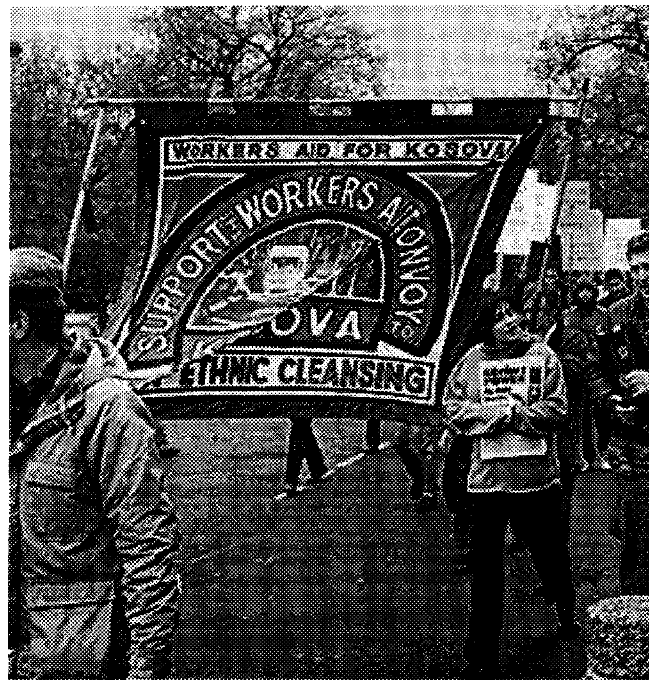
in der Sowjetunion, die von Linksruck und anderen Pseudolinken bejubelt wurden.

Die Ermordung von Albanern, durchgeführt von Serben im Kosovo - wie zuvor die Ermordung von ethnischen Minderheiten in Bosnien und Kroatien durch serbische, kroatische und muslimische kommunalistische Kräfte -, hatte das Ziel, die Bevölkerung so zu terrorisieren, daß sie flüchtete, und nicht das Ziel, jede einzelne Person zu töten. Dies wurde unterstrichen in einer kürzlichen Internet-Meldung („Die verheerenden Fehler, die der NATO-Intervention in Jugoslawien zugrundeliegen", 6. April) von Satish Nambiar, dem indischen General, der Anfang der 90er Jahre an der Spitze der UN-Kräfte in Bosnien stand: „Wir sahen keinerlei Völkermord, sondern Morde und Massaker auf allen Seiten, die typisch für solche Konfliktsituationen sind. Ich denke, keiner meiner Nachfolger und ihre Streitkräfte sahen irgendwas in dem Ausmaß, wie es von den Medien behauptet wird... Die Politik des Westens führte zu einem ethnisch reinen Groß-Kroatien und einem ethnisch reinen kleinen muslimischen Staat in Bosnien." Solche brutalen Zwangsumsiedlungen („ethnische Säuberungen") wurden 1948 von den Zionisten gegen die Palästinenser durchgeführt und in zahlreichen anderen Fällen einer „Nationenbildung" unter dem Kapitalismus.

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien entstand aus dem Zweiten Weltkrieg, als Titos kommunistische Partisanen die Nazi-Wehrmacht und auch die kroatische faschistische Ustascha und die serbischen monarchistischen Tschetniks erfolgreich bekämpften. Der Sieg der multinationalen Partisaneneinheiten demonstrierte, daß trotz jahrhundertelanger ethnischer Konflikte eine Einheit der südslawischen Völker innerhalb der Grenzen Jugoslawiens möglich war - *aber nur auf der Grundlage der proletarischen Staatsmacht.* Gleichzeitig hätte nur die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die entwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit auf dem relativ armen Balkan liefern können.

Aber Jugoslawien unter Tito war von Anfang an ein





Fotos: Workers Hammer

10. April: Workers Power (Gruppe Arbeitermacht) zusammen mit UCK auf Pro-NATO-Demo in London

deformierter Arbeiterstaat, in dem eine stalinistische Bürokratie die Macht hatte, die dem nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land" verhaftet war. Das Regime verfolgte eine Politik des „Marktsozialismus" - die nach Titos Tod 1980 weiter auf die Spitze getrieben wurde - und verschärfte damit die Ungleichheit zwischen den Regionen; so schürte es den Wiederaufstieg des Nationalismus und bahnte schließlich der von den Imperialisten angestachelten kapitalistischen Konterrevolution den Weg. Diese führte zu Massakern, Zwangsumsiedlungen und weiteren Greueltaten, die überall geschehen, wo bürgerliche Nationalstaaten auf den Trümmern einer ökonomisch integrierten multinationalen Gesellschaft, die aus eng miteinander vermengt lebenden Völkern bestand, gegründet werden. Der blutige Zerfall des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien wurde 1991 ausgelöst, als der damalige deutsche Außenminister Genscher mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien vorpreschte.

Während die meisten Linken Anfang/Mitte der 90er Jahre die bosfiisch-muslimischen Kräfte unterstützten und damit die Linie der „humanitären" Vorwände ihrer „eigenen" kapitalistischen Herrscher übernahmen, weigerten wir uns, in diesem interethnischen Gemetzel eine Seite einzunehmen. Und als 1995 US/NATO-Bomber mörderische Angriffe gegen die bosnischen Serben flogen, standen wir praktisch allein da in der Linken mit unserer militärischen Verteidigung der Serben gegen den imperialistischen Angriff. Wie wir im oben zitierten SpAD-Flugblatt vom 26. März sagten: „Die nationalistischen Kriege auf dem Balkan sind ein direktes Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung von Jugoslawien und aller degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa... Marxisten kämpfen gegen das Gift des Nationalismus und für die Klasseneinheit der Arbeiter in Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und dem Kosovo zum Sturz all der blutigen nationalistischen Regime der Region, vom serbischen Gewaltherrscher Slobodan Milosevic bis zum von Deutschland gestützten faschistoiden Tudjman in Kroatien... *Für eine sozialistische Föderation des Balkans!"*

„Euro-Sozialisten"

Marxisten fordern die volle Gleichheit aller Nationalitäten, was auch bedeutet, eine privilegierte Position für irgendeine der Sprachen abzulehnen. Im Fall von Völkern, die eine gemeinsame Sprache und kulturelle Tradition haben - wie Österreicher und Deutsche - ist die Frage, ob sie getrennte Staaten haben, nicht allzu bedeutend. Aber die Albaner sprechen eine andere Sprache als die Serben und haben eine recht unterschiedliche nationale Kultur, was sich auch in der Tatsache widerspiegelt, daß die Albaner Muslime und die Serben orthodoxe Christen sind.

Lange bevor die Imperialisten und ihre linken Apologeten sich zynisch der Sache der Kosovo-Albaner annahmen, schrieben wir: „Marxisten sollten natürlich das Recht des albanischen Volkes im Kosovo und in Westmazedonien anerkennen, sich mit Albanien zu vereinigen." („The National Question in Yugoslavia: Part 2", *Workers Vanguard* Nr. 110, 21. Mai 1976) Wir riefen zu proletarisch-politischen Revolutionen auf, um die stalinistischen Bürokratien in Jugoslawien, Albanien und Bulgarien zu stürzen, und zur Gründung einer sozialistischen Föderation des Balkans. Heute kämpfen wir für sozialistische Revolution in dieser ganzen Region. Wir unterstützen weiterhin das Recht der Kosovo-Albaner, sich abzutrennen - eine demokratische Forderung, die der Notwendigkeit, Serbien militärisch gegen die US/NATO-Angriffe zu verteidigen, untergeordnet war.

Fortgesetzt auf Seite 14



Bestellt die IKL-Erklärung vom April 1999, übersetzt in sieben Sprachen und am 1. Mai von Tokio bis Johannesburg verteilt. Erhältlich über die Kontaktadresse

Spartakist-Verkäufer von Berliner Polizei festgehalten

Geldsammlung für jugoslawische Arbeiter

24. Mai - Nach dem US/NATO-Bombenangriff am 9. April auf die Autofabrik Zastava in Kragujevac, Jugoslawien, legten Arbeiter der Alfa-Romeo-Fabrik in Mailand ihre Arbeit aus Protest nieder, und die COBAS (Basiskomitees) bei Alfa Romeo organisierten eine Spendenkampagne für jugoslawische Arbeiter. Streiks und Arbeiterdemonstrationen gegen den Krieg sind in Italien immer häufiger geworden, wo jetzt eine Koalitionsregierung herrscht, angeführt von Premierminister Massimo D'Alemas Partei der Demokratischen Linken. Am 13. Mai führten die COBAS einen politischen Generalstreik durch, basierend auf der Losung „Kein Menschenleben, keine Lira für diesen Krieg!"

Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga auf der ganzen Welt haben aktiv diese von den COBAS initiierte Kampagne für materielle Hilfe unterstützt, die das Ziel hat, eine Milliarde Lire (etwa eine Million DM) für die Arbeiter von Zastava und anderen Fabriken zu sammeln. Trotz unserer politischen Differenzen mit vielen Teilnehmern dieser Kampagne, auch den syndikalistisch beeinflußten COBAS, hat sich die IKL im Geist der Einheitsfront beteiligt - getrennt marschieren, vereint schlagen! Dadurch waren wir in der Lage, diese Spendenkampagne zu einem ***internationalen*** Unterfangen zu machen, und boten den Arbeitern auf der ganzen Welt einen Weg, ihre Klassensolidarität mit den jugoslawischen Arbeitern und ihre Gegnerschaft gegen den Tod und die Zerstörung auszudrücken, die die US/NATO-Imperialisten jetzt seit zwei Monaten auf die serbische Bevölkerung niederhageln lassen. Tatsächlich zeigt der mörderische Angriff der Imperialisten auf die Zastava-Fabrik - Dutzende von Arbeitern zu töten, Hunderte zu verletzen und Zehntausende in die Arbeitslosigkeit zu stoßen - kraß die Natur dieses US/NATO-Krieges, der klar darauf abzielt, die serbische Bevölkerung zu terrorisieren.

Der deutsche Imperialismus, der das konterrevolutionäre Auseinanderbrechen des deformierten Arbeiterstaates Jugoslawien vorangetrieben hat, führt jetzt seine ersten direkten militärischen Kampfhandlungen seit der Niederlage des Nazi-Regimes. Die Koalitionsregierung, geführt vom sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder, versuchte die wachsende Opposition in der Bevölkerung gegen den Krieg gegen Serbien zu unterdrücken, das während des Zweiten Weltkrieges unter der Nazibesetzung gelitten hat. Am 18. Mai hat die Polizei zwei Spartofcirt-Verkäufer vor dem DaimlerChrysler-Werk in Berlin festgehalten, um sie daran zu hindern, Geld für die Spendenkampagne zu sammeln. Wie eine SpAD-Protesterklärung vom 24. Mai beschrieb:



Spartakist

Geldsammlung für die jugoslawischen Arbeiter in Zastava. Die IKL scnloß sich der von den COBAS initiierten Spendenkampagne an, von der Humboldt-Uni in Berlin (links) bis Los Angeles



Young Spartacus

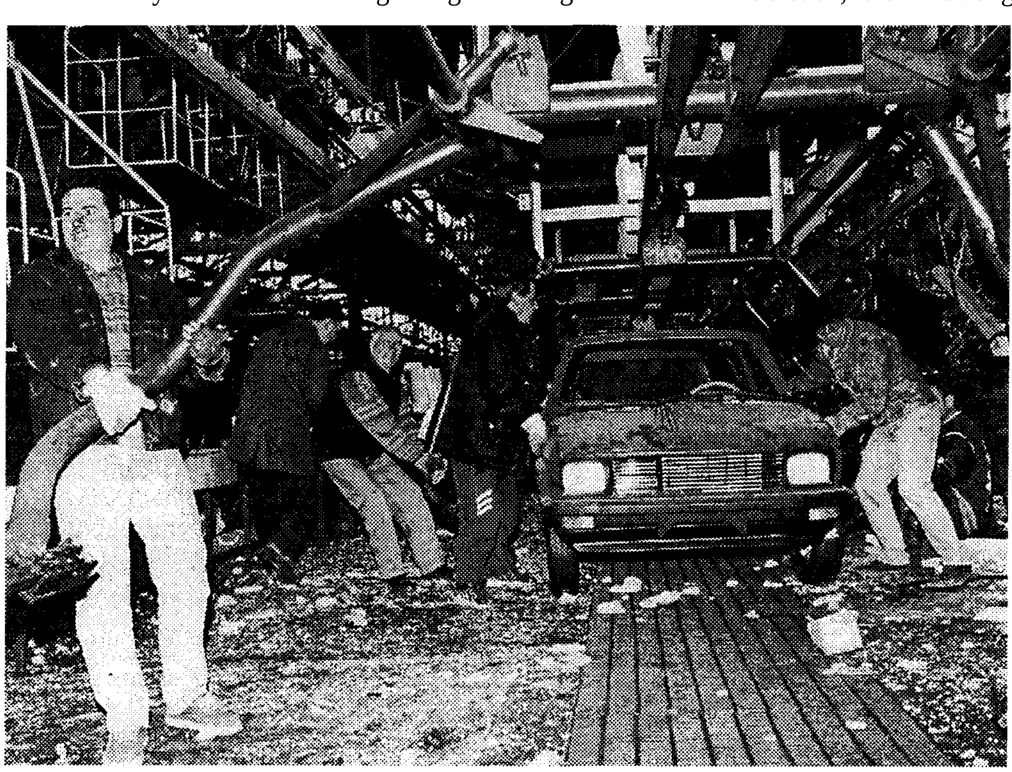
„So wurden unsere Unterstützer in einem Polizeiwagen trotz ihres Protests 45 Minuten lang festgehalten, während erstaunte Mercedes-Arbeiter und Auszubildende aus dem Fabriktor strömten. Die Spenden der Arbeiter, die vor der Ankunft der Bullen gesammelt worden waren, wurden sofort beschlagnahmt, zusammen mit der Sammelbüchse, unter dem Vorwand eines ‚Verdachts auf Betrug'. Zugleich gibt es natürlich Tausende von Spendensammlungen für die Kosovo-Flüchtlinge, und die sind erlaubt, denn sie verstärken den Vorwand für diesen mörderischen Krieg (während die Grenzen des rassistischen Deutschlands den Flüchtlingen verschlossen bleiben).

Dieser Angriff des SPD-geführten deutschen kapitalistischen Staates auf die grundlegende Klassensolidarität der Arbeiter, der dazu dient, alle Arbeiter einzuschüchtern und zu reglementieren, die es wagen, ihre Opposition zum Krieg des US- und deutschen Imperialismus im Balkan zu demonstrieren, muß zurückgeschlagen werden...

Es ist kein Zufall, daß die Polizei offensichtlich vom Werkschutz des Daimler-Konzerns gerufen wurde, das als Waffenproduzent und Stützpfeiler sowohl des Dritten wie des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus strategische Interessen auch auf dem Balkan hat."

Die SpAD-Erklärung wies auf die Geschichte von Klassenkampf der Zastava-Arbeiter hin, die vor zweieinhalb Jahren einen erbittert geführten Streik geführt haben gegen das bürgerlich-nationalistische Milosevic-Regime, das im Zuge der kapitalistischen Restauration über die Hälfte der Belegschaft gefeuert hat. Die Erklärung drückt aus: „Der mörderische Akt des NATO-Terrors gegen sie - genau wie die Bombardierung anderer Schlüsselfabriken, durch die bisher die Arbeitsplätze von über einer halben Million Arbeitern zerstört wurden - war eine Warnung an das Proletariat des ganzen Balkans."

In der imperialistischen „Höhle des Löwen", den USA, haben unsere Genossen von Gewerkschaftern vor Betrieben und in Gewerkschaftsversammlungen Spenden gesammelt, auch bei der von Schwarzen und Immigranten dominierten Arbeiterschaft im New Yorker Nahverkehr. In Britannien, wo sich Tony Blairs Labour-Regierung als kriegslüsternste Macht der NATO hervortut, haben Vertrauensleute der Cowley-Autofabrik, Arbeiter bei Ford Dagenham (nahe London) und Arbeiter der Londoner U-Bahn gespendet. Gespendet haben auch eingewanderte Arbeiter - in Britannien und anderswo in Europa -, die sich den zynischen „humanitären" Vorwand für den Balkankrieg der NATO nicht andrehen lassen, die die Zielscheibe rassistischer staatlicher Unterdrückung sind und des faschistischen Terrors, der davon hervorgebracht wird.


AP

Autofabrik in Zastava nach dem NATO-Bombardement.

In Mexiko, das der imperialistischen Ausplünderung durch die USA unterworfen ist, wurde die Grupo Espartaquista eingeladen, an 600 Delegierte vom Arbeiterkomitee an der Nationalen Autonomen Universität in Mexico City, die durch militante Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren erschüttert wurde, eine Grußadresse zu übermitteln und unter ihnen zu sammeln. In Japan, bei einem großem Protest mit 50 000 Teilnehmern gegen Änderungen des japanisch-amerikanischen Militärpakts am 22. Mai, griffen Metall-, Krankenhaus- und Eisenbahnarbeiter tief in ihre Taschen und spendeten für die Kampagne - wie auch junge Anhänger der Kommunistischen Partei, trotz der Versuche ihrer Führer, uns auszuschließen und zum Schweigen zu bringen. Und Studenten aus dem deformierten Arbeiterstaat China, die in den USA, in Kanada und Australien studieren, haben gespendet, auch bei Protesten gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad.

Obwohl Wut und Abscheu gegen das NATO-Gemetzel weit verbreitet sind, ist die Kapitulation einer Reihe sogenannter „sozialistischer" Gruppen vor ihren „eigenen" Bourgeoisien, denen gegenwärtig vielfach sozialdemokratische Regierungen dienen, anscheinend bodenlos. Die britische Socialist Workers Party (SWP) von Tony Cliff und ihre internationalen Gefolgsleute sind ein zugespitztes Beispiel. Als unsere Genossen von der Spartacist League/Britain am 8. Mai bei einem Antikriegsprotest das erste Mal für die Spendenkampagne sammelten, spendeten einige SWPler. Aber die SWP-Führung hat das schnell unterbunden. Bei einem folgenden Protest am 18. Mai wurde die SWP-Sprecherin Julie Waterson so rabiat bei dem Versuch, die Anstrengungen unserer Genossen zu durchkreuzen, daß sie eine Handvoll Flugblätter aus einem Sammeleimer riß.

Unsere Teilnahme an der Kampagne für die von der NATO bombardierten Arbeiter erzwingt notwendigerweise einen politischen Kampf gegen die Reformisten und Zentristen, die ihre jeweilige Bourgeoisie unterstützen und versuchen, ihr das Leben leichter zu machen. Als Leninisten ist unser Verständnis, daß Opposition gegen den Imperialismus weltweit bedeutet, den Klassenkampf zu Hause zu führen - daß die sozialistische Revolution, die das Instrument einer revolutionären Partei erfordert, der einzige Weg ist, dem kapitalistischen System, das den Krieg ausbrütet, ein Ende zu bereiten.

Die Spendenkampagne wurde zum 13. Juni erfolgreich abgeschlossen. Das Endergebnis der von der Internationalen Kommunistischen Liga durchgeführten Geldsammlung lag uns bei Redaktionsschluß am 1. Juli noch nicht vor und wird in der nächsten Ausgabe des Spartakist *veröffentlicht.*

Balkan...

Fortsetzung von Seite 11

Die separatistische UCK war sowieso schon sehr abstoßend mit ihrem wahllosen Terror gegen serbische Zivilisten. Aber mit der US/NATO-Intervention gegen Serbien in diesem Frühjahr wurde die UCK einfach zum Handlanger der Imperialisten. Für die PseudoSozialisten, die weiterhin nach „Unabhängigkeit für Kosovo" und Unterstützung für die UCK schrien, diente dies nur als Deckmantel für ihre Unterstützung der Kriegsziele der Imperialisten. Das wurde klar, als Workers Power und eine Anzahl weiterer Labournaher „sozialistischer" Gruppen eine Versammlung am 11. Mai in London sponserten, deren Hauptredner ein fanatisch NATO-freundlich eingestellter albanischer Nationalist war.

In klassisch zentristischem doppeldeutigem Gerede behauptete Workers Power in einer Erklärung, die sie bei einer öffentlichen Veranstaltung am 30. März in London verteilten, sie „unterstützen die Selbstverteidigung der serbischen Kräfte gegen den NATO-Angriff" - jedoch, fügten sie hinzu, „nicht in Kosova, das sie kein Recht haben zu besetzen", und sie forderten besonders „das Recht der Kosovaren, Waffen und Munition von jedem zu beschaffen, der willens ist, sie ihnen zu geben". Damit verbreitete WP die obszöne Lüge, daß den Albanern die Selbstbestimmung auf den Bajonetten der NATO gebracht werden würde!

Im ganzen Verlauf des jetzigen Kriegs haben WP/GAM hartnäckig geleugnet, daß die UCK sich den NATO-Imperialisten untergeordnet hatte. Zwar kann die GAM die offene Begeisterung der UCK für die NATO-Bombardierung nicht ganz leugnen (siehe ihre groteske Forderung in *Arbeitermacht,* Mai 1999: „Die UCK muß mit ihrer politischen Unterordnung unter die NATO brechen"), doch gleichzeitig deckt sie ihre „kritische Unterstützung" ab: „Während die Führung der UCK nur all zu gern die Rolle von Bodentruppen der NATO spielen würde, hat der Imperialismus kein Interesse an ihnen." Das ist zynische Augenwischerei. Die *New York Times* (5. Juni) berichtete unverblümt:

> „Die Kosovo-Befreiungsarmee zum Beispiel zeigte sich als wichtiges Element der NATO-Strategie. Die Serben frustrierten ursprünglich die NATO, weil sie sich versteckten, sich duckten und versuchten, den Luftkrieg zu überstehen...
>
> Aber um gegen die Guerillas vorzugehen, mußten die Serben sich im Freien sammeln, und das machte sie verwundbar gegenüber Luftangriffen des Bündnisses. In den letzten Wochen haben serbische Kräfte nahe der Grenze zwischen Albanien und Kosovo schwere Schläge hinnehmen müssen."

Seit Beginn des Krieges rief die UCK wiederholt nach dem Einmarsch von NATO-Bodentruppen und *prahlte* damit, wie sie Ziele für die NATO-Bomber auskundschaftete und den Imperialisten auch auf andere Weise half. Folgendes, um nur ein Beispiel zu geben, erzählte ein UCK-Kommandeur der Pariser Tageszeitung *Le Monde* (9. April): „Die UCK gibt der NATO Informationen über Ziele! Am Dienstag schickte ich Informationen über eine Brücke und eine Straße, die von den Serben benutzt werden. Mittwoch morgen wurde die Brücke bombardiert und zerstört." Der UCK-Führer Hashim Thaci, gefragt von *Le Monde* (29. Mai), welche Art von Regierung er sich im Kosovo nach einem NATO-Sieg vorstelle, sprach vage von „freien Wahlen" und meinte zum Schluß: „Und warum provisorisch nicht ein Protektorat?" Es kann gut sein, daß sich die Frage der militärischen Verteidigung der Kosovo-Separatisten gegen US/NATO-Kräfte stellt, falls es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, wenn die imperialistischen Besatzungstruppen darangehen, die UCK zu entwaffnen. Aber im US/NATO-Krieg gegen Serbien war die UCK genau das, was wir sagten: ein Handlanger der NATO. WP/GAM, die hinter ihren jeweiligen Labour- und SPD-Regierungen herliefen, gehörten wiederum zu den lautstärksten Befürwortern der NATO-Marionette UCK.

Ähnlich kapitulierte Alain Krivines Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), französische Sektion des Vereinigten Sekretariats, vor der Volksfront-Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin, die versuchte die US-Dominanz in einer Kosovo-Besatzungsmacht zu unterminieren. So propagierte die LCR die UNO oder die europäisch-dominierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als eine Alternative zur NATO. *Avanti* (Mai 1999), die Zeitung ihrer Schwesterorganisation RSB, druckte einen von LCR-Führer Daniel Bensai'd unterzeichneten „Appell gegen den Krieg" vom 31. März ab, der erklärte:

> „Die NATO war weder die einzige noch die beste Stütze für das Zustandekommen eines Abkommens. Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine multinationale Polizeieinheit (vor allem zusammengesetzt aus Serben und Albanern) herstellen können, um ein Übergangsabkommen umzusetzen."

Das war ein offener Aufruf zur imperialistischen Intervention im Kosovo - in einer Form, die mehr den spezifischen Interessen des französischen Imperialismus entsprach. Der RSB reiht sich dabei mit der Forderung „BRD raus aus der NATO! Auflösung der NATO!" in die von Schröder/Chirac in Tolouse aus der Taufe gehobene antiamerikanische Allianz der europäischen Imperialisten ein.

Der ideologische Kniefall der Pseudolinken vor ihren kapitalistischen Herrschern im Fall Kosovo spiegelt ihre jahrelange Unterstützung für den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion im Namen von „Demokratie" und „Menschenrechten" wider. Während des antisowjetischen Kalten Kriegs der 80er Jahre unterstützten WP/GAM et al. eifrig konterrevolutionäre Kräfte in der Sowjetunion und in Osteuropa, von der polnischen Solidarnoœæ Anfang der 80er Jahre bis zu Boris Jelzins proimperialistischen „Demokraten" 1991. So leisteten sie im Rahmen ihrer eigenen kleinen Möglichkeiten einen politischen Beitrag zur nachsowjetischen Welt des nationalistischen Brudermords und des wachsenden imperialistischen Terrors.

Die pseudoradikale „Anti-NATO"-Haltung der europäischen Linken reflektiert tatsächlich den verstärkten *Nationalismus*, den ihre jeweiligen Bourgeoisien vorantreiben als ideologische Begleitung zur verschärften ökonomischen Konkurrenz. Nachdem diese „Sozialisten" ihr Äußerstes getan haben, um das Proletariat ihrer jeweiligen Länder davon zu überzeugen, daß kapitalistische „Demokratie" dem „stalinistischen Totalitarismus" überlegen sei, (und so die Arbeiter an ihre Klassenfeinde gekettet haben) und nachdem sie nicht einmal mehr vorgeben, für Arbeiterrevolution zu sein, schauen sie jetzt auf den Imperialismus als den Garanten von „demokratischen Rechten".

Der Balkan als Schauplatz imperialistischer Intrigen

Opportunismus definiert sich national. Während in Britannien die Gruppe Workers Power im Schlepptau von Blairs NATO-loyaler Labour Party hängt, reflektiert auf der anderen Seite des Kanals die Unterstützung der europäischen Zentristen für eine UNO/OSZE-Besatzungsmacht wachsenden antiamerikanischen Nationalismus. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die äußerste Unterwürfigkeit gegenüber dem Imperialismus in dieser regionalen Aggression, was auf eine größere Kapitulation hindeutet beim unvermeidlichen Ausbruch eines neuen Krieges zwischen den Imperialisten - der mit Sicherheit kommen wird, wenn

das Proletariat nicht vorher die Macht ergreift. Indem diese Zentristen *gegen* eine proletarische revolutionäre Perspektive handeln, tragen sie dazu bei, die Möglichkeit ausgedehnterer Kriege zu vergrößern.

Hinter der Feindseligkeit der USA gegenüber Milosevics Serbien und hinter diesem Krieg stand für Washington die Notwendigkeit, nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 einen neuen Zweck für die NATO zu finden, die als antisowjetisches Bündnis eingerichtet worden war. In einem Artikel in *New Left Review* (Juli/August 1996) schrieben James Petras und Steve Vieux:

> „Der Zerfall der jugoslawischen Konföderation und das anschließende Entstehen sich bekriegender ethnischer Mini-Staaten bildeten den Hintergrund für die Neubelebung der NATO und das Wiederauftauchen der Hegemonie der USA in Europa. Auf Kosten Zehntausender Leichen blockierten die USA europäische Friedensinitiativen, um ihre politische ‚Führung' auf dem Kontinent via NATO abzusichern."



Akademie-Verlag

Belgrad, Oktober 1944: Titos Partisanen besiegten die Nazi-Wehrmacht

Nachdem Deutschland 1991 die Anerkennung eines unabhängigen Sloweniens und Kroatiens durchgedrückt hatte, unternahm es durch den Vertrag von Maastricht Schritte zu einem verstärkten politischen Block mit Frankreich und lancierte die Idee, eine gemeinsame Militärmacht außerhalb des NATO-Rahmens aufzubauen, das sogenannte „Euro-Korps". Einem Artikel von Peter Gowan in *New Left Review* (März/April 1999) zufolge läßt sich die letzte Verschiebung in der Politik der USA wieder erklären durch Washingtons Großmachtinteressen gegenüber seinen europäischen NATO-Partnern:

> „Ein militärischer Angriff auf Jugoslawien durch das gesamte NATO-Bündnis hätte natürlich enorme gesamteuropäische politische Konsequenzen, die für die Staatsinteressen aller Großmächte weit wichtiger wären als das Schicksal der Kosovo-Albaner. Ein Erfolg würde die Führerschaft der USA in Europa entscheidend konsolidieren. Ein Erfolg außerhalb des Rahmens einer Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat würde sicherstellen, daß keine kollektive Sicherheit in Europa durch die UN-Hintertür eines russischen Vetos zustandekommt. Und er würde die Einheit des Bündnisses besiegeln vor einem Hintergrund, wo die Einführung des Büro - ein Ereignis von potentiell weltweiter *politischer* Bedeutung - dieses Bündnis auseinanderreißen könnte."

Es ist auffallend, wie stark der Wert des Euro seit Kriegsbeginn gesunken ist. Der Krieg hat alles andere als die Einheit der NATO besiegelt, sondern hat nur die auseinanderlaufenden Interessen der imperialistischen Mächte grell beleuchtet, und nach dem Ende des Krieges werden sie noch mehr im Vordergrund stehen. Während Deutschland und Frankreich darum wetteiferten, die US-Dominanz über die Besatzungsmacht im Kosovo zu unterminieren, brachen Griechenland und Italien offen aus der gemeinsamen Front aus und forderten, die Bombardierungen auszusetzen. Und hinter diesen Differenzen steckten einander widersprechende Wirtschaftsinteressen. Der Londoner *Economist* (8. Mai) warnte in einem Kommentar über eine Reihe kürzlicher Handelsstreitigkeiten: „Die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Europa sind selten so schlecht gewesen." Die Kosten des Krieges machten sich in der ohnehin schon flauen Wirtschaft der europäischen Länder stark bemerkbar - es kamen Ängste hoch, ein Sturz in eine Rezession könne folgen. Jetzt hat Clinton Westeuropa die gesamte Rechnung aufgehalst für den Wiederaufbau der Gebiete, die durch die Bombardierungen zerstört wurden. Gleichzeitig sind auch historische Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich wieder an die Oberfläche gekommen. In Frankreich ist in der letzten Zeit ein ganzer Stapel von Büchern veröffentlicht worden mit Titeln wie *Beunruhigt über Deutschland* und sogar *Der kommende Krieg mit Deutschland.*

Zu den Spannungen unter den imperialistischen Mächten kamen noch tiefe Differenzen auf ihrem jeweiligen

Fortgesetzt auf Seite 16



WORKERS VANGUARD

Pogroms Drive Out Serbs, Gypsies

Imperialist Murderers Occupy Kosovo

All U.S./UN/NATO Troops Out of the Balkans Now!

Kurdish Leader Sentenced to Death in Turkey

Free Abdullah Öcalan!



Staton R. Winter/dpa

Nach dem Einmarsch der NATO-Truppen flüchteten Zehntausende Serben und Roma vor Pogromen im Kosovo

Balkan...

Fortsetzung von Seite 15

heimatlichen politischen Terrain. In Deutschland spalteten sich beinahe die Grünen, Koalitionspartner des sozialdemokratischen Kanzlers Schröder, über die Frage der Bombardierung, was die weitere Existenz der Regierung bedrohte. Diese kleinbürgerlichen Yuppie-Ökoradikalen und einstigen „Pazifisten", mit dem Grünen-Führer Joschka Fischer als Außenminister in Schröders Regierung, spielten eine Schlüsselrolle in dem ersten Krieg, den die deutsche Bourgeoisie seit 1945 geführt hat. Tatsächlich war das einfach die Logik ihrer früheren Opposition gegen die NATO vom Standpunkt des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus aus. Risse taten sich sogar innerhalb von Schröders Partei auf, als Lafontaine wegen Deutschlands Unterordnung unter die US-geführte NATO aus dem Kabinett austrat. In Frankreich stellten sich die Koalitionspartner des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin, die Kommunistische Partei und die bürgerliche Bürgerrechtsbewegung, offen gegen die Bombardierung.

Seit dem Ende der Bombardierung Serbiens kann man die potentiellen Umrisse einer künftigen gegen die USA gerichteten Verbindung sehen, wo sich vielleicht Deutschland, Rußland und China zusammentun. Sicherlich ist es Washington nicht entgangen, daß generell ein russischer Diplomat, wenn er von Verhandlungen mit Milosevic zurückkam, bei seinem ersten Stopp der deutschen Regierung Bericht erstattete. Inzwischen sind das kapitalistische Rußland und der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat China als Reaktion auf die NATO-Angriffe gegen Serbien enger zusammengerückt als jemals seit der sino-sowjetischen Spaltung in den 60er Jahren. Eine Schlagzeile im *Current Digest of thé Post-Soviet Press* (9. Juni) erklärte: „Die Zeit ist reif für Rußland und China, gemeinsame Sache zu machen." Und ein Artikel im *Far Eastem Econo-mie Review* (17. Juni) stellte fest, daß „China den NATO-Feldzug als Teil eines US-Plans zur Weltherrschaft sieht", und ein Begleitartikel berichtete, daß „Chinas langjährige Politik, keine militärischen Bündnisse einzugehen, neu überdacht wird".

China, das sich bereits über die wachsende amerikanische Kriegslust ärgerte, sah in dem NATO-Krieg gegen Serbien einen guten Grund zur Angst vor einer Militärintervention der USA in Fernost. Solche Ängste wurden noch verstärkt, als die USA die chinesische Botschaft in Belgrad bombardierten. Trotzkisten treten für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates China gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution ein. Allerdings steuert das Beijing-Regime heute direkt darauf zu, die noch verbliebenen Errungenschaften der Revolution von 1949 durch die Restauration des Kapitalismus zu zerstören. Wir kämpfen für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und ein Regime zu errichten, das auf Sowjetdemokratie und proletarischem Internationalismus basiert.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

In Deutschland und besonders im Süden Europas gab es massive Opposition in der Bevölkerung gegen die NATO-Bombardierung Serbiens. Ganz Griechenland wurde von einer Welle von Demonstrationen gegen den Krieg erfaßt. Und in Italien ließ die Arbeiterklasse in einer Reihe von Streiks und Protesten gegen den Krieg ihre soziale Macht aufblitzen. Am 13. Mai schlössen sich mehr als eine Million Arbeiter aus dem Transportwesen, dem öffentlichen Dienst und der Industrie einem eintägigen politischen Streik an, der von den COBAS-Gewerkschaftskomitees initiiert worden war unter der Losung: „Kein Menschenleben und keine Lira für diesen Krieg!" Die Volksfrontregierung unter Ministerpräsident Massimo D'Alema von der Partei der Demokratischen Linken reagierte damit, daß sie die Ermordung eines Staatsbeamten benutzte, um eine Hetze speziell gegen die COBAS zu entfachen.

Dringend notwendig ist eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem proletarischen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung verbindet und in die Arbeiterklasse das Bewußtsein hineinträgt, daß sie die Staatsmacht ergreifen und die Bourgeoisie enteignen muß. Trotzki schrieb in „Krieg und die Vierte Internationale" (1934) über die imperialistische Epoche:

> „Die katastrophale Handels-, Industrie-, Agrar- und Finanzkrise, die Sprengung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Verfall der Produktivkräfte der Menschheit, die unerträgliche Zuspitzung der Klassen- wie der internationalen Gegensätze kennzeichnen den Niedergang des Kapitalismus und bestätigen vollauf die leninsche Charakteristik unserer Epoche als der Epoche der *Kriege und Revolutionen."*

Er erklärte am Schluß: *„Kampf gegen den Krieg bedeutet heute Kampf um die Vierte Internationale!"*

Der Sieg der Imperialisten gegen das winzige Serbien - der dazu dient, die Interessen der stinkreichen Kapitalisten zu verteidigen - wird nur die Fähigkeit der herrschenden Klassen stärken, die Welt auszuplündern. Die raubgierigen imperialistischen Herrscher müssen durch eine Arbeiterrevolution weggefegt werden. Die Spartakist-Arbeiterpartei ist der Aufgabe verpflichtet, die multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die notwendig ist, um diesen Kampf zum Sieg zu führen.«

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 24

barbarischen und mörderischen Behandlung, die die Kurden jeden Tag durch die türkischen Herrscher erfahren - mit beharrlicher Unterstützung durch den deutschen und den amerikanischen Imperialismus!

Nach der Verschleppung Öcalans kam es zu Massenverhaftungen von Kurden in den Städten der Westtürkei. Seine Verhaftung entfachte Straßenkämpfe in Diyarbakir und im Elendsviertel Gazi Mahallesi von Istanbul, wo sich kurdische Demonstranten gegen Bullenangriffe zur Wehr setzten. In ganz Europa und weltweit demonstrierten Zehntausende von Kurden und besetzten Botschaften, um gegen Öcalans Verschleppung zu protestieren. In Hamburg wurde die SPD-Hauptgeschäftsstelle besetzt. In Berlin wurden am 17. Februar Ahmet Acar, Sema Alp und Mustafa Kurt von israelischen Sicherheitsbeamten erschossen, die das Feuer gegen kurdische Demonstranten vor dem israelischen Konsulat eröffneten. 16 weitere Demonstranten wurden verletzt, von denen Sinan Karaku° zehn Tage später starb.

Um gegen die Kurden hart durchzugreifen, verhängte der Berliner SPD/CDU-Senat den Ausnahmezustand und verbot alle Demonstrationen, die mit der „Kurdenfrage" in Zusammenhang standen. Die Bullen nahmen mehr als tausend Kurden fest, weitere Hunderte wurden zusammengeschlagen. In der Hoffnung, die kurdische Minderheit einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, drohten SPD-Kanzler Schröder und sein Innenminister Otto Schily, die „ganze Härte des Gesetzes" anzuwenden, um die Kurden in die türkischen Folterkeller zu deportieren. Seit 1993 hat die SPD das Verbot der PKK voll unterstützt, wobei sie die PKK und andere kurdische Organisationen als „terroristisch" abstempelt.

Von Britannien und Frankreich bis Kanada und Australien hat die Internationale Kommunistische Liga gemeinsam mit kurdischen Demonstranten Öcalans Freiheit gefordert. Die Spartakist-Arbeiterpartei protestierte zusammen mit kurdischen Demonstranten in Deutschland und verteilte eine Erklärung auf türkisch, deutsch, italienisch, französisch und englisch, die hervorhob: „Der deutsche Imperialismus ist zusammen mit dem US-Imperialismus Pate des türkischen Vernichtungskriegs gegen die Kurden, liefert die Waffen und bildet die Todesschwadronen aus." Die Erklärung forderte: *„Weg mit den Anklagen! Sofortige Freilassung der kurdischen Gefangenen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine!"*

NATO-Mitglied Türkei: Völkergefängnis

Die Explosivität nationalistischer Feindseligkeiten im Nahen und Mittleren Osten ist das direkte Resultat imperialistischer Machenschaften. Als die britischen und französischen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg das Osmanische Reich zerstückelten, teilten sie das Siedlungsgebiet der Kurden unter vier bürgerlichen Staaten auf: Türkei, Irak, Iran und Syrien. Selbst ein weitgehend zusammengestutzter kurdischer Staat, wie er 1920 im Vertrag von S vres vorgesehen worden war, wurde drei Jahre später im Vertrag von Lausanne für nichtig erklärt; darin wurde die moderne Türkei festgelegt und verfügt, daß alle Menschen im Land Türken seien, bis auf diejenigen, die einer der landlosen religiösen Minderheiten angehören (Armenier, Griechen oder sephardische Juden).

Bald nach seiner Gründung durch Mustafa Kemal (Atatürk) suchte der türkische Staat die nationale Identität der Kurden zu zerstören. Im März 1924 wurde verboten, in kurdischer Sprache zu sprechen und zu publizieren, und die Verfassung kodifizierte die kemalistische Doktrin, daß die Türkei rein türkisch sei. Schließlich wurden Kurden zwangsweise in „Bergtürken" umbenannt. Anfang der 60er Jahre erließen die türkischen Herrscher ein Gesetz, daß kurdische Ortsnamen in türkische umgewandelt werden sollten, und verkündeten, daß eine kurdische Nation nicht existiere. Als im Mai 1961 in Mardin, Diyarbakir und anderen Städten größere Demonstrationen losgingen, aus Protest gegen den Großangriff auf die Rechte der Kurden, erschoß der Staat über 300 Demonstranten.

Diese Politik setzte sich in den 80er und 90er Jahren unvermindert fort. Im Dezember 1982 verfügte der Minister für Erziehung, daß Volkslieder in Ost- und Südostanatolien nur in türkischer Sprache gesungen werden durften, da sie subversiven Zwecken dienen könnten. Im Oktober 1983 verbot das Gesetz 2932 den Gebrauch der kurdischen Sprache überhaupt. David McDowall stellt in seinem Buch *A Modem History of the Kurds* [Eine moderne Geschichte der Kurden] (1997) fest: „Schon das Wort ,kurdisch' war ein solches Schreckgespenst, daß das Gesetz eine Ausdrucksweise fand, um sein Verbot klar zu machen, ohne das anstößige Wort zu erwähnen." Kurdische Namen, die mit der „nationalen Kultur, Moral und Tradition" unvereinbar seien und „die Öffentlichkeit beleidigen", wurden verboten. Bis Mitte der 80er Jahre wurden fast 3000 Dörfer in den kurdischen Provinzen Adiyaman, Gaziantep, Urfa, Mardin, Siirt und Diyarbakir umbenannt.

Die staatliche Unterdrückung nahm gigantische Ausmaße an. Zwischen September 1980 und September 1982 wurden mindestens 81000 Kurden in türkischen Kerkern eingesperrt. Währenddessen verlegte die Armee zwei Drittel ihrer Truppen nach Kurdistan und erhöhte die Zahl der

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Hamburg, 20. Februar: Tausende Kurden bei Protest gegen drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal. PKK-Banner „UNO und EU müssen sich für das Leben Öcalans einsetzen" schürt tödliche Illusionen in Imperialisten

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 17

Soldaten bis Anfang 1990 auf 200000. Mit allen Mitteln darauf aus, die kurdische Nation zu vernichten, zerstörte die türkische Armee Tausende kurdischer Dörfer, was massenhafte Zwangsvertreibungen und die Ermordung Zehntausender Menschen bedeutete. Mit 25 bis 30 Millionen Menschen sind die Kurden eines der größten Völker der Welt ohne eigenen Staat. Die kurdischen Massen im Südosten der Türkei, die sich hauptsächlich aus schrecklich unterdrückten Bauern und landlosen Pächtern zusammensetzen, waren von Alters her unter dem Joch der kurdischen Agas (Landadel), des sunnitischen Klerus und des blutrünstigen türkischen Militärs. Die kurdische Gesellschaft selbst ist in hohem Maße klassendifferenziert: Anfang der 90er Jahre besaßen 8 Prozent der Bauernfamilien über 50 Prozent des Landes, während 38 Prozent ohne Land waren.

Einer der Gründe für die Terrorherrschaft des türkischen Regimes in Ostanatolien ist die Verstärkung der ökonomischen Ungleichheit zwischen Türken und Kurden. Das Pro-Kopf-Einkommen in den südöstlichen kurdischen Gebieten betrug Anfang der 90er Jahre 42 Prozent des Landesdurchschnitts und ein Viertel im Vergleich zur Ägäis/ Marmara-Région. Das Analphabetentum in vielen kurdischen Provinzen beträgt über 50 Prozent im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 23 Prozent, da der Unterricht auf türkisch abgehalten wird, für die meisten Kurden auf dem Land eine Fremdsprache.

Hinter der unaufhörlichen nationalen Unterdrückung, der die Kurden ausgesetzt sind, steht der Drang der bürgerlichen Herrscher im Nahen Osten, national homogene Staaten dadurch zu schaffen, daß sie die Kurden ihrer nationalen Einheit berauben. Schon die Anerkennung einer kurdischen Identität bedroht die Stabilität der bürgerlichen Regime in der Region. Aus diesem Grunde ist es undenkbar, daß das kurdische Volk nationale Selbstbestimmung im Rahmen des kapitalistischen Systems der Nationalstaaten erlangen kann.

Als Marxisten, die offen die Gleichheit der Nationen verteidigen und jegliche Manifestation von Nationalismus und Chauvinismus bekämpfen, betonen wir, daß die Rechte des kurdischen Volkes nur durch proletarische sozialistische Revolutionen auf Dauer erkämpft werden können, durch die die kapitalistischen Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien, die die Kurden unterdrücken, zertrümmert werden. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, leninistisch-trotzkistische Parteien aufzubauen, die die Werktätigen verschiedener nationaler und ethnischer Herkunft vereinigen. Diese Parteien werden die Forderung nach einer *Sozialistischen Republik Vereinigtes Kurdistan* als Teil einer *Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens* auf ihr Banner schreiben.

Diese Perspektive ist ein konkreter Ausdruck von Leo Trotzkis Programm der permanenten Revolution, der einzige Weg zur Emanzipation der Massen von vorkapitalistischer Sklaverei und kapitalistischer Ausbeutung in der halbkolonialen Welt. In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Westen schon lange erledigt wurden, nicht durch die lokalen Bourgeoisien gelöst werden, die völlig vom Imperialismus abhängig sind und fürchten, daß jegliche auf sozialen Fortschritt gerichtete Bestrebung die Arbeiter dazu ermutigen könnte, sie zu stürzen. In diesen Ländern können die ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution - wie Agrarrevolution, Rechte der Frauen und nationale Befreiung - nur durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden, das die bäuerlichen Massen führt. Um zu überleben und sich entwickeln zu können, müssen sozialistische Revolutionen in den rückständigen Ländern auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten des Westens und Japan ausgeweitet werden, deren wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Fertigkeiten unerläßlich sind, um die „Dritte Welt" auf das ökonomische Niveau der „Ersten" emporzuheben.

PKK-Nationalismus: Sackgasse für Kurden

Die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes ist unabdingbare Pflicht für subjektive Kommunisten in der Türkei. Die türkische Arbeiterklasse muß für eine Perspektive gewonnen werden, die nationalen Rechte der Kurden zu wahren, die PKK und andere kurdische Organisationen gegen den Staatsterror zu verteidigen und für das volle und gleiche Recht auf die kurdische Sprache einzutreten. Nur im Kampf gegen jeden Ausdruck von türkischem Chauvinismus und nationaler Unterdrückung kann der Weg freigemacht werden für den gemeinsamen Kampf der türkischen und kurdischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen kapitalistischen Unterdrücker.

Wie Lenin betonte, müssen Kommunisten in einem Unterdrückerland besonders gegen den Chauvinismus ihrer „eigenen" Bourgeoisie Widerstand leisten, während Kommunisten im unterdrückten Land besonders den kleinbürgerlichen Nationalismus bekämpfen müssen, wenn sie die Arbeiter beider Nationen im Kampf vereinen wollen:

> „Leute, die sich nicht in diese Frage hineingedacht haben, finden es widerspruchsvoll', wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen auf der .Freiheit der *Lostrennung'* beharren, die Sozialdemokraten der unterdrückten Nation dagegen auf der ‚Freiheit der *Vereinigung'.* Etwas Überlegung zeigt jedoch, daß es einen *anderen* Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen anderen Weg *aus der gegebenen* Lage zu diesem Ziel nicht gibt und nicht geben kann." („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung", Juli 1916)

So verteidigen Kommunisten das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung, widersetzen sich aber entschieden dem kleinbürgerlich-nationalistischen Programm der PKK. Entstanden als Reaktion auf die allseitige Unterdrückung der Kurden, wurde die PKK Mitte der 70er Jahre von Öcalan (mit dem Kosenamen „Apo" oder „Onkel") gegründet. Die Bewegung, die 1978 den Namen PKK annahm, beanspruchte für sich den „Marxismus-Leninismus", was Öcalans städtische Wurzeln als Student in Ankara widerspiegelt. Dort war er ein Unterstützer der linksgerichteten Jugendgruppe Devrimci Gene, zu einer Zeit, als der Maoismus bei radikalisierten Jugendlichen populär war.

Trotz ihrer „marxistisch-leninistischen" Rhetorik hatte die PKK nie etwas mit wirklichem Marxismus zu tun. Öcalan lehnte den Kampf für eine revolutionäre leninistische Partei auf der Grundlage des wachsenden türkischen und kurdischen Proletariats ab und schloß sich, wie viele türkische und kurdische Linke, Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, der Guerillastrategie für die „Dritte Welt" an. Abgestoßen von der niederträchtigen chauvinistischen Weigerung der türkischen Linken, für die Sache der kurdischen Befreiung einzutreten, zogen sich Öcalan und seine Unterstützer aufs Land zurück und wandten sich von den Arbeitern in Istanbul, Ankara, Sivas und Adana ab. Dies war in zweifacher Hinsicht kriminell, denn die PKK fand im Unterschied zu anderen kurdischen Gruppen ihre Unterstützung bei proletarischen Elementen, denen die Klassenherrschaft der kurdischen Agas und Händler verhaßt war.

Obwohl ihre Unterstützer die feudale und Großgrundbesitzerhierarchie des kurdischen Dorfes verabscheuen, hat sich die PKK selbst einer ausgesprochen klan-orientierten

Politik verschrieben, wobei sie im anatolischen Hinterland Familien und Dörfer gegeneinander ausspielt. McDowall schreibt: „Statt die Aga-Klasse als ganze anzugreifen, operierte die PKK mit feinem Kalkül, nutzte Blutfehden aus, wo sie schon existierten, und half neue zu entfachen, wo es keine gab." Ein enger Gefährte Öcalans erklärte, daß immer, wenn die PKK eine Person aus einer Familie oder einem Stamm rekrutiert hatte, „sich die ganze Familie oder der gesamte Stamm auf unsere Seite schlug".

Zweifellos hat die kleinbürgerlich-nationalistische PKK einen heldenhaften militärischen Kampf gegen die weit besser ausgerüstete türkische Armee geführt und so Massenunterstützung unter der kurdischen Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan, den städtischen Zentren der Westtürkei und der Diaspora in Westeuropa und anderen Ländern erlangt. Dennoch benutzt die PKK den Guerillakrieg nur, um sich den Weg zum Verhandlungstisch freizukämpfen, wo sie der türkischen Bourgeoisie Zugeständnisse abzuringen hofft. Gleichzeitig sucht sie auf die westlichen Imperialisten Druck auszuüben, damit diese wiederum auf ihr türkisches NATO-Mitglied Druck ausüben.



Reuter

Zonguldak 1991: Beim Streik von 48000 türkischen und kurdischen Bergarbeitern wurde die Forderung nach dem Recht auf die kurdische Sprache aufgegriffen. Bild von Atatürk zeigt zugleich Illusionen in „fortschrittlichen" Kapitalismus. Nur proletarische Revolution ist der Weg zur Befreiung aller Kurden, Frauen und Unterdrückten

Die FKK-Strategie liegt ganz auf der Linie anderer kleinbürgerlich-nationalistischer Bewegungen wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Da die nationalistische Perspektive dieser Bewegungen ausdrücklich nicht mit einem Kampf für die proletarische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern verbunden ist, schielen sie notwendigerweise nach der Gunst des westlichen Imperialismus - mit katastrophalen Folgen für die unterdrückten Massen. Heute hat sich Jassir Arafats PLO im Gefolge des unter US-Vermittlung ausgehandelten „Friedens"-Abkommens als Polizeihilfstruppe an die rassistischen Zionisten in Israel verkauft. In Südafrika steht der inzwischen bürgerlich-nationalistische ANC an der Spitze eines Neoapartheid-Systems, wo die schwarzen Massen genauso durch die Randlords ausgebeutet und unterdrückt sind, wie sie es unter weißer rassistischer Herrschaft waren. Sollte die PKK mit den türkischen Spießgesellen ein Übereinkommen treffen, würde sie ihre neu gefundene Position dazu benutzen, ihr eigenes Volk auszubeuten und als kurdischer Gendarm für den türkischen Staat dienen. In seiner Rede vor dem türkischen Gericht zeigte Öcalan eine solche Perspektive auf, was von der PKK unterstützt wurde.

Während des Kalten Krieges, als die Sowjetunion einer feindlichen Einkreisung durch die imperialistischen Mächte ausgesetzt war, wurden häufig kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte wie die PLO und der ANC politisch und militärisch von Moskau unterstützt, was ihnen etwas Handlungsspielraum verschaffte. Was die PKK betrifft, so erfreute sie sich bescheidener militärischer Unterstützung durch das sowjetfreundliche Syrien, wo Öcalan Zuflucht fand und Guerillastützpunkte der PKK aufbaute. Doch nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 hingen die kleinbürgerlichen Nationalisten in der Luft. Die PLO reagierte darauf, indem sie sich immer offener darauf verließ, daß Washington ein „Friedens"abkommen vermittelt, welches die Leiden des palästinensischen Volkes kein bißchen gemindert hat. Ohne sowjetische Rückendeckung gab Syrien dem Druck der Türkei nach, die dem arabischen Nachbarn damit drohte, einzumarschieren, falls er dem PKK-Führer und seinen Guerillaeinheiten weiterhin Zuflucht gewährt. Letztes Jahr kapitulierte Syrien vor dieser Provokation, und Öcalan wurde gezwungen, das Land zu verlassen.

All das hat die PKK dazu veranlaßt, ihre Annäherungsversuche gegenüber den Erzfeinden der kurdischen Befreiung zu intensivieren: den westlichen Imperialisten und dem türkischen Staat. So biederte sich die PKK den europäischen Bourgeoisien an und erklärte letztes Jahr, „zur Lösung der kurdischen Frage könne die PKK entweder in den Bergen bleiben und weiterkämpfen, oder einen Appell an Europa richten" (*Kurdistan-Rundbrief*, 2. Dezember 1998). Und die PKK bot die Kurden als Spielball an für die Rivalitäten zwischen der Europäischen Union (EU) und dem US-Imperialismus: „Das Fehlen einer politischen Haltung zur kurdischen Frage auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten ... hat wie die Regungslosigkeit im Jugoslawien-Problem auch dieses Mal wieder den Anlaß dafür geliefert, daß die USA einen Schwerpunkt gesetzt haben" (*Kurdistan-Rundbrief*, 10. Februar).

Bei seinen Appellen an die USA war Öcalan genauso schamlos. In einem Bericht, der am 15. Oktober 1998 von der kurdischen Fernsehstation Med-TV ausgestrahlt wurde, beschwor er Washington: „Angenommen, es läge in Ihrer alleinigen Macht, würden Sie dann den Kurden ein Recht auf Frieden zusichern? Würden Sie ihnen ein paar demokratische Rechte zugestehen? Es gibt hier einen Partner für Sie, ich gebe Ihnen mein Wort. Bereiten Sie eine politische Lösung vor, ich werde keine Vorbedingungen stellen." Mit diesem feigen Kniefall vor den Großmächten tritt die PKK in die Fußstapfen der großen, aristokratischen Barzani- und Talabani-Klans in Irakisch-Kurdistan, die schon immer ihre Dienste an ein wechselndes Spektrum regionaler Mächte und westlicher Imperialisten verkauft haben im Austausch für militärische und politische Unterstützung.

In unversöhnlicher Feindschaft gegenüber der Perspektive einer Vereinigung der kurdischen und türkischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen Klassenfeinde hat die PKK ihre Politik immer mehr dem reaktionären Klima der nachsowjetischen Welt angepaßt und selbst ihre formale Forderung nach Unabhängigkeit Türkisch-Kurdistans durch die Forderung nach „Autonomie" ersetzt. Sie bot sogar den mörderischen türkischen Herrschern ihre Hilfe an für deren

Fortgesetzt auf Seite 20

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 19

Expansionsdrang zur Kontrolle über die turksprachigen Gebiete Zentralasiens und erklärte in der Ausgabe des *Kurdistan-Report* vom Januar/Februar 1998:

> „Die Lösung in der Türkei ist eine regionale Lösung. Das sollte der Türkei allerdings keine Angst machen, heißt das doch, daß eine sichere Brücke zum Nahen Osten und Mittelasien bis zu den turkmenischen Ländern entstehen würde. Das erste Mal in ihrer Geschichte könnte die Türkei dank dieser kurdischen Brücke eine so starke Kraft erreichen."

Mit zunehmender Deutlichkeit der Appelle an die Imperialisten und den türkischen Staat hat die PKK immer weniger Bedarf an „marxistisch-leninistischer" Rhetorik und säkularem Gedankengut, wovon viele ihrer Mitglieder inspiriert sind. Zwar hat die PKK in ihren Veröffentlichungen die Unterdrückung der Frauen angeprangert und ist dafür bekannt, daß sie bewaffnete Frauen in ihre Guerillagruppen aufnimmt, aber ihre kleinbürgerliche Einstellung und ihre Geringschätzung der proletarischen Massen der Türkei führte sie zu einer Annäherung an die reaktionärsten Kräfte auf der politischen Landkarte der Türkei: Elemente des sunnitischen Klerus und die Wohlfahrtspartei (jetzt Tugendpartei genannt) von Necmettin Erbakan, eine islamische Massenorganisation.

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre gründete die PKK eine Gruppe, die von einem Geistlichen in Bitlis geführt wurde und mit der Partiya Islami Kurdistan und Islami Harekat (Islamische Bewegung) verbunden war. In letzter Zeit waren islamische Repräsentanten Mitglieder von Öcalans Exilparlament. Die PKK verbreitet die reaktionäre Lüge: „Die islamischen Bewegungen brauchen uns, und sie atmen durch unsere Kämpfe. Wir vergessen nicht, daß die Arbeiterpartei nach dem echten Islam strebt" *(junge Welt*, 20. November 1995). In seinem Bericht in Med-TV stellte Öcalan der Tugendpartei die Frage: „Wo ist eure Treue zum Islam, wie könnt ihr euren Standpunkt, den Krieg unter allen Umständen zu unterstützen, islamisch nennen? Wo ist darin der Islam?"

Religion dient dazu, die Unterdrückten an die alte Ordnung zu ketten, indem sie sie mit Aberglauben und konservativer Moral durchdringt. Nirgendwo trifft dies mehr zu als in der islamischen Welt, wo der Koran und der reaktionäre Einfluß der Familie Hunderte Millionen, insbesondere Frauen, in einem Zustand der Isolation, Unwissenheit und fürchterlicher Unterjochung hält. Indem die PKK den reaktionären muslimischen Parteien der Türkei die Hände reicht, signalisiert sie dem geistlichen Establishment, daß man bei der Festigung des Einflusses des Islams auf die kurdischen Massen, der in den rückständigen Gebieten Türkisch-Kurdistans bereits äußerst stark ist, auf sie setzen kann.

Konfrontiert mit dem Bankrott der Guerillastrategie der PKK und ihrer offenkundig reaktionären Politik, müssen sich kurdische Militante mit dem grundlegenden Gegensatz zwischen der kleinbürgerlichen Strategie der PKK und der marxistischen Perspektive auseinandersetzen, wonach nur die Arbeiterklasse - türkisch, kurdisch, arabisch, persisch und hebräischsprachig - die soziale Macht, Anzahl und Organisation besitzt, um alle bürgerlichen Staaten im Nahen und Mittleren Osten durch sozialistische Revolutionen zu stürzen. Dies ist der einzig gangbare Weg zur Befreiung der unterdrückten Kurden von den Ketten nationaler Unterdrückung und zur Sicherung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Das nationalistische Programm der PKK ist eine Sackgasse - nur die trotzkistische Strategie der permanenten Revolution ist dazu imstande, die kurdischen Massen zu befreien.

SPD: Bürgerliche Arbeiterpartei für Rassismus und Krieg

In Deutschland sind Zehntausende kurdische Arbeiter in den großen Gewerkschaften, zusammen mit ihren deutschen und türkischen Klassenbrüdern und -Schwestern. Die türkischen und kurdischen Arbeiter in Europa können eine lebende Brücke sein, die den Kampf für kurdische Unabhängigkeit und sozialistische Revolution im Nahen Osten mit Arbeiterherrschaft im industrialisierten Westen verbindet. Deutsche und türkische Arbeiter müssen für die Verteidigung der Rechte kurdischer Organisationen eintreten. Dies ist besonders heute wichtig, wo der rassistische deutsche Staat seine Attacken gegen die PKK zu einer Offensive gegen alle Immigranten und die Arbeiterbewegung insgesamt benutzt. Doch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie sind Hindernisse bei der Mobilisierung des machtvollen Proletariats gegen rassistische Abschiebungen, faschistische Provokationen und aggressive Angriffe auf die Arbeiterklasse.

Seit der konterrevolutionären Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der Einverleibung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch das Vierte Reich Anfang der 90er Jahre haben die imperialistischen Rivalitäten stark zugenommen und die deutsche Bourgeoisie dazu veranlaßt, ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verschärfen, um besser mit ihren imperialistischen Gegenspielern konkurrieren zu können. Dabei hat die herrschende Klasse versucht, proletarische Kämpfe dadurch zu ersticken, daß sie die Arbeiter mit dem Gift des Chauvinismus und Rassismus infiziert. Mit dem Aufschrei „Das Boot ist voll", dem rassistischen Schlachtruf, daß Deutschland zu viele „Ausländer" habe, wollten die Herrscher das geistige Klima schaffen, in dem Flüchtlinge und andere Einwanderer ungehindert hinausgejagt werden können.

Millionen Arbeiter, die von fast 17 Jahren CDU-Regierung unter Helmut Kohl und den zunehmenden Agriffen auf die Arbeiterklasse die Nase voll hatten, wählten bei den letzten Bundestagswahlen die SPD und brachten die Sozialdemokraten erstmals seit 1982 wieder an die Macht. Der Bourgeoisie gehorchend, übernahm die SPD die Zügel im kapitalistischen Staat, um den mächtigen Gewerkschaften, deren bürokratische Irreführer die Arbeiter von der Verteidigung ihres Lebensstandards abhielten, die von den Herrschenden geforderten Kürzungen reinzuwürgen. Bei der Verwaltung des bürgerlichen Staates betreibt die SPD eine genauso reaktionäre, rassistische Politik wie die CDU. Die zügellose Repression, die kurdische Demonstranten auf den Straßen Berlins, Hamburgs

und Kölns zu spüren bekommen, ist nur ein Beispiel für den wirklichen Charakter der SPD-Regierung von Gerhard Schröder.

Als die Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten zahllose Arbeiter zum Tod in den Schützengräben trieben, waren sie unwiderruflich auf die Seite des deutschen Imperialismus übergegangen. Seitdem haben sie sich der Aufgabe verschrieben, das Proletariat an seinen Klassenfeind zu ketten. 1992 bewies die SPD ein weiteres Mal ihre Loyalität gegenüber den Frankfurter Bankiers, indem sie für die Abschaffung des Rechts auf Asyl stimmte, was die Nazis dazu ermutigte, in Rostock ein wütendes Pogrom gegen Immigranten zu entfachen. In Hamburg und Schröders eigenem Bundesland Niedersachsen haben SPD-Regierungen aggressive Polizeirazzien gegen Afrikaner und andere Einwanderer durchgeführt. SPD und ihr grüner Koalitionspartner bombardierten das serbische Volk im größten militärischen Konflikt Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei den Bundestagswahlen im letzten Jahr lehnten wir es ab, die SPD oder die PDS, die ehemaligen ostdeutschen Stalinisten, die die DDR 1990 an den deutschen Imperialismus ausverkauft und sich selbst in dreiste prokapitalistische Sozialdemokraten verwandelt haben, auf irgendeine Weise zu unterstützen. Wir erklärten: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!" *(Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998).

Was die PDS angeht, so verwaltet sie Staatsterror gegen Einwanderer in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und bahnt so den Nazis den Weg. Und sie verbreitet krassen Antiamerikanismus im Dienste des deutschen Imperialismus. Nachdem die PDS ihre Loyalität gegenüber der Bourgeoisie von Auschwitz dadurch unter Beweis gestellt hat, daß sie die Konterrevolution in der DDR führte, überschlägt sich die PDS jetzt dabei, den deutschen Imperialisten Ratschläge zu erteilen, wie man am besten die US-Rivalen ausmanövrieren kann. Der außenpolitische Sprecher der PDS, Wolfgang Gehrke, fordert, daß die europäisch dominierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine größere Rolle auf dem Balkan spielen soll, als Gegengewicht zur US-dominierten NATO, und er rät dem deutschen Außenminister Joschka Fischer, „unter den Röcken von Madam Albright hervor[zu]kriechen" *(junge Welt,* 20./21. Februar). Die PDS berät den deutschen Imperialismus, wie er sich in den ölreichen Ländern des Nahen Ostens mit der Türkei als Sprungbrett einen Platz sichern könne, und fordert eine „Lösung" der kurdischen Frage durch eine „europäische Friedensinitiative" und den deutschen Imperialismus. So versucht die PDS, die Arbeiterklasse und ihren kurdischen Bestandteil, der brutal unterdrückt wird, ihrem Klassenfeind unterzuordnen.

In Übereinstimmung mit dem russischen revolutionären Führer W. I. Lenin charakterisieren wir SPD und PDS als „bürgerliche Arbeiterparteien": Parteien, die sich auf die Gewerkschaften stützen - die Massenorganisationen des Proletariats -, aber eine Führung mit einem durch und durch bürgerlichen Programm haben. Wir führen einen Kampf, um die proletarische Basis dieser Parteien von der prokapitalistischen Führung abzuspalten, als Teil des Kampfes zur Schmiedung einer revolutionären Partei, die der Volkstribun aller Unterdrückten ist und sich dem Kampf für die sozialistische Revolution im industriellen Kraftzentrum Europas verschrieben hat. Für *ein Arbeiterdeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas!* Kurdische und türkische Arbeiter - die weniger Illusionen in die Sozialdemokratie haben als das einheimische Proletariat, eine Folge des zügellosen, bösartigen Rassismus, dem sie täglich ausgesetzt sind - können eine entscheidende Rolle dabei spielen, die gesamte Arbeiterklasse von den prokapitalistischen Parteien SPD und PDS zu brechen. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Perspektive der sozialistischen Revolution.

Pseudotrotzkisten: Feinde kurdischer Freiheit

Angesichts der unablässigen nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei und des bürgerlichen Staatsterrors in Deutschland muß sich jede Organisation, die den Anspruch erhebt, revolutionär zu sein, an ihrer Haltung zum internationalen proletarischen Klassenkampf, zum verräterischen Nationalismus der PKK und vor allem zur Rolle der sozialdemokratischen Handlanger der imperialistischen Bourgeoisie, die im Dienste des Kapitals die niederträchtigsten rassistischen Angriffe ausführen, messen lassen.

Der pseudotrotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), der dem Vereinigten Sekretariat des verstorbenen Ernest Mandel angeschlossen ist, läuft seit langem der PKK hinterher und gehört zur enthusiastischen Anhängerschaft des kurdischen Nationalismus. Nach Öcalans Gefangennahme sang der RSB weiterhin Lobeshymnen auf die PKK und jubelte unkritisch: „Öcalans historisches Verdienst ist es, im nationalen Befreiungskampf der kurdischen Minderheit in der Türkei eine entscheidende Rolle gespielt zu haben" *(Avanti,* März 1999).

In einem Brief an den *Spartakist* (Nr. 119, Juli/August 1995) gab sich ein RSB-Sprecher sehr viel Mühe, jeden politischen Schritt der PKK zu verteidigen, und behauptete, sie sei eine Arbeiterpartei, die „sozialistisch und internationalistisch" ist. Er verteidigte den Aufruf der PKK zu einer „politischen und demokratischen Lösung" in Kurdistan, er rechtfertigte „das Ausnutzen internationaler, auch imperialistisch dominierter Institutionen wie der UNO", wobei er ganz sachte warnte, man dürfe sich nicht der „Logik" dieser imperialistischen Institutionen unterwerfen. Doch gerade unter der Schirmherrschaft der UNO wurden militärische Abenteuer wie der Koreakrieg Anfang der 50er Jahre angezettelt, und infolge des von der UNO verhängten Embargos sind seit 1991 über eine Million Iraker umgekommen, darunter Hunderttausende Kinder. *Nieder mit der UN-Hungerblockade gegen den Irak!*

Während der RSB ein auf das Proletariat gestütztes Programm zur Vereinigung der türkischen und kurdischen Arbeiter im Kampf für sozialistische Revolution ablehnt, läßt er sich lang und breit über die befreiende Kraft aus, die

Fortgesetzt auf Seite 22

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 21

er ausgerechnet bei den erbittertsten Feinden der Kurden entdeckt: den westeuropäischen Imperialisten. In empörender Weise malt der RSB die EU in „progressiven" Farben und behauptet, dieser imperialistische Wirtschaftsblock, Schauplatz rassistischen Terrors und wachsender faschistischer Angriffe, habe „eine Art Revolution von oben" vollbracht, indem er einen europäischen Binnenmarkt schuf, der Unterdrückerstaaten zu „Zugeständnissen" an ihre unterdrückten nationalen Minderheiten zwingen werde: „Je mehr Großbritannien oder der Spanische Staat Teil der EU werden, desto größer wird der Spielraum der Basken oder Nordiren" (*Avanti*, März 1999).

Was die Kurden angeht, schreibt der RSB: „Es ist kaum anzunehmen, daß die Türkei ohne Zugeständnisse an die unterdrückte kurdische Minderheit mit ihrem Militärregime im besetzten Kurdistan der EU beitreten kann"! Der rassistischen „Festung Europa" eine zivilisatorische Funktion zuzuschreiben ist nicht nur krassester Reformismus, es schlägt auch der Realität der nachsowjetischen imperialistischen Ordnung direkt ins Gesicht, die weltweit nationale Unterdrückung verschärft hat - von Nordirland, wo die Katholiken weiterhin unter den Stiefeln von britischer Armee, Royal Ulster Constabulary und protestantischen paramilitärischen Banden leben müssen, bis Israel, wo der zionistische Staat weiterhin die Palästinenser unterjocht, entrechtet und ermordet.

Zu der Hoffnung des RSB, die europäischen Imperialisten könnten sich auf die Seite der Kurden schlagen, paßt sein Glaube an ein progressives Potential der Bundeswehr. Getrieben von dem Wunsch, daß die bürgerliche Armee bessere Prioritäten setzt, schreibt der RSB (*Avanti*, Dezember 1997): „Die grünen ,Menschenrechtler' fordern geradezu den Bundeswehreinsatz aus humanitären Gründen - natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den Kurdinnen oder gegen den Genozid an den Tutsis, wohl aber dort, wo deutsche Machtinteressen damit gefördert werden wie in Bosnien."

Im scharfen Gegensatz dazu haben Marxisten das Verständnis, daß Imperialismus nicht einfach eine „schlechte Politik" ist, die durch Druck auf den Staat - das Exekutivorgan der Kapitalistenklasse - so verändert werden kann, daß sie im Interesse von „Freiheit" und „Humanität" funktioniert. Im Gegenteil zwingt die Jagd nach Profitmaximierung konkurrierende imperialistische Länder dazu, sich neue Märkte anzueignen, Konkurrenten hinauszudrängen, rivalisierende Handelsblöcke aufzubauen und letztendlich die Welt neu aufteilen zu wollen. Dies ist die Ursache der imperialistischen Weltkriege, die in diesem Jahrhundert schon zweimal Barbarei und Zerstörung über große Teile der Menschheit gebracht haben. Nur wenn das internationale Proletariat der Bourgeoisie die Staatsmacht entreißt, werden imperialistische Kriege für immer aus der Welt geschafft sein.

Ein anderer pseudotrotzkistischer Verein, der behauptet, auf der Seite des kurdischen Volkes und der PKK gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu stehen, ist die Gruppe Arbeitermacht (GAM), deutsche Schwesterorganisation der britischen Gruppe Workers Power. Als im Februar kurdische Demonstranten massenhaft durch die Bullen der SPD verhaftet wurden, jammerte die GAM: „Das Verhalten der Rot/Grünen Bundesregierung zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen der letzten Tage zeigt überdeutlich, wie wenig ihre Erklärungen zur Integration von Ausländern und zur Humanität wert sind" („Freiheit für Öcalan!", Flugblatt undatiert).

Was für ein Schwindel! Diese Zyniker „vergessen" zu erwähnen, daß sie die Wahl genau dieser Sozialdemokraten *unterstützt* und bei den letzten Wahlen zur Wahl „der SPD im Westen bzw. von SPD und PDS im Osten" aufgefordert haben (*Arbeitermacht*, Mai/Juni 1998). Der RSB seinerseits hat die PDS dick unterstützt, die wiederum erklärt hatte, sie würde „bedingungslos" SPD-Kanzler Schröder stützen. Die Unterstützung sowohl des RSB als auch der GAM für die Sozialdemokraten ist ein anschaulicher Beweis dafür, wie sie den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet sind. Im Kalten Krieg der 80er und Anfang der 90er Jahre förderten diese Gruppen den sozialdemokratischen Antikommunismus, indem sie die konterrevolutionäre, klerikalnationalistische Solidarnosc in Polen unterstützten und Jelzins kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion bejubelten. Heute unterstützen diese zentristischen Schwindler weiterhin die sozialdemokratischen Parteien des Rassismus und Krieges.

Für die Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Im Kampf zur Schmiedung revolutionärer trotzkistischer Parteien im Nahen und Mittleren Osten ist es unerläßlich, die Arbeiterklassen über die nationalen Trennlinien hinweg zu vereinigen. In der Türkei hat die brutale Vertreibung der kurdischen Massen, die sie zur Flucht in die Industriezentren Istanbul, Ankara und aus dem Land hinauszwang, die objektive Basis für die Einheit der türkischen und kurdischen Arbeiter gegen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer dramatisch erweitert.

Obwohl die türkischen Herrscher versuchen, in der türkischen Bevölkerung nationalistische Leidenschaften aufzupeitschen, indem sie Öcalan als Terrorist verteufeln, haben nur wenige Jahre zuvor 48 000 kurdische und türkische Kohlebergleute gemeinsam in der Schwarzmeerstadt Zonguldak gestreikt, genau zu dem Zeitpunkt, als die türkische Regierung die Vorbereitungen für den UN/NATO-Angriff auf den Irak intensivierte. Wir stellten damals fest (*Spartakist* Nr. 82, Januar 1991), daß der Streik über ökonomische Fragen hinausging, weil gefordert wurde: „Nein zum Krieg!" - ein direkter Affront gegenüber der Rolle der Türkei als wichtiger NATO-Verbündeter. Wir schrieben, der Streik von Zonguldak „hat die kämpferische und unruhige Arbeiterklasse, Kurden wie Türken, die die repressive Diktatur von Turgut Özal satt hat, in der gesamten Türkei begeistert". Im kurdischen Ostanatolien und unter türkischen Arbeitern kam es zu Solidaritätsstreiks, und Bergarbeiter sollen Berichten zufolge das Recht der Kurden auf ihre eigene Sprache gefordert haben.

Die Möglichkeit zur Vereinigung der Arbeiter über nationale Trennungslinien hinweg wird durch die Geschichte der irakischen Kommunistischen Partei (KPI) veranschaulicht. Zwar war die KPI seit dem Zeitpunkt ihrer Gründung 1934 stalinistisch und der auf Klassenzusammenarbeit ausgerichteten Strategie treu ergeben, was bedeutet, Volksfrontbündnisse mit „progressiven" Bürgerlichen zu schließen, dennoch war sie die proletarischste Kommunistische Partei im Nahen Osten. Sie betrieb in den 40er Jahren systematische Arbeit in den Ölfeldera und Industriezentren Kurdistans wie Kirkuk und Mosul und gab eine kurdische Zeitung heraus. Anfang der 50er Jahre war ein gutes Drittel des Zentralkomitees der Partei kurdisch.

Inmitten des großen sozialen Aufruhrs, der dem Sturz der irakischen Monarchie 1959 folgte, wurde diese mächtige Kraft einer sozialen Revolution durch die irakischen Stalinisten und durch Moskau verraten. Anstatt ihre Basis in der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Staatsmacht selber zu ergreifen, lenkte die KPI die Arbeiter ab, damit sie den bürgerlichen Militäroffizier Abd al-Karim Qassim unterstützen, den die KPI als den „alleinigen Führer" pries. Aus Furcht, ein revolutionärer Aufstand im Nahen Osten könnte die so-

wjetischen Arbeiter dazu anspornen, sich gegen die Sowjetbürokratie zu erheben, befahlen die Moskaustalinisten der KPI, diese entscheidende Gelegenheit zur Revolution in den Sand zu setzen. In ihrem Streben nach Entspannung gegenüber den Imperialisten opferten sie die proletarische Revolution im Irak. Im Namen der Unterstützung für die erste Stufe einer illusorischen „Zwei-Etappen-Revolution" unterstützte die KPI anschließend sogar das Ba'ath-Regime, das dann dazu überging, Kommunisten, Arbeiter und Kurden einzukerkern, zu foltern und zu ermorden.

Der erste Arbeiterstaat der Welt stellte für die unterdrückten Massen im ehemaligen zaristischen „Völkergefängnis" und auf der ganzen Welt ein Leuchtfeuer der Befreiung dar. Weil die Bolschewiki entschlossen waren, die zahlreichen nationalen Fragen durch einen energischen Kampf für nationale und demokratische Rechte zu lösen, konnte das sowjetische Proletariat die Myriaden unterdrückter Nationalitäten und Völker im ehemaligen Russischen Reich für sich gewinnen. Dies spielte für den Sieg der Arbeiter über die konterrevolutionären Weißen im Bürgerkrieg eine bedeutende Rolle. Nach Lenins festem Willen sollte die Sowjetunion ein freiwilliger Bund von Völkern sein. In den ersten Jahren wurden viele Sowjetrepubliken, autonome Republiken, autonome Gebiete und autonome Bezirke geschaffen: die lebendige Verwirklichung des bolschewistischen Programms der nationalen Selbstbestimmung. 1923 wurde die autonome Republik Kurdistan gegründet.

Die Oktoberrevolution machte den Weg frei für die nationale und soziale Emanzipation der unterdrückten Völker im ganzen ehemaligen Zarenreich, indem sie den Kapitalismus und alle Formen vorkapitalistischer Unterdrückung und Erniedrigung zerschlug. Im traditionell islamischen Zentralasien gewannen die Bolschewiki besonders machtvolle Unterstützung unter den Frauen, die als „Sklaven der Sklaven" fürchterlicher Unterdrückung ausgesetzt waren. Wie heute in Kurdistan, so fehlte auch in Zentralasien zur Zeit der Oktoberrevolution ein einheimisches Proletariat. So hing die Einführung sozialrevolutionärer Maßnahmen von der proletarischen Machteroberung in den Nachbarregionen ab, in diesem Fall von den entwickelteren Teilen Rußlands. Was Kurdistan anbelangt, so kann der machtvolle Anteil kurdischer Proletarier in Westanatolien und im westeuropäischen Ausland eine treibende Kraft für den notwendigen internationalistischen revolutionären Kampf sein.

Lenin führte seinen letzten Kampf gerade auf dem Terrain der nationalen Frage gegen niemand anderen als J.W. Stalin, der die Republiken Georgien, Aserbaidschan und Armenien in eine Transkaukasische Föderation zu pressen versuchte. Das Herumtrampeln auf den demokratischen Rechten der nichtrussischen Völker war eine der ersten Handlungen der Bürokratie, als sie die politische Macht an sich riß, was 1923/24 in einer politischen Konterrevolution gipfelte und Lenins bolschewistische Partei zerstörte. In den folgenden Jahren machte die Bürokratie viele Errungenschaften der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917wieder rückgängig, nicht zuletzt das bolschewistische Programm zur Beendigung nationaler Unterdrückung. Die Stalinisten verbreiteten großrussischen Chauvinismus und führten Zwangsumsiedlungen von Krimtartaren, Wolgadeutschen und anderen durch. Verbitterung über den groben Chauvinismus Moskaus gegenüber den nichtrussischen Völkern begünstigte die soziale Konterrevolution, die 1991/92 die Sowjetunion zerstörte.

Trotzki führte Lenins Kampf gegen die wachsende Bürokratie weiter und schmiedete die Linke Opposition, die versuchte, den bürokratischen Würgegriff zu sprengen und dem sowjetischen Proletariat das Bewußtsein der Freiheitsziele der Russischen Revolution wieder einzuprägen. Die Trotzkisten haben den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos gegen innere Konterrevolution und imperialistische Aggression verteidigt, weil die Sowjetunion weiterhin die entscheidenden wirtschaftlichen Errungenschaften der Oktoberrevolution verkörperte - im wesentlichen die kollektivierten Eigentumsformen und die Planwirtschaft. Gleichzeitig kämpften die Trotzkisten für den Sturz der Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution, letztendlich der einzige Weg zu verhindern, daß der Stalinismus den Arbeiterstaat verschlingt. Im mörderischen Kampf gegen das falsche stalinistische Dogma vom „Sozialismus in einem Lande", in dessen Namen revolutionäre Gelegenheiten in anderen Ländern bewußt sabotiert wurden, kämpften die Trotzkisten für das marxistische Programm der Weltrevolution.

Das ist die internationalistische Tradition, der wir verpflichtet sind und auf deren Grundlage wir kämpfen, um eine revolutionäre Partei für den Kampf für neue Oktoberrevolutionen in aller Welt zu schmieden. Dieser Internationalismus motiviert unser Programm zur Emanzipation des kurdischen Volkes. Wie wir am Vorabend des imperialistischen Golfkriegs gegen den Irak in unserem Artikel „Saddam Husseins Krieg gegen Kurden und Linke" schrieben (*Spartakist* Nr. 83, Februar 1991):

> „Wir unterstützen die Bildung eines kurdischen Staates, aber weil die Lösung für die Frage der kurdischen Unterdrückung es erfordert, vier reaktionäre bürgerliche Regime zu besiegen, kann man sich dies kaum unabhängig von der sozialistischen Revolution in der ganzen Region vorstellen. Die kurdischen Massen müssen ein Bündnis mit dem arabischen, persischen und türkischen Proletariat anstreben. Saddam Hussein und all die anderen reaktionären Herrscher des Nahen Ostens müssen durch die Werktätigen und Unterdrückten zu Fall gebracht werden, die unter ihrer Gewaltherrschaft leiden müssen. Dies erfordert den Aufbau von Parteien der Arbeiterklasse, die für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpfen."

Spartakist-*Extrablatt vom 24. Juni 1999, leicht redigiert.*

Freiheit für Öcalan...

Fortsetzung von Seite 24

von Ocalan, zu der die PKK aufgerufen hatte und an der sich die Trotskyist League of Canada (TLC) und die Arbeiterkommunistische Partei Irak beteiligten, gab es ein PKK-Banner: „NATO bekämpft ethnische Säuberung im Kosovo. NATO unterstützt ethnische Säuberung in Kurdistan. Wie lange akzeptieren Sie diese Doppelmoral?" Zu solchen Illusionen in die „humanitäre" Phrasendrescherei der NATO-Imperialisten erklärte ein TLC-Sprecher: „Die Tatsache, daß die westlichen Imperialisten ständig die türkischen Herrscher unterstützen, macht deutlich, daß es so etwas wie ‚humanitären' Imperialismus einfach nicht gibt. Sie mögen heuchlerische Lippenbekenntnisse gegen die Todesstrafe gegen Ocalan abgeben, aber im eigenen Land führen sie Abschiebungen, politische Unterdrückung und rassistischen Staatsterror gegen Immigranten durch."

In Berlin erklärte ein Spartakist-Sprecher auf der Demonstration der PKK am 2. Juli: „Stoppt den Staatsterror der SPD/Grünen-Regierung gegen Kurden! Sofortige Freilassung aller verhafteten Kurden! Wir kämpfen dafür, daß die Arbeiterklasse die Abschiebung von Kurden in die Türkei - in Tod und Folter -verhindert. Wir kämpfen für proletarische Revolution auf der ganzen Welt. Im Nahen Osten für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Dazu bedarf es trotzkistischer Avantgardeparteien. Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! Freiheit für Ocalan! Weg mit dem Verbot der PKK!"

nach Workers Vanguard *Nr. 716, 9. Mi 1999*

SPARTAKIST

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Trotzkismus kontra PKK-Nationalismus

Die haarsträubende Zurschaustellung des gefesselten und gedemütigten Abdullah Öcalan nach seiner Gefangennahme durch den mörderischen türkischen Staat im Februar wirft ein Schlaglicht auf die andauernde nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes. Von Land zu Land gehetzt, während ihm die sozialdemokratischen Regierungen Britanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands das Asyl verweigerten, wurde der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von türkischen Elitekommandos in Kenia festgenommen. Eingekerkert auf der berüchtigten Gefängnisinsel mral im Marmarameer, wird Öcalan von dem blutigen türkischen Regime, das ihn mit der Todesstrafe bedroht, jetzt der Prozeß gemacht. Wir fordern: Freiheit für Öcalan!

Jahrzehntelang haben die westlichen Imperialisten den türkischen Staat militärisch und politisch bei der Unterdrückung der Kurden unterstützt. Die USA arbeiteten mit ihren türkischen Klienten Hand in Hand, um Öcalan zu fassen, und stellten ihnen Geheimdienstinformationen zur Verfügung, die zu seiner Verschleppung führten. Was den deutschen Imperialismus angeht, so liefert er an die Türkei Waffen und bildet türkische Eliteeinheiten an der Bundeswehrführungsakademie aus. Aus Furcht vor Instabilität im Nahen Osten, wo sie hoffen, durch Öl- und Erdgaspipelines sagenhafte Gewinne zu erzielen, unterstützen die deutschen Kapitalisten jeden Schritt ihrer türkischen Verbündeten gegen die PKK und die Kurden. Durch das Schüren einer rassistischen, immigrantenfeindlichen Kampagne gegen kurdische Arbeiter versucht die deutsche Bourgeoisie auch die multinationale Arbeiterklasse im eigenen Land zu spalten und zu schwächen.

Nur Wochen nachdem das türkische Regime Öcalan entführt hatte, starteten NATO-Streitkräfte unter Führung der USA und unter Beteiligung deutscher Kampfflugzeuge einen massiven Bombenkrieg gegen Serbien unter dem heuchlerischen Vorwand, den Kosovo-Albanern „humanitäre" Hilfe zu leisten gegen „ethnische Säuberungen" durch die serbischen Verbände von Slobodan Milosevic". Den Bombenterror auf dem Balkan im Namen der „Menschenrechte" zu rechtfertigen ist der Gipfel imperialistischer Heuchelei. Milosevic s abstoßender Nationalismus gegenüber den Kosovo-Albanern verblaßt im Vergleich zur

Fortgesetzt auf Seite 17

Internationale Arbeiterklasse muß das Leben Öcalans retten!

Freiheit für Abdullah Öcalan!

Vier Monate nach seiner Verschleppung und Verhaftung in Kenia durch türkische Sicherheitskräfte wurde Abdullah Öcalan, Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von einem Femegericht in der Türkei am 29. Juni zum Tode verurteilt. Das Urteil stand von vornherein fest. Seit seiner Verhaftung war Öcalan auf einer kleinen Insel in strenger Einzelhaft eingekerkert, und ihm wurde jeder wirkliche Rechtsbeistand verweigert. Seine Anwälte wurden wiederholt bedroht und physisch angegriffen, auch im Gerichtssaal. Wie schon während der Welle internationaler Proteste, die auf Öcalans Verhaftung im Februar folgten, beteiligten sich Kontingente der Internationalen Kommunistischen Liga in verschiedenen Ländern an Protesten gegen das Urteil.

Die Verhaftung und Verurteilung des PKK-Führers hat den Kräften der rechten Reaktion im türkischen Polizeistaat Auftrieb gegeben; das unterstreicht, wie antikurdischer Chauvinismus als eine Waffe nicht nur gegen die seit langem unterdrückten kurdischen Massen, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse in der Türkei gerichtet ist. Öcalans Verhaftung trug dazu bei, die faschistoide Partei der nationalistischen Bewegung - deren paramilitärische Graue Wölfe Tausende Linke, Arbeiterkämpfer und kurdische Nationalisten ermordet haben - nach den Wahlen im April in die Koalitionsregierung des „linksdemokratischen" Ministerpräsidenten Bülent Ecevit hineinzukatapultieren. Das Urteil gegen Öcalan wurde begleitet von einem Ausbruch von türkischem Chauvinismus und antikurdischen Provokationen, darunter ein bedrohlicher Aufmarsch von etwa 1000 türkischen Männern durch Diyarbakir, der wichtigsten Stadt Kurdistans.

Mit der Unterstützung durch die USA und Deutschland hat die türkische Bourgeoisie einen Vernichtungskrieg gegen die PKK und die unterdrückte nationale Minderheit der Kurden geführt (siehe oben „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Trotzkismus kontra PKK-Nationalismus"). Doch gerade an die imperialistischen Sponsoren der Türkei richtet die kleinbürgerlich-nationalistische PKK ihre Appelle nach Unterstützung durch Imperialisten. Bei einer Protestkundgebung in Vancouver am 29. Juni gegen die Verurteilung

Fortgesetzt auf Seite 23

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 137 HERBST 1999 DM1,-

Lafontaine/PDS: Strategen für deutschen Imperialismus

Für Klassenkampf gegen kapitalistische SPD/Grünen-Regierung!

Nachdem die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung auf dem Balkan die Interessen der deutschen Bourgeoisie blutig durchgebombt hat, konzentriert sie ihre Angriffe jetzt wieder gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land. Die glaubt aber zunehmend nicht mehr, daß die Kriegspartei SPD das „kleinere Übel" ist und daß das klassenkollaborationistische „Bündnis für Arbeit" irgend etwas mit ihren Interessen zu tun hat. Die Arbeiterbasis der SPD ist in Aufruhr gegen die Kriegspolitik und gegen die einschneidenden Kürzungen im Sozialbereich, bei Renten und Arbeitslosenhilfe.



Spartakist

27. September, Berlin: ÖTV-Demonstration gegen Privatisierungsangriffe durch SPD/Grünen-Regierung

Es gab kämpferische Demonstrationen von HBV und ÖTV gegen Schröders Politik. Im ersten Halbjahr 1999 gaben 13 600 SPD-Mitglieder ihr Parteibuch zurück, allein im Juni mehr als 3000 (*Hamburger Abendblatt,* 11. September). Bei allen Wahlen in der letzten Zeit verlor die SPD massiv - im Saarland, in Brandenburg, in Thüringen und in Sachsen. Die Verluste bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen trafen die traditionelle Hochburg der SPD, wo Städte wie Duisburg, Dortmund und Essen praktisch ununterbrochen seit 1945 von der SPD regiert worden waren. Wahlanalysen zeigten dabei die bedeutende Tatsache, daß es zum Beispiel in Arbeitervierteln in Essen nur eine Wahlbeteiligung zwischen 25 und 30 Prozent gab, während in den bürgerlichen Vierteln 70 Prozent wählen gingen. Diese Arbeiter sind einfach nicht zur Wahl gegangen, ein direkter Protest gegen die Schröder/Fischer-Regierung.

Die Arbeiterklasse beginnt das Vertrauen in ihre traditionelle Partei zu verlieren und sucht nach einer linken Alternative. Das ist eine positive Entwicklung und eröffnet wichtige Möglichkeiten für Revolutionäre, die darum kämpfen, die Arbeiterklasse von ihrer sozialdemokratischen Irreführung zu brechen und sie für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen, für die sozialistische Revolution. Diese Entwicklung bestätigt machtvoll unsere Intervention vor der Bundestagswahl. Wir sagten: „Keine Stimme für SPD, PDS - rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!" Denn:

> „Als loyaler Handlanger der Kapitalisten bietet die SPD ... an, die geforderten ‚Strukturreformen' durchzudrücken: über die Gewerkschaften herzufallen, die restlichen Sozialleistungen einzustampfen, Frauen zurück an ‚Heim und Herd' zu treiben und mit chauvinistischer Hetze und Polizeirazzien die Arbeiter türkischer, kurdischer, jugoslawischer und polnischer Herkunft von ihrem Arbeitsplatz und aus Deutschland zu vertreiben." (*Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998)

Die PDS ist keinesfalls eine Alternative zur SPD. Sie ist mit dieser kapitalistischen Gesellschaft verwachsen und bietet nur an, Druck auf die SPD auszuüben. Nach den Wahlen

Fortgesetzt auf Seite 2

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 1

in Thüringen, wo die SPD drittgrößte Partei nach der PDS wurde (ebenso wie später in Sachsen), gab Gregor Gysi Schröder seinen Rat: „Nur ein gemeinsames Projekt SPD/PDS kann etwas verändern" *(Neues Deutschland,* 13. September).

Gewerkschaftsbürokraten wie IG-Metall-Chef Zwickel, der die Kriegspolitik der Regierung voll unterstützte, sind heute besorgt, die Kontrolle über ihre Mitgliedschaft zu verlieren. In der September-Ausgabe von *metali* mahnt Zwickel Schröder, der auf dem Titelblatt mit Zigarre in Bourgeois-Pose abgebildet ist: „Noch ist es nicht zu spät, den eingeschlagenen Kurs zu ändern ..." Und bei einem Empfang für die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion warnte er, „die Gewerkschaften könnten ihr grundsätzliches Verhältnis zur Sozialdemokratie ändern" *(Der Tagesspiegel,* 15. September).

Eine Allianz von SPD-„Linken", PDS, Gewerkschaftsbürokraten und Pseudolinken führt eine heiße Debatte darüber, wie die Regierungspolitik zu ändern ist, um den Unmut der Arbeiter abzuwenden und die Regierung zu retten. Ihre grundlegende Konzeption und ihre gesamte Politik stützen sich auf die SPD, die diesen kapitalistischen Staat regieren und reformieren soll. Aber wir Kommunisten sagen mit Lenin: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze... Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassen*herrschaft,* ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere ..." *(Staat und Revolution,* 1916). Genau aus diesem Grund ist es notwendig, den kapitalistischen Staat durch eine sozialistische Arbeiterrevolution zu stürzen und das System von Ausbeutung und Krieg durch eine auf Arbeiterräten basierende Planwirtschaft zu ersetzen. Das taten die russischen Arbeiter in der Oktoberrevolution 1917 unter der bolschewistischen Führung Lenins und Trotzkis. Um diese erste erfolgreiche proletarische Revolution zu führen, war es absolut wesentlich, von den zentristischen und reformistischen Verrätern in der Arbeiterbewegung zu brechen und eine proletarische Avantgardepartei aufzubauen.

Die Folgen der Konterrevolution

Nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas sieht die deutsche Bourgeoisie des wiedervereinigten Vierten Reichs im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen mehr für ihre imperialistische Gier. Da für das antisowjetische Kalte-Kriegs-Bündnis keine Notwendigkeit mehr besteht, haben sich die interimperialistischen Rivalitäten schnell verschärft. Um in der Konkurrenz mit ihren imperialistischen Rivalen zu bestehen, versucht die deutsche Bourgeoisie, massiv die Profitrate zu erhöhen. Der „Sozialstaat" sollte Arbeiterprotesten gegen die kapitalistische Ordnung nach dem Sieg der Roten Armee über Nazideutschland und der Errichtung deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa - einschließlich der DDR - entgegenwirken. Nun hat er ausgedient und wird rapide abgebaut.

Aber trotz ihres Triumphgegröles über den „Tod des Kommunismus" sind sich die Kapitalisten sehr bewußt darüber, daß sie es mit einem potentiell mächtigen Gegner zu tun haben, wie die defensiven Kämpfe der letzten Jahre in Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland zeigten. Darum setzt jetzt die Bourgeoisie fast überall in Europa auf sozialdemokratische/ex-stalinistische Parteien an der Regierung oder auf Volksfronten - Bündnisse von bürgerlichen Arbeiterparteien mit rein bürgerlichen Parteien -, die diese Angriffe den Arbeitern reinwürgen sollen. Lenin beschrieb treffend Parteien wie die SPD, die PDS, die Labour Party oder Jospins SP als bürgerliche Arbeiterparteien. Perspektive und Programm ihrer Führung sind vollkommen bürgerlich, aber ihre Basis liegt in der Arbeiterklasse. Solange die Arbeiterbasis „ihrer" Partei vertraut, sind diese Parteien besonders dazu geeignet, die Arbeiter an ihre eigenen Ausbeuter zu ketten.

Unser strategisches Ziel als Kommunisten ist es, das Bewußtsein der fortgeschrittensten Arbeiter zu erhöhen, damit sie mit den Handlangern der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung brechen, und sie zu einem revolutionären Programm zu gewinnen. Gegen die Versuche der deutschen Bourgeoisie, ein DM-dominiertes Europa zu schaffen, sagen wir: „Nieder mit Maastricht! Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für ein Arbeitereuropa!"

Die Regierungen, die SPD & Co. bilden, sind durch und durch kapitalistische Regierungen, die die Interessen der Bourgeoisie verwalten. Besonders in Deutschland, wo die immer noch stark organisierte Arbeiterklasse ihre Macht noch nicht in einer direkten Klassenauseinandersetzung getestet hat, brauchte die Bourgeoisie von Auschwitz unbedingt die SPD/Grünen-Regierung, um relativ reibungslos ihren Krieg auf dem Balkan führen zu können - der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr seit 1945, als Hitlers Truppen

Fortgesetzt auf Seite 6

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 TOO 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 137 **HERBST 1999**

Nein zum Schleier! Für Arbeiterrevolution!

Iran: 20 Jahre islamische Diktatur

Unter den Rufen „Tod der Diktatur" demonstrierten Anfang Juli im Iran sechs Tage lang Zehntausende Studenten. Es waren die größten Proteste seit der Machtübernahme der bluttriefenden Mullahs 1979. Allein in Teheran standen 25000 Studenten den Eisenstangen, Schlagstöcken und Tränengassalven der Bullen sowie dem Maschinengewehrfeuer der islamischen fundamentalistischen Milizen gegenüber. Dutzende Studenten wurden bei den landesweiten Protesten verletzt, rund 1400 verhaftet und viele weitere gezwungen, sich zu verstecken. Immer noch sind Hunderte hinter Gittern, und in einem ersten Prozeß am 12. September wurden vier Studenten zum Tode verurteilt. Die internationale Arbeiterbewegung muß dringend fordern: *Weg mit den Todesstrafen! Sofortige Freiheit für alle Gefangenen aus den Studentenprotesten!*



AP

Bullen wurden gegen Studentenproteste in Teheran losgeschickt. Polizei und fundamentalistische Schläger ermordeten acht Menschen, Dutzende wurden verletzt und 1400 verhaftet

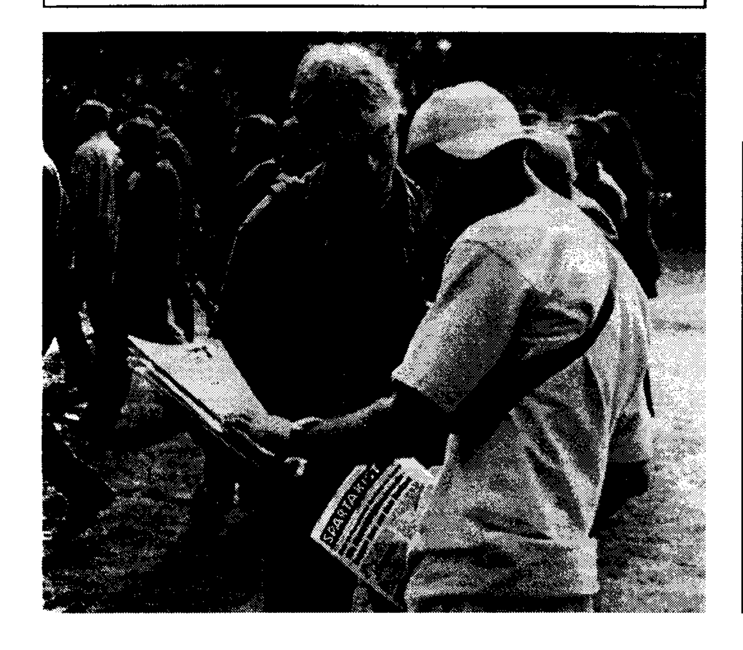
Der kürzliche Aufruhr begann mit einem offenen Geplänkel innerhalb des theokratischen Regimes zwischen dem Hardliner-Flügel unter Ajatollah Ali Chamenei und dem „gemäßigten" Flügel unter Präsident Mohammed Chatami. Wenige Stunden nach einem Protest von 200 Universitätsstudenten aus Teheran gegen die verschärfte Pressezensur und das Verbot der Chatami-nahen Zeitung *Salam* stürmten am 8. Juli Polizei und fundamentalistische Hisbollah-Schläger ein Wohnheim. Die Studenten wurden in ihren Betten geschlagen und aus Fenstern geworfen, allein in dieser Nacht wurden acht

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne

Quoten der Abokampagne 1999
11. Oktober bis 21. November

Berlin	160
Hamburg	100
Auf Entfernung	15
Gesamt	**275**



Dazu: Ein *Spartakist*-Paket eurer Wahl

O Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Stürzt Imperialisten durch Arbeiterrevolution!

O Permanente Revolution von der Türkei bis Indonesien

O 1989/90 und heute: Kampf der Spartakisten für ein Rotes Rätedeutschland

Abonniert jetzt!

Q Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-

Q Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ______________________

Adresse ______________________

____

Telefon ______________________

137

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555,10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060



Illustrated London News

Topham Picture Ltbrary

Teheran, 1951 : StalinistischeTudeh-Partei kanalisierte plebejischen Kampf hinter bürgerlich-nationalistischen Mohammed Mossadegh, der von einem CIA-unterstützten Putsch 1953 gestürzt wurde

Iran...

Fortsetzung von Seite 3

ermordet. Am nächsten Tag demonstrierten 10000 Studenten in Teheran, forderten den Rausschmiß des nationalen Polizeichefs und appellierten an Chatami, der 1997 hauptsächlich dank der Stimmen von Jugendlichen und Frauen gewählt worden war, sie zu unterstützen. Aber die zunehmende Desillusionierung der Studenten wurde schnell sichtbar, als sie riefen: „Chatami, wo bist du? Deine Studenten sind ermordet worden." Konfrontiert mit einer Bedrohung des islamischen Regimes, schloß sich Chatami sofort seinen Hardliner-Konkurrenten an und verurteilte die Studenten als Randalierer mit „teuflischen Zielen", die „vorhaben, die Grundlagen des Systems zu attackieren und das Land in die Anarchie zu führen" *(New York Times,* 14. Juli).

Die Studentendemonstrationen fielen mit einer weitverbreiteten allgemeinen Opposition gegen die Theokratie zusammen. Viele Studenten wollen, daß die alles durchdringende Moral-Polizei aus ihrem Leben verschwindet, und fordern, daß die drakonische Einschränkung der sexuellen Freiheit und der Meinungsfreiheit aufgehoben wird. Nachdem die islamische Hierarchie auf einer Protestwelle gegen den verhaßten Schah 1979 an die Macht gekommen war, hat die Hierarchie ein genauso tyrannisches Regime errichtet, das Arbeiter und Linke blutig unterdrückt, Frauen mit dem erstickenden Tschador, der von Kopf bis Fuß reicht, versklavt und die mörderische Unterwerfung der Kurden, Araber und der anderen nationalen und religiösen Minderheiten fortsetzt.

Die jetzige Generation von iranischen Jugendlichen - ganze zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre - hat die Umwälzung von 1979 nicht selbst erlebt. Die Studentendemonstrationen brachten ein weitreichendes Verständnis zum Ausdruck, daß für das Regime der Ajatollahs der Anfang vom Ende gekommen ist. Wenn auch das mächtige iranische Proletariat während der Studentendemonstrationen im Sommer sein soziales Gewicht nicht in den Kampf geworfen hat, so gab es doch in den letzten Jahren unzählige Streiks gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und die Nichtzahlung von Löhnen. Die strategisch machtvollen Ölarbeiter sind im letzten Jahrzehnt wiederholt in Streik getreten. Zu den jüngsten Arbeiteraktionen, über die auf der Website der Fedajin (Minderheit) berichtet wurde, gehörte ein Streik der Mobarakeh-Stahlarbeiter am 1. Mai.

Die sich entfaltende Krise im Iran schreit nach einer revolutionären Avantgardepartei, die das Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten in eine sozialistische Revolution führt, um das theokratische Regime und die kapitalistische Klassenherrschaft hinwegzufegen. Diese Partei muß gestählt sein durch die Lehren der blutigen Niederlage von 1979 - Lehren, die die heutigen Linken sich weigern zu ziehen. 1979 arbeitete die iranische Linke daran - zentral die stalinistische Tudeh-Partei, die eine breite proletarische Basis hatte -, die Arbeiterklasse, deren Streiks und Proteste wesentlich zum Sturz der Schah-Monarchie beitrugen, der reaktionären klerikalen Bewegung unter Ajatollah Chomeini unterzuordnen. Was notwendig war, war die unabhängige Mobilisierung des Proletariats in einem Kampf für seine eigene Staatsmacht. So forderte der Vorläufer der Internationalen Kommunistischen Liga, die internationale Spartacist-Tendenz: „Nieder mit dem Schah! Keine Unterstützung für die Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!"

Die Pseudolinke, die die Lüge der Bourgeoisie vom „Tod des Kommunismus" voll übernommen hat, ist heute weltweit nicht großartig von Durchschnittsliberalen zu unterscheiden. Nachdem die Tudeh-Partei 1978/79 hinter Chomeini hergelaufen war und jubelte, als dessen Regime andere Linke in die Gefängnisse abschleppte, bejubelt die Tudeh-Partei jetzt in einer Erklärung vom 10. Juli die Forderung von iranischen Studentenführern, daß „die Regierung von Chatami ihr Versprechen nach Demokratie halten soll". Protestdemonstrationen im Westen, wo linke Exil-Iraner, Liberale und Nationalisten zusammen auf die Straße gingen, waren genauso beschränkt auf Appelle für (bürgerliche) Demokratie. Sogar Anhänger der früheren Monarchie wurden bei diesen „Demokratie"-Kundgebungen willkommen geheißen!

So schloß ein Protest am 18. Juli in Hamburg am Anfang ein Kontingent von Monarchisten ein. Die Spartakist-Arbeiterpartei brandmarkte die Anwesenheit von Schah-Anhängern und argumentierte mit den Organisatoren des Protests, daß diese vertrieben werden müssen - aber vergeblich. Erst als die Monarchisten selber entschieden, mitten in der Demonstration abzuhauen, und nachdem ein SpAD-Sprecher vom Mikro aus unser revolutionäres Programm für den Iran einbrachte, tauchten bei der Protestkundgebung plötzlich auch persische Flugblätter mit Hammer und Sichel aus der Versenkung auf. Heute verbünden sich iranische Linke mit Monarchisten gegen die Mullahs; vor 20 Jahren verbündeten sie sich mit den Mullahs gegen die Monarchie. Der Verrat der Pseudolinken hat 1979 zur Unterdrückung der Arbeiter, Minderheiten und Frauen geführt, und genau diese Niederlagenpolitik setzen sie heute fort.

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Artikels aus *Workers Vanguard* Nr. 708 (5. März 1999) ab, der Zeitung der Spartacist League/U.S.

In dieses Jahr, am 11. Februar, fiel der 20. Jahrestag der reaktionären Herrschaft der Ajatollahs im Iran. Vor 20

Jahren führten die Ajatollahs eine Welle von Massenprotesten zum Sturz des verhaßten autokratischen Herrschers des Landes, Schah Mohammed Resa Pahlewi, und leiteten unter Ajatollah Ruhollah Chomeini eine reaktionäre Theokratie ein. Seitdem leiden die iranischen Arbeiter und Bauern, Frauen, die unterdrückten Nationalitäten und religiösen und ethnischen Minderheiten unter der tyrannischen Herrschaft der turbantragenden Ulema (dem Klerus), die ihre Vorherrschaft durch nackten Staatsterror, einen verwüstenden Krieg und die erstickenden Verbote des Koran aufrechterhalten hat.

Genau wie heute war der Iran in den Jahren 1978/79 ein Beispiel für die marxistische Theorie der kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung. Neben einem beträchtlichen, kämpferischen und strategisch bedeutenden Industrieproletariat gab es Tausende von Dörfern unter dem bestimmenden Einfluß der schiitischen klerikalen Kaste. Der Iran war ein chauvinistisches „Völkergefängnis", das seine nichtpersischen Bevölkerungsteile unterdrückte, die die Mehrheit im Lande ausmachten. Am untersten Ende der sozialen Hierarchie standen die Millionen von schrecklich unterdrückten Frauen auf dem Land. Alle Flügel der iranischen herrschenden Klasse waren abhängig von einem wechselnden Spektrum imperialistischer Kreise und sichtlich unfähig, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen, die im Westen schon lange erreicht wurden.

In dieser Hinsicht ähnelt der Iran dem zaristischen Reich am Vorabend der Russischen Revolution von 1917. Aber es fehlte eine revolutionäre Führung wie die russischen Bolschewiki, die im Kampf dafür, die Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht zu führen, als Volkstribun aller Unterdrückten handelten. Statt dessen wurde die Unzufriedenheit der unterschiedlichsten Kreise über die blutige Herrschaft des von den USA unterstützten Schah-Regimes in die Unterstützung für eine reaktionäre klerikale Bewegung kanalisiert, die Chomeini an die Macht brachte. Dieser Ausgang war eine bittere Niederlage für das Proletariat.

Die sogenannte „islamische Revolution" von 1979 stellte eine *negative Bestätigung* der Theorie der permanenten Revolution des bolschewistischen Führers Leo Trotzki dar. In rückständigen Ländern wie dem Iran, wo die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch die imperialistische Versklavung gehemmt wurde, stehen die historischen Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Westeuropa und Nordamerika immer noch auf der Tagesordnung: Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit und Integration, soziale und wirtschaftliche Modernisierung. Daraus ziehen viele selbsternannte Linke die vollkommen falsche Schlußfolgerung, daß es eine „Revolution in Etappen" geben müsse, wobei die erste Etappe von den „progressiven" oder „antiimperialistischen" Elementen der Bourgeoisie angeführt würde und auf eine „demokratische" kapitalistische Herrschaft beschränkt bleiben müsse. Durch die Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie wird die sozialistische Revolution auf unbestimmte Zeit verschoben. Aber alle Flügel der Bourgeoisie in solchen Ländern sind zu rückständig und zu abhängig vom Imperialismus, um irgendeine fortschrittliche Rolle zu spielen.

Wie Trotzki hervorgehoben hat, ist nur das Proletariat an der Spitze der Bauern und der städtischen plebejischen Massen in der Lage, die Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von den Ketten des reaktionären Traditionalismus und der imperialistischen Unterwerfung zu befreien. Mit der Eroberung der Staatsmacht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats werden die Arbeiter der rückständigen Länder gezwungen sein, sozialistische Maßnahmen wie die Enteignung der Produktionsmittel und den Aufbau einer Planwirtschaft einzuführen. Diese Revolutionen werden jedoch nur überleben und sich entwickeln können, wenn sie auf die fortgeschrittenen Staaten des Westens und auf Japan ausgeweitet werden.

1978/79 unterstützte die iranische Linke, vor allem die stalinistische Tudeh-Partei, im Namen der „antiimperialistischen" Revolution die von Chomeini geführten Kräfte des reaktionären Traditionalismus. Der reaktionäre Charakter der islamischen Opposition war von Anfang an offensichtlich, vor allem durch ihre Position zur Frauenfrage. Die Feindschaft der Mullahs gegenüber dem Schah-Regime war zu einem großen Teil angefacht worden durch ihren abgrundtiefen Haß auf die verwestlichten Ansichten und Verhaltensweisen einer dünnen Schicht von privilegierten iranischen Frauen. Die schiitische Hierarchie befürchtete, daß solche „befreiten" Ansichten zu den Bauernfrauen in den Dörfern und den Arbeiterinnen in den Städten durchsickern könnten, was den streng patriarchalischen Charakter der iranischen Gesellschaft in seinem Fundament unterminiert hätte.

Auch heute wieder unterminieren mächtige Kräfte den unterdrückerischen Traditionalismus der iranischen Gesellschaft und die Herrschaft ihrer klerikalen Wächter. In den letzten Jahren ist Iran von Arbeiterstreiks erschüttert worden und von Protesten von Frauen, die von ihrem sklavenähnlichen Status, symbolisiert durch den erstickenden Tschador (Schleier), genug haben. Jugendliche haben begonnen, sich offen der konservativen Moral der Moschee zu widersetzen, sie sehen sich Filme an oder lesen Bücher, die von den religiösen Zensoren als Beispiele westlicher „Dekadenz" verdammt werden.

Als Reaktion darauf hat das Regime eine Terrorkampagne in Gang gesetzt, da Teile des Regimes offensichtlich befürchten, daß selbst durch eine begrenzte Liberalisierung Kräfte in Bewegung gesetzt werden, die die Mullah-Herrschaft bedrohen könnten. Die Ermordung von oppositionellen Schriftstellern und Persönlichkeiten des politischen Lebens soll alle unruhigen Elemente einschüchtern, kritische Zeitungen und Zeitschriften werden immer wieder verboten.

Fortgesetzt auf Seite 12



Perry Kretz

Nach 55 Jahren: SPD/Grünen-geführter deutscher Imperialismus läßt Panzer wieder im Kampfeinsatz auf dem Balkan rollen

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 2

ein Fünftel der Bevölkerung des Balkans ermordeten. Die *Berliner Zeitung* (25. März) bemerkte: „Daß eine rot-grüne Regierung Einheiten der Bundeswehr zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik in einen Kriegseinsatz führt, erspart dem Land einen unproduktiven ideologischen und politischen Streit."

Es gab hörbare Proteste in der Arbeiterklasse gegen diesen Krieg, zum Beispiel am 1. Mai, als Gewerkschaftsführer, die die Regierung unterstützten, ausgebuht wurden. So geschah es auch dem „linken" IG-Medien-Chef Detlef Hensche in Berlin. Die Internationale Kommunistische Liga intervenierte am 1. Mai mit einer Erklärung: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!". Wir gaben der kapitalistischen Milosevic-Regierung keinerlei politische Unterstützung, aber wir sagten, daß die Unabhängigkeit des Kosovo während dieses Kriegs der Verteidigung Serbiens gegen imperialistische Angriffe untergeordnet war, und daß die UCK-„Freiheitskämpfer" nur als Handlanger und Bodentruppen der NATO agierten. Wie alle Sektionen der IKL beteiligten wir uns an der Spendenkampagne für jugoslawische Arbeiter, die die italienischen COBAS (Basiskomitees) bei Alfa Romeo organisiert hatten. Trotz tiefgehender politischer Differenzen mit den COBAS und auch mit der IG Medien und anderen Gewerkschaftern in Deutschland, die eine ähnliche Kampagne für Arbeiter in Kragujevac organisierten, beteiligten wir uns im Geist der Einheitsfront: getrennt marschieren, vereint schlagen. Die Kampagne gab Arbeitern die Möglichkeit, konkret gegen ihre „eigenen" imperialistischen Herrscher zu handeln in Verteidigung jugoslawischer Arbeiter.

Der Balkankrieg und die PDS

Die PDS, unterstützt von einem großen Teil der Pseudolinken, arbeitete Überstunden, um die Proteste gegen den Krieg zu kanalisieren und einzudämmen. Ihr Vorläufer an der Spitze des deformierten Arbeiterstaates DDR, die SED, war eine parasitäre herrschende stalinistische Kaste, die die politische Macht innehatte. Ihr Programm des „Sozialismus in einem (halben) Land" *war entgegengesetzt und feindlich* zu einer klassenkämpferischen Perspektive. Sie verbreiteten die Lüge eines „fortschrittlichen Flügels" des Imperialismus oder sogenannter „friedensliebender" kapitalistischer Länder, mit denen sie „koexistieren" könnten. So hatten sie schon immer ein Programm der Klassenkollaboration, und nachdem sie die Konterrevolution geführt und die DDR ausgeliefert hatten, waren sie von einer gewöhnlichen sozialdemokratischen Partei nicht mehr zu unterscheiden. Die PDS betonte immer und überall ihr Ziel - und bewies es in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern -, die SPD bei der Verwaltung des Kapitalismus zu unterstützen. Sie ist berüchtigt dafür, die „Debatte" mit Faschisten zu suchen und „Verständnis" für rassistische Parolen zu zeigen. Heike Werner, eine PDS-Kandidatin in Sachsen, gab kürzlich zu: „Dann und wann bereite ihr die Partei schlaflose Nächte -, wenn die eigenen Genossen gegen Ausländer oder Sozialhilfemißbrauch wettern'" *(Tagesspiegel,* 14. September).

Nun versuchte sich die PDS also als „Antikriegspartei" zu profilieren - mit nationalistischen Parolen gegen die amerikanisch dominierte NATO. Sie riefen nach einer „UNO-Friedenstruppe - ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten" *(junge Welt, 12.1* 13. Mai). *Sie forderten also das Eingreifen imperialistischer Truppen,* nur sollte dies durch die UNO geschehen, in der der deutsche Imperialismus größeres Gewicht und auch Rußland eine Stimme hat! Die PDS hatte auch die Rückkehr der OSZE-„Beobachter"in den Kosovo gefordert, deren Aktivitäten direkt vom deutschen Imperialismus dominiert werden. Dieser spielte eine Schlüsselrolle dabei, das allseitige nationalistische Blutbad auf dem Balkan zu entzünden, als er auf Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens drängte in seinem Kreuzzug, den früheren deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien durch kapitalistische Konterrevolution zu zerstören.

Die PDS ist keinesfalls „Opposition", sondern versucht nachdrücklich, ihre Verbindungen nach Osteuropa und zur früheren Sowjetunion an ihre neuen Herren, die deutsche Bourgeoisie, zu verhökern. Der außenpolitische Sprecher der PDS Gehrcke zog die deutsch-nationale Karte und warnte vor „irreparablefn] Schäden für Deutschland, wenn sich das Verhältnis zu Rußland infolge des Kosovokrieges derart verschlechtern würde" (PDS-Presseerklärung, 28. Mai). Dies entspricht der Perspektive eines Sektors der deutschen Bourgeoisie und ebenso des Lafontaine-Flügels der SPD nach stärkerem Antiamerikanismus und einem Bündnis mit dem kapitalistischen Rußland. Ziel davon ist, dem deutschen Imperialismus Zugang zum Atomarsenal Rußlands und zum Erdöl des Kaukasus und des Kaspischen Meers zu geben und dadurch Deutschland unabhängig vom US-Imperialismus zu machen. Gernot Erler, für Außenpolitik zuständiger Vize-Fraktionsvorsitzender der SPD, warf bereits vor dem Krieg Washington vor, „mit .zahlreichen Affronts' gegen Moskau gegen europäische Interessen zu verstoßen... Im Interesse Europas sei es, Moskau aktiv einzubeziehen, zum Beispiel in Kosovo" (Online-Texte *der Frankfurter Rundschau,* 29. Januar). Das passierte dann auch: es war Schröder, dem Tschernomyrdin Bericht erstattete über seine Verhandlungen mit Milosevic. So soll Deutschland in die Lage versetzt werden, eine globale Rolle zu spielen und international mit den USA zu konkurrieren. Diese interimperialistischen Rivalitäten werden zu einem dritten Weltkrieg führen, wenn die Arbeiterklasse nicht die Imperialisten stoppt, indem sie sie durch sozialistische Revolution stürzt.

Der größte Teil der Pseudolinken griff bereitwillig das heuchlerische Wehklagen der imperialistischen Kriegspropaganda um das „arme kleine Kosovo" auf, froh darüber, einen Grund für die Unterstützung ihrer eigenen Regierung zu finden. Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) behauptete,

sie stehe für eine „doppelte Verteidigung der Serben (gegen die NATO) und der Kosovaren (gegen Serbien)" („Der Kosova-Krieg und die Aufgaben der Revolutionäre", 16. Mai). Aber die wirkliche Linie der GAM war offene Unterstützung für den imperialistischen Krieg. Sie forderten: „Sieg dem albanischen Freiheitskampf!" und „Waffen für die Befreiungsbewegung im Kosovo!" *(Arbeitermacht*, April/Mai 1999). Die österreichische Schwesterorganisation der GAM griff sogar die Imperialisten dafür an, Serbien nicht effektiv genug zu bombardieren *(Arbeiterinnenstandpunkt,* März 1999). Und ihre britische Mutterorganisation Workers Power marschierte im Einklang mit Blairs Labour-Regierung, die von allen imperialistischen Mächten am kriegerischsten auftrat. Sie beteiligten sich am 10. April in London an einer Kundgebung für „Arbeiterhilfe für Kosovo", die durchsetzt war mit Losungen wie „Viel Glück, NATO" und „NATO -jetzt oder nie".

Die Unterstützung der GAM für die Kriegsziele ihrer eigenen Bourgeoisie hängt direkt mit ihrer Unterstützung der Schröder-Regierung bei den Bundestagswahlen 1998 zusammen und, noch grundlegender, mit ihrer Unterstützung für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und für Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion.

Die reformistische Gruppe Linksruck machte der PDS in Sachen Antiamerikanismus Konkurrenz: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt" (Broschüre „Perspektiven für Frieden auf dem Balkan", 1999). Sie sagten „NATO raus aus dem Balkan", aber nur mit dem Hinweis auf die „drückende Dominanz" der USA innerhalb der NATO *(Linksruck,* Mai 1999). Callinicos, ein führender Sprecher der Socialist Workers Party, britische Mutterorganisation von Linksruck, unterschrieb eine Erklärung, die *eine OSZE-Intervention im Kosovo forderte* als Alternative zur NATO: „Die NATO ist nicht der einzige und schon gar nicht der beste Angelpunkt für eine Übereinkunft. Man könnte die Elemente einer multinationalen Polizeitruppe (die besonders Serben und Albaner einschließt) in den Reinen der OSZE finden, um eine Übergangsregelung durchzusetzen" *(New Statesman,* 10. Mai). Linksruck forderte auch „Bildung und Arbeit statt Bomben auf Belgrad" in der Tradition von „Butter statt Kanonen", eine durch und durch reformistische, nationalistische Losung, die die Kapitalisten ermahnt, ihre Profite doch besser im „nationalen Interesse" einzusetzen. Aber die intensivierte Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land und die Bombardierung und Besetzung des Balkan sind nicht Ausdruck einer schlechten Politik, die geändert werden kann. Beides ist integraler Ausdruck des Imperialismus in seinem Drang, die Welt neu aufzuteilen. Der einzige Weg, den Imperialisten in den Arm zu fallen, ist es, dieses ganze verrottete System durch proletarische Revolution zu zerschlagen.

Heute hat die PDS - und die deutsche Bourgeoisie - ihre Ziele teilweise erreicht: Die Bombardierung ist beendet, imperialistische Truppen besetzen den verwüsteten Balkan, Hauptwährung im Kosovo ist die D-Mark. Kriegsminister Scharping tönt: „Bundeswehr muß noch Jahre auf dem Balkan bleiben" *(Süddeutsche Zeitung,* 4./5. September). Von dem Moment an, als imperialistische Truppen in den Kosovo einrollten, begann ein mörderischer Terror gegen die noch verbliebene Bevölkerung von Serben und Roma, ganze Familien wurden abgeschlachtet. Wir sagen: Nieder mit imperialistischer Besetzung des Kosovo! Bundeswehr, NATO, UNO, OSZE - Raus aus dem Balkan!

Von IKL-Sektionen und -Verteidigungsorganisationen auf das COBAS-Konto überwiesene Gelder für die Zastava-Kampagne

Gelder, die von der IKL und brüderlich verbundenen Organisationen gesammelt und von den COBAS in ihrer Quittung vom 9. September 1999 bestätigt wurden, nach Ländern aufgelistet.

Land	Verteidigungsgruppe/IKL-Sektion	US$ gesamt*
Australien	Partisan Defence Committee	834,49
Britannien	Partisan Defence Committee	2359,23
Deutschland	Komitee für soziale Verteidigung	1104,30
Frankreich	Comité de défense sociale	420,71
Irland	Partisan Defence Committee	404,77
Italien	Comitato di difesa sociale e proletaria	348,26
Japan	Partisan Defense Committee	520,86
Kanada	Partisan Defense Committee	756,25
Mexiko	Grupo Espartaquista	351,09
Polen	Platforma Spartakusowców	79,03
Südafrika	Spartacist South Africa	18,07
USA	Partisan Defense Committee	3534,40
Gesamtsumme		**$ 10731,46**

* Dies entspricht einer Gesamtsumme von 19690713 Lire (zum Umtauschkurs vom 9. September) oder DM 19889,61.

Zusätzlich zu dem oben angegebenen wurden am 7. September weitere US$ 686,30 aus New York vom Partisan Defense Committee überwiesen, die noch nicht auf dem COBAS-Konto angekommen sind.

Für Klassenkampf gegen rassistischen Staatsterror und gegen die Faschisten

Die Empörung in der Arbeiterklasse richtet sich gegen die Sozialkürzungen, die die Schwächsten in der Gesellschaft treffen: Frauen, Immigranten, alte Menschen. Die ÖTV-Bürokraten machten Überstunden bei dem Versuch, Proteste zu desorganisieren gegen Krankenhausschließungen in Berlin, die hauptsächlich geplant sind für Gebiete wie Kreuzberg, wo viele Immigranten leben. Trotzdem fanden Demonstrationen statt, was die Wut an der Basis widerspiegelt. ÖTV-Bürokraten übernehmen zusammen mit der SPD/CDU-Regierung in Berlin direkte Verantwortung für die Schließung von Krankenhäusern und Entlassungen *(Berliner Zeitung,* 16. September). In zahlreichen anderen Bereichen des privatisierten öffentlichen Sektors wechselten oberste Gewerkschaftsbürokraten, wie der ehemalige ÖTV-Vorsitzende Berlins, Lange, auf einen Chefsessel der Bewag, während der ehemalige Personalratsvorsitzende der BVG, Mehner, zum Personalchef der BVG aufstieg, um in Komplizenschaft mit der SPD Tausende Arbeiter zum Arbeitsamt zu schicken *(Berliner Zeitung,* 3. Februar 1998).

Niedriglohnsysteme florieren. Um ihre Basis zu beruhigen, appelliert die Gewerkschaftsführung an die SPD-geführte kapitalistische Regierung, gesetzliche Verbesserungen durchzuführen. Diese Appelle sollen Illusionen in diese Regierung säen und entwaffnen so die Arbeiterklasse. Im Gegensatz dazu zeigten die amerikanischen Teamsters [Transportarbeitergewerkschaft] bei UPS - die hauptsächlich in Teilzeitarbeit Knochenbrecherjobs für erbärmliche Löhne verrichten mußten - in ihrem Streik vor zwei Jahren, daß die Arbeiterklasse durch Klassenkampf gegen das Niedriglohnsystem vorgehen und Siege erringen kann. Wie unsere Genossen der Spartacist League/U.S. in einer Extraausgabe von *Workers Vanguard* zum UPS-Streik schrieben:

Fortgesetzt auf Seite 8

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 7

„Eine wirkliche Arbeiterpartei muß von dem Verständnis ausgehen, daß die Arbeiter nur dann für ihre Interessen kämpfen und alle Unterdrückten verteidigen können, wenn sie massenhaft zum Kampf mobilisieren."

Die Massenarbeitslosigkeit bietet einen Nährboden für Faschisten und ist ein zentrales Werkzeug der Bourgeoisie, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse niederzudrücken. Die Situation schreit nach einer wirklichen Kampagne zur Organisierung der Unorganisierten, besonders der „illegalen" Arbeiter, ausländischer Arbeiter, Immigranten und Frauen, um Rassismus und Nationalismus zu durchschneiden. Kein klassenkollaborationistisches „Bündnis für Arbeit", sondern Klassenkampf für volle Gewerkschaftslöhne, Sozialleistungen und Absicherungen für alle! Weg mit den Niedriglohnsystemen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen Arbeitslosigkeit: Kampf für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich! Auch nur das grundlegendste Recht auf Arbeit bei anständigem Lohn zu verwirklichen, bedeutet, das kapitalistische Profitsystem direkt herauszufordern. Im Übergangsprogramm von 1938 - einem System von Forderungen, das die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter mit dem Kampf für die proletarische Staatsmacht verbindet - hielt Trotzki fest:

> „Es handelt sich darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Untergang zu bewahren. Es geht um Leben oder Tod der einzigen schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, die sich unvermeidlich aus dem durch ihn geschaffenen Elend ergeben, dann soll er zugrunde gehen."

Einer der ersten Akte der SPD/Grünen-Regierung war ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz, das den einzigen Zweck verfolgte, Immigranten zu bespitzeln und zu „sortieren": einige wenige erhielten die jederzeit widerrufbare doppelte Staatsbürgerschaft, die anderen wurden praktisch zur Abschiebung vorgemerkt (siehe „SPD-Staatsbürgerschaftsgesetz ist rassistischer Angriff auf die Arbeiterklasse", *Spartakist* Nr. 135, Frühjahr 1999). Der „linke" SPDler Lafontaine - übrigens einer der „Vordenker" der „Flexibilisierung der Arbeit" im Interesse der Bosse - war bei der Verabschiedung dieses Gesetzes noch Mitglied der Regierung. Dabei konnte er seine eigenen Erfahrungen einbringen: Als langjähriger Ministerpräsident im Saarland war er verantwortlich für eine Welle von Abschiebungen und für rassistische Maßnahmen gegen Roma. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Für gewerkschaftliche Mobilisierungen gegen Abschiebungen!

Offener rassistischer Staatsterror dient dem Zweck, die multiethnische Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern, von der Mißhandlung und Ermordung Asylsuchender bei der Abschiebung über die Kampagne gegen Kurden nach der Verhaftung Öcalans bis zu rassistischen Willkürmaßnahmen wie dem Unterrichtsverbot gegen Lehrerinnen muslimischen Glaubens, die ein Kopftuch tragen - zuletzt durchgesetzt von der SPD-Kultusministerin Niedersachsens. Und Schröder schwor kurz nach seinem Amtsantritt, die Interessen der deutschen Industrie und des Staates gegen die Ansprüche der wenigen überlebenden Zwangsarbeiter der Konzentrations- und Todeslager der Nazis zu verteidigen. Safwan Eid, Opfer eines Nazi-Brandanschlags, bei dem vor drei Jahren in Lübeck zehn Menschen starben, steht zum zweiten Mal als Angeklagter vor Gericht, während die Nazis, die in der Nähe des Verbrechens mit Brandspuren aufgegriffen wurden, frei herumlaufen. Gegenwärtig finden Prozesse statt gegen Kurden, die das Massaker vor dem israelischen Konsulat in Berlin überlebten, als vier Kurden kaltblütig von Sicherheitsbeamten ermordet wurden. Die Arbeiterbewegung muß dafür kämpfen, daß alle Anklagen niedergeschlagen und alle verhafteten Kurden sofort freigelassen werden. Weg mit dem Verbot der PKK und der anderen kurdischen Organisationen!

Der „legale" Staatsterror ermutigt den Terror der Nazibanden auf der Straße. Fast jeden Tag gibt es mörderische Überfälle auf Immigranten; regelmäßig finden Naziaufmärsche statt, geschützt von Bullen. Appelle an die SPD, etwas gegen die Nazis zu unternehmen, sind ebenso impotent wie selbstmörderisch: die SPD *regiert* den Staat der Bourgeoisie, die die Faschisten als Schläger gegen die Arbeiterbewegung in Reserve hält, und wird ihre Bullen immer gegen die Linken hetzen.

Wir treten ein für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen! Die einzige Kraft, die Schluß machen kann mit dem faschistischen Terror und mit dem kapitalistischen System, das Faschismus, Krieg und Elend hervorbringt, ist die Arbeiterklasse. Die eingewanderten Arbeiter, durch ihre Herkunft und ihre tagtäglichen Erfahrungen mit der rassistischen Regierungspolitik im allgemeinen weniger empfänglich für sozialdemokratische Lügen, werden in diesem Kampf eine Schlüsselrolle spielen. Deutsche und immigrierte Arbeiter werden nur gemeinsam vorwärtsgehen - oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Um die Macht der multiethnischen Arbeiterklasse zu mobilisieren, ist eine revolutionäre Partei nötig, die kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse trägt.

SPD, Gewerkschaften und revolutionäre Führung

Vor dem Politischen Forum der IG Metall sagte der Politikwissenschaftler Bodo Zeuner: „Der Qualitätssprung von 1959 [Godesberger Programm, wo die SPD sich das Etikett „Volkspartei" anstelle von „Arbeiterpartei" gab] bedeutete die Abwendung der SPD von der Tradition des Marxismus. Der Qualitätssprung von 1999 besteht, wenn mich nicht alles täuscht, in der Abwendung der SPD von der Tradition der Arbeiterbewegung überhaupt" *(Frankfurter Rundschau,* 17. Juni).

Aber der Qualitätssprung fand *1914* statt, als die SPD die Arbeiterklasse auf die Schlachtbank des imperialistischen Kriegs schickte. In Lenins Worten wurden die SPD-Führer zu „Arbeiterkommis des Kapitals", Rosa Luxemburg sprach scharf über den „stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie". 1918/19 schlug die SPD zusammen mit den faschistischen Freikorps die deutsche Revolution nieder und ermordete die Führung der jungen Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. In den darauffolgenden Jahren schickten sie Freikorps und Wehrmacht los, um die Arbeiterklasse zu terrorisieren und blutig niederzuhalten.

1923, als nach der französischen Besetzung der Ruhr eine außergewöhnliche revolutionäre Situation entstand, existierten kapitalistische SPD-Regierungen in Thüringen und Sachsen. Die damals revolutionäre KPD hegte Illusionen, den „linken" Teil der SPD in Richtung Revolution drängen zu können und trat sogar in diese Regierungen ein. Dieser grundlegende Fehler war der Hauptgrund, warum die KPD den Aufstand nicht organisierte, die revolutionäre Gelegenheit vorüberziehen ließ, obwohl die Mehrheit des deutschen Proletariats auf die KPD sah und darauf wartete, daß sie handelte.

Die nächste scharfe Krise, die nach einer revolutionären Lösung schrie, kam in den späten 20er und frühen 30er Jahren. In „Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland - der Schlüssel zur internationalen Lage" erklärte Trotzki die Gründe für das Wachstum der Faschisten und beleuchtete die Verantwortung der stalinistischen KPD-Führung, die

nicht darum kämpfte, die Arbeiter von der SPD zu brechen:

„Der Faschismus ist ein Produkt zweier Faktoren: der scharfen sozialen Krise und der revolutionären Schwäche des deutschen Proletariats. Die Schwäche des Proletariats setzt sich ihrerseits aus zwei Elementen zusammen: aus der besonderen historischen Rolle der Sozialdemokratie, dieser allmächtigen kapitalistischen Agentur in den Reihen des Proletariats, und aus der Unfähigkeit der zentristischen Leitung der Kommunistischen Partei, die Arbeiter unter dem Banner der Revolution zu vereinigen." *(Schriften über Deutschland,* Bd. 1)

Nach der Katastrophe 1933, der kampflosen Kapitulation der KPD vor Hitler, rief Trotzki zum Aufbau einer neuen bolschewistischen Partei in Deutschland und - nachdem sich keine Stimme des Protests in der Komintern erhoben hatte - für den Aufbau der Vierten Internationale auf.

Zeuner wirft in dem oben genannten Artikel die Frage auf, ob jetzt nicht die Gewerkschaften eigenständig, „ohne die Verbindung mit einer bestimmten Partei", die „politische Tradition der Arbeiterbewegung" vertreten könnten. Nun, die „politische Tradition", von der Zeuner spricht, ist die der SPD und der Klassenkollaboration, und folgerichtig fordert er die Gewerkschaften auf, das „Bündnis für Arbeit" als Spielwiese der Eigenständigkeit zu nutzen. Lenin schrieb über die materielle Basis dieser Politik - die Gewerkschaftsbürokraten, die Arbeiteraristokratie, eine privilegierte Schicht, die von den Krümeln bezahlt wird, die vom Tisch der Kapitalisten abfallen. Innerhalb der SPD vor 1914 war es gerade die Gewerkschaftsbürokratie und auch ein Teil der Parlamentarier, die den rechten Flügel der Partei ausmachten.

Wir stehen in der *revolutionären* Tradition der Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß die Gewerkschaftsbürokratie über tausend klebrige Fäden mit SPD/PDS und dem bürgerlichen Staat innigst verbunden ist. Der IG-Bau-Boß Wiesehügel, Herr Niedriglohn höchstpersönlich, drängte darauf, daß Bullen und Hilfsbullen Baustellen überwachen sollen, um „illegale" Arbeiter zu jagen. Durch diese Hetze gegen Arbeiter aus anderen Ländern drängt er rückständige Teile seiner Basis den Faschisten in die Arme. Wiesehügel gilt als „linker" SPDler.

Die Gewerkschaftsführung hätschelt auch in ihren Reihen die „Gewerkschaft" der Polizei - die bewaffneten Organe der Kapitalisten, die professionellen Streikbrecher und Schläger. Wir sagen: Polizisten sind keine „Kollegen" und kein Teil der Arbeiterbewegung! Polizei raus aus dem DGB!

Als HBV-Mitglieder (zu 70 Prozent Frauen) in kämpferischen Demonstrationen gegen die rapide Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf die Straße gingen, kanalisierten die HBV-Bürokraten dies in eine Kampagne zur Aufrechterhaltung des reaktionären Ladenschlußgesetzes. Sie forderten die Bullen auf, das Gesetz durchzusetzen - ein Kreuzzug gemeinsam mit dem Papst für bürgerliche Moral, „Familienwerte" und die Heiligkeit des Sonntags. Das Ladenschlußgesetz ist ebenso wie zum Beispiel die „licensing hours" in Britannien (die Zeiten, in denen Alkohol ausgeschenkt werden darf) ein Versuch der Bourgeoisie, ihre ideologischen Werte und ihre Kontrolle der Gesellschaft aufzuzwingen - selbst wenn das vielleicht ein wenig an ihrem Profit knabbert. Wir sind für die Abschaffung dieses Gesetzes, das die Zwangsjacke der bürgerlichen Familie, die doppelte Unterdrückung der Frauen, noch verschärft, die heute meist die Hauptlast der Hausarbeit erledigen und dabei auch noch zeitlich reglementiert werden sollen. Dieses Gesetz hat nichts mit „Schutz" der Arbeiter zu tun - aber alles mit dem Versuch der Gewerkschaftsbürokratie, ihre Mitgliedschaft von einem organisierten Kampf gegen die Kapitalisten abzuhalten.

Trotzki stellte fest:

„Er [der Kapitalismus] verlangt von der reformistischen Bürokratie und der Arbeiteraristokratie, welche die

Fortgesetzt auf Seite 10

Korrektur:

In unserer Polemik „Ihre Tarnung: ‚NATO raus!', ihre Botschaft: Krieg unter EU-Kontrolle" *(Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999) schrieben wir, „daß der Ruf des RSB [Revolutionär Sozialistischer Bund] nach UN-Truppen, um die Kosovaren zu ‚schützen', und seine Losung ‚Weder NATO noch Milosevic!' eine Variante der Unterstützung des deutschen Imperialismus ist." Wir korrigieren: Es war nicht der RSB, sondern seine französische Schwesterpartei, die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), Flaggschiff des „Vereinigten Sekretariats" (VS), die am 8. April in ihrer Zeitung *Rouge* eine „multinationale Truppe unter UN-Kontrolle", die einen imperialistischen „Vertrag" mit Serbien überwachen solle, forderte. Schon am 31. März forderten Führer der LCR mit anderen: „Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine multinationale Polizeieinheit (vor allem zusammengesetzt aus Serben und Albanern) herstellen können, um ein Übergangsabkommen umzusetzen." Diesen Auf ruf druckte der RSB prominent in seiner eigenen Zeitung ab *(Avanti,* Mai 1999).

Der Balkankrieg bot ein Beispiel, wie die VS-Sektionen ihren jeweiligen Sozialdemokratien hinterherliefen und so die Kriegspolitik ihrer „eigenen" Bourgeoisien unterstützten. Jahrzehnte schon kriecht die LCR der sozialdemokratischen KPF hinterher. Jetzt sitzt die KPF in der imperialistischen Regierung Frankreichs, die brutale Angriffe gegen die Arbeiterklasse und rassistischen Staatsterror gegen Immigranten führt und gerade Bomben auf Serbien warf. Gleichzeitig prangern KPF und LCR die NATO-Bombardierungen und die führende Rolle der USA in der NATO an. Der Aufruf der LCR für OSZE- oder UN-Intervention auf dem Balkan ist eine sozialchauvinistische Unterstützung der französischen Bourgeoisie, die kein Interesse an einem US-dominierten Balkan hat.

Der RSB forderte zwar: „Sofortiger Rückzug aller deutschen und NATO-Truppen vom Balkan!" Aber das hat nichts mit revolutionärer Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun. Im Gegenteil, während die Bomben fielen, übernahm der RSB die heuchlerische Kriegspropaganda von Schröder & Co. über das „arme kleine Kosovo" und forderte: „Für das Selbstbestimmungsrecht der Albanerinnen bis hin zur Lostrennung!" (Erklärung des Politischen Sekretariats des RSB, undatiert, eingelegt in *Avanti,* April 1999). Aber für Revolutionäre war das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner während der Bombardierungen der militärischen Verteidigung Serbiens gegen die NATO untergeordnet!

Außerdem rief der RSB 1998 zur Wahl der sozialdemokratischen PDS auf. Die wiederum forderte während des Krieges die Rückkehr der 2000 OSZE-„Beobachter" und eine „UNO-Friedenstruppe - ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten" *(junge Welt,* 12./13. Mai). Die PDS im Klartext: US-geführte NATO raus; UNO und vom deutschen Imperialismus dominierte OSZE rein.

Die Internationale Kommunistische Liga intervenierte weltweit: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - Verteidigt Serbien!" Zentristische Gruppen wie der RSB sind Barrieren dagegen, der Arbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein zu bringen. Teil des Kampfes der IKL, Trotzkis Vierte Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, ist es, diese Barrieren durch politischen Kampf aus dem Weg zu räumen.«

Klassenkampf...

Fortsetzung von Seite 9

Brosamen von seiner Festtafel auflesen, daß sie sich beide vor den Augen der Arbeiterklasse in seine politische Polizei verwandeln... Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden." („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niederganges", August 1940)

1989/90: Für ein Rotes Rätedeutschland!

Die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 gegen die stalinistische bürokratische Kaste zeigte die potentielle Macht der Arbeiterklasse. Unsere internationale Partei intervenierte als revolutionäre Führung gegen die Konterrevolution, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten, für ein Rotes Rätedeutschland. Unser Programm faßte mit rasender Geschwindigkeit Fuß und wurde begierig aufgegriffen von Arbeitern, die nach einer sozialistischen revolutionären Perspektive suchten. Im Januar 1990 initiierten wir eine Einheitsfront gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, die von der SED-PDS unter dem Druck ihrer Basis in den Betrieben aufgegriffen wurde. Eine Viertelmillion Menschen kamen zu einer proletarischen, prosowjetischen internationalistischen Kundgebung, auf der sich die entgegengesetzten Programme des Stalinismus und des Trotzkismus klar darstellten. Von der Rednertribüne aus riefen Spartakist-Sprecher zu Arbeiter- und Soldatenräten auf, prangerten die Ausverkaufspolitik der Stalinisten und das „Trojanische Pferd der Konterrevolution", die SPD, an. Nach Treptow, aufgeschreckt durch diese Demonstration proletarischer Macht, starteten die Bourgeoisie und ihr Lakai SPD einen gewaltigen Ansturm, um die Konterrevolution schnell durchzudrücken. Und die PDS, selbst tödlich erschrocken durch das Gespenst einer politischen Revolution der Arbeiter, die sie hinwegfegen würde, startete ihrerseits mit Modrows „Deutschland, einig Vaterland" eine Offensive *und führte die Konterrevolution.* Heute posieren diese Verräter als „Opposition" im Vierten Reich, das mit ihrer Hilfe zustandekam.

Die Pseudolinken, die russische Frage und die SPD-Regierung

Wir Trotzkisten kämpften für die Verteidigung und Ausweitung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse, verkörpert in den proletarischen Eigentumsformen der ehemaligen Arbeiterstaaten im Sowjetblock. Wir standen für die bedingungslose militärische Verteidigung der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Aggression und innere Konterrevolution. Wir kämpften für proletarisch-politische Revolution, die Mobilisierung der Arbeiter, um der stalinistischen Bürokratie die Macht zu entreißen. Dies ist eine dringende Aufgabe für Revolutionäre heute in den noch existierenden deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam, Kuba und Nordkorea. James P. Cannon, der Begründer des Trotzkismus in den USA, stellte fest: „Die russische Frage war und bleibt die Frage der Revolution." Der negative Beweis dafür sind praktisch alle anderen Gruppen der Linken, die sich immer wieder auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion stellten, die Konterrevolution in der DDR unterstützten und heute als Satelliten der SPD auf die eine oder andere Weise mit dem „Tod des Kommunismus" hausieren gehen.

Dies ist auch die Geschichte der GAM. Heute, wo die Arbeiter in der ganzen Welt den ungezügelten Triumph der Bourgeoisie über das Ende der Sowjetunion erleiden, bejubeln GAM/WP in einem Manifest „Eine neue Morgendämmerung für die Menschheit" *(Workers Power,* Oktober 1997) das Ende von „Jahrzehnten stalinistischer Diktatur" (siehe auch „Zentristen der Marke ,Tod des Kommunismus'", *Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998).

Die GAM liebt es, über „revolutionäres Programm" und eine „revolutionäre Partei" zu reden - das taten sie sogar, während sie die Kriegsziele ihrer „eigenen" Bourgeoisie unterstützten. Worauf aber wollen sie hinaus: „Wir sind bereit, mit den SPD- und PDS-Anhängern gemeinsam Druck auf ,ihre' Parteien auszuüben und gegen die Kapitalisten zu kämpfen." Sie beklagen „Lafontaines unrühmliche Kapitulation" und wenden sich bittend an die Regierung, genau wie alle Pseudolinken es tun: „Jetzt müssen die Versprechungen umgesetzt werden." Und dann kommt der Clou: Sie sind für die „Bildung von SPD/PDS-Regierungen ... Es sind bürgerliche Arbeiterparteien, bürgerliche Arbeiterregierungen, die sie bilden" („Ein revolutionäres Aktionsprogramm für die BRD", Broschüre, Juni 1999).

Mit einem Federstrich läßt die GAM hier Grundlagen des Marxismus verschwinden: Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft. Diese Regierung ist zwar eine Volksfront - ein Regierungsbündnis aus der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD und den bürgerlichen Grünen. Aber auch wenn SPD/PDS allein regieren würden, wären sie *Verwalter der Diktatur der Bourgeoisie.* Sie würden immer noch die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" organisieren und die anderen Institutionen, die Klassenherrschaft und Eigentum der Bourgeoisie beschützen. Wie Marx nach den Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 festhielt, kann „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen" (Vorwort von 1872 zur deutschen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests).* Die GAM versucht, den Arbeitern diese einfache Wahrheit zu verschweigen. Sie unterscheiden sich in überhaupt nichts von den anderen erbärmlichen „Linken", deren Weltsicht bei der Sozialdemokratie beginnt und endet.

Die Gruppe Linksruck, jahrelang in der SPD vergraben, geht heute damit hausieren, „eine neue, sozialistische Partei" aufzubauen - mit dem Ziel, den „Sieg vom 27. September 1998", die SPD-Regierung, zu verteidigen! Sie konstruieren eine *Klassenlinie* zwischen „Schröders CDU-Politik" und der SPD-„Linken" und nennen dies „Bürgerkrieg in der SPD". Sie tun dies, um die wirkliche Klassenlinie zwischen dem bürgerlichen Programm der SPD-Führung (einschließlich ihres hochgeschätzten Lafontaine) und der Arbeiterbasis zu vertuschen, um die Spaltung eben dieser Basis von der SPD zu verhindern. Sie entstellen die wirkliche Bedeutung von Bürgerkrieg - Klassenkrieg der Arbeiter gegen die Bourgeoisie -, was ihrem parlamentarischen Weltbild natürlich ein Greuel ist. Sie geben Lafontaine und Gysi gute Ratschläge: „Lafontaine wollte auf der Bühne des Parlamentarismus Politik gegen die Bosse machen. Sein Fehler war es, die Kraft, die so eine Politik hätte durchsetzen können, nicht zu mobilisieren.,. Strategisch tappt Gysi in die gleiche Falle wie Lafontaine." Diese „Fehler" will Linksruck jetzt ausbügeln und beschreibt im klassischen Jargon des Reformismus, wie die Arbeiterklasse dabei als Manövriermasse dienen soll: „Nur die Arbeiterklasse kann in der Krise Reformen erzwingen" *(Linksruck,* 17. August 1999).

Der ganze Zweck von Gruppen wie Linksruck ist es, Jugendliche und Arbeiter, die von der SPD angeekelt sind, im Bannkreis dieser rassistischen kapitalistischen Regierung zu halten, die nur zu einer „alternativen" Politik gedrängt wer-

den soll. Linksrucks Hauptaktivität ist dementsprechend die „Initiative Politikwechsel", mit der sie zum SPD-Parteitag im Dezember mobilisieren, um die SPD-„Linke" dazu zu drängen, Druck auf Schröder auszuüben.

Am 4. September fand in Frankfurt/Main ein Kongreß der „Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken" statt. Ursprünglich fand sich diese „Vernetzung" als PDS-dominierte Opposition gegen die DGB-Führung zusammen, die direkt die Bombardierung Serbiens unterstützte. Im Zentrum des Kongresses stand, wie man vom „Neoliberalismus" zurückkomme zu den alten verklärten Zeiten des „Sozialstaats" und der „konzertierten Aktion" - mit denen die Bourgeoisie in den Zeiten des Kalten Krieges die Arbeiter ruhigstellen wollte.

Mit aufgerufen hatten Vertreter des Revolutionär Sozialistischen Bunds (RSB) und der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), beides Ableger des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS) des verstorbenen Ernest Mandel. Die Position des RSB, daß die SPD eine bürgerliche Partei sei, dient nur als Rechtfertigung dafür, einen anderen Flügel der Sozialdemokratie zu unterstützen. Wenn sie nämlich vom „Aufbau einer politischen und organisatorischen Alternative, die mit der Logik des Kapitalismus bricht" sprechen, kommt die PDS ins Spiel, zu deren Wahl sie 1998 aufgerufen hatten. Wie für die PDS ist auch für den RSB die SPD/Grünen-Regierung der Dreh- und Angelpunkt, er will „Aktionseinheiten gegen die Regierungspolitik der .neuen Mitte' bilden" (in Frankfurt/Main verteiltes Flugblatt). Heute kritisiert der RSB zwar die „12 Fehler des Gregor Gysi", bescheinigt jedoch: „Noch hat die PDS eine sozialistische Perspektive" *(Avanti,* September 1999). Die rabiat chauvinistische PDS ist ganz sicher gut für eine Perspektive der offenen *Klassenkollaboration,* die diesen Kongreß wie ein Geschwür durchzog: Die Betriebsräte, von der Bourgeoisie gesetzlich installiert als Instrumente der Klassenkollaboration, um die Macht der Gewerkschaften zu *untergraben,* wurden als „gewerkschaftliche Gegenmacht" beschworen.

Sozusagen als Untermalung präsentierte die VSP - ihr langjähriger prominenter Unterstützer Jakob Moneta ist gleichzeitig PDS-Mitglied - in ihrer Zeitung unmittelbar vor dem Kongreß die spezifische Form, in der die deutsche Bourgeoisie Klassenzusammenarbeit propagiert: die „Kollektivschuld". „Auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse hatte der [Zweite Welt-] Krieg eine dreifache Hypothek geladen. Die Verbrechen des Faschismus hatten nicht nur millionenfache Mittäterschaft geschaffen, die deutschen Arbeiter hatten auch geduldet, daß Millionen sog. Fremdarbeiter unter sklavenähnlichen Bedingungen an ihrer Seite in den Fabriken arbeiten mussten. Schließlich brachten sie nicht einmal im Angesicht der totalen Niederlage einen Aufstand zustande" *(Sozialistische Zeitung, 2.* September). Das ist einfach ungeheuerlich. Grundlage und Vorbedingung für den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg war die *Zerschlagung* der Organisationen der Arbeiterklasse durch die Nazis. Zentral dafür, daß Hitler an die Macht kommen konnte, ohne einen Schuß abzufeuern, waren die *Irreführer* der Arbeiter - die KPD, die die SPD „sozialfaschistisch" nannte und die tödliche Gefahr des Faschismus herunterspielte, und die SPD, die in Trotzkis Worten „den Faschismus letzten Endes dem Kommunismus vorzieht". Jetzt macht die VSP *die Arbeiterklasse* für die Verbrechen des Faschismus verantwortlich und amnestiert die Bourgeoisie von Auschwitz. Sie tun dies, um die Rolle von SPD/PDS als Administratoren des heutigen Vierten Reichs zu rechtfertigen (siehe „Holocaust, .Kollektivschuld' und deutscher Imperialismus", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998).

Unsere Genossen intervenierten in Frankfurt für die Notwendigkeit der politisch *unabhängigen* Mobilisierung der Arbeiterklasse, den Sturz des Imperialismus und eine



Frankfurter Rundschau/Petra Welzel

Rassistischer Staatsterror gegen Kurden, Alltag im SPD/Grünen-regierten Deutschland

revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei. Die PDS hat die Konterrevolution geführt und damit die Basis gelegt, daß der deutsche Imperialismus die Zerstörung Jugoslawiens vorantreiben konnte, was zu den nationalistischen Massakern führte. Als unser Genösse anwesende „Linke" dafür angriff, auf dem Grab der DDR und der Sowjetunion getanzt und den Sieg der „Demokratie" gefeiert zu haben, traf dies genau einen Nerv, es gab lautstarke Unruhe und der Sitzungsleiter unterbrach uns wiederholt.

Es ist kein Zufall, daß auf diesem Kongreß fast keine Immigranten anwesend waren. Daß die Arbeiterbewegung aktiv Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus bekämpfen muß, die von SPD/PDS/Gewerkschaftsbürokratie im Interesse der Bourgeoisie in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, war überhaupt kein Thema. Statt dessen blühte nationalistischer Antiamerikanismus. Die Bandbreite reichte dabei von offen deutsch-nationalistischen Rednern wie Dieter Lutz, der forderte, Deutschland und Europa sollten nicht länger Vasallen der USA sein, bis zu Berthold Balzer, Landesvorsitzender der IG Medien Hessen, der ein „Europäisches Tribunal gegen den ,nicht erklärten Krieg' in Jugoslawien" ankündigte *(SoZ,* 16. September). Dies überschneidet sich direkt mit Lafontaines Positionen. Claus Noé, vor Lafontaines Rücktritt Staatssekretär im Finanzministerium, sprach in *der Zeit (2.* September) über „Lafontaines Versuch, den IWF aus der amerikanischen Vorherrschaft zu lösen ... Unter Lafontaine als Vorsitzendem sind die Sozialdemokraten so stark geworden wie nie zuvor. Sie besetzen alle wichtigen Positionen im Staat."

Genau diese „Positionen im Staat" sind für die Pseudolinken, die hoffen, den Kapitalismus irgendwie zu reformieren, zentral. *Unsere* strategische Aufgabe als Revolutionäre ist es, die Arbeiterbasis von der prokapitalistischen SPD/PDS-Führung zu spalten, zentral ist dabei der Kampf, die Gewerkschafts-Irreführer durch eine klassenkämpferische, revolutionäre Führung zu ersetzen. Die Arbeiterklasse muß von einer Klasse an sich - Objekt der kapitalistischen Ausbeutung - zu einer Klasse für sich werden, bewußt über die Notwendigkeit, die Herrschaft der Kapitalisten durch proletarische Revolution zu stürzen. Wie die Erfahrung der Russischen Revolution positiv und folgende Erfahrungen negativ bewiesen, wird dies nicht spontan geschehen, sondern nur durch die aktive Intervention einer revolutionären Avantgardepartei, die für nichts Geringeres kämpft als für die Diktatur des Proletariats. Diesem Kampf ist die Spartakist-Arbeiterpartei als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga verpflichtet. Wir kämpfen für neue Oktoberrevolutionen weltweit!«

The form – religion
The spirit – revolution

PROPAGANDISTS FOR the Shah would have us believe the upheaval in Iran is fundamentally religious, and a backlash against modernization. Ayatollah Khomeini and the others may dream of a return to a past Islamic republic, but their ideal state can never exist. Iran is firmly part of the 20th century. For better or worse, it has been transformed by western capitalism. There is no going back.

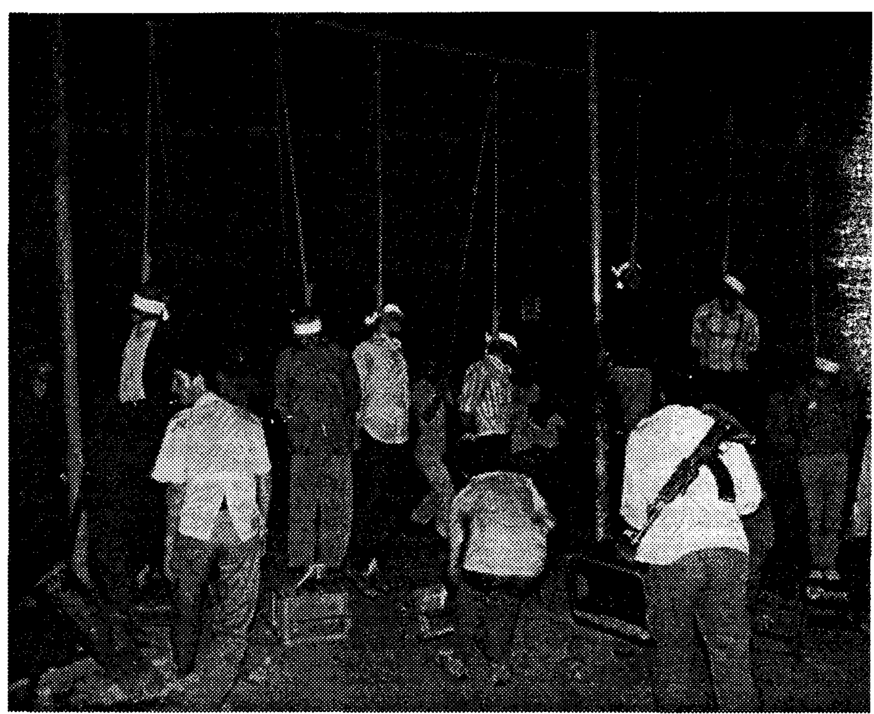
Khomeini has many reactionary views. He is an absolute anti-communist. But, for the time being Khomeini is a symbolic focus for a revolt which began in the mosques because it was the only place the people could organize their opposition without fear of the dreaded SAVAK.

Just as in the Russian revolution of 1905 in which the masses carried icons of their "beloved little father", the Tsar, the Iranian peoples' return to religion is a nostalgia for an era which although more primitive was also less brutal than the one they have lived in for the past twenty years.

But to believe the peo[ple of] Iran are fighting and dying i[n] hundreds and thousands o[nly to] let one reactionary leader [be re]placed by another is absurd [...] only force in Iran capable o[f solv]ing the problems facing the [mas]ses — urban poverty, the co[llapse] of agriculture and the anarc[hic in]dustrial development [...] working class.

Workers'Action, **Zeitung der kanadischen Cliff-Anhänger, Februar 1979**

Pseudosozialisten wie Cliffs Internationale Sozialistische Organisation (oben) feierten den „Sieg" von Chomeini sogar noch, als sein Regime Linke und Angehörige nationaler Minderheiten ermordete



Karim/Al Akhbar

Iran...

Fortsetzung von Seite 5

Angesichts der weitverbreiteten Staatsverdrossenheit in der Gesellschaft stellt sich erneut die Frage: Welchen Weg vorwärts für die iranischen Massen? Im Kampf für die Schmiedung einer revolutionären leninistisch-trotzkistischen Partei - die unverzichtbare Voraussetzung, um eine sozialistische Revolution zum Erfolg zu führen - ist es von großer Bedeutung, sich die Lehren der Ereignisse vor 20 Jahren anzueignen. Und wenn sich die iranischen Arbeiter und Linken mit der Vergangenheit auseinandersetzen, müssen sie erkennen, welche Bedeutung der Verrat eines ganzen Aufgebots von linken Organisationen im Iran und im Ausland hatte, die der klerikalen Bewegung in den stürmischen Tagen der „Iranischen Revolution" hinterhergelaufen sind.

Der Aufstieg der religiösen Reaktion

Weil sie genug hatten von der Diktatur des Schlächters Schah, stellten sich 1978 die iranischen Massen den Panzern und Elitetruppen des Monarchen entgegen, sie strömten zu zahllosen Demonstrationen auf die Straßen, ein Streik folgte dem anderen. Der Schah, seit 1941 an der Macht und vom US-Imperialismus bis an die Zähne unterstützt, war wegen seines riesigen staatlichen Repressionsapparates, zu dem auch die Geheimpolizei SAVAK gehörte, und wegen der ausufernden Korruption seines Hofes allseits verhaßt. In den letzten Jahren seiner Herrschaft lösten die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes und die Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung eine sich stark ausweitende Oppositionswelle aus. Indem die massive und mächtige religiöse Hierarchie unter Chomeinis Führung den tiefen Haß in der Bevölkerung ausnutzte, schuf sie eine Massenbewegung, die unterstützt wurde von den Händlern des Basar und zu einem großen Teil aus halbproletarischen Bewohnern der Elendsviertel bestand, die in die Städte gezogen waren, aber nie ihre Bindungen an die Moschee verloren hatten.

Die iranische Linke wiederum nutzte ihre Autorität dazu, das Proletariat an die Mullahs zu ketten, und sie trug dazu bei, eine Theokratie an die Macht zu hieven, die ihre Inspiration nicht aus dem zwanzigsten Jahrhundert bezieht, sondern aus dem siebten. In unnachgiebiger Gegnerschaft zu beiden reaktionären Alternativen - dem Pfauenthron des Schah *und* den theokratischen Mullahs - stellte die internationale Spartacist-Tendenz die Forderung auf: „Nieder mit dem Schah, keine Unterstützung für die Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!" Wir entlarvten die verräterische Rolle der iranischen Linken, besonders der Tudeh-Partei mit ihrer substantiellen proletarischen Basis, die Chomeinis Massenbewegung unterstützten und damit die Entstehung einer proletarischen Bedrohung für die Herrschaft des verhaßten Schah-Regimes verhinderten.

Die massive Protestwelle erreichte zwischen September 1978 und Januar 1979 ihren Höhepunkt. Am 4. September nahmen im ganzen Iran Millionen von Menschen an Demonstrationen teil, darunter eine halbe Million in der Hauptstadt Teheran. Angeführt von Mullahs, die Koran-Verse vorlasen, war der Charakter der Proteste eindeutig religiös. Vier Tage später eröffnete die kaiserliche Garde des Schah bei regierungsfeindlichen Protesten in Teheran das Feuer und tötete mindestens 1000 Demonstranten bei dem schlimmsten Massaker der letzten Jahrzehnte. Ohne sich von diesem Blutbad abschrecken zu lassen, setzte die Opposition ihre Demonstrationen fort, aus Teheran, Meschhed und anderen Städten wurden weitere Zusammenstöße berichtet. Wie tiefgehend die Auflehnung in der Bevölkerung war, zeigte sich in der offenen Verbrüderung der Demonstranten mit den hauptsächlich aus Wehrpflichtigen bestehenden Truppen des Schah.

In dieser Situation, als die Autorität des Regimes schwer angeschlagen war, begann das multinationale Proletariat des Irans in die Auseinandersetzungen einzugreifen. In den ersten beiden Oktoberwochen wurde der Iran von Streiks von Bankangestellten, von Ingenieuren der Ölindustrie und von Telefon- und Telegrafenarbeitern erschüttert. Lohnzugeständnisse konnten diese Welle von Arbeiteraktionen nicht eindämmen, die Arbeiter machten Schulen, Krankenhäuser, die nationale Fluggesellschaft und die Eisenbahnen dicht. Noch ernster wurde es für die Monarchie, als 30000 Arbeiter der Stahlwerke von Isfahan die Arbeit niederlegten. Die Streikwelle machte einen qualitativen Sprung, als in der südwestlichen Provinz Chusistan zehntausend Arbeiter die Arbeit niederlegten, von denen viele Araber waren, die von der persisch-chauvinistischen Monarchie unterdrückt wurden. Mittlerweile hatten die Streikenden damit begonnen, politische Forderungen gegen das Regime aufzustellen.

Jahrzehntelang hatten die Ölarbeiter zur Avantgarde der



Workers Vanguard

1978/79: Spartakist-Veranstaltungen steiften international Perspektive des revolutionären proletarischen Kampfes auf gegen die Gefahr der „Islamischen Republik", als das blutige Schah-Regime stürzte

Kommunistische Korrespondenz, **Vorläufer des *Spartakist,* Oktober 1978**

iranischen Klassenkämpfe gehört. 1946 streikten 100000 Ölarbeiter gegen die britischen Ölmonopole, und 1952 löste ein ausgedehnter Streik die Bewegung für die Verstaatlichung der Industrie aus. Immer wieder jedoch wurden die Arbeiter durch ihre historische Führung, die Tudeh-Partei, abgewürgt. 1946 brach Tudeh die Streiks der Ölarbeiter ab, im Gegenzug für drei Kabinettsposten. Während der turbulenten Ereignisse, die 1953 mit dem von den Mullahs geführten und von der CIA unterstützten Militärputsch gegen Premierminister Mohammed Mossadegh endeten, der die Anglo-iranische Ölgesellschaft verstaatlicht hatte, hätte die Tudeh-Partei die Macht ergreifen können, aber sie hielt statt dessen ihre proletarische Massenbasis zurück, weil sie hoffte, daß der Aristokrat Mossadegh eine „demokratische Revolution" durchführen würde.

Die darauf folgende brutale Unterdrückung und Demoralisierung der Arbeiterklasse schwächte die Tudeh-Partei bedeutend. In den 60er Jahren orientierte sich eine neue Generation von jungen linken Radikalen, so z. B. die Fedajin, an der Guerillastrategie, die von Mao Zedong und Che Guevara vertreten wurde. Obwohl ihre Aktionen heroisch " und aufopferungsvoll waren, isolierten sich diese jungen Linken sowohl durch ihr Etappenprogramm als auch durch ihre Strategie der Volksguerilla von den entscheidenden strategischen Sektoren der Arbeiterklasse.

In der ganzen Zeit, in der der Schah Tudeh-Mitglieder und andere linke Militante ins Gefängnis warf, folterte und umbrachte, gab es nicht den Hauch eines Protests von Seiten des schiitischen Klerus. Die islamische Opposition von Chomeini entstand als Reaktion auf die „weiße Revolution" von 1963, als der Schah damit begann, die wirtschaftliche Macht und die Besitztümer der Mullahs sowie ihre Kontrolle über Gesetze und Moralvorstellungen zu beschränken. Angesichts des Bankrotts der kläglich schwachen nationalen Bourgeoisie, der enorm reduzierten Autorität von Tudeh und der Isolation der linken Guérilleros entwickelte sich der schiitische Klerus zur einzig effektiven landesweiten Opposition.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der iranischen Linken, die Chomeini hinterherliefen, hielt sich dennoch 1978/79 ein Großteil des Proletariats anfänglich von den von den Mullahs geführten Protesten fern, während gleichzeitig Arbeiter mächtige Kämpfe durchführten wie z. B. die 37000

Fortgesetzt auf Seite 14



Iran...

Fortsetzung von Seite 13

Arbeiter, die die Ölraffinerien bestreikten und besetzten. Im Laufe der Zeit waren große Teile des iranischen Proletariats durch die Einflüsse des kapitalistischen Systems urbanisiert und säkularisiert worden und lehnten Chomeinis rückwärtsgewandtes reaktionäres Programm ab. Die religiöse Opposition ihrerseits stand der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse explizit feindselig gegenüber. Während einer der Streikwellen *öffneten* die Bazaaris in Teheran - die Händler, die die traditionelle Basis der Mullahs waren - den Hauptbasar der Stadt, den sie vorher, in Unterstützung für Mullah-geführte Proteste, geschlossen hatten. Mehr als die klerikal dominierten Demonstrationen waren es die wirkungsvollen Arbeiterstreiks, die den Schah in die Knie zwangen.

Von Tudeh zu den Fedajin ordnete die iranische Linke jedoch die Interessen des Proletariats den angeblich „antiimperialistischen" Mullahs unter. Im Gegensatz dazu erhoben wir das trotzkistische Banner der Arbeiterrevolution:

> „Die Streikkämpfe, die jetzt von den iranischen Arbeitern geführt werden, könnten die Basis für eine unabhängige Mobilisierung des Proletariats sein, um Anwärter auf die Macht gegen Chomeini zu sein statt nur Kanonenfutter für die Mullahs. In der imperialistischen Epoche können die demokratischen Aufgaben der Befreiung unterdrückter Nationalitäten, die Agrarrevolution und die Zerschlagung der imperialistischen Vorherrschaft nur unter der Führung des iranischen Proletariats durchgeführt werden. Aber damit diese dringenden demokratischen Aufgaben erfolgreich gelöst werden können, muß die Diktatur des Proletariats errichtet werden, anstatt die Arbeiterklasse in die kleinbürgerlichen Massen aufzulösen. Nur eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei kann das Proletariat für diese Perspektive gewinnen und zum Sieg führen." („Down with the Shah! Don't Bow to Khomeini!" [Nieder mit dem Schah! Kein Kotau vor Chomeini!], *Workers Vanguard* Nr. 221, 15. Dezember 1978)

Der Sieg der schiitischen Ulema wurde möglich durch ihre Allianz mit einem Teil des Offizierskorps des Schah. Obwohl Chomeini anfangs gegen den Staatsapparat des Schah vorging und ehemalige Folterknechte des SAVAK hinrichten ließ, begann er umgehend mit der Unterdrückung nichtpersischer Nationalitäten, ethnischer Minderheiten und der Frauen. Am Internationalen Frauentag, dem 8. März 1979, wurde eine Demonstration von mehreren Zehntausenden auseinandergetrieben, als Chomeinis islamische Ordnungshüter das Feuer eröffneten. Die Kräfte der „islamischen Revolution" fingen einen blutigen Krieg gegen die Kurden an, und im Mai töteten Regierungstruppen in Chorramschahr mehrere arabische Demonstranten, die für einen größeren Anteil ihrer Region an den Öleinnahmen, für die Anerkennung von Arabisch als halboffizieller Sprache und für lokale Autonomie kämpften.

Schon bald benutzten die Mullahs die faschistoiden Hisbollahs dazu, gegen linke Organisationen vorzugehen, während die neue Regierung Dutzende von Oppositionszeitungen schließen ließ. In den darauffolgenden Jahren hat dann das Regime die iranische Linke zerschlagen, indem unzählige Führer und Unterstützer hingerichtet wurden. 1982 waren 50 Hinrichtungen pro Tag normal geworden. Mittlerweile wüteten Chomeinis Pasdaran (islamische Revolutionswächter) - sie drangen in Wohnungen ein, führten Durchsuchungen und Verhaftungen durch -, während „Mobile Einheiten der Rache Gottes" auf den Straßen die islamischen Bekleidungsvorschriften erzwangen. Frauen, denen man Ehebruch vorwarf, wurden zu Tode gesteinigt. Und 1980 begann das iranische Regime seinen schmutzigen acht Jahre dauernden Grenzkrieg mit dem Irak, bei dem Hunderttausende von Soldaten in den Tod geschickt wurden.

Im allgemeinen schenkten westliche Liberale der Terrorherrschaft des islamischen fundamentalistischen Regimes im Iran nur wenig Aufmerksamkeit, ausgenommen als der bekannte Schriftsteller Salman Rushdie zur Zielscheibe wurde - ein nicht religiös gebundener Intellektueller aus einer indisch-muslimischen Familie, der in Britannien lebt. Als Rushdie 1989 die „Satanischen Verse" veröffentlichte, einen satirischen Roman über den Islam, erklärte Chomeini im iranischen Radio, daß Rushdie und „alle, die mit seiner Veröffentlichung zu tun hatten und sich ihres Inhalts bewußt waren, zum Tode verurteilt sind". Wenn das Mullah-Regime schon öffentlich drohte, einen weltberühmten Schriftsteller und seine Verleger in Europa und Nordamerika umzubringen, kann man sich vorstellen, welch totalitäre Gedankenkontrolle es den Menschen im Iran selber aufzwang.

Risse in der klerikalen Fassade

Nach zwei Jahrzehnten der klerikalen Herrschaft haben die iranischen Massen begonnen, sich gegen die nackte Staatsrepression aufzulehnen. Damit es endlich zu Veränderungen kommt, wählten sie 1997 einen neuen Präsidenten, Mohammed Chatami, den die bürgerlichen Medien durchgängig als einen „Reformer" hochstilisieren, der sich den Mullahs der alten Garde entgegenstellt. Nach der Wahl von Chatami konnte man wieder populäre Hollywoodfilme sehen, und das Ministerium für Kultur und islamische Lehren stellte die Vorzensur von Filmdrehbüchern ein. Dutzende von Büchern wurden wieder zugelassen. Von der amerikanischen Zeitschrift *Time* bis zum *Spiegel* hat die Weltpresse hervorgehoben, daß man jetzt in der Öffentlichkeit Frauen mit lackierten Fußnägeln sieht, und daß bei Jugendlichen Leonardo-DiCaprio-T-Shirts groß in Mode sind. Nach dem Alptraum von Chomeinis Terror sind solche Veränderungen ein Beleg für die Sehnsucht der Iraner, sich von der erstickenden Zwangsjacke der theokratischen Diktatur zu befreien.

Aber am wichtigsten sind die Arbeiterkämpfe der letzten Jahre. Im Dezember 1996 begann mit einem zweitägigen Streik der Ölarbeiter ein Kampf für grundlegende Gewerkschaftsrechte. Wenige Wochen später griffen die „Revolutionsgarden" des Regimes bei einer Demonstration vor dem Ölministerium in Teheran mehr als 2000 Ölarbeiter und ihre Unterstützer an und nahmen Hunderte fest; die Gewerkschaft wurde verboten (siehe „Support Iranian Oil Workers' Struggle!" [Unterstützt den Streik der iranischen Ölarbeiter!], *Workers Vanguard* Nr. 663, 7. März 1997). Schon in den Jahren 1990, 1991 und 1992 hatten die Ölarbeiter gestreikt. Als 1991 Zehntausende von Arbeitern die Arbeit niederlegten, war dies der erste industrieweite Streik in der Ölindustrie seit den Streiks 1978.

Angesichts einer Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation sowie aur Angst davor, daß der Druck, der sich an der Basis der Gesellschaft angesammelt hat, den Siedepunkt erreichen könnte, sahen sich die iranischen Herrscher gezwungen, schrittweise Konzessionen einzuräumen. Chatami, der als Ministerpräsident eingesetzt wurde, um die Situation zu entspannen, kann sich beträchtlicher Unterstützung von Jugendlichen und Frauen erfreuen, die gegen den Würgegriff des Klerus aufbegehren. Aber er ist selber ein ehemaliger Minister für Kultur und islamische Lehren, dessen religiöse Auffassungen vom Rat der Wächter überprüft wurden, einem Gremium von hohen religiösen Würdenträgern und Richtern, die vom obersten religiösen Führer Ajatollah Ali Chamenei ausgewählt wurden.

Chatami ist kein Freund der unterdrückten nationalen Minderheiten wie z. B. der Kurden, und er ist ein ausge-

sprochener Vertreter einer Wiederöffnung des Irans für die Durchdringung durch den US-Imperialismus. Seine Präsidentschaft fällt zusammen mit der wachsenden Überzeugung wichtiger Teile der amerikanischen Bourgeoisie, daß die Zeit gekommen sei, die Beziehungen zum Iran zu verbessern. Auch wenn Washington in den letzten Jahren gelegentlich Beziehungen zum Regime der Ajatollahs gehabt hat - zum Beispiel hat es sowohl den Iran als auch den Irak während des Grenzkriegs der 80er Jahre militärisch unterstützt, um zuerst die eine und dann die andere Seite auszufluten -, sind die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1979, als militante Islamisten die US-Botschaft in Teheran besetzten, im allgemeinen feindselig. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92, der zu zunehmenden interimperialistischen Rivalitäten und einem eskalierenden weltweiten Kampf ums Öl geführt hat, haben die USA jedoch schrittweise versucht, zu einer Wiederannäherung mit dem Iran zu kommen, um ihre Position in dieser strategischen Region zu verbessern. 1997 waren amerikanische Öl-Kreise darüber erbost, daß ein lukrativer Vertrag über iranisches Erdgas an ihre ausländische Konkurrenz ging.



Sipa

1985: Sümpfe bei Basra, Irak, mit Leichen übersät während des schmutzigen achtjährigen Grenzkriegs zwischen Iran und Irak

Chatami versucht, die Position des Iran zu verbessern, indem er die verschärften internationalen Gegensätze ausnutzt und stärkere Verbindungen mit den USA aufbaut.

Daß das Regime die Unterdrückung der Frauen unverfroren weiterführt, spricht Bände über diesen „Reformer". Der Hedschab (Kopftuch), in der Öffentlichkeit überall vorgeschrieben, ist von Chatamis Berater in Frauenfragen verteidigt worden als die „vornehmste nationale Bekleidung für die Frauen im Iran". Kosmetik ist verboten, genauso wie auffällige und glitzernde Accessoires, Schmuck, Stirnbänder und Halstücher. Selbst Brillen fallen unter diese Verbote! Zwar werden Frauen, die sich „unanständig" kleiden, nicht mehr wie früher mit 74 Peitschenhieben bestraft, doch sie können bis zu zwei Monate ins Gefängnis geworfen werden. Auf „sexuelles Fehlverhalten" steht weiterhin der Tod durch Steinigung. Frauen sind in 91 von 169 Studiengängen von der Hochschulausbildung ausgeschlossen und werden gezwungen, separate Vorlesungen zu besuchen. Sie sind Sklaven ihrer Ehemänner und Brüder. Laut dem *Z Magazine* (Oktober 1998) erklärte Chatami vor seiner Wahl:

> „Einer der schwersten Fehler des Westens war die Emanzipation der Frau, die zum Zerfall der Familien geführt hat. Zu Hause zu bleiben heißt nicht, ausgegrenzt zu sein. Hausfrau zu sein hindert eine Frau nicht daran, am Geschick ihres Volkes teilzuhaben. Man darf nicht in den Glauben verfallen, daß soziale Aktivität bedeutet, außerhalb des eigenen Heims zu arbeiten. Den Haushalt zu führen gehört zu den wichtigsten Arbeiten."

Chatamis islamische Theokratie ist nicht nur eine Hölle für Frauen, sie bleibt weiterhin ein Gefängnis mit standrechtlichen Erschießungen und Folter, wo Menschen spurlos verschwinden. Auch Chomeinis Terror gegen religiöse Minderheiten geht weiter: Im letzten September ging die Polizei mit umfangreichen Razzien und Verhaftungen gegen Mitglieder des Baha'i-Glaubens vor, eine religiöse Gruppe mit Verbindungen zu wohlhabenden Unternehmern, die von den Mullahs seit langem verfolgt wird, um die Wut von ihrer eigenen unterdrückerischen Herrschaft abzulenken. Und so wie Chomeini einen Grenzkrieg gegen den

Fortgesetzt auf Seite 16



Ledru/Sygma



Reuters

1980: Der US-Sicherheitsberater Brzezi ski am Khyber-Paß, während Washington die Mudschaheddin-Mörderjanden im Krieg gegen die sowjetische Armee bewaffnete. Heute verstärken die Taliban die islamische Herrschaft in Afghanistan durch barbarische „Bestrafungen"

Iran...

Fortsetzung von Seite 15

Irak geführt hat, hat Chatami im letzten Jahr die Säbel rasseln lassen, als er Hunderttausende von Soldaten mobilisierte, um das von den Taliban beherrschte Afghanistan zu bedrohen.

Unruhige junge Iraner haben es gewagt, gegen die Staatsmacht aufzubegehren. Als die iranische Fußballnationalmannschaft im November 1997 bei einem Länderspiel gegen Australien ein Unentschieden erreichte, feierten patriotische Fans ungestüm auf den Straßen. Wie die *Los Angeles Times* (23. Dezember 1997) berichtete:

„Tanzen in der Öffentlichkeit ist verboten, aber viele Menschen tanzten trotzdem, selbst auf den Dächern von Bussen. Männer und Frauen sollen in der Öffentlichkeit nichts gemeinsam machen, aber sie taten es. Einige Frauen warfen ihre Kopftücher weg und ließen ihre Haare frei fallen, was in den Augen der konservativen Herrscher des Landes gegen die Schicklichkeit verstößt. Und denjenigen, die den Gehorsam für das Regime erzwingen, den religiösen Schocktruppen, die man die Basij und die Komiteh nennt, schallte es entgegen, sie sollten verschwinden, als sie sich zu intervenieren trauten.

‚Sie versuchten, das Ganze zu stoppen, und haben einen Tritt in den Hintern gekriegt', erzählte ein aufgeregter Jugendlicher. Jeder schubste sie weg. Sie rannten fort und kamen in größerer Zahl zurück, aber sie konnten nichts machen!'"

Allen Berichten zufolge ist die klerikale Herrschaft angeschlagen und verwundbar geworden. Aber das vorherrschende politische Bewußtsein ist in hohem Maße widersprüchlich, und die unbeständige Situation bleibt unvorhersehbar. Wenn auch viele Jugendliche den Würgegriff der Mullahs verabscheuen, so hängen sie doch am Islam und haben gleichzeitig enorme Illusionen in die „Freiheit" und das „leichte Leben" im rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Auch wenn eine dünne Schicht von Frauen aus wohlhabenden und einflußreichen Familien zu ihrem Hedschab moderne westliche Kleidung tragen kann und einige wenige sogar Sitze im Madschlis (Parlament) haben, so gilt doch für die Masse der Frauen auf dem Land und für die Arbeiterinnen, daß sie genauso Sklavinnen der jahrhundertealten reaktionären Traditionen sind wie ihre Großmütter und Urgroßmütter.

Es wird keine grundlegende soziale Befreiung geben ohne eine Revolution, die die gesamte Machtstruktur der kapitalistischen und vorkapitalistischen sozialen Beziehungen zerschlägt. Eine marxistische Intervention in diese offene, sich im Fluß befindliche Situation würde versuchen, eine revolutionäre proletarische Opposition gegen die Mullah-Herrschaft herauszubilden, und würde gegen Illusionen ankämpfen, daß liberale Reformer, von Vertretern des Klerus wie Chatami gar nicht zu reden, die Sehnsucht der Massen befriedigen könnten, das Joch einer unterdrückerischen Diktatur abzuwerfen.

Pseudotrotzkisten dienten sich der islamischen Reaktion an

In den Jahren 1978/79 hätte eine Partei von marxistischen Revolutionären im Iran dafür gekämpft, die Vorherrschaft der Ajatollahs über die Massenbewegung zu brechen. Obwohl die internationale Spartacist-Tendenz im wesentlichen von außen in die Situation im Iran intervenierte, versuchten wir doch, auf propagandistische Weise eine revolutionäre proletarische Perspektive aufzuzeigen. In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 23 (Oktober 1978), Vorläufer des *Spartakist*, schrieben wir:

„Die Hunderttausenden, die jetzt hinter den Mullahs marschieren, sind keineswegs alle Moslem-Fundamentalisten. Viele von ihnen sind in erster Linie durch ihre Feindschaft gegen die wirklichen Verbrechen des Schah motiviert. Viele linke Arbeiter haben wahrscheinlich an dem teilgenommen, was für sie eine potentiell erfolgreiche Opposition gegen das verhaßte Regime ist. Die Massen jedoch, besonders die Arbeiter, die jetzt die Chomeinis und Schariat Madaris unterstützen, müssen und können von der gegenwärtigen reaktionären islamischen Offensive weggerissen und für eine *Sozialrevolutionäre* Opposition gegen den Schah gewonnen werden."

Im Gegensatz zu dieser Perspektive reihte sich praktisch die gesamte Linke weltweit im Lager des religiösen Obskurantismus ein. Die extrotzkistische Socialist Workers Party (SWP) in den USA bezeichnete Chomeinis „harte Opposition gegen den Schah und gegen die .Modernisierungen' des Schah" als „progressiv" *(Militant,* 17. November 1978). Progressiv? Chomeini war ein glühender Chauvinist, der lauthals einen Dschihad (Heiliger Krieg) gegen alle nichtpersischen Iraner forderte. Er konsolidierte seine Macht durch Massaker an den Kurden, dadurch, daß er die Frauen zwang, den erstickenden Tschador oder Hedschab zu tragen, und indem er seine Gefängnisse mit Homosexuellen, Linken und Gewerkschaftern füllte. Für die SWP wurde der Tschador sogar zu einem Symbol von „Befreiung". Im Gegensatz dazu haben wir Spartakisten immer gefordert: Nein zum Schleier! Die Reformisten der SWP treten immer noch als schamlose Lobbyisten für das reaktionäre iranische Regime auf - im letzten Jahr erschienen sie bei einer Buchmesse in Teheran und stimmten in Chatamis frauenfeindliche Tiraden gegen Make-up ein, indem sie einen Titel anpriesen: *Kosmetik, Mode und die Ausbeutung der Frauen* !

Ihre Verbündeten vor Ort, die iranische Sozialistische Arbeiterpartei (HKS), beteten die feige Kapitulation der SWP vor der religiösen Reaktion nach. Selbst nachdem Chomeini die Macht erobert hatte und damit begann, die Linke blutig zu unterdrücken, fuhr die HKS - selber ein Opfer des Mullahterrors - fort, die „Islamische Revolution" für sich zu reklamieren. Sie kandidierte sogar im August 1979 bei Wahlen für eine islamische „Versammlung der Experten", deren Aufgabe es war, Chomeinis Verfassung abzusegnen. Die HKS schrieb damals: „Diese Verfassung muß die Errungenschaften der Revolution verteidigen und sie ausweiten... Die neue Verfassung muß den Weg ebnen für die Errichtung einer solchen Regierung der unterdrückten Mehrheit" *(Kargar* [Arbeiter], 8. August 1979). In Wirklichkeit bestand der Zweck der Verfassung von Chomeini darin, die reaktionäre Herrschaft der Ulema zu institutionalisieren.

Ein Großteil der Linken rechtfertigte ihre Unterstützung für die Mullahs mit der Behauptung, die „Iranische Revolution" sei „antiimperialistisch", und warf uns Trotzkisten in verleumderischer Weise vor, proimperialistische Positionen einzunehmen, weil wir die Wahrheit über das unterdrückerische Mullah-Regime sagten und für Arbeiterrevolution eintraten. Weit entfernt von irgendwelchem Antiimperialismus, schloß sich Chomeini den USA an und unterstützte die blutrünstigen afghanischen Mudschaheddin bei ihrem Kreuzzug gegen den „gottlosen Kommunismus", nachdem die sowjetische Rote Armee Ende 1979 in den afghanischen Bürgerkrieg interveniert hatte.

Die SWP bejubelte Chomeini als einen „antiimperialistischen Führer", weil er ein Gegner des Schah war, der wiederum der langjährige Verbündete von Washington war. Ernest Mandel vom pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat (VS; in Deutschland Revolutionär Sozialistischer Bund), mit dem die SWP damals verbunden war, ging sogar noch weiter und bezeichnete Chomeinis Iran als „partielle bürgerliche Demokratie". Das VS ließ sich von

der Mullah-geführten „Massenbewegung" so mitreißen, daß einer ihrer Führer, Brian Grogan, sich damit brüstete, während einer Demonstration in Teheran „Allah akbar" [Gott ist groß] gerufen zu haben!

Die „Modernisierungen" des Schah bestanden aus hauchdünnen kosmetischen Reformen, die nur einer kleinen Schicht von äußerst Privilegierten zugute kamen. Plebejischer Haß auf diese Schicht trug zu trostverheißenden religiösen Stimmungen unter den Unterdrückten bei. Angesichts der religiösen Rückständigkeit betonten wir, daß „die soziale Macht der klerikalen Reaktion im heutigen Iran ein Ergebnis wirtschaftlicher Rückständigkeit ist, die dieser Region vom Imperialismus aufgezwungen wurde, und daß die Massen von den Ketten des religiösen Obskurantismus nur auf'den ökonomischen Grundlagen der proletarischen Revolution befreit werden können" (*Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 27/28, Winter 1979/80).

Sowohl die SWP als auch die Mandelianer wiesen in der Praxis das trotzkistische Verständnis zurück, daß in der imperialistischen Epoche nur die Arbeiterklasse, geführt von einer Avantgardepartei, revolutionäre Veränderungen bewirken kann. Die antitrotzkistische Tradition von Michel Pablo, dessen Programm Anfang der 50er Jahre Trotzkis Vierte Internationale zerstört hat, als er den Stalinisten und Sozialdemokraten hinterherlief, statt eine revolutionäre Partei aufzubauen, brachte das VS so weit, der „Islamischen Revolution" als Ersatz für eine proletarische Revolution hinterherzulaufen.

Cliff-Anhänger: „Sozialisten" des Propheten

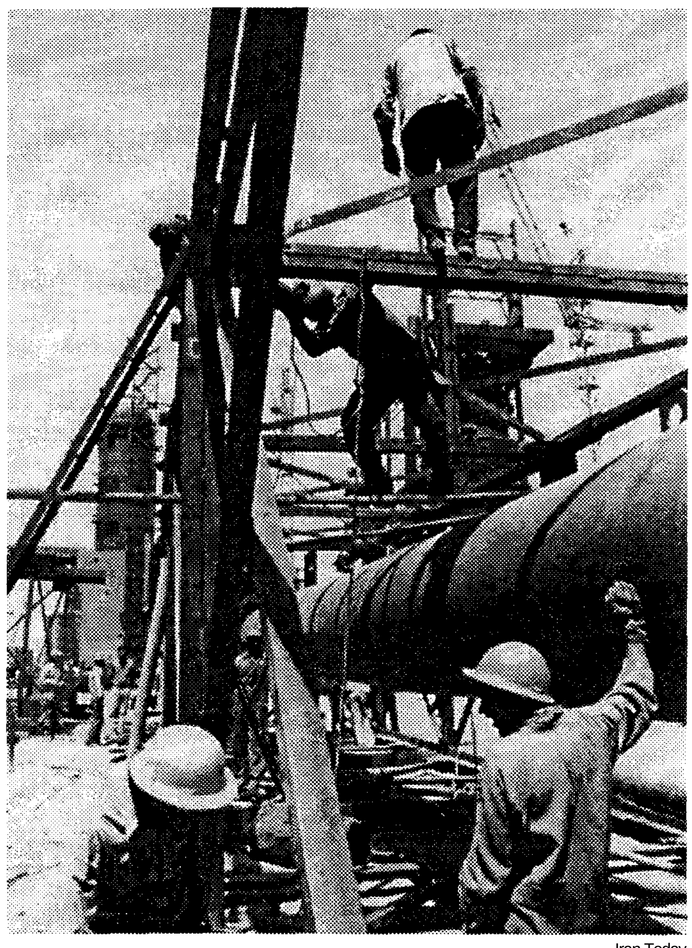
Die SWP und das VS waren bei weitem nicht die einzigen, die kläglich vor Chomeini in die Knie gingen. Auch die Antikommunisten von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party (in Deutschland Linksruck) rechtfertigten ihre Unterstützung für die Mullahs auf ähnliche Weise mit der Behauptung, diese seien „antiimperialistisch". Die Januar-Ausgabe des *Socialist Workervon* 1979, Zeitung von Cliffs amerikanischer International Socialist Organization (ISO), bejubelte dreist Chomeinis „Massenbewegung" und versuchte, der religiösen Reaktion einen sozialistischen Anstrich zu geben mit dem Titel: „Die Form - Religion; der Geist - Revolution." So überraschte es nicht, daß diese Gruppe im März 1998 groteskerweise die Anwesenheit von Agenten der Islamischen Republik auf einem Fest zum Internationalen Frauentag in Toronto verteidigte und linken Demonstranten, einschließlich unseren Genossen von der Trotskyist League/Ligue Trotskyste, vorwarf, einen „rassistischen Angriff" inszeniert zu haben, weil sie die Agenten vom Fest vertrieben hatten (siehe den Artikel „Cliff-Anhänger und islamische Reaktion", *Spartakist* Nr. 134, Winter 1998/99).

Die ISO, Cliffs US-Ableger, bezog offen Stellung und pries Chatami. Sie räumen zwar Chatamis klerikale Wurzeln ein, verbreiten aber die Illusion, er sei eine Art liberale Alternative zu den „Konservativen", und behaupten, seine Präsidentschaft „versprach nach 19 Jahren islamischer Herrschaft eine bedeutende Wende" (*Socialist Worker*, 14. August 1998). Was für eine Schamlosigkeit! Nachdem sie 1979 die islamische Herrschaft als revolutionär ausgegeben haben, versuchen sie nun, ihre Spuren zu verwischen mit dem Gejammere, es sei Zeit für eine Wende. Sie schreiben: „Seit seinem Amtsantritt hat Chatami einige seiner Versprechen eingelöst." Was diese unehrlichen Zyniker nicht sagen: Chatami hat versprochen, die islamische Kleiderordnung, ein Symbol der anhaltenden Versklavung der Frauen, zu verschärfen.

Wenn auch die Cliff-Anhänger ihre Begeisterung für die Mullah-Herrschaft jetzt, wo diese unter Iranern unpopulär geworden ist, vielleicht zu dämpfen versuchen, so haben sie doch seit 1979 ihre Unterstützung für die islamische Reaktion verallgemeinert und abscheulichen, rückständigen Bewegungen wie der Islamischen Heilsfront (FIS) in Algerien und muslimischen Fundamentalisten in Indonesien Beifall gezollt. 1992, zu Beginn des algerischen Bürgerkriegs zwischen dem massenmordenden bonapartistischen Militärregime und islamischen Fundamentalisten, die ein entsetzliches Blutbad unter Frauen, säkularen Intellektuellen und Gewerkschaftern angerichtet haben, erklärten die Cliff-Anhänger, die FIS „spiegelt den Aufschwung der revolutionären Stimmung wider" (*Socialist Review*, Februar 1998). In gleicher Weise traten sie für islamische Reaktionäre in Indonesien ein, die grauenhafte Pogrome gegen die chinesischen und christlichen Minderheiten verüben. Die australische Zeitung der Cliff-Anhänger, *Socialist Worker* (6. März 1998), erklärte, daß der indonesische muslimische Führer Amien Rais „eine revolutionäre Basisbewegung in der Armee" schaffen könne, „um sie von unten zu spalten".

Nachdem die Bourgeoisie als Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre den „Tod des Kommunismus" ausgerufen hatte, gaben die britischen Cliff-Anhänger selbst den Anspruch einer auf das Proletariat gestützten Strategie auf und veröffentlichten einen oOseitigen Artikel von Chris Harman mit dem Titel „The Prophet and the Proletariat" (*International Socialism*, Herbst 1994). Harman wiederholt dort die Rechtfertigung der Cliff-Anhänger für ihre Unterstützung Chomeinis und behandelt islamisch-fundamentalistische Bewegungen als irgendwie radikale kleinbürgerlich-nationalistische Vereinigungen, die „antiimperialistische Losungen und einige antiimperialistische Aktionen aufgenommen haben". Das Gegenteil ist der Fall. Der islamische

Fortgesetzt auf Seite 18



Iran Today

Arbeiter in der iranischen Ölindustrie sind ein wichtiger Teil des Proletariats

Iran...

Fortsetzung von Seite 17

Fundamentalismus hat sich entfalten können wegen des erbärmlichen Versagens des bürgerlichen Nationalismus der „Dritten Welt", die Leiden der Massen zu lindern, und wegen des Fehlens einer anerkannten kommunistischen Alternative. Wie wir in dem Artikel „Sozialdemokraten des ‚Dritten Lagers' kapitulieren vor islamischem Fundamentalismus" (*Workers Vanguard* Nr. 613, 30. Dezember 1994) betonten, ist der militante Islam vom Iran bis Nordafrika „schwerlich ein Ausdruck von ‚Antiimperialismus', wie es die Cliff-Anhänger gerne hätten, sondern vielmehr Ausdruck von Verzweiflung und Fortschrittsfeindlichkeit, der sowohl emotional als auch von der soziologischen Grundlage her viel mit Hitlers Nationalsozialismus' gemeinsam hat".

Weit entfernt davon, „antiimperialistisch" zu sein, stürzten islamische Banden in Indonesien 1965 Hand in Hand mit dem Militär das bürgerlich-nationalistische Regime von Sukarno und entfesselten ein antikommunistisches Blutbad, bei dem über eine halbe Million Menschen abgeschlachtet wurden. Es war die CIA, die den muslimischen Fanatikern Listen für die Jagd auf Kommunisten zur Verfügung stellte. Das war kein Zufall. Zu Beginn des Kalten Krieges 1950 erklärte der spätere US-Außenminister John Poster Dulles, es gäbe ein „gemeinsames Band" zwischen dem Imperialismus und den „Religionen des Ostens", deren „religiöse Überzeugungen nicht mit kommunistischem Atheismus und Materialismus vereinbar sind".

Der Antikommunismus bildet das gemeinsame Band zwischen den Cliff-Anhängern und dem islamischen Fundamentalismus. Im Kalten Krieg unterstützten Cliff und seine Anhänger weltweit jede erdenkliche antikommunistische Bewegung - von der reaktionären, antisemitischen polnischen Solidarno bis zu den afghanischen Konterrevolutionären. Cliff selbst brach 1950 mit dem Trotzkismus, als er sich weigerte, während des Koreakriegs China und Nordkorea gegen den US-Imperialismus zu verteidigen, und diesen Verrat mit der Behauptung rechtfertigte, diese deformierten Arbeiterstaaten seien „staatskapitalistisch".

In Afghanistan fiel der Krieg gegen den „gottlosen Kommunismus" auf grausame Weise mit dem islamischen Fundamentalismus zusammen, als Teil des Feldzugs zur Zerstörung der Sowjetunion. 1979 griff die Sowjetunion im afghanischen Bürgerkrieg auf der Seite einer linksnationalistischen Regierung ein, die versucht hatte, Reformen wie die Senkung des Brautpreises und die Einrichtung von Alphabetisierungsprogrammen für Mädchen durchzuführen. Als afghanische Rebellen einen Krieg begannen, um Frauen praktisch auf der Stufe von Sklaven zu halten, überschütteten die US-Imperialisten diese mittelalterlichen Konterrevolutionäre mit Waffen, um dadurch den Sowjetstaat zu schwächen. Die sowjetische Intervention in Afghanistan und die hysterische Antwort der Imperialisten waren die Eröffnungsschüsse des zweiten Kalten Krieges. Die Cliff-Anhänger reagierten darauf, indem sie den afghanischen Mudschaheddin-Schlächtern zujubelten und die Imperialisten dazu anspornten, ihren Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion zu verschärfen.

Im Gegensatz zu Cliff und seinesgleichen erklärten wir: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!" In dem Bewußtsein, daß die Eingliederung Afghanistans in die Sowjetunion für die zutiefst unterdrückten afghanischen Massen - und besonders für die afghanischen Frauen - einen ungeheuren Schritt vorwärts bedeuten würde, schwammen wir gegen den Strom der imperialistischen Reaktion, zu der die Cliff-Anhänger in bescheidenem Maße ihren eigenen aktiven Beitrag leisteten. Unsere entschlossene Verteidigung der Intervention der Roten Armee in Afghanistan ergab sich aus unserem Verständnis der Sowjetunion als einem degenerierten Arbeiterstaat, dessen stalinistische Bürokratie die politische Macht der Arbeiterklasse an sich gerissen hatte, der aber immer noch auf den vergesellschafteten Eigentumsformen basierte, die durch die Oktoberrevolution von 1917 geschaffen worden waren. Wir verteidigten die Sowjetunion gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe und kämpften für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Usurpatoren, um die revolutionäre Arbeiterdemokratie des jungen Sowjetstaats von Lenin und Trotzki wiederzuschaffen.

Anstatt den religiösen Fundamentalisten eine entscheidende Niederlage zuzufügen, zog die Sowjetbürokratie 1989 verräterischerweise ihre Streitkräfte aus Afghanistan ab, um die Imperialisten zu beschwichtigen, und übergab die Regierungsgewalt im Lande den von der CIA unterstützten Reaktionären. Damit ermutigte sie die Kräfte der kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion selbst. Heute ist das Leben im von den Taliban regierten Afghanistan auf eine Stufe zurückgesunken, wo öffentliche Hinrichtungen und Amputationen im Kabuler Sportstadion fast wöchentliche Ereignisse darstellen. Frauen werden gezwungen, die von Kopf bis Fuß reichende Burka zu tragen, einen zeltartigen Umhang mit einer einzigen gazebedeckten Öffnung in Augenhöhe, und sind zu einem Leben in Isolation verdammt. Die *Los Angeles Times* (22. Oktober 1998) berichtete, daß die Taliban

> „eine extreme Auslegung des Islam anwenden, um Sünden wie Trinken, Spiel, Drogen, Fernsehen und Musikhören zu bestrafen. Frauen dürfen keine weißen Socken tragen, weil sie die Aufmerksamkeit auf die Fußgelenke richten. Homosexuelle werden unter umgestürzten Ziegelsteinmauern begraben. Ehebrecher werden gesteinigt."

Heute sehen vorgebliche Sozialisten wie die Cliff-Anhänger, die nach einer Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan schrien, das direkte Ergebnis davon: die Barbarei der Taliban.

AKPI: antiklerikale Reformisten

Eine der linken Gruppen, die im letzten Jahr beim Internationalen Frauentag in Toronto gegen die dort eindringenden iranischen Regierungsagenten demonstrierten, war die Arbeiterkommunistische Partei Irans (AKPI). Im September 1998, während Chatamis UN-Besuch, führten Sektionen der IKL zusammen mit der AKPI in New York, Vancouver, London, Berlin, Hamburg und Sydney Einheitsfrontdemonstrationen durch, um das blutige iranische Regime anzuprangern. Doch trotz ihrer tiefen Abscheu gegenüber dem islamischen Klerikalismus kapituliert die AKPI auf tausenderlei Weise davor.

Zwar unterstützt die AKPI formal nicht das menschewistische/stalinistische Schema der Zwei-Etappen-Revolution, trotzdem bewegt sie sich aber in diesem gedanklichen und programmatischen Rahmen. Dies zeigt ihre Analyse vom Sturz des Schah. Eine Broschüre mit dem Titel „Ein kurzer Blick auf die Lage der Arbeiterklasse im Iran" von 1990, die von den Vorläufern der AKPI in der Kommunistischen Partei des Iran (KPI) geschrieben worden war und immer noch von der AKPI vertrieben wird, behauptet, daß „die Arbeiterklasse das Rückgrat der revolutionären Bewegung war und der landesweite Streik dem Schah-Regime die gravierendsten Schläge beigebracht hat."

Arbeiterstreiks trugen in der Tat wesentlich dazu bei, den Schah zu stürzen. Aber das Proletariat spielte keine unabhängige Klassenrolle, sondern wurde *von seinen falschen Führern den Chomeini-Leuten untergeordnet.* Zu

behaupten, die Arbeiter hätten 1979 unter den „revolutionären Massen" eine Avantgarderolle gespielt, ist Wunschdenken und de facto eine Kapitulation vor den islamischen Reaktionären.

Im Namen der „Islamischen Revolution" setzten die Chomeini-Anhänger nach der Machtergreifung Schoras (Räte) ein, um ihren Einfluß auf die unruhigen Massen zu festigen. Doch die KPI-Broschüre betrachtet diese als echte Arbeiterräte, die eine oppositionelle Kraft gegenüber dem islamistischen Regime darstellten. Sie behauptet allen Ernstes, daß es bis ins Jahr 1981 eine „revolutionäre Periode" gegeben hätte. Diese Vorstellung erkennt praktisch ein Zwei-Etappen-Schema an und impliziert, die Arbeiter hätten ihre große Chance *nach* dem Sieg der Mullahs gehabt. Ohne ein marxistisches Programm und ohne Vertrauen in die revolutionäre Fähigkeit des Proletariats, das sich seines grundlegenden Klasseninteresses nur unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei bewußt werden kann, bagatellisiert die AKPI die führende Rolle der Mullah-Opposition und täuscht so über die zentrale Aufgabe der Arbeiterklasse zu der Zeit, als das Schah-Regime im Todeskampf lag, hinweg: *einen unabhängigen Kurs zu steuern, in unversöhnlicher Opposition gegenüber Chomeinis islamischer Bewegung.*

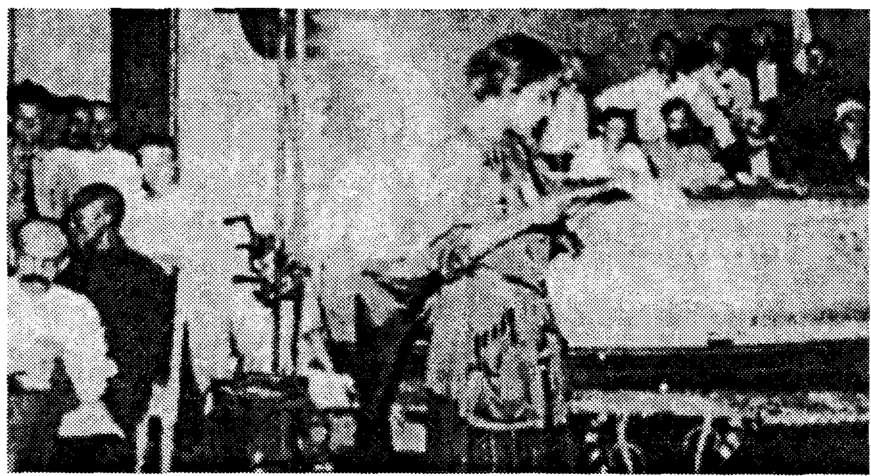
Die AKPI geht nicht davon aus, daß eine proletarische Führung unbedingt notwendig ist, denn sie hält zur Durchsetzung einer „progressiven" Politik nach bürgerlichen Kräften Ausschau, die der Arbeiterklasse grundlegend feindlich gegenüberstehen. So forderte z. B. die Schwesterorganisation der AKPI im Irak, daß die Vereinten Nationen ein Referendum über die kurdische Unabhängigkeit beaufsichtigen sollten - dieser Aufruf wird von dem AKPI-Führer Mansoor Hekmat im Artikel „Zur Verteidigung der Forderung nach Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans" in der in Farsi erscheinenden *Internationale* (Juni 1995) erhoben. Die UNO ist eine imperialistische Räuberhöhle samt ihrer Opfer, ein Feigenblatt für imperialistische Kriege und Interventionen, von Nordkorea 1950-53 bis zum Balkan heutzutage. Das verheerende Embargo gegen den Irak, das eineinhalb Millionen Todesopfer gefordert hat, einschließlich Hunderttausender Kinder, die als Folge von Unterernährung und Krankheit gestorben sind, wird seit 1991 unter der Schirmherrschaft der UNO durchgeführt. Wir sagen: Verteidigt Irak gegen US-/britischen Imperialismus! Nieder mit der UN-Hungerblokkade! Im Gegensatz zu der Illusion, die UNO könnte unter Druck gesetzt werden, im Interesse der unterdrückten Kurden zu handeln, kämpfen wir dafür, den Kampf für die kurdische Selbstbestimmung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran zu verbinden. Wir treten ein für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan, was die Zerschlagung dieser vier kapitalistischen Staaten durch Arbeiterrevolution voraussetzt.

Im Zusammenhang mit der partiellen und dürftigen Offenheit in der iranischen Gesellschaft und den jüngsten Morden an iranischen Schriftstellern und Politikern ließ die AKPI in Kanada dicke Illusionen in den Imperialismus erkennen. Im Januar forderte die AKPI in einem Flugblatt mit dem Titel „Gegen das terroristische islamische Regime im Iran" einen Strafprozeß gegen die Führer der Islamischen Republik vor einem internationalen Tribunal, die



Pathfinder Press

Bolschewistisches Plakat zeigt zentralasiatische Frauen, die den Schleier und die religiöse Hierarchie ablehnen. Unten: 1920, türkische Delegierte auf dem Komintern-Kongreß in Baku stellt das Programm für die Befreiung der Frauen des Ostens vor



Humbert-Droz Archive

Schließung der iranischen Botschaft in Kanada und die Ausweisung ihrer Repräsentanten. Durch die Aufstellung solcher Forderungen verleiht die AKPI dem demokratischen Anspruch der Imperialisten Glaubwürdigkeit und ruft sie dazu auf, als Weltbullen zu agieren. Der Kotau der AKPI vor den Imperialisten ist Ausdruck einer tiefgreifenden Revision der marxistischen Auffassung vom Staat. Marx, Engels und Lenin beharrten darauf, daß der Staat aus Formationen bewaffneter Menschen besteht, denen die Verteidigung der Eigentumsinteressen einer bestimmten Klasse obliegt. Der bürgerliche Staat, der die Interessen des kapitalistischen Privateigentums vertritt, kann nicht reformiert oder von den Arbeitern dafür benutzt werden, sich zu befreien; er muß durch eine Arbeiterrevolution zerschlagen und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden.

Arbeiterherrschaft: Schlüssel zur Frauenbefreiung

Ein wesentliches Ziel der permanenten Revolution in einem Land wie dem Iran ist die Befreiung der Frauen von traditionalistischen, patriarchalischen Fesseln. Zwar tritt die AKPI für die Gleichheit der Frauen ein, doch hat sie eine durch und durch reformistische Vorstellung vom Kampf für Frauenrechte. Die Beteuerung der AKPI in ihrer programmatischen Erklärung „A Better World" [Eine bessere Welt] (1994), daß sie nicht einen reformierten Kapitalismus

Fortgesetzt auf Seite 20



Australasian Spartacist

Januar 1997: Australische Spartakisten nehmen mit der WPI (Arbeiter-kommunistische Partei Iran - AKPI in Deutschland) an einer Einheitsfront-Demonstration teil, um streikende iranische Ölarbeiter zu unterstützen

anstrebe und die „Verwirklichung der elementarsten Rechte und Freiheiten den Sturz des inhumanen und reaktionären Regimes der Islamischen Republik voraussetzt", wird Lügen gestraft durch ihre umfangreiche Wunschliste reformistischer Forderungen an die Adresse der herrschenden Klasse und durch ihre Erklärung: „Es ist unser Ziel, das bestehende System dazu zu zwingen, die unbestreitbaren Rechte der Werktätigen anzuerkennen und zu achten."

Darüber hinaus sind verschiedene Forderungen der AKPI, die Frauen, Kinder und die Familie betreffen, offen reaktionär. So zieht die AKPI „gegen den Akt der Abtreibung" zu Felde und behauptet, Abtreibung sei ein „Zeugnis der Selbstentfremdung der Menschen und ihrer Verletzlichkeit angesichts von Entrechtung und Mühsal, die ihnen die bestehende Klassengesellschaft auferlegt". In der Annahme, Frauen würden sich nur aus „kulturellem und wirtschaftlichem Druck" heraus für eine Abtreibung entscheiden, betet die AKPI den Recht-auf-Leben-Fanatikern nach und erklärt, die Abtreibung zeige „die dem gegenwärtigen System innewohnende Geringschätzung des menschlichen Lebens" auf. Zwar sagt die AKPI, daß die Entscheidung über eine Abtreibung ganz allein bei den Frauen liege, doch befürwortet sie staatliche Beratung, um Frauen davon abzubringen. Den klerikal-reaktionären Charakter dieser Forderung kann man in Deutschland beobachten, wo vom Staat verfügte Beratungszentren, betrieben von der katholischen und protestantischen Kirche, Frauen einschüchtern, damit sie ungewollte Kinder auf die Welt bringen.

Die AKPI ist auch für Gesetze gegen sexuelle Aktivitäten zwischen Erwachsenen und „Minderjährigen", die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen, und fordert, daß derartige Aktivitäten zu ächten und erwachsene Täter strafrechtlich zu verfolgen seien. Diese reaktionäre Position zeigt genau wie ihr Auftreten gegen die Abtreibung anschaulich, daß die AKPI trotz ihrer Kritik am religiösen Obskurantismus in der entscheidenden Frage der Familie der bürgerlichen Moral fest verhaftet ist. Wir kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch und für die Abschaffung reaktionärer Gesetze gegen einvernehmliche sexuelle Aktivitäten zwischen Erwachsenen und „Minderjährigen", mit denen eine sittenstrenge Sexualmoral untermauert wird in dem Versuch, Kinder, Erwachsene und überhaupt jeden im Namen von Gott und Vaterland zu disziplinieren.

Die AKPI ignoriert die Rolle der Familie als Schlüsselinstitution der bürgerlichen Gesellschaft zur Unterdrückung der Frauen und zur Übertragung konservativer sozialer Wertvorstellungen auf die jüngere Generation. Die AKPI wagt sich nicht über die Forderung nach „voller Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit von Frauen und Männern in der Familie" hinaus und tritt sogar ein für ein „Verbot, Hausarbeit oder spezielle Haushaltspflichten in der Familie der Frau aufzuerlegen". Das ist reine Utopie: Hausarbeit und Kindererziehung sind *der eigentliche Kern* der Rolle der Frau in der Familie. Die Befreiung der Frau von der täglichen Plackerei an Herd und Heim wird nur dann erfolgen, wenn das Proletariat die Staatsmacht erobert und eine sozialistische Gesellschaft errichtet, die die materielle Basis legen wird für die Ersetzung der Institution der Familie durch kollektive Kinderbetreuung, Küchen und andere soziale Einrichtungen. *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

In den Ländern des Ostens ist die Frage der Frauenunterdrückung eine der mächtigsten Triebkräfte für die sozialistische Revolution. Als die Bolschewiki in den Jahren nach der Oktoberrevolution nach Zentralasien kamen, fanden sie in der Tat die größte Unterstützung für ihr Programm bei den Frauen und gewannen unter ihnen ihre wichtigsten Kader. Dasselbe gilt auch für den Iran. Eine leninistisch-trotzkistische Partei, die für Frauenrechte eintritt gegen den jahrhundertealten Würgegriff von Religion und Familie, wird ihre ergebensten und mutigsten Kämpfer unter den Frauen finden.

Unmittelbar nach Chomeinis Machtübernahme hielten wir überall in den Vereinigten Staaten Veranstaltungen ab unter dem Titel: „Nein zum Schleier! Nieder mit Chomeini! Für eine Arbeiterrevolution im Iran!" Die Rednerin, eine Trotzkistin muslimischer Herkunft aus dem Nahen Osten, trotzte den Versuchen von iranischen Muslimen und Maoisten, diese Veranstaltungen gewaltsam zu stören, und sprach die einfache Wahrheit aus, daß der Schleier ein Gefängnis ist, „ein Symbol der Unterdrückung der Frauen im Islam und ein Instrument ihrer Beherrschung" („Fatima Khalil Tells thé Truth on Iran" [Fatima Khalil sagt die Wahrheit über den Iran], *Workers Vanguard* Nr. 230, 27. April 1979). Sie zitierte Trotzkis „Aussichten und Aufgaben im Osten" (April 1924) über die herausragende Rolle der Frauen des Ostens im revolutionären Kampf für die soziale Befreiung. Diese Worte verdeutlichen eine der wesentlichen Aufgaben der IKL in unserem Kampf, revolutionäre Avantgardeparteien in der halbkolonialen Welt aufzubauen:

> „Das bedeutet aber zugleich, daß die in der Lebensführung, in den Sitten und Gebräuchen, in der Arbeit am meisten festgekettete orientalische Frau, die versklavteste der Sklavinnen, wenn sie - gemäß den Forderungen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse - den Schleier abgelegt haben wird, leidenschaftlichen Durst nach neuen Gedanken, nach einem neuen Bewußtsein haben wird, die es ihr erlauben, ihre neue Lage in der Gesellschaft geistig zu artikulieren. Und es wird keinen besseren Genossen im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Gedanken der Revolution, für die Gedanken des Kommunismus, als die erwachte arbeitende Frau."«

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 24

streikende Studenten! Für Streikaktion der Gewerkschaften gegen die Privatisierung und zur Verteidigung der öffentlichen Ausbildung!" Das Flugblatt warnte vor Illusionen in Cârdenas' „linke" bürgerlich-nationalistische Partei der Demokratischen Revolution (PRD), eine kapitalistische Partei, die genauso zur Durchsetzung des IWF-Austeritätsprogramms, auch durch blutige staatliche Repression, entschlossen ist wie die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) von Zedillo und die rechtsgerichtete Partei der Nationalen Aktion (PAN). Unsere Genossen schlössen mit den Forderungen: „Kostenlose Ausbildung für alle auf hohem Niveau! Freier Zugang und keine Studiengebühren! Stoppt die Privatisierungspläne zur Zerschlagung der Gewerkschaften!"

Gleichzeitig holte die Internationale Kommunistische Liga Solidaritätserklärungen von Gewerkschaften, Studentenorganisationen und anderen, im Rahmen einer internationalen Verteidigungskampagne für die UNAM-Streikenden und die sie unterstützenden Arbeiter. Besonders hervorzuheben sind dabei Erklärungen der mächtigen Transport and General Workers' Union (Transportarbeitergewerkschaft) und der National Union of Mineworkers (NUM, Bergarbeitergewerkschaft) in Südafrika. Die Erklärung der NUM hatte die Überschrift: „Bildung ist kein Privileg, sondern ein Recht!" Weitere Erklärungen kamen aus Australien und Frankreich sowie von den Gewerkschaftsortsgruppen der kanadischen Union of Postal Workers (Postarbeitergewerkschaft) in Vancouver und der National Association of Letter Carriers (Briefzustellergewerkschaft) in Pasadena, Kalifornien. Letztere brandmarkte den Angriff auf die Streikenden als „staatlich sanktionierte Tyrannei". Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Merseyside-Hafen von Liverpool, England, die selber mehrere Jahre lang in einem erbitterten Kampf gegen die Zerschlagung ihrer Gewerkschaft gestanden hatten, schrieben: „Wir verurteilen aufs schärfste die Cârdenas-Regierung in Mexiko wegen ihrer brutalen Unterdrückung der streikenden UNAM-Studenten."

In einem Interview beim Radio KPFA in der Bay Area von San Francisco rief am 7. August ein Sprecher des Partisan Défense Committee örtliche Gewerkschaften dazu auf, Solidaritätserklärungen an die streikenden Studenten zu schicken. Am 19. August hielten die Spartacus Youth Clubs an den kalifornischen Universitäten von Los Angeles und Berkeley Kundgebungen zur Verteidigung der UNAM-Streikenden ab. Der SYC-Sprecher an der UCLA verknüpfte unsere Unterstützung für die UNAM-Streikenden mit unserer Opposition gegen die imperialistische „Freihandels"-Vergewaltigung Mexikos unter dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) und erklärte:

> „Als Marxisten bekämpfen wir wirtschaftlichen Nationalismus, der die Arbeiter in den USA gegen ihre Klassenbrüder und -Schwestern nördlich und südlich der Grenze auszuspielen versucht... Wir kämpfen für gemeinsamen Klassenkampf der US-amerikanischen und mexikanischen Arbeiter gegen die Bestie des US-Imperialismus - repräsentiert durch Demokraten wie Republikaner - und ihre Lakaien von PRI, PRD und PAN in Mexiko."

Während die mexikanische Regierung die demonstrierenden Studenten an der UNAM angreift und bedroht, verschärft sie massiv ihre blutige Unterdrückung in Chiapas, das seit dem Neujahrsaufstand der Zapatistas (EZLN) 1994, der zum Zeitpunkt der Durchsetzung von NAFTA begann, unter militärischer Besatzung steht. Die eingeborene Bevölkerung lebt in Schrecken und ist Prügeleien, dem „Verschwinden" von Menschen und regelrechten Massakern ausgesetzt. Jetzt hat Zedillo unter dem Vorwand des Baus einer neuen Autobahn durch die Region Montes Azules über 10000 neue Soldaten dorthin verlegt. Viele Studenten sind von der EZLN fasziniert und haben Demonstrationen und Hilfskonvois zu ihrer Unterstützung organisiert. Während die GEM die Zapatistas gegen staatliche Repression verteidigt, argumentiert sie gegen das kleinbürgerliche Programm der EZLN, den bürgerlichen Staat (mit Hilfe der PRD) durch Verhandlungen zu Zugeständnissen zu drängen.

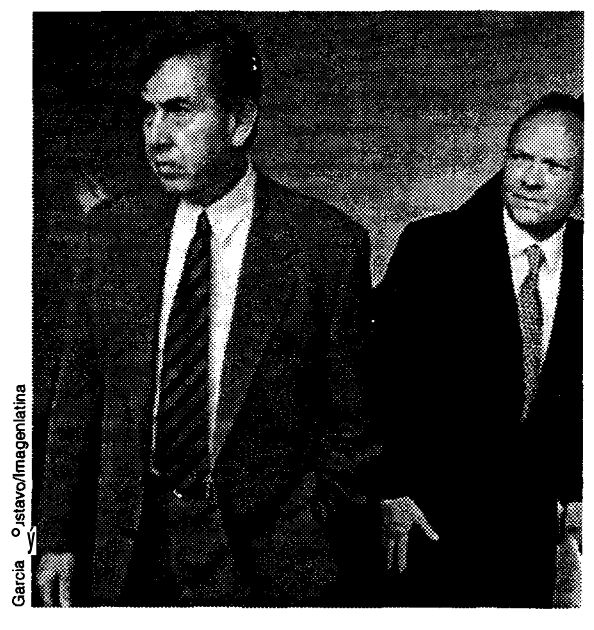
In ihrer hysterischen Medienkampagne gegen die streikenden Studenten hat die mexikanische herrschende Klasse diese als verrückte linke „Ultras" diffamiert, die die Befehle des Subcomandante Marcos von den Zapatistas befolgen. Dahinter steckt eindeutig die Absicht, diese militanten Studenten zur Zielscheibe für Angriffe, Inhaftierungen und Schlimmeres zu machen. Viele Studenten, die am 4. August verhaftet worden waren, befürchten, daß noch immer Straf-

Fortgesetzt auf Seite 22



Gewerkschaften, Studentengruppen und andere antworteten auf die IKL-Kampagne für internationale Solidarität, darunter von links oben im Uhrzeigersinn: Liverpooler Hafenarbeiter, südafrikanische Bergarbeiter und Transportarbeiter, australische Studenten und kalifornische Postarbeiter





4. August: Streikende Studenten konfrontiert mit blutigen Attacken der Bullen, die von Cuauhtèmoc Càrdenas (rechts vorn), Bürgermeister von Mexiko City und PRD-Führer, losgehetzt wurden

Gewerkschaften streiken. Auf sich allein gestellt haben Studenten überhaupt keine soziale Macht. Es ist jetzt notwendig, daß die Arbeiterbewegung ihre Muskeln gebraucht und durch Streikaktionen Produktion und Dienstleistungen lahmlegt. Daß der Studentenstreik so lange durchgehalten hat, liegt an der Unterstützung, die er durch Uniarbeiter, verstärkt durch Abordnungen von Arbeitern anderer machtvoller Gewerkschaften, erhalten hat. Der Plan des Rektorats, den Streik durch das Abhalten von Seminaren „extramuro" [im Freien] zu unterlaufen, muß durch Arbeiterstreikpostenketten in allen Einrichtungen verhindert werden. Streik bedeutet: „Alle legen die Arbeit nieder! Niemand arbeitet!"

Dieser Angriff verdeutlicht einen wesentlichen Punkt, den wir Marxisten vom ersten Streiktag an betont haben: Bullen sind keine „Arbeiter in Uniform", sondern Kampfhunde des bürgerlichen Staates. Die Anwesenheit von Bullen, die Mitglieder von STUNAM sind, an der Universität ist eine unmittelbare Gefahr für die Gewerkschaft selbst und für den Studentenstreik sowie für jede Aktion, an der sich STUNAM vielleicht beteiligt. Bullen von „Auxilio UNAM" raus aus der Uni und aus STUNAM!

Keine Illusionen in die PRD, eine Partei der Bosse! Der Angriff auf den Streik war ein wohlkalkulierter Schachzug von Càrdenas und der PRD, um die Bullen im Namen von Jurastudenten einzusetzen, die den Streik durch ihre Einschreibung für das neue Semester zu brechen versuchten. Den Studenten die Köpfe einzuschlagen ist die Art und Weise, wie Càrdenas der mexikanischen Bourgeoisie, ihren imperialistischen Herren und der rechtsgerichteten PAN zeigen will, daß er bei den kommenden Präsidentschaftswahlen der beste Kandidat für die Vertretung der Interessen der Kapitalistenklasse mit Hilfe eines Bündnisses von PRD und PAN ist. Die gegenwärtige Situation macht klar, daß man, selbst um ein grundlegendes demokratisches Recht wie Zugang zur Bildung zu erlangen, einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus führen muß.

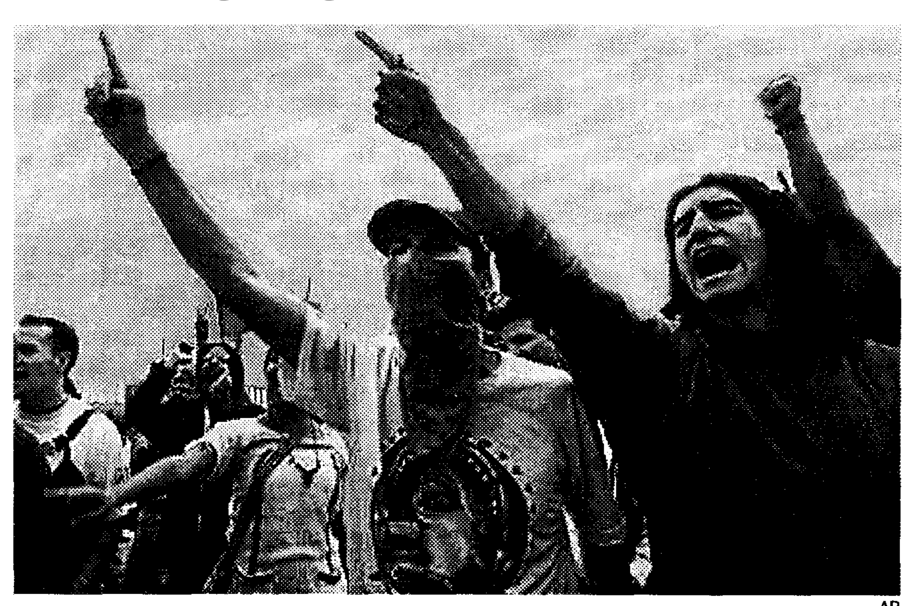
Die Propagierung utopischer Pläne zur Errichtung einer „Universität im Dienste des Volkes", wie es die Partido Obrero Socialista und En Lucha an der Universität tun, dient nur dazu, weitere Illusionen in die Bourgeoisie zu verbreiten. Spartakisten sagen: Nein zum Dialog mit dem Rektorat! Nein zu dem unterwürfigen Vorschlag der „Emeritierten"! Der Streik muß bis zum Sieg fortgesetzt werden, und das erfordert ein Bündnis mit der sozialen Macht der Arbeiterbewegung. Für gemeinsame Streikaktionen von Arbeitern und Studenten zur Verteidigung kostenloser Ausbildung und gegen Privatisierungen! Kostenlose Ausbildung für alle auf hohem Niveau, in der Stadt und auf dem Land!

Was notwendig ist, ist der Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei, die die Arbeiter zur Staatsmacht führt. Das größte Hindernis dabei ist die Ideologie des bürgerlichen Nationalismus, die das Ziel hat, einen jeden einfach als „Mexikaner" hinzustellen. Im Gegensatz dazu setzen wir Spartakisten uns für proletarischen Internationalismus ein. Als Beispiel dafür überbringen wir heute dem Uni-Streik Grußadressen mächtiger Gewerkschaften von Südafrika bis Kanada und den USA, insbesondere von den mächtigen Gewerkschaften der Bergarbeiter und Transportarbeiter von Südafrika. Das Proletariat hat kein Vaterland! Unsere Hymne ist nicht die Nationalhymne der Bourgeoisie, sondern die *Internationale* des Proletariats!

Wie der amerikanische Trotzkist James Cannon sagte: „Unsere Partei ist eine Partei der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Die proletarische Revolution ist die einzige Lösung für das Problem der Arbeiterklasse, und unsere ganze Tätigkeit muß auf dieses Ziel gerichtet sein." Das ist die Grundlage der Politik der Spartakisten. Brecht mit der Bourgeoisie! Keine Illusionen in die bürgerliche PRD! Schmiedet eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!«

SPARTAKIST

Mexiko: Nieder mit Staatsrepression gegen Studentenstreik!



AP

Seit April streiken UNAM-Studenten gegen die Angriffe der Regierung auf öffentliche höhere Bildung

29. August - Angesichts wachsender Drohungen eines verschärften Vorgehens der Regierung sind die streikenden Studenten an der Nationalen Autonomen Universität in Mexiko City (UNAM) an einem kritischen Punkt ihres Kampfes angelangt. Der Streik an dieser Universität, wo

Spartakist-Jugend

270000 studieren, wurde ausgelöst durch einen Plan der Regierung Studiengebühren zu erheben, die selbst den begrenzten Zugang, den gegenwärtig Studenten aus armen und Arbeiterfamilien zu öffentlicher höherer Bildung haben, beseitigen würden. Der Streik dauert nun schon über vier Monate und ist der längste in der Geschichte der UNAM. Dieser Angriff ist Teil eines umfassenderen „Austeritäts"programms, das von allen Flügeln der mexikanischen herrschenden Klasse befürwortet und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gefordert wird.

Die breite Unterstützung, die die Streikenden von Seiten der arbeitenden Massen erfahren haben, die mit einem ähnlichen Angriff auf ihren Lebensstandard durch den IWF-Plan zur Privatisierung staatlicher Industriezweige konfrontiert sind, war entscheidend. Von Anfang an spielten Arbeiter der Gewerkschaften der Unibeschäftigten (STUNAM) und der Elektrizitätsarbeiter (SME) eine Schlüsselrolle, als sie sich den Studenten auf den Streikbarrikaden anschlössen. Gestern versammelten sich Hunderttausende Gewerkschafter zu einem Protest gegen Privatisierungen in Mexiko City und überfluteten den riesigen Zócalo-Platz.

Versuche der Regierung den Studentenstreik zu brechen, sind im letzten Monat in die Höhe geschnellt. Am 24. August griffen Hunderte rechtsgerichteter Studenten, unter ihnen viele Schlägertypen mit weißen Bandannas (Halstüchern), die mit Rohren. Knüppeln und Schrapnellgeschossen bewaffnet waren, über tausend streikende Studenten an; denen gelang es aber sie zurückzuschlagen. Bei Redaktionsschluß verkündete Präsident Ernesto Zedillo, der den Studentenstreik als „brutale Aggression" beschimpfte, daß UNAM spätestens am 1. September wieder öffnen müsse. Indem Zedillo an rechtsgerichtete Studenten appellierte, den Streik zu brechen, rief er praktisch zu noch mehr polizeilich unterstützten Rowdyangriffen auf die Studenten auf.

Am 4. August ließ der Bürgermeister von Mexiko City, Cuauhtémoc Cârdenas, seine Bürgerkriegsbullen in einem brutalen Angriff auf Studenten los, die vor einem streikbrechenden Einschreibungsbüro Streikposten standen. Über 100 streikende Studenten wurden schwer verprügelt und festgenommen. Cârdenas rechtfertigte diese brutale Répression und sagte: „Die Polizei von Mexiko City griff ein und sie wird dies immer, wenn es nötig ist, wieder tun." Am 13. August gab es eine Demonstration von 50000 Menschen gegen die Repression, darunter ein Kontingent von Hunderten STUNAM-Arbeitern.

Unsere Genossen von der Grupo Espartaquista de Mexico (GEM) und der Jugendgruppe Juventud Espartaquista (JE) reagierten auf den Bullenangriff am folgenden Tag mit einem Flugblatt unter der Überschrift „Cârdenas' Polizei greift den UNAM-Streik an - Weg mit allen Anklagen gegen

Fortgesetzt auf Seite 21

Für Arbeiterstreikaktionen: Stoppt Privatisierung, verteidigt Ausbildung!

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 21

anzeigen gegen sie laufen. Wie ein Student bemerkte: „In Mexiko merkst du, daß gegen dich ein Strafverfahren läuft, wenn die Polizei an deiner Tür klopft, um dich abzuführen."

Gegenwärtig feiern die Regierung, die Medien und UNAM-Rektor Barnes die Empfehlung einer Gruppe von acht „emeritierten" Professoren als einen Weg, den Streik zu beenden und die Macht wieder in die Hände der Verwaltung zu legen. Dieser Streikbrechervorschlag wurde am 14. August auf einem Treffen des Allgemeinen Streikausschusses mit knapper Mehrheit abgelehnt. Aber der Vorschlag wird weiterhin propagiert, auch von den Irreführern der Gewerkschaften STUNAM und SME. Auf diese Weise zeigen die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten, wie ihr Standpunkt dem der vielen Arbeiter, die zur Verteidigung des UNAM-Streiks mobilisiert haben, entgegengesetzt ist.

Während des gesamten Streiks warnte die GEM/JE vor Illusionen in die gegenwärtigen Irreführer der Studentenbewegung und sowohl der offiziellen Gewerkschaften, die der herrschenden PRI untergeordnet sind, als auch der „unabhängigen" Gewerkschaften, die dem bürgerlichen Nationalismus genauso verpflichtet sind, wenn auch oft in der „linkeren" Färbung der PRD. Die trotzkistische Politik der GEM treibt einige zentristische Gruppen in den Wahnsinn. In einem schrillen und demagogischen Artikel in ihrem Extrablatt von *El Internacionalista* vom 3. August erklärt die Internationalist Group (IG): Wenn die GEM/JE die Rolle des bürgerlichen Nationalismus als Haupthindernis für das Klassenbewußtsein in der mexikanischen Arbeiterklasse entlarvt, dann ist das „nichts anderes als eine Verniedlichung des Systems weißen Terrors, mit dem das semibonapartistische Regime der PRI-Regierung mehr als 70 Jahre lang seine Macht aufrechterhalten hat"!

Die IG behauptet, „man brauche sich nur an das Schicksal der Hunderttausenden von Eisenbahnarbeitern zu erinnern, die infolge ihres Streiks im Jahre 1958 *gegen* die Gewerkschaftsbürokraten inhaftiert wurden und sich nach einem Jahrzehnt in den Gefängnissen der PRI noch immer dort befanden, als die Universitätsstudenten, die 1968 verhaftet wurden, dort ankamen". Es ist bezeichnend, daß die einzigen Beispiele gewaltsamer staatlicher Repression, die die IG in diesem Artikel auflistet, diejenigen sind, die von der PRI verübt wurden! In Wirklichkeit ließ Cârdenas schon am Tag nach der Veröffentlichung dieses Artikels seine Bürgerkriegsbullen gegen die streikenden Studenten los. Dies zeigt die Weichheit gegenüber der PRD, und genau diese Weichheit steckt hinter der ständigen alten Leier der IG über die „Cardenista-Volksfront".

Wie die GEM zur IG in einem Flugblatt vom 26. Juli feststellte (in Auszügen abgedruckt in *Workers Vanguard* Nr. 717, 6. August): „Im Zentrum ihrer Politik steht eine fiktive Volksfront' um die bürgerliche PRD. Die Volksfront ist eine spezielle Form der Klassenzusammenarbeit, bei der die reformistischen Parteien der Arbeiterklasse ein Bündnis mit der Bourgeoisie eingehen, um Arbeiterunruhen und eine mögliche soziale Revolution zu verhindern. Aber es gibt keine Arbeitermassenpartei in Mexiko. Das mexikanische Proletariat ist historisch schlicht und einfach durch bürgerlichen Nationalismus an die Bourgeoisie gekettet... So versucht die IG mit Hilfe ihrer Volksfront' den Klassencharakter der bürgerlichen PRD zu verschleiern und ihr ein rotes Mäntelchen umzuhängen." Und noch offensichtlicher wird der Schwindel, den die IG mit der Maskierung dieser bürgerlich-nationalistischen Partei als „Volksfront" betreibt, angesichts der verzweifelten Bemühungen der PRD um ein Bündnis mit der rechtsgerichteten PAN.

Im Laufe dieses Streiks erlangte die GEM/JE Bekanntheit als die Trotzkisten, die ein revolutionäres internationalistisches Programm anbieten, um die öffentliche Ausbildung zu verteidigen und die Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse zurückzuschlagen. Ein Vertreter der GEM sprach am Schluß der riesigen Demonstration vom 13. August zu der Kundgebung auf dem Zócalo. Als er zu reden begann, wurde unser Genösse mit Rufen „Los, Espartaco, los!" begrüßt. Wir geben hier seine Rede in voller Länge wieder.

Die Grupo Espartaquista de Mexico, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, grüßt die Tausenden von Menschen, die sich heute hier auf dem Zócalo zur Verteidigung einer kostenlosen Ausbildung versammelt haben.

Dieser Studentenstreik hat die Grenzen der Universität überschritten und bei Schlüsselsektoren der Arbeiterklasse wie SME, STUNAM, SITUAM [Gewerkschaft der Arbeiter an der Universität der Hauptstadt] und anderen Sympathie und aktive Unterstützung gefunden.

Der Streik ist nun in eine entscheidende Phase getreten. Der Kampf zur Verteidigung der öffentlichen Ausbildung, der ein Teil eines umfassenderen Kampfes gegen die Privatisierungspläne ist, die sich gegen die Arbeiterklasse richten, kann nur Erfolg haben, wenn auch die

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 138 WINTER 1999/2000 DM 1,-

Damals und heute: Der Kampf der Spartakisten für ein Rotes Rätedeutschland

1989/90: Revolution und Konterrevolution

Am 9. November feierte die deutsche Bourgeoisie den zehnten Jahrestag des Mauerfalls. Die kapitalistische SPD-Regierung, die derzeit die Geschäfte des deutschen Imperialismus verwaltet, bot das übliche Sortiment von regierungsnahen Schriftstellern und Künstlern zum Event am Brandenburger Tor in Berlin auf. Die Bourgeoisie hielt sich mit nationalistischen Orgien zurück, denn es war offensichtlich, dass der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung in Ost und West keinen Grund zum Feiern sah.

Die Arbeiterklasse in Deutschland und überall auf der Welt, besonders auch in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, spürt heute mit voller Härte das Ergebnis der ***Konterrevolution,*** die 1990 in der DDR und 1991/92 in der Sowjetunion stattfand. Gorbatschow hat gerade in einer Podiumsdiskussion mit Kohl und Bush im Fernsehen am 8. November damit geprahlt, wie er und Modrow die Konterrevolution organisierten. Er erhielt am 7. November den höchsten Orden der deutschen Bourgeoisie, die sich den deformierten Arbeiterstaat DDR einverleibt und ihr Viertes Reich aufgebaut hatte. Die von den abdankenden stalinistischen Bürokratien geführte Konterrevolution hat Osteuropa erneut für die Ausbeutung durch den deutschen Imperialismus geöffnet. Zum ersten Mal seit 50 Jahren stehen deutsche Truppen wieder auf dem Balkan, diesmal befehligt von der SPD/Grünen-Regierung, um nach der mörderischen Bombardierung Serbiens durch die NATO die Region für die Interessen des deutschen Kapitals zu „befrieden". Die Kapitalisten sehen für ihre Profitgier im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen mehr. Sie wollen ihre Profite stark erhöhen, um die neue



Spartakist



dpa

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Vor 250000 riefen wir auf für ein Rätedeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Links: Klassenkampf heute - Demo der IG-Metall-Jugend 1999

Fortgesetzt auf Seite 2

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 1

Weltmachtrolle des Vierten Reichs gegen die imperialistischen Konkurrenten voranzutreiben, und greifen auf allen Ebenen den Lebensstandard der Arbeiterklasse an. Lohnraub, starke Kürzungen der Sozialleistungen und Renten sind die eine Seite davon - steigender Chauvinismus und rassistischer Staatsterror, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu schwächen, die andere.

Aber wie überall in Europa gab es auch in Deutschland Streiks und Proteste der immer noch stark organisierten Arbeiterbewegung gegen die rapide Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und auch gegen den Kriegseinsatz. Der deutschen Bourgeoisie ist klar, auf wie viel Sprengstoff sie sitzt. Ein Mittel, das sie dagegen einsetzt, ist ihre durchdringende Kampagne, die Geschichte umzuschreiben. Es soll das Bewusstsein getilgt werden, dass es in der DDR trotz der bürokratischen Deformierung soziale Errungenschaften gab, von denen die Arbeiter im wieder vereinigten Deutschland nur träumen können. Die ungeheuerliche Gleichsetzung der DDR mit der Nazidiktatur ist nicht nur eine Gleichsetzung der überlebenden Opfer mit den Mördern. Das berüchtigte *Schwarzbuch des Kommunismus* von Stéphane Courtois und anderen, eine ideologische Rechtfertigung für die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter in der nachsowjetischen Welt, verbreitet die groteske Behauptung, dass der Holocaust des 20. Jahrhunderts der Kommunismus und nicht die Naziherrschaft gewesen sei (siehe auch: „Le *Livre noir du communisme:* mesonges capitalistes usés" *[Das Schwarzbuch des Kommunismus:* Große Lüge der Kapitalisten], *Spartacist* [französische Ausgabe] Nr. 32, Frühjahr 1998). Diese Große Lüge ist Ausdruck des wütenden Hasses der Bourgeoisie, besonders der deutschen Bourgeoisie von Auschwitz, die Hitler an die Macht brachte. Denn die Rote Armee zerschlug das Naziregime und in der Folge wurde auf dem Gebiet der späteren DDR und in anderen Ländern Osteuropas die Bourgeoisie selbst zum Teufel gejagt.

Die deutschen Kapitalisten wollen Hitler als eine Art Betriebsunfall darstellen und den Holocaust, die planmäßige Ermordung von sechs Millionen Juden und Millionen Roma und Sinti, Homosexuellen, Linken und Sowjetbürgern, endgültig zu den Akten legen. Kurz nachdem Schröder Regierungschef geworden war, verpflichtete er sich „zum Schutz der deutschen Unternehmen" gegen Forderungen der überlebenden Opfer des Holocaust. Gerade wurde mit großem Pomp eine Vereinbarung über die Zahlung von 10 Milliarden DM verkündet, womit die Unternehmen, die aus Zwangsarbeitern Riesenprofite herauspressten, ihre „moralische Schuld" beglichen haben sollen. Die Entwürfe darüber, wie dieses Geld verteilt werden soll, schließen den größten Teil der Überlebenden des Holocaust als Empfänger aus.

Die von der derzeitigen Regierung favorisierte „Sprachregelung" ist, dass die DDR ein „Unrechtsstaat" gewesen sei. Für die deutsche Bourgeoisie war die DDR „Unrecht", weil es dort eine vergesellschaftete Wirtschaft gab und den Kapitalisten das „Recht" verweigert wurde, die Arbeiter auszubeuten. Dies ist ein Versuch, alle proletarischen Kämpfe gegen die bürgerliche Ordnung, besonders wenn sie im Namen des Kommunismus stattfinden, zu kriminalisieren. Aus Rachsucht an der DDR-Bevölkerung wurde die Industrie der DDR nahezu vollständig zerstört. Die Arbeitslosigkeit, mit offiziell 17,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Westen *(Spiegel,* 8. November 1999), ist ein Nährboden für Faschisten und der staatlich orchestrierte Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge gibt den Nazi/Skinhead-Mörderbanden grünes Licht. Aber die kapitalistischen Medien hetzen, die „Mentalität" der ehemaligen DDR-Bürger sei verantwortlich für das Anwachsen der braunen Pest. Die Löhne betragen nach wie vor nur 60-80 Prozent dessen, was ein Arbeiter für die gleiche Arbeit im Westen bekommt. Die Hetze gegen „Ossis" ist neben dem Rassismus ein weiterer Teil der Kampagne, die Arbeiterklasse in Deutschland zu spalten.

Die Propaganda der Herrschenden behauptet die „Unvermeidbarkeit des Sieges des Kapitalismus". Aber 1989/90 stand die Frage klar: Revolution oder Konterrevolution. Die gesamte Internationale Kommunistische Liga (IKL) mobilisierte alle ihre Ressourcen, um in der DDR zu intervenieren und der sich im Herbst 1989 entwickelnden proletarisch-politischen Revolution Führung zu geben. Unser Programm war die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands - durch proletarisch-politische Revolution in der DDR, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und Arbeiterräte zu errichten, und durch soziale Revolution im Westen zum Sturz des Kapitalismus.

Dies war die „russische Frage", die definierende Frage für Revolutionäre seit 1917: die Verteidigung und Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Und die Organisationen der „Linken", die nicht für die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse kämpften - und dies waren alle

Fortgesetzt auf Seite 14

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communiât League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

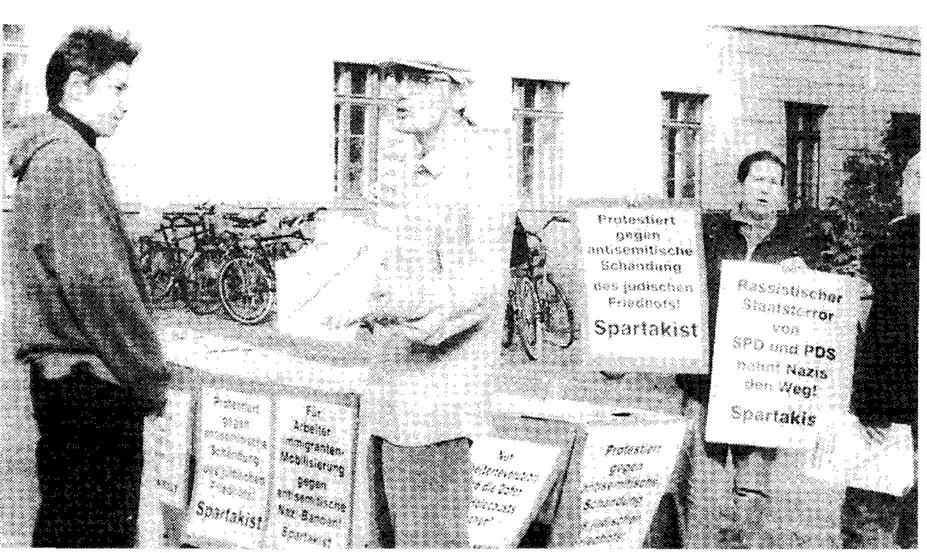
Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 138 **WINTER 1999/2000**

Protest gegen die antisemitische Schändung des jüdischen Friedhofs Weißensee

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober schändeten Nazis den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee. Sofort protestierte die Spartakist-Jugend an der Berliner Humboldt-Universität.

Viele Studenten solidarisierten sich mit unserem Protest. Es gab auch lebhafte Diskussionen, z. B. über die Rolle der PDS, die den Kapitalismus mitverwaltet. Andere berichteten uns empört, dass sich ihre Professoren über „Lärm" beschwert hatten. Kurz darauf kam die Uni-Bürokratie mit ihren Campusbullen und wollte unseren Protest verbieten! Wir protestierten lautstark gegen diesen antikommunistischen Maulkorbversuch. Dieser Skandal ist nichts Neues: die Humboldt-Universität, wo im Dritten Reich die Bücherverbrennung stattfand, verlieh nach der Konterrevolution SS-Sturmbannführer Kreile die Ehrendoktorwürde, als Dank für die antikommunistische Säuberung ehemaliger DDR-Dozenten (Spartakist *Nr. 122, März/April 1996). Unterstützt von anderen Studenten schlugen wir die Attacke der Bürokraten zurück. Nachfolgend unsere leicht gekürzte Rede vom Protest:*



Spartakist

Protest der Spartakist-Jugend an der Berliner Humboldt-Universität

Wir, die Spartakist-Jugend, verurteilen auf das Schärfste die faschistische Schändung des jüdischen Friedhofs in Weißensee und des jüdischen Mahnmals an der Putlitzbrücke. Diese Schändung entblößt die wahre Fratze des deutschen Imperialismus und geschah im Zusammenhang mit einer Welle von Antisemitismus.

Die politische Verantwortung für diese Nazi-Tat liegt beim deutschen Imperialismus, der heute von einer SPD-Regierung verwaltet wird und auch von der PDS in Kommunen und Ländern.

Der Nazi-Holocaust, die industrielle Vernichtung von 6 Millionen Juden und einer halben Million Roma und Sinti zeigt, wozu die deutsche Bourgeoisie fähig ist. Der Holocaust war nur möglich, nachdem Hitler 1933 an die Macht kam und die Arbeiterbewegung zerschlagen und atomisiert hat. Die Arbeiterklasse wollte gegen die Bourgeoisie kämpfen, aber ihre Führung ließ Hitler kampflos an die Macht kommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg tischte die Bourgeoisie die These von der Kollektivschuld auf, mit der die Opfer zu Schuldigen gemacht wurden. Heute lügt sie vom „Tod des Kommunismus". Und der SPD-Kanzler Schröder verteidigt diese Bourgeoisie von Auschwitz gegen die Forderungen der noch überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter. Und in diesem von der SPD geschaffenen Klima

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	160	168	105%
Hamburg	100	119	119%
Auf Entfernung	15	19	127%
Gesamt	**275**	**306**	111%

Abonniert jetzt!

3 Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
ü Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ____________

Adresse ____________

____

Telefon ____________

Sp 138

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/M.. BLZ 50010060

Spartakist-Protest...

Fortsetzung von Seite 3

von antisemitischer Hetze und tagtäglichem rassistischem Staatsterror sind die Nazi-Mörderbanden ermutigt, ihren Mord-Terror an Minderheiten und jüdischen Friedhöfen auszuüben.

Was *wir dringend brauchen, sind Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die antisemitischen Nazibanden zu stoppen!* Die Arbeiter sind in den Betrieben organisiert. Wenn sie streiken, stehen alle Räder still. Sie produzieren den gesamten Reichtum der Gesellschaft, aber die Früchte ihrer Arbeit werden von den kapitalistischen Profitgeiern gestohlen. Die integrierte Arbeiterbewegung hat nicht nur die Macht, das faschistische Pack zu stoppen, sie hat die Macht, die gesamte Menschheit vom Kapitalismus zu befreien, der Faschismus, Antisemitismus, Arbeitslosigkeit und imperialistische Kriege hervorbringt. *Arbeiter/Immigranten - stoppt die Nazi-Banden!*

Heute gibt es Widerstand in den Gewerkschaften und der SPD-Basis gegen die Austeritätsmaßnahmen von Schröder und Co. Wir rufen auf zum Klassenkampf gegen die kapitalistische SPD-Regierung. Ein Schlüsselbestandteil der Arbeiterklasse sind Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft. Wir kämpfen dafür, die rassistische Teilung der Arbeiterklasse zu überwinden und die Arbeiter von SPD und PDS zu brechen und für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei zu gewinnen, die ein Tribun aller Unterdrückten ist. Die Arbeiterklasse und unterdrückten Minderheiten gehen gemeinsam vorwärts oder werden getrennt zurückgeschlagen. *Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Freiheit für Ocalani Freiheit für die kurdischen Gefangenen in Berlin! Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol!*

Und diese kapitalistische SPD/Grünen-Volksfrontregierung, die Antisemitismus schürt und die Arbeiterklasse angreift, schickte nach 55 Jahren wieder Bundeswehr-Panzer in den Kettenspuren der Wehrmacht auf den Balkan. *Bundeswehr/NATOýUNO/OSZE raus aus dem Balkan! Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Nieder mit den Pogromen gegen die serbische Minderheit und Roma im Kosovo!*

Was zu dieser Flut von antisemitischen Nazi-Anschlägen und inzwischen regelmäßigen Nazi-Aufmärschen führte, ist die kapitalistische Konterrevolution 1990. Es war die PDS, die mit „Deutschland einig Vaterland" die Konterrevolution führte. Wir Trotzkisten haben die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas bedingungslos militärisch gegen kapitalistische Konterrevolution von außen und innen verteidigt. 1989/90 kämpften wir für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch eine politische Arbeiterrevolution in Ostdeutschland und für den Sturz der deutschen Bourgeoisie durch sozialistische Revolution in Westdeutschland, für ein Rotes Rätedeutschland.

Am 3. Januar 1990 initiierten wir die Anti-Nazi-Kundgebung in Berlin-Treptow, auf der 250000 gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals und für die Verteidigung von DDR und Sowjetunion demonstrierten. Auf der Tribüne gab es einen politischen Kampf zwischen den SED-PDS-Ausverkäufern und uns Trotzkisten. Wir riefen zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf! Wir warnten, dass in einem wieder vereinigten kapitalistischen Deutschland die Nazis wieder ihr Haupt erheben werden, dass es Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg bedeuten wird. Und wir hatten Recht. Die gesamte Pseudolinke hat die Konterrevolution unterstützt. Sie tragen ihren Teil der Verantwortung.

Die PDS organisiert wiederholt skandalöse „Debatten" mit Nazi-Mördern, z.B.: „Wie national muss die Linke sein?" (siehe *Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998). Wir sagen: Über Völkermord gibt es nichts zu diskutieren! Die PDS rät uns „keine rechtsextremen und neonazistischen Parteien zu wählen" und Gysi beschwört: „Nur ein gemeinsames Projekt SPD/PDS kann etwas verändern!" *(Neues Deutschland,* 13. September). Wir aber sagen: Nazis können nicht an der Wahlurne gestoppt werden! *Keine verrotteten Verbotsappelle an den kapitalistischen Staat!*

Voriges Jahr riefen wir auf: „Keine Stimme für SPD, PDS!, denn sie sind rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!" Es waren PDS und SPD in Brandenburg, die Verständnis äußerten für den antisemitischen Dreck gegen ein Heim in der Gemeinde Gollwitz, in dem 1997 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion leben sollten.

Unser Kampf ist es, das Übel des Antisemitismus an seiner Wurzel, dem Kapitalismus, zu packen und zu vernichten. Das bedeutet, einen Kampf zu führen, den deutschen Imperialismus zu zerschlagen und ein Rotes Rätedeutschland zu erkämpfen. So haben es die russischen Bolschewiki vor 72 Jahren in der Oktoberrevolution gemacht. Solche Revolutionen brauchen wir wieder, weltweit.«

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend

BERLIN

12. Januar: **Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat China gegen Imperialismus und interne Konterrevolution!**

2. Februar: **Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!**

23. Februar: **Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution!**

8. März: **Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**

Alle Veranstaltungen finden **18.30** Uhr, Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 207, Humboldt-Uni statt.

Literatur und Kontakt:
(030)4439400

HAMBURG

13. Januar: **Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!**

3. Februar: **Trotzkismus kontra Stalinismus**

24. Februar: **Wir sind die Partei der russischen Revolution!** (Ort auf Anfrage)

Alle Veranstaltungen finden **18.30** Uhr, Teestube im Pferdestall, Allendeplatz 1, Uni Hamburg statt.

Literatur und Kontakt:
(040)323644

Besucht die IKL-Webpage!

www.icl-fi.org

Trotz Aussetzung der Hinrichtung: die Gefahr bleibt bestehen

Mobilisiert die Macht der Arbeiter/Schwarzen, um Mumia zu befreien!

Am 26. Oktober erhielt Mumia Abu-Jamal einen Hinrichtungsaufschub - wegen der noch anhängigen Entscheidung eines Bundesgerichts über seine „Habeas-Corpus"-Eingabe (Haftprüfungstermin). Keiner der Millionen, die Jamal verteidigen, darf sich durch diese Neuigkeit in Sicherheit wiegen lassen und glauben, Mumia sei nun möglicherweise weniger bedroht durch Polizei und Regierungskräfte, die schon seit langem eine konzertierte Kampagne für legale Lynchjustiz gegen ihn führen.

Nachfolgend drucken wir eine Rede von Paul Cooperstein vom Partisan Défense Commutée (PDC, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung) ab, die er auf einer Siegesfeier unmittelbar nach der Anti-Klan-Demonstration am 23. Oktober gehalten hat.



Workers Vanguard

PDC-Banner am 23. Oktober. Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Schwarzen, um Mumias Freiheit zu erkämpfen, ist entgegengesetzt zum Vertrauen in die bürgerliche Demokratische Partei und die kapitalistischen Gerichte

Wir haben einen weiteren dringenden Kampf vor uns - den Kampf zur Befreiung des politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt. Zu seiner Befreiung haben wir die gleichen sozialen Kräfte zu mobilisieren, die heute den Klan in die Flucht schlugen, nämlich die multirassischen Gewerkschaften, die die Grundlage dieser Mobilisierung gebildet haben.

Vor zehn Tagen unterschrieb der Gouverneur von Pennsylvania Tom Ridge einen Befehl zur Hinrichtung Mumias am 2. Dezember. Und obwohl Mumia einen „Habeas-Corpus"-Antrag gestellt hatte, wurde der Hinrichtungsbefehl nicht aufgehoben. Sie sind entschlossen, Mumia zu töten. Wir müssen noch entschlossener sein, ihn zu befreien. Der Lynchstrick des KKK [Ku Klux Klan] ist nur die andere Seite der legalen Lynchjustiz des kapitalistischen Staates. Bei der Mobilisierung gegen den KKK müssen wir unsere Stimmen erheben und fordern: Freiheit jetzt für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Der kapitalistische Staat - bestehend aus Bullen, Gerichten, Gefängnissen und Gefängniswärtern - ist ein Instrument der kapitalistischen Herrscher, um ihre massiven Profite, ihre Klassenherrschaft durch brutale Unterdrückung und Terror gegen Arbeiter und Minderheiten zu verteidigen. Die Gefängnisse sind heutzutage überfüllt mit jungen schwarzen und hispanischen Männern und Frauen, hauptsächlich als Folge des rassistischen „Kriegs gegen Drogen". Unter ihnen sind jene, die sich für die Rechte der Arbeiterbewegung und der Schwarzen gegen dieses kapitalistische Unterdrückersystem eingesetzt haben - ehemalige Panther wie Mumia, Bergarbeiter wie Jerry Dale Löwe, MOVE-Mitglieder. Wir kämpfen für die Freiheit der Klassenkriegsgefangenen - ihr Kampf ist unser Kampf!

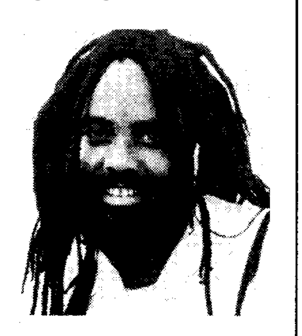
Im Zentrum dieser Maschinerie des Staatsterrors steht die rassistische Todesstrafe. In diesem Lande ist die Todesstrafe ein direktes Erbe der Sklaverei. Sie ist untrennbar

Fortgesetzt auf Seite 6

Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamais!

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:

Werner Brand
Commerzbank Berlin
Konto-Nr. 590109500
BLZ 10040000
Stichwort „Jamal"



**Keine Illusionen in die kapitalistischen Gerichte!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**



Workers Vanguard

Gewerkschafter, wie Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft, Local 100, waren Rückgrat der Anti-Klan-Mobilisierung, die.einen Geschmack der notwendigen sozialen Macht gab, um Mumia zu befreien

Mumia Abu-JamaL.

Fortsetzung von Seite 5

verbunden mit dem rassistischen Bullenterror auf den Straßen und dem außergesetzlichen Terror des KKK. Sie bedeutet die Legalisierung des KKK-Lynchstricks. Es ist kein Zufall, dass sich dem Kampf der Bullen für Mumias Tod auch die faschistische National Association for thé Advancement of White People [Nationale Vereinigung zur Förderung der Weißen] angeschlossen hat. Der Kreuzzug, um Mumia zu töten, hat das Ziel, diese Tötungsmaschinerie zu sanktionieren, die seit Januar [1999] bereits 80 Menschen das Leben genommen hat - die höchste Zahl seit 45 Jahren.

Die Tom Ridges, die Giulianis, die Clintons - und jene dort drüben in Wall Street, denen sie dienen -wollen Mumia töten, weil er ein machtvoller Sprecher für die Armen und Unterdrückten ist. In ihren Augen repräsentiert er das Schreckgespenst der schwarzen Revolution. Warum solche Besorgnis? Weil die Sache der Befreiung der Schwarzen und der Kampf gegen die zermürbende Ausbeutung der Arbeiter, wenn sie zusammengeführt werden, in dieser rassistischen kapitalistischen Gesellschaft potentiellen sozialen Sprengstoff darstellen.

Das PDC ist eine klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung. Geleitet von den Prinzipien der frühen International Labor Défense [Internationale Rote Hilfe], stehen wir im Kampf gegen Ausbeuter und Unterdrücker bedingungslos auf der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Wir setzen unser *ganzes* Vertrauen in die Macht der Massen und *überhaupt keines* in die Gerechtigkeit der Gerichte.

Es gibt da einige, die tödliche Illusionen in die Gerichte verbreiten, welche Mumia zum Tode verurteilt haben, und die die Forderung nach einem neuen Prozess für Jamal erheben. Unter ihnen ist AI Sharpton, der auch seinen Einfluss geltend machte für den Versuch, sicherzustellen, dass der Klan hier für rassistischen Terror marschieren kann. Gerechtigkeit in den Gerichten? In denselben Gerichten, die die Rechte des Klans schützten, gleichzeitig aber denen, die die KKK-Killer stoppen wollten, die Erlaubnis zum Aufstellen einer Lautsprecheranlage verweigerten? Was die Gerichte, Stringer, die New York Civil Liberties Union beabsichtigten, war uns - die Massen dieser Stadt, die die vom Klan ausersehenen Opfer sind - daran zu hindern, auf die Straße zu gehen.

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die für das Dred-Scott-Urteil verantwortlich sind, das besagt, dass Schwarze keine Rechte haben, die ein Weißer zu respektieren hat, in den Gerichten, die die Rassentrennung („abgesondert aber gleichberechtigt") zum Gesetz des Landes machten?

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die feststellten, es sei irrelevant, dass die Todesstrafe rassistisch ist, die es für nicht verfassungswidrig erklärten, einen Unschuldigen hinzurichten?

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die die Hinrichtung der Haymarket-Märtyrer, von Sacco und Vanzetti und der Rosenbergs anordneten - die die rassistischen Bullen, die Mörder von Eleanor Bumpurs, Michael Stewart, Anthony Baez, Amadou Diallo, Gidone Busch, auf freien Fuß setzten, damit sie weiterhin ihren Opfern nachstellen können?

Kann Mumia einen fairen Prozess bekommen in den Gerichten, die das auf Sklavenarbeit abzielende Taylor-Gesetz durchsetzen? Verdammt noch mal, nein!

Wir sagen: Freiheit für Mumia! Das bedeutet, jetzt mobil zu machen, gestützt auf die Macht der multirassischen Arbeiterklasse, der Arbeiter, die die Züge am Laufen halten, die die Autos bauen, die die Lastzüge fahren, die Rohre verlegen, die den Müll beseitigen, die den gesamten Reichtum dieser Gesellschaft erschaffen. Die Arbeiter können, indem sie ihre Arbeitskraft verweigern, diese Stadt, Philly [Philadelphia] und andere .Städte kurzerhand dichtmachen und dieser rassistischen Tötungsmaschine das Lebensblut entziehen: kapitalistische Profite.

Um die Freiheit der Klassenkriegsgefangenen zu erreichen, um dieser rassistischen Tötungsmaschine der Lynchstricke, der Gaskammern und der tödlichen Injektionen ein Ende zu bereiten, müssen wir dieses rassistische kapitalistische System ein für alle Mal loswerden - durch sozialistische Arbeiterrevolution. Freiheit für Mumia!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 722, 29. Oktober 1999*

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Weg mit dem reaktionären Ladenschlussgesetz!

Seit einem Jahr herrscht die SPD wieder für den deutschen Imperialismus. Sie führte den imperialistischen Krieg gegen Serbien, erließ das rassistische Staatsbürgerschaftsgesetz und arbeitet intensiv daran, der deutschen Bourgeoisie immer höhere Profite aus der Arbeiterklasse durch Lohnkürzungen herauszupressen. Wir sind für Klassenkampf gegen die Angriffe der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung. Was der Organisierung dieses Kampfes aber im Weg steht, ist die prokapitalistische Bürokratie der Gewerkschaften, die engstens mit SPD und PDS verbunden ist und ein Hindernis im Kampf des Proletariats für seine eigenen Interessen darstellt.

Im Juli 1999 führten Zehntausende Kaufhaus-Beschäftigte Warnstreiks durch, um sechs Prozent Lohnerhöhung zu erkämpfen. Doch die Arbeiter im Handel, von denen über 70 Prozent Frauen sind, wurden von der HBV-Bürokratie verraten und für eine reaktionäre Kampagne mobilisiert, das Ladenschlussgesetz zu verteidigen. Die Lohnerhöhung beträgt nur drei Prozent. Doch schlimmer noch: Die Berliner HBV-Führung stimmte in den Tarifverhandlungen der Schaffung einer weiteren Billiglohngruppe zu, da es sich „nur" um Raumpflegerinnen, Reinigungspersonal und Spülhilfen handeln würde, „die sowohl die Waren- und Kaufhäuser als auch die Filialbetriebe längst ausgegliedert haben" (*Ausblick*, September 1999). Besonders für diese Arbeiterinnen, die oft ausländischer Herkunft oder Immigrantinnen der zweiten und dritten Generation sind, ist die rassistische HBV-Führung nicht bereit, einen Kampf zu führen, womit sie den Kampf aller im Handel Beschäftigten weiter torpediert!

Mehrklassenlohnsysteme stellen einen Teil der Belegschaft gegen den anderen, treiben die Ausbeutung von Frauen, Immigranten und Jugendlichen weiter voran und gefährden die Jobs der Älteren. So wurden schon Tausende gewerkschaftlich organisierte Jobs durch Zeitverträge und 630-Mark-Jobs zerstört, wodurch Niedriglöhne ohne soziale Absicherung weiter durchgepeitscht werden. Das neue 630-Mark-Gesetz der SPD verschärft die Ausbeutung derer, die unter einem immensen ökonomischen Druck oft mehrere dieser knochenbrecherischen Jobs annehmen müssen, noch weiter und ist ein zentraler Bestandteil der Angriffe auf das gesamte Sozialsystem.

Dringend notwendig ist die Organisierung *aller* Unorganisierten, sind Klassenkampfaktionen wie Streiks, um Festeinstellungen, Sozialleistungen, höchstmögliche Schichtzuschläge und Schutz für alle im Handel Arbeitenden durchzusetzen! Weg mit den Billiglohngruppen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen Arbeitslosigkeit durch einen Kampf für eine Verkürzung der Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich! Für kostenlose, qualifizierte Kindereinrichtungen rund um die Uhr, um Frauen mit Kindern die Arbeit zu ermöglichen.

Doch die sozialdemokratische Führung der HBV kanalisierte die Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihre Ausbeuter in eine Verteidigung des reaktionären Ladenschlussgesetzes, indem sie die Schuld für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Entlassung von 10 000 allein in Berlin auf die Verlängerung der Öffnungszeiten schiebt. Doch das Ladenschlussgesetz regelt nicht *Arbeits-*, sondern Öffnungszeiten. Wie Gesetze über Ehe oder Abtreibung maßregelt es das Privatleben der Arbeiterinnen und Arbeiter. In den 20er-Jahren forderten Gewerkschaften längere Öffnungszeiten in Verbindung mit kürzeren Arbeitszeiten - ein Kampf, der heute genauso notwendig ist, um dem Stress an Abenden und Wochenenden, der sowohl Verkäuferinnen als auch Einkäufer gesundheitlich zermürbt, zu entgehen.



Christian von Polentz

Proteste 1999: HBV-Bürokratie verrät Interessen der Arbeiterinnen, kanalisiert Wut in reaktionäre Kampagne für Ladenschlussgesetz

Wir sind gegen jede Festlegung von Ladenöffnungszeiten, denn beschränkte Öffnungszeiten *unterdrücken* in erster Linie arbeitende Frauen, die im Kapitalismus den Löwenanteil der Hausarbeit tragen. Nach einer Schicht von acht und mehr Stunden erledigen sie noch den Einkauf für den Haushalt, holen die Kinder vom Kindergarten ab, kümmern sich um die Hausaufgaben, kochen für die Familie. So arbeiten sie bis zu 16 Stunden am Tag. Das „freie" Wochenende verschlingen die. Wäsche und der Haushaltsputz.

Die PDS erklärte zum Ladenschluss im Bundestag: „Eine weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten lehnt die PDS-Bundestagsfraktion entschieden ab. Die Sonntagsruhe ist ein bewahrenswertes kulturelles Gut. Offene Läden am Sonntag führen nur dazu, daß die Inhaber kleiner Läden sich und ihre Familien bis zur Erschöpfung selbst ausbeuten" und fordert von der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung: „Die Bundesregierung sollte den Mut haben,

Fortgesetzt auf Seite 8

Ladenschluss...

Fortsetzung von Seite 7

beim Ladenschluß den bis 1996 gültigen Rechtszustand wiederherzustellen" (Erklärung der PDS-Fraktion im Bundestag vom 7. August 1999). Also zurück zu geschlossenen Läden ab 18 Uhr und samstags ab 14 Uhr. Entlang dieser Linie lief die groteske „Am Wochenende gehört Mama der Familie"-Kampagne der HBV in Berlin im September und Oktober, bei der Familienfeste und Kundgebungen *für das Ladenschlussgesetz* organisiert wurden.

PDS und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie kämpfen nicht für die Befreiung der Frau vom Joch ihrer doppelten Unterdrückung als Lohn- und Haussklavin, sondern für das Gefängnis der Familie, in der Frauen zu Kinder, Küche, Kirche gedrängt werden. In der Tat gibt es eine „Heilige Allianz" vom Papst und evangelischen Pfaffen bis zur vorgeblichen Linken, die den Sonntag „nicht dem Kommerz opfern" wollen. Wir kämpfen für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die Arbeiterklasse systematisch für die proletarische Revolution mobilisiert, um Kapitalismus und Frauenunterdrückung ein für alle Mal zu beseitigen. Um erfolgreich die Interessen der Arbeiterinnen im Handel zu erkämpfen, muss die Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiter an das kapitalistische System kettet, durch eine revolutionäre Gewerkschaftsführung ersetzt werden.

Die Familie: Hort der Frauenunterdrückung im Kapitalismus

Die „Familienwerte", die die HBV-Führung propagiert, basieren auf Religion und Keuschheit. Sie sind eine konservative Ideologie. Sie bevormunden die Bevölkerung, um bürgerliches „Gesetz und Ordnung" aufrechtzuerhalten. Sie sollen die Familie rechtfertigen und stärken. Die Familie wiederum ist eine Hauptstütze der kapitalistischen Gesellschaft, oder wie Engels es in *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* erklärte: „Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offne oder verhüllte Haussklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt."

Für die Bourgeoisie ist die Familie unerlässlich, um ihr Privateigentum an Produktionsmitteln von einer Generation zur nächsten durch „legitime" Nachfolger zu vererben. Das Proletariat besitzt kein Eigentum an Produktionsmitteln, aber es soll die nächste Generation von Arbeitern produzieren, die von der Bourgeoisie als Lohnsklaven für kapitalistische Ausbeutung und als Kanonenfutter für imperialistische Kriege benutzt werden. Die Arbeiterfamilie soll sich dann um die Jungen und Alten kümmern und alle Sozialleistungen tragen, die die Kapitalisten nicht bezahlen wollen. Die Verteidigung von reaktionären Familienwerten durch die Gewerkschaftsbürokratie und ihre pseudolinken Anhängsel ergibt sich zwangsläufig aus deren Verteidigung des Kapitalismus, ihrer Opposition zur sozialistischen Revolution.

RSB: „Ladenschluss wie bisher!"

Pseudolinke Organisationen wie MLPD, DKP, Voran oder Linksruck sind gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten. Auch der rechtszentristische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) verteidigt das Ladenschlussgesetz in *Avanti* (September 1999). Auf der Titelseite fordert er: „Ladenschluss wie bisher!" Der RSB ist eine Fallstudie, wie die Pseudolinke der sozialdemokratischen HBV-Bürokratie nachtrabt. Diese mobilisiert Arbeiter hinter einem reaktionären Gesetz, als ob das die Lösung ihrer durch die Angriffe der Kapitalisten entstandenen Probleme sei. Damit ordnet sie die Unabhängigkeit der Arbeiter dem Staat derselben Kapitalisten unter.

Der RSB fordert „Aktionskomitees, die den Zugang zu den Kaufhäusern vollstopfen", und: „Lassen wir den Egoisten keinen Freiraum und vor allem dem Kapital keinen weiteren Zugriff auf das Wochenende." Nicht von Streikposten, also Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, ist die Rede, sondern von Mobilisierungen *gegen* Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Möglichkeit nutzen wollen, an ihren arbeitsfreien Tagen einkaufen zu gehen. Der RSB stimmt auch in den Familienchor der HBV, der Kirche und der PDS, zu deren Wahl er 1998 aufrief, ein: „Versetzte Arbeitszeiten haben allgemein die Folge, daß immer mehr Menschen von gemeinsamen geplanten Veranstaltungen, familiären oder gesellschaftlichen Ereignissen ausgeschlossen sind."

PDS-geführte Konterrevolution trampelt auf Frauen herum

Die von der PDS geführte kapitalistische Konterrevolution 1990 erniedrigte besonders in Ostdeutschland die Frauen. Der RSB, wie die gesamte Pseudolinke, hat die Konterrevolution unterstützt. Sie tragen ihren Teil der Verantwortung für die katastrophale Verschlechterung, die Frauen erlitten. So wurde die Fristenlösung, die Frauen das Recht auf Abtreibung bis zum dritten Monat gab, zurückgenommen. Pfaffen aller Art entwürdigen Frauen in Zwangsberatungen, durch die sie von Abtreibungen abgehalten werden sollen. Wir kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch und für die Trennung von Kirche und Staat! Noch gravierender ist die Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsleben. 90 Prozent der Frauen in der DDR hatten feste Arbeit und viele arbeiteten in Industrien, die heute ausschließlich Männerberufe sind. In der DDR waren Frauen nicht abhängig von ihren Ehemännern, was durch kostenlose Kinderbetreuung, großzügige Freistellungen, um kranke Kinder zu versorgen, und ausgedehnten bezahlten Mutterschaftsurlaube ermöglicht wurde. Heute ist Kinderbetreuung eine Frage teurer Bezahlung. Wer sie sich nicht leisten kann, muss zu Hause bleiben.

Die Planwirtschaft legte die Grundlage für weitgehende Schritte zur Befreiung der Frau. Wie wir in „Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf Frauen herum" *(Spartakist* Nrn. 104/105, Juni und Juli 1993) schrieben: „Das übergeordnete Ziel einer kollektivierten Wirtschaft ist es, das Gesamtproduktionsvolumen zu maximieren *(nicht* die Profitabilität einer individuellen Firma) und deshalb auch die Beschäftigung sowohl von Männern als auch von Frauen."

Die Frauen in dem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR waren aber immer noch weit davon entfernt gewesen, eine vollständige Emanzipation zu erlangen. So gab es schon auf rein ökonomischer Ebene keine volle Gleichstellung: Im Jahr 1988 betrug das durchschnittliche

Fortgesetzt auf Seite 13

Verteidigt die tschetschenische Unabhängigkeit!

Für die Niederlage der russischen Invasion Tschetscheniens!

Der folgende Artikel wurde zuerst in Workers Vanguard *Nr. 724 vom 26. November 1999 veröffentlicht, der vierzehntägig erscheinenden Zeitung unserer amerikanischen Sektion, der Spartacist League/U.S.*

Mehr als 200000 tschetschenische Männer, Frauen und Kinder sind bereits aus ihren Häusern vertrieben worden, viele sind bei Minusgraden ohne ausreichende Nahrung oder Unterkunft im Niemandsland an der Grenze gestrandet, während die neuen kapitalistischen Herrscher von Russland abermals Krieg gegen Tschetschenien führen und ihren Massenterror verbreiten. Seit Wochen wird die bela-

WORKERS VANGUARD

gerte Hauptstadt Grosny fortlaufend bombardiert, bei einem Raketenangriff auf den Zentralmarkt am 21. Oktober wurden etwa 140 Menschen getötet. Mittlerweile haben die russischen Truppen die zweitgrößte Stadt Tschetscheniens, Gudermes, überrannt und besetzt. Der russische Präsident Jelzin und das Oberkommando der Streitkräfte wollen Rache nehmen für ihre schmähliche Niederlage im Tschetschenienkrieg 1994-96, der de facto zur Unabhängigkeit dieser traditionell islamischen Region im Nordkaukasus führte. In der Sprache des Nazi-Holocaust erklärte der russische General Leonid Iwaschow: „Es sollte eine Endlösung des Tschetschenienproblems geben" *(Moscow Times,* 25. September).

Gleichzeitig wurde in Moskau und anderen russischen Städten eine mörderische Pogromhetze nicht nur gegen Tschetschenen entfacht, sondern gegen alle dunkelhäutigen Menschen aus dem Kaukasus und Zentralasien. Die Parole „Tötet die Schwarzen" ist in ganz Moskau auf Mauern gepinselt. „Diese Leute werden mit Sicherheit vernichtet", erklärte Jelzins gegenwärtiger oberster Henkersknecht, Ministerpräsident Wladimir Putin, als er seine ..Operation Wirbelwind" gegen die Tschetschenen ankündigte.

Hinter der chauvinistischen Hysterie steckt die Geldgier von Russlands neuen Kapitalisten. Die zentrale Pipeline, die von den reichen Ölfeldern im und am Kaspischen Meer ausgeht, verläuft durch die abtrünnige kaukasische Republik. Allgemein gesagt: Jelzins Russland ist entschlossen, seine imperialistischen Appetite im „nahen Ausland" durchzusetzen - in den früheren Sowjetrepubliken des Kaukasus und Zentralasiens, die Teil der multinationalen UdSSR vor dem konterrevolutionären Auseinanderbrechen 1991/92 waren.

In einem ekelhaften Schauspiel von Heuchelei kritisieren die USA und die anderen westlichen Mächte die russische Brutalität im Kaukasus und äußern „humanitäre" Bedenken über das Vorgehen gegen die Tschetschenen - haben sie doch selbst nur wenige Monate zuvor Serbien in ein vorindustrielles Zeitalter zurückgebombt, wobei sie bewusst Brücken, Eisenbahnen und Fabriken ins Visier nahmen. Aber hier ist mehr als Heuchelei am Werk: Der US-Imperialismus hat strategische Interessen in dieser ölreichen Region. Gerade als Clinton und andere westliche Führer Jelzin am 18. November auf einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wegen seiner Behandlung der Tschetschenen tadelten, schlössen die USA ein Abkommen mit Georgien, Aserbeidschan, Kasachstan und der Türkei für eine neue Erdölpipeline, die nicht durch russisches Territorium laufen würde. Die *New York Times* (19. November) berichtete: „Die wesentliche Bedeutung lag darin, die neuen Nationen am Kaspischen Meer, die noch vor einem Jahrzehnt Bestandteil der Sowjetunion gewesen sind, von Russland wegzuziehen und den Vereinigten Staaten grösseren Einfluss in der Region zu verschaffen."

Insbesondere nach dem US/NATO-Krieg gegen Serbien im letzten Frühjahr, als Moskau beobachtete, wie Washington auf arrogante Weise seine weltweite Dominanz als „Supermacht" durchsetzte, sind die russischen Herrscher mehr denn je darauf erpicht, jeden Quadratkilometer

Fortgesetzt auf Seite 10



Reuters

Russische Panzerkolonnen rollen auf die tschetschenische Hauptstadt Grosny zu. Terrorbombardierung vertrieb bis heute mehr als 200 000 Tschetschenen aus ihren Häusern

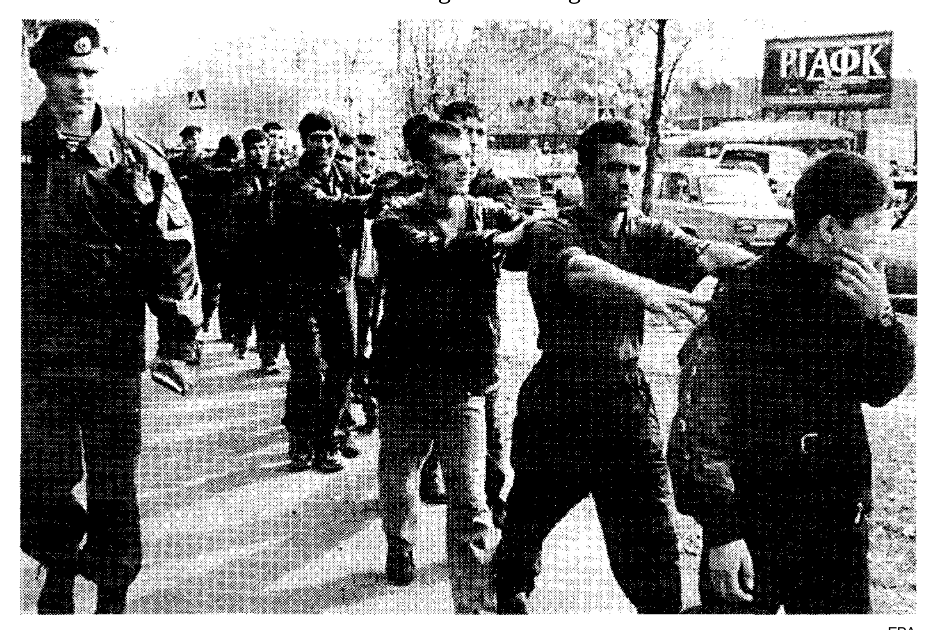
Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 9

„ihres" Territoriums zu halten. Als sie Ende September mit der Bombardierung Tschetscheniens begannen, verwiesen sie auf den Luftkrieg der NATO gegen Serbien als Präzedenzfall und Modell für ihre Aktionen.

Die Ambitionen des nachsowjetischen Russlands, eine imperialistische Macht zu sein, werden allerdings durch den tief gehend wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch durchkreuzt, den die kapitalistische Konterrevolution verursacht hat. Die Zentralregierung verfügt über wenig Autorität und die regionalen politischen Bosse handeln als Mächte im eigenen Namen. Nach Jahren der Korruption, wo die Truppen sich abstrampeln, um nicht verhungern zu müssen, ist die russische Armee dermaßen demoralisiert, dass einige Offiziere dabei entdeckt wurden, wie sie wehrpflichtige Soldaten als Zwangsarbeiter und sogar in die direkte Sklaverei verkauften *(Kommersant, 2.* September). Jetzt versucht die Armee, durch einen Eroberungskrieg im Kaukasus ihre Autorität wieder zu behaupten.

Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte bis zum Schluss, um die Errungenschaften der bolschewistischen Revolution von 1917 gegen die Restauration des Kapitalismus zu verteidigen. Wir warnten, dass die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa die US-imperialistischen Schlächter ermutigen würde und zur wirtschaftlichen Verwüstung und blutigen bruder-



EPA

in pogromartigen Angriffen gegen Kaukasier und Einwohner aus Zentralasien wurden dunkelhäutige Menschen in Moskau zu Zehntausenden zusammengetrieben und deportiert

mörderischen Schlächterei innerhalb der ehemaligen bürokratisch degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten führt. Heute kämpfen die Massen Osteuropas und der früheren UdSSR ums nackte Überleben, gleichzeitig ist die wirtschaftliche Katastrophe ein fruchtbarer Boden für die Verbreitung aller Arten von reaktionärem, rassistischem Gift.

Als die russische Armee Ende 1994 in Tschetschenien einmarschierte, sagten wir in einer Erklärung der IKL: „Zerschlagt Jelzins Invasion von Tschetschenien!" *(Spartakist* Nr. 117, März/April 1995). Wir schrieben:

> „Die Internationale Kommunistische Liga steht für die *Niederlage der russischen Invasionstruppen,* deren Versuch, die Tschetschenen zu unterwerfen, diesem kaukasischen Volk nur Massenterror bringen kann. Darüber hinaus schwächt der tschetschenische Widerstand ernsthaft das diktatorische Regime des Möchtegern-Zaren Jelzin, und dies schafft eine potentiell günstige Gelegenheit für die Werktätigen Rußlands aller Nationalitäten, sich gegen die ökonomische Verwüstung zu verteidigen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat."

Heute rufen wir gleichermassen zur militärischen Verteidigung Tschetscheniens gegen Jelzins Russland auf, ohne den bürgerlich-nationalistischen und islamischen Kräften Tschetscheniens auch nur ein Jota an politischer Unterstützung zu geben. *Für die Niederlage der russischen Invasion - Verteidigt Tschetscheniens Unabhängigkeit! Nieder mit dem Pogromterror gegen die kaukasischen und zentralasiatischen Völker in Russland! Für vereinigte Aktion der Arbeiterklasse gegen Jelzins Regime der kapitalistischen Verelendung und des grossrussischen Chauvinismus! Für proletarische sozialistische Revolutionen in den Ländern der früheren Sowjetunion!*

Russische Herrscher schüren anti-tschetschenische Hysterie

Trotz seiner erdrückenden Überlegenheit an Truppen und Bewaffnung wurde das russische Militär 1994-96 durch den erbitterten tschetschenischen Widerstand besiegt. Junge russische Wehrpflichtige, ausgehungert und in den Schützengräben halb erfroren, wurden in den Kämpfen dieses dreckigen Kolonialkrieges schnell demoralisiert. Sie wurden von Offizieren geführt, die oft ebenso korrupt wie brutal waren. Die tschetschenischen Truppen verbesserten ihre Feuerkraft, indem sie Waffen erbeuteten und in einigen Fällen der russischen Armee abkauften.

Als der Krieg Mitte 1996 mit einer Verhandlungslösung endete, waren etwa 70 000 Zivilisten und bis zu 3000 tschetschenische Kämpfer getötet worden. Hunderttausende flüchteten aus der Region, darunter viele ethnische Russen, deren Wohnungen von der russischen Armee zerstört worden waren. Auf der anderen Seite wurden 6000 russische Soldaten in Leichensäcken nach Hause geschickt und weitere 20000 verwundet.

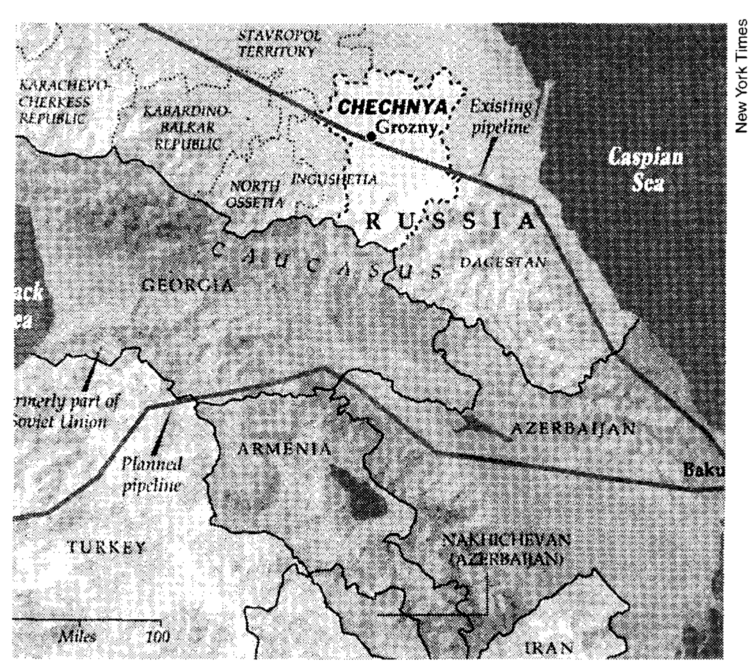
Die imperialistischen Medien beschreiben Tschetschenien und andere historisch islamische Regionen der früheren Sowjetunion als Gebiete, die stets unter der Knute eines „Sowjetimperialismus" gestanden hätten. Tatsächlich erreichten die Völker des Kaukasus und Zentralasiens unter sowjetischer Herrschaft trotz der Misswirtschaft und des russischen Nationalismus der stalinistischen Kreml-Bürokratie einen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, der sich buchstäblich nach Jahrhunderten bemisst. In einem informativen Artikel über Tschetschenien in der *New Left Review* (September/Oktober 1999), der kurz vor der jüngsten russischen Invasion geschrieben wurde, erklärt Georgi M. Derluguian: „In den sechziger Jahren wurden das sowjetische Zentralasien und der Kaukasus gemeinhin als Paradebeispiel der Modernisierung beschrieben, und das war keine bloße propagandistische Schutzbehauptung."

Es war der konterrevolutionäre Zusammenbruch der Sowjetunion, der die separatistischen Bewegungen in der Region antrieb. Derluguian bemerkt:

> „Tschetscheniens Ölvorkommen waren seit den späten siebziger Jahren nahezu ausgeschöpft. Seine verrostenden Industrieparks, dje altersschwache Infrastruktur und die überlasteten sozialen Dienste wurden durch den allgemeinen Bankrott der sowjetischen Wirtschaft fast

lahm gelegt, selbst vor der Verwüstung durch den Krieg 1994-96."

Als die UdSSR noch bestand, fanden viele Tschetschenen Arbeit in den Industriezentren der Sowjetunion, die an einem chronischen Arbeitskräftemangel litten. Aber „der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft schloss dieses Ventil". Kleinhändler verwandelten Tschetschenien dann zu einer - wie Moskauer Beamte es nannten - „kriminellen Freihandelszone" für den Handel mit Ländern des Nahen Ostens. Nach seiner Niederlage 1996 unternahm Russland Schritte, um diesen Handel zu unterbinden und damit Tschetschenien in die Knie zu zwingen.



New York Times

Kapitalistische Rivalitäten über die riesigen kaspischen 01-reserven: russisch kontrollierte Pipeline verläuft durch Tschetschenien; Washington handelte ein Geschäft aus für eine alternative Route durch die Türkei

Mit dem Abzug seiner Streitkräfte akzeptierte Moskau implizit den Anspruch Tschetscheniens auf Unabhängigkeit. Allerdings wurde vereinbart, dass der formale Status des Landes für fünf Jahre unbestimmt bleiben sollte. Das Ende des Krieges wurde zwar von der Masse des russischen Volkes begrüsst, doch das militärische Oberkommando, die Sicherheitskräfte und andere so genannte „Machtministerien" in Moskau warteten ab und bereiteten sich darauf vor, ihre schmähliche Niederlage durch die Tschetschenen zu rächen und Moskaus Herrschaft im Kaukasus zu behaupten. Einige russische Generäle drohen jetzt angeblich mit einem Putsch, falls Jelzin/Putin in Reaktion auf den diplomatischen Druck aus dem Westen ein Abkommen mit den tschetschenischen Führern schliessen sollten.

Die Verwüstung Tschetscheniens durch die russische Invasion richtete den letzten Rest an Autorität zugrunde, den die Zentralregierung in Grosny noch besaß. Die „Zerstörung der aus der sowjetischen Vergangenheit übernommenen modernen Institutionen" und die „brutalisierende Wirkung" des Krieges, wie Derluguian es ausdrückt, zwang die Bevölkerung, „die Gunst und den Schutz verschiedener Kriegsherren zu suchen". Die Region wurde von rivalisierenden Guerilla-Gruppen heimgesucht, die gewöhnlich auf Clan-Loyalitäten beruhen und tschetschenischen Nationalismus und islamischen Fundamentalismus hochhalten. Der wachsende Einfluss des Islam war ein vernichtender Schlag für viele Tschetschenen, „deren hart errungener sozialer Status, deren Ausbildung, Lebensstil und Erwartungen - die sich alle in der modernen städtischen Umgebung entwickelten - an Wert verloren oder schlicht nutzlos wurden".

Im vergangenen August unternahm eine Gruppe unter Schamil Bassajew, einem Kriegsführer von 1994-96, der bei den tschetschenischen Präsidentschaftswahlen 1997 ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigen konnte, einen Überfall auf das benachbarte Dagestan, das Teil der Russischen Föderation ist. Sein erklärtes Ziel war es, einen islamischen Staat zu errichten. Bassajews fundamentalistisches Abenteuer fand wenig Unterstützung in Dagestan, wo weit mehr verschiedene Völkerschaften leben als in Tschetschenien - darunter ein beachtlicher slawischer Bevölkerungsanteil -, und das von Moskaus wirtschaftlicher Unterstützung abhängt. Ein prominenter dagestanischer Intellektueller, Nabi Abdullaew, erklärte: „Das Letzte, was sich die Dagestanis wünschen, ist, von Tschetschenien regiert zu werden" (*Financial Times* [London], 20. September). Nach einigen Wochen harten Kampfes zogen sich Bassajews Guerillas aus Dagestan zurück.

Etwa zur gleichen Zeit wurden Moskau und andere russische Städte von einer Serie von Explosionen in Einkaufszentren und Appartmenthochhäusern erschüttert, die über 300 Menschen tötete. Die russischen Behörden behaupteten natürlich - ohne dies irgendwie belegen zu können -, dass tschetschenische „Terroristen" für diese Gräueltaten verantwortlich seien. Bassajew dementierte energisch auch nur die geringste Beteiligung. Der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow sowie auch eine Reihe politischer Figuren in Russland - darunter der frühere russische Bewerber um die Präsidentschaft, Alexander Lebed - behaupteten, dass die Bombenanschläge das Werk russischer Sicherheitskräfte seien.

Wer auch immer hinter diesen wahllosen terroristischen Angriffen steckt: Es steht fest, dass die Bombenattentate von Russlands Herrschern dazu benutzt wurden, rassistische Pogrome gegen dunkelhäutige Menschen aus dem

Fortgesetzt auf Seite 12


Souza/Chicago Tribüne

Kosovo: US/NATO-Kriegsterror gegen Serbien zerstörte Pec im letzten Frühjahr. IKL fordert heute: Nieder mit imperialistischer Besetzung des Kosovo! US/UN/OSZE/Bundeswehr - raus aus dem Balkan!

Tschetschenien...

Fortsetzung von Seite 11

Kaukasus und Zentralasien zu organisieren und einen neuen Krieg gegen Tschetschenien zu führen. Der Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow, der danach trachtet, Jelzins Nachfolge als Präsident anzutreten, ordnete die „Neu-Registrierung" aller Einwohner ohne dauerhafte Aufenthaltserlaubnis an. Während die Polizei Massenverhaftungen vornahm, wurden russische Bürger aufgefordert, Bürgerwehren zu bilden, um nach „verdächtigen" Menschen Ausschau zu halten. Stark bewaffnete Polizeieinheiten auf den Straßen und in den U-Bahn-Stationen jagen und terrorisieren jeden, der kaukasisch oder zentralasiatisch aussieht; viele andere wurden verprügelt oder erstochen, während gleichzeitig Zehntausende aus der russischen Hauptstadt deportiert werden sollen. 1993 organisierte Luschkow ein ähnliches Pogrom, als innerhalb einer Woche mehr als 13000 Menschen aus Moskau vertrieben wurden.

Nieder mit dem großrussischen Chauvinismus!

Unter dem Vorwand, von Maschadow die Unterdrückung tschetschenischer „Terroristen" zu fordern, begann Moskau Ende September mit Luftangriffen auf ganz Tschetschenien. Etwa eine Woche später signalisierte das Jelzin-Regime seine klare Absicht, Tschetschenien zu erobern und zu unterjochen, indem es eine Hand voll willfähriger, in Moskau ansässiger tschetschenischer Politiker zur „einzig legitimen Autorität" in der kaukasischen Republik erklärte. Eine Invasionsstreitmacht von 30000 Soldaten besetzte die nördliche Ebene Tschetscheniens, überschritt dann den Fluss Terek, kreiste Grosny ein und bombardierte die Stadt. Der frühere russische Ministerpräsident Sergej Stepaschin, der bei der Anleitung der vorigen Invasion Tschetscheniens eine Schlüsselrolle spielte, warnt jetzt: „Um diesen Krieg zu gewinnen, muss man die gesamte männliche Bevölkerung Tschetscheniens vernichten" *(Moscow Times,* 4. November). In ihrer jetzigen verzweifelten Stimmung könnten die russischen Militärbefehlshaber ein ganzes Stück weiter gehen als bisher und ein wirklich völkermörderisches Massaker am tschetschenischen Volk verüben.

Jetzt gibt es mehr als 100000 russische Soldaten in Tschetschenien und Umgebung und der militärische Aufmarsch geht weiter. Selbst den notorisch zu niedrigen Verlustangaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge wurden bereits 600 russische Soldaten getötet oder verwundet. Maschadow, ein früherer Leutnant in der sowjetischen Armee und 1994-96 ein Oberbefehlshaber der tschetschenischen Streitkräfte, gelobte: „Wir werden unser Land schützen und Russland wird vernichtet werden, wenn es einmarschiert, um es zu besetzen." Gleichzeitig appellierte Maschadow an Moskau, Verhandlungen aufzunehmen, während er sich im selben Augenblick um ein von den westlichen imperialistischen Mächten ausgehandeltes Abkommen bemüht, das „Friedenstruppen unter der Ägide der internationalen Gemeinschaft" *(Kommersant, 5.* Oktober) einschließt.

Seit dem vorigen tschetschenischen Krieg haben sich die Spannungen zwischen Washington und Moskau enorm verschärft - was beim Krieg gegen Jugoslawien und bei der Aufregung der USA über die Korruption im russischen Bankensystem zum Ausdruck kam -, sowie auch das Ausmass und die Intensität des antiwestlichen russischen Nationalismus. 1994-96 unterstützten die USA im Namen der Aufrechterhaltung der „territorialen Integrität" offen Jelzins Invasion in Tschetschenien. US-Präsident Clinton verglich groteskerweise den Zaren Boris gar mit Abraham Lincoln, der die Nordstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg gegen die sezessionistischen Sklaventreiber der Südstaaten angeführt hat. Heute rechnen die USA mit dem NATO-Partner Türkei, statt mit Russland, als Regionalpolizist zum Schutz ihrer Interessen in den kaukasischen Ölfeldern. Die herrschenden Kreise in den USA und auch in Westeuropa sind besorgt, dass das jüngste Tschetschenien-Abenteuer des Kremls die gesamte kaukasische Region destabilisiert.

Der diplomatische Druck aus Washington und den europäischen NATO-Hauptstädten gießt gewissermaßen noch Öl auf die Wogen der russischen nationalistischen Demagogie, die jetzt die traditionelle russische chauvinistische Unterdrückung der kaukasischen Völker mit einer scheinbar aufsässigen Haltung gegenüber der weltweiten Vorherrschaft der USA verbindet. 1994-96 wurde der Krieg gegen Tschetschenien von einer Formation von Jelzin-Gegnern unter den neuen kapitalistischen Ausbeutern Russlands scharf kritisiert, vor allem von den pro-westlichen Verfechtern der „freien Marktwirtschaft". Aber heute marschieren die „Demokraten" der Jabloko-Partei gewöhnlich im Gleichschritt mit der Jelzin-Bande und den schrill antiwestlichen Nationalisten der „,rot'-braunen Koalition". Auf die westlichen Kritiker des Tschetschenien-Abenteuers abzielend, rief der Jabloko-Pressesprecher aus: „Es gab eine Aggression gegen Russland, und Russland beantwortet diese Aggression."

Erwartungsgemäß in der vordersten Front der rassistischen Kampagne gegen Tschetschenen steht die so genannte „,rot'-braune Koalition" in Russland, ein Block früherer stalinistischer „Patrioten" und traditioneller slawophiler Nationalisten und Faschisten. Der prominenteste Bestandteil dieses Blocks ist Gennadi Sjuganows grotesk falsch benannte Kommunistische Partei - Russische Föderation (KPRF), eine durch und durch bürgerlich-nationalistische Partei, die großrussischen Chauvinismus feilbietet. 1996 bildete die KPRF die Speerspitze der chauvinistischen Opposition gegen das Abkommen, das damals den Tschetschenienkrieg beendete. In diesem Jahr organisierten die KPRF und ihre Verbündeten in St. Petersburg (dem früheren Leningrad) eine Demonstration unter Losungen wie „Tschetschenen - raus aus Leningrad!" und „Säubert die Ausländer aus Peter".

In den Chor des „Russland - eins und unteilbar" fallen die selbst ernannten Trotzkisten von David Norths Internationalem Komitee für die Vierte Internationale (IKVI) ein. Ein Artikel von Sergej Smolin auf der russischsprachigen Website der North-Anhänger vom 3. September unter dem Titel „Russische Truppen führen erfolgreiche Militäraktion gegen islamische Separatisten in Dagestan durch" las sich wie eine Verlautbarung des Moskauer Verteidigungsministeriums: „Die Bildung eines islamischen Staates auf dem Territorium Dagestans unter der Kontrolle bewaffneter Banditenformationen würde die gesamte Region in eine Position schwerster Isolation führen." Zwar stehen die North-Anhänger der russischen Invasion Tschetscheniens jetzt äußerst kritisch gegenüber, aber ihre Grundposition bleibt die gleiche: Sie weigern sich, irgendeine eindeutige Erklärung in Verteidigung von Tschetscheniens Recht auf Selbstbestimmung gegen den großrussischen Chauvinismus abzugeben.

Während der vorherigen Invasion von Tschetschenien polemisierten die North-Anhänger *gegen* unsere militärische Verteidigung des tschetschenischen Volkes (siehe *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League* Nr. 11, „David North's ‚ICFI': From Support to Capitalist Counterrevolution in the USSR to Great Russian Chauvinism" [David Norths IKVI: Von der Unterstützung für kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR zum großrussischen Chauvinismus], Oktober 1997). Im Namen einer Gegnerschaft zum „bürgerlichen Nationalismus" unter unterdrückten Völkern treten diese

Ladenschluss...

Fortsetzung von Seite 8

Nettoeinkommen für ganztags arbeitende Frauen in der DDR nur 76 Prozent ihrer männlichen Kollegen (immer noch mehr als die 66 Prozent, die Frauen in Westdeutschland verdienten). Und eine Folge der stalinistischen reaktionären Ideologie, die Familie als „Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft" zu preisen, war, dass Frauen nach der Arbeit auch noch den Großteil der Hausarbeit zu machen hatten. Verschärft wurde diese Belastung, auch „zweite Schicht" genannt, durch Wohnraummangel und den Mangel an vielen Konsumgütern, der zu langen Einkaufsschlangen führte.

Wir traten für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen Konterrevolution von innen und außen sein, so wie wir heute China, Vietnam, Nordkorea und Kuba verteidigen. 1989 kämpften wir in der beginnenden politischen Revolution für ein Rotes Rätedeutschland; also dafür, die stalinistische Bürokratie im Osten zu stürzen und die Arbeiterklasse politisch an die Macht zu bringen und im Westen die imperialistische Bourgeoisie durch soziale Revolution zu stürzen und zu enteignen (siehe auch Artikel auf Seite 1).

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Die vollständige Befreiung der Frau wird erst durch die Abschaffung der kapitalistischen *Klassengesellschaft* erreicht werden. Deshalb muss der deutsche Imperialismus durch Arbeiterrevolution gestürzt werden. Wir kämpfen darum, die Arbeiterklasse von SPD und PDS zu brechen, die das Haupthindernis für die Revolution in Deutschland sind, und gegen alle pseudolinken Organisationen wie den RSB, die versuchen, die Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie zu ketten.

Die russischen Bolschewiki haben uns das vorgemacht. Nachdem die Arbeiterklasse, geführt von den Bolschewiki, im Oktober 1917 die russische Bourgeoisie zum Teufel jagte, errichtete sie einen Arbeiterstaat, der es als eine seiner dringlichsten Aufgaben sah, die Bedingungen für die Befreiung der Frau zu schaffen. Gesetze wurden eingeführt, wonach Frauen vor Gericht gleichberechtigt waren, Erbrecht erhielten, und die Ehe als ein Vertrag zwischen zwei freien und gleichen Individuen geschlossen wurde, die auf Wunsch eines Partners gelöst werden konnte. Die Abtreibung wurde legalisiert. Frauen erhielten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Frauen konnten in Industrieberufen, Partei und Regierung arbeiten. Die junge Sowjetmacht organisierte den Kampf, Frauen in Zentralasien vom Schleier und vom islamischen Klerus zu befreien. Wenn auch eingeschränkt durch die materielle Armut des Landes, unternahmen die Bolschewiki Versuche, anstelle der Haussklaverei der Frau die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu setzen - durch öffentliche Dienste wie Kantinen, Entbindungsanstalten, Krankenhäuser, Kindergärten oder Wäschereien.

Wir Spartakisten kämpfen für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei, die ein Volkstribun aller Unterdrückten ist. Die besonderen Bedürfnisse von Frauen als besonders Unterdrückte in der kapitalistischen Gesellschaft müssen von der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung auf ihr Banner geschrieben werden. Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!«

Scharlatane für die territoriale Integrität des *kapitalistischen* Russlands ein. Heute deklamieren die North-Leute in einem Artikel vom 21. August auf ihrer Website: „Die gleichen mächtigen zentrifugalen Kräfte, die das Ende der Sowjetunion herbeiführten, stellen jetzt die Integrität der Russischen Föderation in Frage." Als aber die Sowjetunion noch existierte, unterstützten die North-Leute jede konterrevolutionäre nationalistische Bewegung, die zu diesem Ende beitrug, von der polnischen Solidarnocæ zu den von Faschisten durchsetzten baltischen Nationalisten bis zu den CIA-gestützten afghanischen Mudschaheddin.

Die gegenwärtige Popularität, die der Krieg gegen Tschetschenien unter Russen hat, ist oberflächlich und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von langer Dauer, sobald ein lang andauernder Krieg und eine Besetzung zu wachsenden russischen Verlusten führen. Wie das Moskauer Büro des Komitees der Soldatenmütter meldet, rufen Hunderte Frauen aus ganz Russland an und bitten um Rat, wie sie verhindern können, dass ihre Söhne in der Armee zum Kampf in den Kaukasus geschickt werden. Die Eltern dazu drängend, „ihre Söhne vor dem Staat zu schützen", sagte ein Mitglied des Komitees: „Wir wählen zwischen Leben und Tod" *(Moscow Times, 6.* Oktober). Währenddessen leiden die arbeitenden Massen weiterhin unter der Peitsche der Massenarbeitslosigkeit und Verelendung, die die kapitalistische Konterrevolution gebracht hat.

Um eine proletarische Opposition gegen die kapitalistischen Räuberbarone und chauvinistischen Schlächter Russlands zu entfachen, ist eine durch bolschewistischen Internationalismus gestählte revolutionäre Arbeiterpartei notwendig. Wie wir in unserem Artikel zu Beginn des ersten Tschetschenienkrieges vor fast fünf Jahren schrieben:

> „Heute stehen die Völker des Kaukasus - ein Flickenteppich ethnischer und sprachlicher Gruppen - erneut einem Rußland gegenüber, das die imperialistischen Bestrebungen verfolgt, die Reichtümer und die Grenzen jener Region zu kontrollieren, während die lokalen nationalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte versuchen, durch Abkommen mit konkurrierenden imperialistischen Hintermännern reich zu werden. Eine internationalistische, revolutionäre Arbeiterbewegung, die für eine demokratisch geplante, egalitäre Wirtschaft und wirkliche Gleichheit unter den Völkern dieser Region kämpft, könnte die arbeitenden Massen aller kaukasischen Völker mobilisieren, um die wütenden brudermörderischen nationalen Konflikte zu beenden. Eine wirklich kommunistische, leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei muß geschmiedet werden im harten Kampf gegen alle Varianten des Nationalismus und besonders gegen den Chauvinismus des großrussischen Unterdrückers."«




L.Y. Leonidow



Nowosti

Links: Lenin, Trotzki - bolschewistische Partei war Schlüssel für Sieg der Oktoberrevolution. Soldaten demonstrieren 1917 in Moskau für den Kommunismus

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 2

außer den Spartakisten/IKL -, unterstützten *alle* die Konterrevolution. Und das war kein Zufall: Hatten sie doch schon zuvor auf die eine oder andere Weise den Feldzug ihrer eigenen Bourgeoisien gegen die Sowjetunion unterstützt.

Wir sind die Partei der Russischen Revolution

Die Oktoberrevolution 1917, geführt von der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkis, holte den Marxismus aus dem Bereich der Theorie in die Realität. Es war die erste siegreiche proletarische Revolution, die die Herrschaft der Bourgeoisie brach und zum Leuchtfeuer für die Arbeiter und alle Unterdrückten auf der ganzen Welt wurde. Die Revolution wurde zwar in Russland, aber weder ausschließlich für Russland noch ausschließlich von Russen gemacht. Nicht-großrussische Mitglieder der vielen unterdrückten Völker des zaristischen Reiches - Juden, Georgier, Polen, Letten - spielten eine herausragende Rolle in der Führung der mehrheitlich ethnisch russischen Arbeiterklasse. Dem Sieg der Bolschewiki lag die grundlegende marxistische Erkenntnis zu Grunde, dass der bürgerliche Staat zerschlagen werden muss und nicht reformiert werden kann. Lenin bestand in *Staat und Revolution* darauf:

> „Doch von dieser kapitalistischen Demokratie - die unvermeidlich eng ist, die die Armen im stillen beiseite schiebt und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist - führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, ‚zu immer größerer Demokratie', wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die weitere Entwicklung, d.h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den *Widerstand* der kapitalistischen Ausbeuter zu *brechen,* und auf anderem Wege ist er nicht zu brechen."

Der Sieg der Oktoberrevolution wurde nur errungen durch einen harten politischen Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Die SPD, die führende Partei der II. Internationale, stimmte am 4. August 1914 für die Kriegskredite und führte die Arbeiterklasse mit einer sozialchauvinistischen Kampagne in den mörderischen Weltkrieg gegen ihre Klassenbrüder. Lenin zog daraus die programmatische Schlussfolgerung, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht, dass nur sozialistische Revolution den imperialistischen Krieg beenden kann. Dies wurde ausgedrückt in der Losung: den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umwandeln. Lenin bezeichnete in der Folge die sozialdemokratischen Parteien - und dies gilt heute sowohl für SPD als auch für PDS - als „bürgerliche Arbeiterparteien". Sie haben eine Arbeiterbasis, aber eine Führung mit einem bürgerlichen Programm, das die Arbeiter an den Kapitalismus kettet und so der Bourgeoisie unschätzbare Dienste leistet. Aus dem Zusammenbruch der II. Internationale erfolgte die Notwendigkeit für neue Kommunistische Parteien und eine neue Kommunistische Internationale, um die sozialistische Revolution zu führen.

Lenin und Trotzki hatten als internationalistische proletarische Revolutionäre das Verständnis, dass eine isolierte Diktatur des Proletariats im ökonomisch rückständigen Russland nicht lange überleben könnte, wenn die proletarische Revolution nicht auf die kapitalistischen Großmächte, in erster Linie auf Deutschland, ausgeweitet würde. Sozialismus kann nur international verwirklicht werden, denn er bedeutet nicht eine Vergesellschaftung des Mangels, sondern eine international geplante Wirtschaft auf Basis der am weitesten fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten, um den Reichtum der Gesellschaft allen Menschen zugänglich zu machen. Die Bolschewiki führten den Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Internationale als unabdingbare Weltpartei der sozialistischen Revolution. In Folge des Ersten Weltkriegs und inspiriert vom Beispiel der Oktoberrevolution kam es zu einer Welle proletarisch-revolutionärer Kämpfe auf der ganzen Welt, aber die noch jungen Kommunistischen Parteien waren zu schwach und politisch unreif, um diese Revolutionen zum Sieg, zur Diktatur des Proletariats zu führen. Die herausragendste Möglichkeit vergab 1923 die KPD-Führung um Brandler, Thalheimer und Ruth Fischer. In einer revolutionären Situation, als die Arbeiterklasse auf die KPD sah und Führung erwartete, wartete die KPD-Führung auf den linken Flügel der SPD - derjenigen Partei, die gerade ein paar Jahre zuvor Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet hatte - und rührte keinen Finger, um die Arbeiterklasse zur Machteroberung zu mobilisieren.

Stalinismus: „Sozialismus in einem Land" und Totengräber der internationalen Revolution

Der Druck der imperialistischen Umzingelung, die Verwüstung der russischen Arbeiterklasse und damit einhergehend vieler bolschewistischer Kader im Bürgerkrieg sowie die anhaltende Isolierung der jungen Sowjetrepublik ermöglichten den Aufstieg einer bürokratischen Schicht unter Stalin. Stalin und Co. gaben das Programm der internationalen



Der Spiegel



ZDF

Links: Konterrevolution verwüstete Ostdeutschland. Rechts: Am 7. November 1999 ehren Schröder und Rau den ehemaligen Sowjetbürokraten Gorbatschow für Ausverkauf der DDR mit höchstem Verdienstorden

sozialistischen Revolution auf, wodurch die Dominanz des Imperialismus unumgänglich schien, und sie versuchten ihren Frieden damit zu schließen. 1923/24 gelang es den Stalinisten, in einer politischen Konterrevolution die politische Macht zu usurpieren, was den gesamten Kurs der Revolution änderte und die Kommunistische Partei als Instrument der sozialistischen Revolution politisch zerstörte. Trotzki nannte dies später den „sowjetischen Thermidor". Die Linke Opposition unter Leo Trotzki führte einen unerbittlichen politischen Kampf gegen diese Zerstörung der Partei und der Internationale durch die bürokratische Kaste. Stalin propagierte den Aufbau des „Sozialismus in einem Land" und daraus folgend die Notwendigkeit der „friedlichen Koexistenz" mit den Imperialisten.

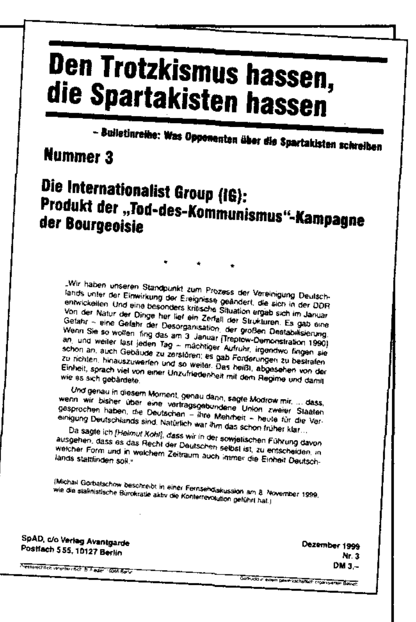
Diese Politik verwandelte die Kommunistische Internationale in ein neues Hindernis für die Weltrevolution. Trotzki charakterisierte Stalin als den „Totengräber" der revolutionären Kämpfe in anderen Ländern, von der Chinesischen Revolution 1925-27 bis zum britischen Generalstreik 1926. Die KPD ließ es ebenso wie die Sozialdemokraten zu, daß Hitler 1933 an die Macht kommen konnte, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Die Trotzkisten zogen daraus die Konsequenzen und organisierten die Vierte Internationale, die 1938 gegründet wurde. In der Spanischen Revolution Mitte der 30er-Jahre kettete die stalinistische KP durch die antirevolutionäre Volksfront-Politik die Arbeiter an ihre Ausbeuter, erwürgte so die Revolution und bereitete dem Faschismus den Weg. Diese Politik der jetzt stalinisierten Komintern war nicht nur eine grundlegende Zurückweisung des *Kommunistischen Manifests,* das aufruft „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Es war auch ein Hohn auf die ganze Tradition der Oktoberrevolution, die auf proletarischem Internationalismus basierte.

Für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten

In *Verratene Revolution* (1936) analysierte Trotzki vernichtend die Degeneration der Russischen Revolution und den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie, die auf den Grundlagen des vergesellschafteten Eigentums existiert, gleichzeitig aber ein Transmissionsriemen für die imperialistische Bourgeoisie ist, den Arbeiterstaat zu unterminieren. Als proletarische Revolutionäre verteidigen Trotzkisten bedingungslos militärisch die deformierten Arbeiterstaaten. Das heißt: Wir knüpfen keine Bedingung wie etwa den vorherigen Sturz der Bürokratie an diese Verteidigung. Die Sicherung der Errungenschaften des Oktober war aber letztlich nur möglich durch eine proletarisch-politische Revolution, die die Bürokraten wegfegt und eine wirkliche Herrschaft der Arbeiterräte etabliert, und durch sozialistische Revolutionen in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies ist heute eine dringende Aufgabe in den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten Kuba, China, Vietnam und Nordkorea, die wir gegen imperialistische Aggression und innere Konterrevolution verteidigen. Trotzki schrieb in seinem „Brief an die Arbeiter der UdSSR" vom April 1940, kurz bevor er von einem Agenten Stalins ermordet wurde:

> „Es ist die Pflicht von Revolutionären, jede Position, die die Arbeiterklasse errungen hat, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, sei es, daß es sich um demokratische Rechte, um das Lohnniveau handelt, oder um einen so gigantischen Menschheitssieg wie die Nationalisierung der Produktionsmittel und die Planwirtschaft. Wer nicht verteidigen kann, was bereits erobert wurde, wird nie

Fortgesetzt auf Seite 16



Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen

– Bulletinreihe: Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Nummer 3

Die Internationalist Group (IG): Produkt der „Tod-des-Kommunismus"-Kampagne der Bourgeoisie

* * *

„Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar [Treptow-Demonstration 1990] an, und weiter fast jeden Tag – mächtiger Aufruhr, irgendwo fingen sie schon an, auch Gebäude zu zerstören; es gab Forderungen zu bestrafen, zu richten, hinauszuwerfen und so weiter. Das heißt, abgesehen von der Einheit, sprach viel von einer Unzufriedenheit mit dem Regime und damit wie es sich gebärdete.

Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Modrow mir, ... dass, wenn wir bisher über eine vertragsgebundene Union zweier Staaten gesprochen haben, die Deutschen – ihre Mehrheit – heute für die Vereinigung Deutschlands sind. Natürlich war ihm das schon früher klar...

Da sagte ich *[Helmut Kohl]*, dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll."

(Michail Gorbatschow beschreibt in einer Fernsehdiskussion am 8. November 1999, wie die stalinistische Bürokratie aktiv die Konterrevolution geführt hat.)

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin

Dezember 1999
Nr. 3
DM 3,–

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 15

neue Eroberungen machen."

Bei ihren Versuchen seit 1917, den ersten Arbeiterstaat der Welt zu zerstören, bekamen die Imperialisten Hilfe von allen möglichen sozialdemokratischen Lakaien und Pseudolinken. Um die Sowjetunion nicht verteidigen zu müssen, brach Max Shachtman 1939/40 mit dem Trotzkismus und entwarf eine Theorie, dass in der Sowjetunion eine „neue Klasse" herrschte. Im Kampf gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman und anderen in der amerikanischen trotzkistischen Socialist Workers Party zeigte Trotzki die Parallelen zwischen der Verteidigung einer Gewerkschaft und des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion:

> „Die Gewerkschaften Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und anderer Länder unterstützen voll und ganz die konterrevolutionäre Politik ihrer Bourgeoisien. Das hindert uns nicht daran, sie als Gewerkschaften zu bezeichnen, ihre fortschrittlichen Schritte zu unterstützen und sie gegen die Bourgeoisie zu verteidigen... Letzten Endes ist ein Arbeiterstaat eine Gewerkschaft, die die Macht erobert hat." *(Verteidigung des Marxismus,* 1939)

An allen Brennpunkten des Kalten Krieges, wenn die russische Frage sich knallhart stellte, hat die Internationale Kommunistische Liga beharrlich gegen die Restauration des Kapitalismus und für die sozialistische Weltrevolution gekämpft. 1979, beim Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan, erklärten wir: „Hoch die Rote Armee! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!" Als Solidarnoœæ, die gelbe Gewerkschaft im Dienste der CIA, der Wall Street und der Frankfurter Bankiers, mit starker Unterstützung der SPD und der meisten Pseudolinken 1981 zur Konterrevolution in Polen aufrief und ihre Hände nach der Macht ausstreckte, demonstrierten wir unter der Parole „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc!"

Die DDR: ein deformierter Arbeiterstaat

Hitler und sein Völkermordregime wurden von der Roten Armee gestoppt, die neben anderen Vernichtungs- und Konzentrationslagern Auschwitz, Treblinka und Sachsenhausen befreite. Die Zerstörung des Dritten Reichs und der Sturm auf Berlin befreiten Europa von der Geißel der Naziherrschaft. Der 8. Mai 1945 ist der Tag des Sieges der Roten Armee über die Nazis. Das ist die Wahrheit, die die deutsche Bourgeoisie, die Bourgeoisie von Auschwitz, verschwinden lassen möchte. Nach dem heldenhaften Sieg der Sowjetunion - trotz Stalin - war in dem vom Kreml dominierten Osteuropa das kapitalistische Eigentum enteignet und eine kollektivierte Wirtschaft errichtet worden durch eine bürokratisch von oben kontrollierte soziale Revolution; dadurch entstanden Staaten nach dem Vorbild der stalinistisch degenerierten UdSSR.

Wir verteidigten den deformierten Arbeiterstaat DDR, in dem die Kapitalisten enteignet worden waren, aber wir gaben der stalinistischen Bürokratie, die dem Arbeiterstaat aufgepfropft war und die politische Macht innehatte, keinerlei politische Unterstützung. Wir verteidigten die Mauer, als sie 1961 erbaut wurde; sie war eine bürokratische Verteidigungsmaßnahme der Stalinisten dagegen, dass die Kapitalisten die DDR durch die Abwerbung dringend benötigter Fachkräfte ausbluten wollten. Wir begrüßten es, dass in der DDR Nazimörder abgeurteilt wurden, was im scharfen Kontrast zum Westen stand, wo diese zu Amt und Würden gelangten, um das antikommunistische Bollwerk Westdeutschland aufzubauen. Andere Faschisten wurden mit Hilfe des US-Imperialismus und speziell der CIA über



Verlag Haus am Checkpoint Charlie

Juni 1953, DDR-Arbeiter fordern: Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!

die so genannte Rattenlinie aus Deutschland herausgebracht, um das Militärarsenal, besonders das Raketen-Programm, des US-Imperialismus aufzubauen oder Todesschwadronen in ganz Lateinamerika zu trainieren.

Gleichzeitig versuchte die stalinistische Kaste, Stalins nationalistische „Theorie" des „Sozialismus in einem Land" auf ein halbes Land anzuwenden, und berief sich auf Traditionen des preußischen Nationalismus. Jede unabhängige Regung der Arbeiterklasse wurde erstickt mit einem Polizei- und Spitzelapparat, der die ganze Gesellschaft durchdrang. Jugendliche, die nicht in die Zwangsjacke der FDJ steigen wollten, Homosexuelle und alle, die den biederen kleinbürgerlichen Vorstellungen der stalinistischen Bürokraten nicht entsprachen, wurden oft genug in die Arme der evangelischen Kirche getrieben, einer reaktionären Institution, die eng mit der konterrevolutionären SPD verbunden war und ist.

Während die SED-Führung in ihren Sonntagsreden Internationalismus predigte, wurden Löhne an Vertragsarbeiter aus anderen Ländern nur teilweise ausgezahlt, also eine explizite Ungleichbehandlung durchgeführt. Die Vertragsarbeiter wurden abgeschirmt in separaten Wohnheimen untergebracht, die man nur nach Ausweiskontrolle betreten konnte. Vietnamesische Frauen, die in der DDR schwanger wurden, wurden zurück nach Vietnam geschickt. Während die deutsch-sowjetische Freundschaft offizielle Ideologie war, wurde jede Fraternisierung zwischen der Bevölkerung und sowjetischen Soldaten von den nationalistischen DDR-Bürokraten sehr ungern gesehen. Ein Stachel im Fleisch war ihnen aber auch die Erinnerung an den 17. Juni 1953, als sich die Arbeiter in der DDR zu einer beginnenden proletarisch-politischen Revolution gegen die Bürokratie erhoben. Die russische Armee wurde geschickt, um den Aufstand niederzuschlagen, dabei kam es auch zu Beispielen von Verbrüderungen zwischen Sowjetsoldaten und DDR-Arbeitern.

Aber dennoch bedeuteten das vergesellschaftete Eigentum und die geplante Wirtschaft der DDR enorme Errungenschaften für die Arbeiter: Vollbeschäftigung, kostenlose qualifizierte Krankenversorgung, eine kostenlose hochwertige Ausbildung und ein hohes Niveau an sozialen Leistungen, was besonders an der Situation der Frauen zu sehen war. Zwar bejubelte die stalinistische Ideologie die reaktionäre Institution der bürgerlichen Kleinfamilie, eine der Hauptinstitutionen für die Unterdrückung der Frau, als die „Keimzelle des Sozialismus". Doch die Mehrheit der Frauen



Fotos: Spartakist

Berlin, 4. November 1989: Prosozialistische Losungen auf Demo, Ausdruck von beginnender proletarisch-politischer Revolution

der DDR ging arbeiten, und zwar in qualifizierten Berufen, was durch Kindergärten und -horte ermöglicht wurde und ihnen ökonomische Unabhängigkeit gab. Dies ist ein schreiender Unterschied zur Situation der Frauen nach der Konterrevolution, durch die sie in die massenhafte Arbeitslosigkeit getrieben wurden - bestenfalls mit der Aussicht auf die schlechtbezahltesten Jobs oder zurück zu Kinder, Küche, Kirche.

Revolutionäres Programm und revolutionäre Führung

Als Honecker Anfang Oktober 1989 Schritte unternahm, um gegen die wachsenden oppositionellen Proteste vorzugehen, wurde er von seinen Genossen abgesetzt, unterstützt durch Gorbatschow. Nach Honeckers Sturz löste sich die stalinistische Ordnung rapide auf. Der Impuls der ostdeutschen Massen war *nicht* für Wiedervereinigung mit den Frankfurter Bankiers, sondern richtete sich vielmehr darauf, eine anständige sozialistische Gesellschaft aufzubauen auf der Grundlage der verstaatlichten Wirtschaft der DDR. Die Bewegung war recht heterogen, so wurde bei den Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober/November Gorbatschow gefeiert und gleichzeitig die Internationale gesungen. Am 4. November in Berlin gab es Banner mit Lenin-Zitaten und der Forderung nach einer neuen kommunistischen Partei. Andere Banner erhoben die Forderung nach einem Rätedeutschland oder waren „Gegen Privilegien - für kommunistische Ideale":Losungen, die sich deutlich mit einer sozialistischen Perspektive gegen die stalinistische Bürokratie wandten, die den Arbeiterstaat untergrub. Aber es gab auch Forderungen, die eine konterrevolutionäre, kapitalistische Perspektive ausdrückten, wie die SPD-Losung nach „freien Wahlen", der parlamentarische Ausdruck einer anderen Klassenherrschaft. Wie Karl Marx sehr treffend diese *bürgerliche* Demokratie beschrieb: „Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!" Auch die SPD-Losung einer „sozialen Marktwirtschaft" war und ist eine Lüge. Es kann keine Marktwirtschaft geben, die sich um das Wohl der Arbeiter kümmert, die ausgebeutet werden für die Profite der Kapitalisten.

Wir intervenierten in dieser Bewegung mit unserem kommunistischen Programm für ein Rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa, um die Führung für die proletarisch-politische Revolution und die Errichtung von Arbeiterräten zu geben. In einer vorrevolutionären oder revolutionären Situation wie dieser wird besonders deutlich, dass unsere Macht unser Programm ist, dessen Auswirkung sich vervielfältigt und beschleunigt.

Genossen der IKL berichteten von einer ersten Fahrt zu einer Demonstration in Leipzig:

> „Innerhalb von 20 Minuten hatten wir alles ausverkauft: ungefähr 160 Broschüren gegen ‚Marktsozialismus' und etwa 20 *Spartakist.* Innerhalb einer Stunde verteilten wir 12000 Flugblätter ... Wir konnten nichts tun außer Geld einsammeln, die Zeitungen aushändigen, versuchen, etwas Platz zum Atmen zu behalten. Ich traf [einen Unterstützer] am Rande der Demo: ‚Ich gehe da nicht wieder rein, die zerreißen dich, um das Flugblatt zu bekommen.' Leute kamen zurück und wollten mehr ‚für meine Freunde', ‚für meine Kollegen'."

Wie wir im Dokument unserer Zweiten Internationalen Delegiertenkonferenz *(Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 15, Frühjahr 1993) schrieben: „Unsere Intervention hatte eine Auswirkung auf die politische Situation in der DDR, die unsere eigenen relativ geringen Kräfte um Größenordnungen überstieg." „Die Spartakisten" waren ein Begriff unter Arbeitern, die gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfen wollten. In der fast täglich erscheinenden *Arbeiterpressekorrespondenz* unserer Partei, die reißenden Absatz fand, riefen wir zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf. Wir diskutierten mit Führern von Betriebskampfgruppen und arbeiteten mit ihnen zusammen bei der Produktion von Flugblättern, die zum Kampf gegen

Fortgesetzt auf Seite 18



Preis: 0,05 M.

SPARTAKIST

Nr. 1 ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ 7. DEZ. 1989

Kein Ausverkauf der DDR!

Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!

Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchi-
sten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die
DDR verschlingen. Aber die ostdeutschen Ar-
beiter und Volksarmisten sind nicht gewillt, eine
kapitalistische Wiedervereinigung zu erlauben.
Nachdem die stalinistische SED-Führung ihren
völligen Bankrott bewiesen hat und dann ab-
getreten ist, wurde der bürgerliche Politiker
Gerlach zum Staatsratsvorsitzenden ernannt. Er
ist ein trojanisches Pferd für diejenigen, die eine
Deutsche Bank-Republik wollen. Doch trotz der
Willkürherrschaft der Stalinisten bleibt die
Deutsche Demokratische Republik ein Ar-
beiterstaat. Um die sozialen Errungenschaften
der DDR zu verteidigen, um die Macht in Ar-
beiterhand zu legen, gilt es, jetzt Arbeiter- und
Soldatenräte aufzubauen.
Jetzt ist die alte "Führung" entweder unter
Hausarrest oder auf der Flucht. Der ewig grin-
sende Krenz trat in sicherer Entfernung zurück.
Hunderttausende Bürger sind zurecht über die
korrupte Bürokratie wütend, die sie um die
Früchte ihrer Arbeit betrogen ... Doch dies sind

werden können, dann kann Gerechtigkeit erteilt
werden.
Alle behaupten, Antistalinisten zu sein. Doch
eine Menge von denen, die gegen "Korruption"
schreien, tun dies in schwarz-rot-goldenen
Farben. In Leipzig riefen einige Demonstranten,
die die BRD-Fahne schwenkten – darunter
rassistische Skinhead-Punks –, "Rote raus aus
der Demonstration" und "Deutschland ein Vater-
land". Sie versuchten, einen Lynchmob auf-
zupeitschen, der sich gegen alle SED-Mitglieder
und anständigen Militanten richten würde. Alle
klassenbewußten Arbeiter und Soldaten müssen
gegen solche gewalttätigen Provokationen auf
der Hut sein. Während bei den SED-Spitzen sehr
schnell ihre Verwandtschaft mit den Kapitalisten
über der Grenze zum Vorschein kommt, wollen
viele einfachen SED-Mitglieder unter der roten
Fahne kämpfen. Und viele Demonstranten in
Leipzig schrien die revanchistischen Losungen
nieder und riefen "Nie wieder 'Deutschland
erwache'".
Es gibt hier starke antifaschistische Gefühle,

Treptow, 3. Januar 1990, Spartakistin ruft auf: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" Kapitalisten und ihre SPD-Leutnants fürchteten ebenso wie PDS proletarisch-politische Revolution





1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 17

den Verkauf ihrer Fabrik an die Kapitalisten aufriefen.

Unsere Zeitung wurde in den Einheiten der Nationalen Volksarmee breit diskutiert und führte zur Bildung von Soldatenräten, woraufhin die Stalinisten panisch gerade diese Einheiten auflösten. Wir forderten volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und veröffentlichten als Ausdruck unseres internationalistischen Programms Grüße an kubanische, mosambikanische, vietnamesische, polnische Arbeiter in der jeweiligen Sprache, um diese Arbeiter für den gemeinsamen Kampf für den Sozialismus zu gewinnen. Wir verbreiteten unsere Presse unter sowjetischen Soldaten und Offizieren mit dem Ziel, das trotzkistische Programm zurück ins Land der Oktoberrevolution zu tragen: die Verteidigung der Oktoberererrungenschaften und die proletarisch-politische Revolution. Dies fand solche Resonanz, dass wir in die Kasernen eingeladen wurden und Veranstaltungen abhielten. Dies war der Weg, die revolutionäre Partei als den Volktribun aller Unterdrückten zu schmieden und insbesondere die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter herzustellen im gemeinsamen Kampf gegen die drohende Konterrevolution.

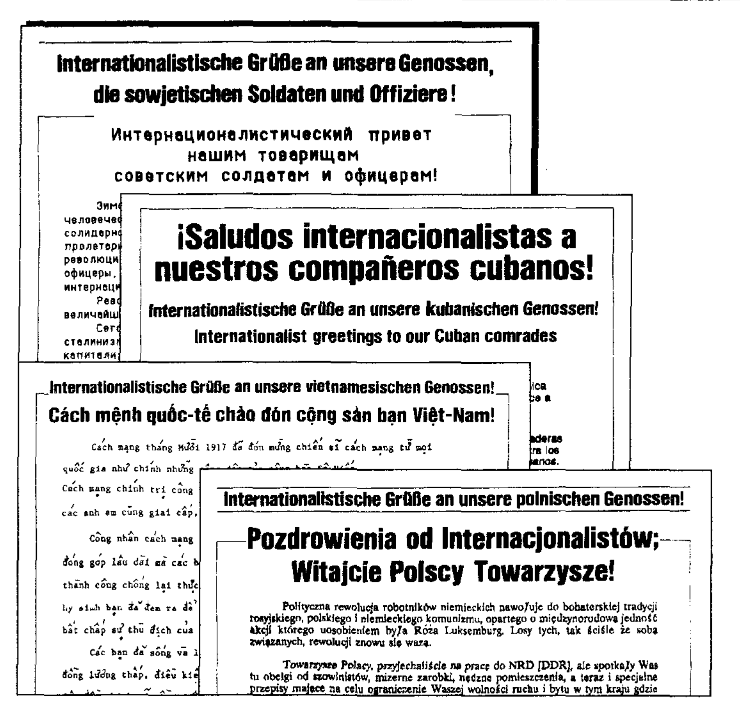
Die Einheitsfront in Treptow

Die Massendemonstration im Treptower Park am 3. Januar 1990 zeigte am klarsten die Macht unseres Programms und die revolutionären Möglichkeiten dieser Periode: eine prosowjetische Einheitsfrontaktion von einer Viertelmillion Arbeiter und Soldaten gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Nachdem wir, die Trotzkistische Liga Deutschlands und die neu gegründeten ostdeutschen Spartakistgruppen, die beiden Vorläuferorganisationen der SpAD, diese Demonstration initiiert hatten, wurde sie von der SED-PDS aufgegriffen. Zum ersten Mal, seit Trotzki aus der Sowjetunion ausgewiesen und die Linke Opposition zerschlagen worden war, konnten Trotzkisten zu einer Massenzuhörerschaft in einem deformierten Arbeiterstaat sprechen.

Nach der Devise der Einheitsfront, „getrennt marschieren, vereint schlagen", stellten wir in dieser gemeinsamen Aktion unser revolutionäres Programm der Politik der existierenden SED-PDS-Führung entgegen. Soldaten der NVA aus Beelitz, die einen Soldatenrat gebildet hatten, machten sich unter unserer Führung auf, ein paar Naziprovokateure zu erwischen, die gesichtet worden waren; aber diese hatten schnell wieder das Weite gesucht. Später versuchte ein Delegierter eines Soldatenrates zu sprechen, nachdem er unseren Aufruf zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten gehört hatte. Die Stalinisten verwehrten ihm bürokratisch sein Recht. Vom Podium aus warnte die TLD-Sprecherin Renate Dahlhaus: Der „BRD-Imperialismus, [der] Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern", und argumentierte: „Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, dass sie untauglich ist, dagegen anzugehen." Sie rief dazu auf, eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, forderte „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" und rief auf zu einem Roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa.

Während die Sozialdemokraten offen die kapitalistische Konterrevolution förderten, gab es unter den Arbeitern der DDR weiterhin Illusionen, die SED würde irgendwie die DDR oder zumindest Arbeiterinteressen gegenüber den Kapitalisten verteidigen. Als Teil unseres Bestrebens, eine Einheitsfront zustande zu bringen, wollten wir die Rolle der SED vor den arbeitenden Massen bloßlegen. Tatsächlich kam es zu einer klassischen „Einheitsfront von oben" genau deshalb, weil die SED-Bürokraten mit Erschrecken merkten, dass unsere trotzkistische Propaganda Resonanz bei der Arbeiterklasse besonders in Berliner Betrieben fand. Wie Bisky - damals im Vorstand der SED-PDS, heute PDS-Vorsitzender - uns damals in der Parteizentrale sagte, ging die SED-PDS-Führung davon aus, dass wir Spartakisten die Betriebe bereits erobert hätten. Unsere treffende Charakterisierung der SPD als trojanisches Pferd der Konterrevolution, für die wir im ganzen Land bekannt geworden sind, führte bei den stalinistischen Schreihälsen, die direkt vor dem Podium in Treptow postiert worden waren, zu lauten Protesten. Die SED-PDS war weit mit ihren Plänen für einen Ausverkauf der vergesellschafteten Betriebe fortgeschritten und suchte eine politische Übereinkunft mit der SPD. Durch unsere Taktik der Einheitsfront kam es in Treptow zu einer *Verschärfung* des politischen Kampfes um die Führung der Ostberliner Arbeiter und Soldaten zwischen der trotzkistischen IKL und der stalinistischen SED-PDS-Führung. .

Treptow war der Wendepunkt. Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien, aufgeschreckt durch diese machtvolle proletarische Demonstration, schalteten ihre konterrevolutionäre Kampagne in den höchsten Gang und verstärkten ihren Druck auf die SED-PDS. Beim „Runden Tisch" - einer Art konterrevolutionäres Vorparlament der DDR - wurde der SED-PDS wütend vorgeworfen: Wie könnt ihr behaupten, ihr wollt eine freundliche „Kooperation" mit der BRD, wenn ihr gemeinsam mit Trotzkisten



In unserer 1989/90 fast täglich erscheinenden Zeitung *Arprekorr* druckten wir Grüße auf Russisch, Spanisch, Vietnamesisch und Polnisch, gerichtet an Vertragsarbeiter und sowjetische Soldaten

demonstriert, die ganz offensichtlich Revolution und die Macht der Arbeiter bedeuten?

Die stalinistischen Bürokraten, tödlich erschrocken durch das Gespenst der proletarischen politischen Revolution - das ihnen seit dem Arbeiteraufstand vom Juni 1953 nur zu bekannt war und das sie zu Recht hinter dieser kämpferischen proletarischen Kundgebung aufsteigen sahen -, distanzierten sich eilends von Treptow.

SED-PDS-Stalinisten führten die Konterrevolution in der DDR

Die SED-PDS änderte jetzt ihr Tempo und begann mit atemberaubender Geschwindigkeit, *offen* die Konterrevolution voranzutreiben. Schon nach den ersten Anfängen der politischen Revolution 1989 hatten die SED-Bürokraten die Betriebskampfgruppen aufgelöst als einen potentiellen Brennpunkt für die unabhängige Mobilisierung proletarischer Macht. Sie ließen die Kapitalisten in die DDR, um so genannte Joint Ventures zu bilden. Das war das Programm für die Privatisierung der verstaatlichten Industrie, das insbesondere von Christa Luft (PDS) vorangetrieben wurde. Als Arbeiter des Narva-Werkes in Berlin im Dezember 1989 zu uns kamen, um zu diskutieren, wie der Ausverkauf ihres Werkes an die Kapitalisten zu verhindern sei, druckten wir ihre Erklärung in unserer *Arprekorr* ab und riefen die Arbeiter zum Kampf gegen den Ausverkauf ihrer Betriebe auf. Die PDS erklärte, sie wolle „Chaos" vermeiden - ihr Codewort für die politische Revolution -, und erklärte die Marktwirtschaft, d.h. Kapitalismus, als überlegen gegenüber der Planwirtschaft. Kurz darauf skandierten Gorbatschow und Modrow: „Deutschland, einig Vaterland".

Aber hören wir doch aus berufenem Munde, was Gorbatschow höchstpersönlich über den 3. Januar 1990, den Tag der Demonstration in Treptow, zu sagen hat. Er plauderte in einer Diskussionsrunde im deutschen Fernsehen (übertragen von Phoenix) am 8. November 1999:

„Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr - eine Gefahr der Desorganisation, der großen DeStabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag - mächtiger Aufruhr, irgendwo fingen sie schon an, auch Gebäude zu zerstören; es gab Forderungen, zu bestrafen, zu richten, hinauszuwerfen und so weiter. Das heißt, abgesehen von der Einheit, sprach viel von einer Unzufriedenheit mit dem Regime und damit, wie es sich gebärdete.

Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Modrow mir,... dass, wenn wir bisher über eine vertragsgebundene Union zweier Staaten gesprochen haben, die Deutschen - ihre Mehrheit - heute für die Vereinigung Deutschlands sind. Natürlich war ihm das schon früher klar. Und wir mussten das alles sehen. Das war wie - wissen Sie - wie glühende Lava; der Strom lief, und wir mussten das aus dem Strom herausformen, was für uns notwendig war...

Und Helmut Kohl, als er zu mir fuhr ... Da sagte ich ihm, dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll. " (unsere Übersetzung)

Gorbatschow hatte schon Ende der 80er-Jahre mit dem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan den Imperialisten signalisiert, dass die Sowjetunion unter seiner Führung dem Druck des Imperialismus weichen werde. Sein „500-Tage"-Plan sah die Zerstörung der Planwirtschaft vor und damit die kapitalistische Restauration. 1990 begann er mit dem Rückzug aus der DDR und gab grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung. Noch im März beeilte sich die PDS-Mehrheit in der Volkskammer, die Barrieren gegen die Mehrheitsbeteiligungen von westdeutschem Kapital an DDR-Betrieben wegzuräumen und damit der Bourgeoisie von Auschwitz die Türen zur DDR vollständig zu öffnen.

Am 29. Dezember 1989 druckte das *Neue Deutschland*, Zentralorgan der SED-PDS, eine Polemik gegen die Spartakisten unter dem Titel „Über rote Seifenblasen und die Wirklichkeit" von Dr. Klaus Steiniger. Dieser polemisierte damals gegen uns als „Exporteure der Revolution", gegen „pseudorevolutionären Voluntarismus, der ... weder das reale Kräfteverhältnis noch die strategischen Möglichkeiten in Rechnung stellt". Wir antworteten: „Die Bedingungen in der DDR sind ausgesprochen reif für die Zurückweisung des Stalinismus und die Einführung von tiefgreifender Arbeiterdemokratie. Dies heißt auch, den *Export der Konterrevolution* aus dem Westen zu stoppen" („Ja, Revolution ist real und ‚Klassenfriede' utopisch!", *Spartakist* Nr. 66, 3. Januar 1990). Die „Politik des Machbaren" der SED-PDS führte geradewegs ins Vierte Reich. Und es ist bezeichnend, wo Steiniger selbst landete: Neun Jahre später verteidigte er auf den Seiten der DKP-Zeitung *unsere zeit* vom 11. Dezember 1998 die „rot"-braune Koalition in Moskau und führte ekelhafte antisemitische Tiraden darüber, wie Russland von einer „Zionistenmafia" regiert werde.

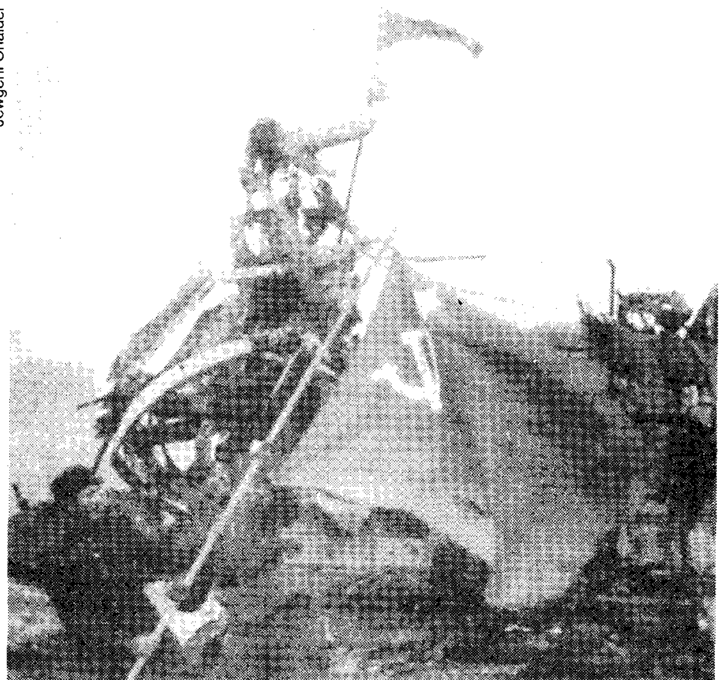
Doch nicht nur die verrotteten Bürokraten, die die DDR selbst ausverkauften, sollten uns des mangelnden „Realismus" anklagen. Ein Unterstützer der Internationalist Group (IG), einer Gruppe demoralisierter Ex-Mitglieder, tauchte Anfang 1999 in Deutschland auf mit einem „Offenen Brief an die SpAD und IKL". Er zitierte aus dem Dokument unserer Zweiten Internationalen Konferenz:

„‚Aber wir waren nicht in der Lage, zu einem wirkungsvollen, allgemein verankerten Organisationskern für einen unmittelbaren Kampf gegen die Konterrevolution zu werden und als solcher gesehen zu werden' *(Spartacist*

Fortgesetzt auf Seite 20



Spartakist



Jewgeni Chaldei

8. Mai 1991 -Spartakist-Veranstaltung in sowjetischer Kaserne am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Rechts: Rotarmisten auf Brandenburger Tor 1945

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 19

[deutsche Ausgabe] Nr. 15, Frühjahr 1993, S. 20). Wenn die IKL nicht einmal ein ‚Organisationskern' war, in welchem Sinn wäre sie dann die .revolutionäre Führung' - wenn wir diese im Sinn einer wirklichen leninistischen Partei und nicht der Metaphysik der IKL betrachten?"

Hier spricht der Herr „Realpolitiker": Dass es nicht zu einem „unmittelbaren Kampf gegen die Konterrevolution" kam - das heißt zu einem bewaffneten proletarischen Aufstand zum Sturz der stalinistischen Bürokratie mit dem Ziel, die Konterrevolution zurückzuschlagen und dies zu einer sozialen Revolution im Westen auszuweiten -, sei der Beweis, dass wir nicht die revolutionäre Führung waren, dass unsere Partei und unser Programm angeblich nicht funktionieren (siehe die Broschüre *Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen* Nr. 3, Dezember 1999, in der der „Offene Brief" und die Antwort der IKL abgedruckt sind).

Trotzki bemerkte in *Die Lehren des Oktobers*, wenn die Russische Revolution nicht gesiegt hätte, hätten danach „die offiziösen Geschichtsschreiber ... die Geschehnisse im Oktober 1917 als Wahnsinn dargestellt", um zu „beweisen", dass eine Revolution niemals möglich war. Genau das passierte unmittelbar nach der Konterrevolution in der DDR, unterstützt von der gesamten „Linken", die im Fahrwasser der Sozialdemokratie oder der Stalinisten die Konterrevolution aktiv unterstützt hatten.

Spartakist-Wahlkampagne: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

In die Wahlen zur Volkskammer, die eilends vom Mai auf den März 1990 vorverlegt worden waren, intervenierten wir Spartakisten mit der zentralen Losung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands!" Wir schrieben:

> „Dies ist die dringende Frage, die sich in dieser Wahlkampagne stellt. Wir rufen alle diejenigen, die angeben, in Verteidigung der Interessen der Werktätigen der DDR zu stehen, dazu auf, jetzt und schriftlich ihre Position zu dieser Frage zu erklären. Die Werktätigen müssen ebenfalls verlangen, daß alle Kandidaten hierzu Stellung nehmen. Das Programm der Spartakisten ist die weitsichtigste und konsequenteste Verteidigung unseres Arbeiterstaats: Wählt die Kandidaten der SpAD bei den Wahlen am 18. März. Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann, rufen wir unsere Anhänger dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die klar gegen kapitalistische Wiedervereinigung stehen."

Aber es erwies sich klar: Niemand außer der SpAD stellte sich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung!

Die PDS trat mit „Deutschland-einig-Vaterland"-Modrow als Spitzenkandidaten an. Um gegenüber ihrer unzufriedenen Basis ihr Gesicht noch ein bisschen zu wahren, erhob sie Forderungen wie: „Für eine souveräne DDR im Prozess der Vereinigung". Die neu gegründete KPD trat ein „Für die Einigkeit der deutschen Nation" und „Für staatliche Eigenständigkeit im Prozess der Einigung". Die „Nelken", eine Abspaltung der SED, listeten ganz „demokratisch" Pro und Kontra der Konterrevolution auf - und waren dafür. Für die Vereinigte Linke sagte Jutta Braband, Gorbatschows Geschwätz von einem „europäischen Haus" widerspiegelnd: „Gut wenn sie [die Wiedervereinigung] im europäischen Rahmen und schrittweise, also über einen Staatenbund realisiert wird." Alle diese Gruppen knüpften in ihrer Propaganda an dem verzerrten Bewusstsein an, das die stalinistische Bürokratie jahrzehntelang den Arbeitern eingebläut hatte, das sich vor allem gegen jede unabhängige Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse richtete. Das Geschwafel von „friedlicher Koexistenz", von neutraler „Vereinigung" leugnete, dass die beiden deutschen Staaten durch eine *Klassenlinie* getrennt waren. Eine Wiedervereinigung konnte nur durch eine Revolution oder eine Konterrevolution zustande kommen. Die zynische PDS-Parole „Wir sind ein Volk - 1:1" sollte den Werktätigen in der DDR sagen: Glaubt uns, die Konterrevolution ist unvermeidlich, aber wir werden euch einen guten Umtauschkurs verschaffen. Die verrottete stalinistische Bürokratie der DDR hat aktiv die Konterrevolution geführt!

Die Pseudolinke unterstützte die Konterrevolution

Wie wir schon ausführten, hängt die Unterstützung der Pseudolinken für die Konterrevolution 1989/90 direkt damit zusammen, dass sie in der russischen Frage auf der Seite ihrer jeweils eigenen Bourgeoisie standen. Die in Britannien basierte Tendenz von Tony Cliff etwa - in Deutschland heute durch die sozialdemokratischen Gruppen Linksruck und ISO vertreten - brach 1950 mit dem Trotzkismus. Cliff verriet die trotzkistische Position der bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China

Wir sind ein Volk
1:1 PDS



Volkskammerwahl März 1990 stellte die Frage: Revolution vs. Konterrevolution. Nur die Spartakisten sagten: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! „Deutschland-einig-Vaterland"-PDS führte Konterrevolution

und Nordkorea gegen die imperialistische Aggression, die unter dem Mantel einer multinationalen UN-Polizeiaktion geführt wurde. Cliffs „Theorie" war es, dass die Sowjetunion „staatskapitalistisch" sei. Diese „Theorie" aber diente nur als Abdeckung, um den Truppeneinsatz des eigenen (britischen) Imperialismus, verwaltet von einer Labour-Regierung, zu rechtfertigen: „Diese Theorie ist deshalb so wichtig, weil sie eine vollständige Ablehnung des Ostblocks ermöglicht, ohne den revolutionären Marxismus über Bord zu werfen" (*Linksruck*, 5. November 1999).

Tony Cliff behauptete in seinem Artikel „The Test of Time" (*Socialist Review*, Juli/August 1998):

> „Wäre Russland ein sozialistisches Land oder das stalinistische Regime ein Arbeiterstaat gewesen, wenn auch degeneriert oder deformiert, dann hätte der Zusammenbruch des Stalinismus bedeutet, dass eine Konterrevolution stattgefunden hätte. Unter solchen Umständen hätten Arbeiter einen Arbeiterstaat in derselben Weise verteidigt, wie Arbeiter immer ihre Gewerkschaften verteidigen, egal wie rechts und bürokratisch sie sein mögen, gegen diejenigen, die die Gewerkschaft insgesamt vernichten wollen."

Die Arbeiter, die genau das tun wollten, kamen 1989/90 zu uns. Sie kamen aus Ostberliner Betrieben, aus Dresden, Rostock und sonst woher, um zu erfahren, wie man Arbeiterräte aufbaut, wie sie den Ausverkauf ihrer Betriebe an die Kapitalisten verhindern können. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten von Linksruck verstanden sie, was es heißt, dass die Bourgeoisie in der DDR enteignet war, und suchten einen Weg, die Errungenschaften der DDR zu verteidigen. Bei den Diskussionen, die wir mit diesen Arbeitern hatten, waren die Haupthindernisse, die einem Verständnis unseres revolutionären Programms entgegenstanden, die Illusionen in ihre alte Führung, die SED-PDS.

Im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise kann eine geplante vergesellschaftete Wirtschaft nur bewusst aufgebaut werden.

> „Deshalb hängt die Erhaltung der proletarischen Macht hauptsächlich von *Bewußtsein* und *Organisation* ab und von der Verbindung der Avantgarde mit den bewußtesten Schichten der Masse. So hängt die Fähigkeit eines Arbeiterstaats, sich zu verteidigen, in hohem Maße vom politischen Charakter seiner zentralen Kader ab" („Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive", *Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 16, Herbst 1994).

Die herrschenden zentralen Kader, die verräterischen Bürokraten, zu stürzen, um eine Räteherrschaft zu errichten, das war der Kampf der Spartakisten. Dieses Programm trugen wir als leninistische Avantgardepartei in die Arbeiterklasse hinein. Gruppen wie Linksruck aber wollten im Namen des „Antistalinismus" die existierende Staatsmacht stürzen, um sie dann den Kapitalisten auszuliefern. Wie sie damals das Programm der SPD vertraten, so tun sie das auch heute. Linksruck rief bei den Bundestagswahlen 1998 zur Wahl der SPD auf. Heute, wo die SPD-Regierung nicht mehr so populär ist, hängen sie sich an die jetzt sozialdemokratische PDS und sagen im Chor mit Oskar Lafontaine: „Das Herz schlägt links - Schluss mit Schröders CDU-Politik".

Die zentristische Gruppe Workers Power, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht (GAM), gierte 1990 in der DDR nach Blut. Sie riefen dazu auf, „die stalinistischen Parasiten und Spione zur Strecke zu bringen", und jubelten: „Kurz nach der [Treptower] SED-Kundgebung ... versuchte die SED-Regierung, die Sicherheitspolizei (Stasi) wiederaufzubauen, wurde aber durch Massenmobilisierungen und durch die Stürmung von Stasigebäuden daran gehindert. Für Revolutionäre ist dies genau der Stoff, aus dem die Revolution gemacht wird" (*Workers Power*, März 1990). Die Rede ist hier vom Sturm auf das Stasi-Hauptquartier am 16. Januar 1990 durch einen Mob mit einem harten Kern faschistischer Skinheads und schwarz-rot-goldenen „Deutschland-einig-Vaterland"-Fahnen. Dies ist der Stoff, aus dem die Konterrevolution gemacht wurde, die sie bis heute feiern:

> „Wir hatten Recht, die gewalttätigen Aktionen zu verteidigen, die unternommen wurden, um die Geheimdienste zu zerstören, die stalinistischen Parteiapparate zu zerschlagen und die Freiheit, sich zu organisieren, zu versammeln und zu drucken, was immer ihre Herrscher nicht lesen wollten, zu etablieren." (*Workers Power*, November 1999)

Im April 1990 forderte die GAM im Chor mit den Imperialisten den sofortigen Abzug der sowjetischen Armee aus der DDR und Osteuropa. Das bedeutete, den Weg frei zu machen für die Konsolidierung eines wieder vereinigten kapitalistischen Deutschlands durch Bundeswehr und NATO, und eine weitere Gefährdung der Existenz der Sowjetunion. Im August 1991 standen sie buchstäblich gemeinsam mit Popen, Antisemiten, Yuppies, anderen Pseudolinken und dem Abschaum Russlands auf Jelzins Barrikaden, deren Folge die Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion war.

Die heutigen Tiraden von Workers Power scheinen direkt aus dem Lehrbuch der Bourgeoisie über den „Tod des Kommunismus" entsprungen zu sein:

> „Sein ökonomischer und politischer Zusammenbruch [des Stalinismus] war unvermeidlich. In der Tat war er längst überfällig.
>
> Um eine von Trotzkis Metaphern anzupassen - er war nicht nur reif, er begann schon zu faulen. Dass er in den letzten Jahrzehnten nicht schon auf den Müllhaufen geworfen wurde, vergiftete die Situation zusätzlich. Die Marktwirtschaft schien das einzige lebensfähige ökonomische System zu sein und die bürgerliche Demokratie mit ihren Freiheiten und Menschenrechten schien der Stasi oder Securitate unendlich vorzuziehen zu sein." (*Workers Power*, November 1999)

1990 proklamierte Workers Power: „Nieder mit Stalinismus! Nieder mit Kapitalismus!" Nach der Logik dieser

Fortgesetzt auf Seite 22



kein Bildnachweis

Februar 1999: Bundeswehrsoldaten bei Reise des SPD-Kriegsministers nach Auschwitz; am Ort der größten Verbrechen des deutschen Imperialismus rechtfertigt Scharping Balkankrieg des Vierten Reichs

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 21

„Dritten-Lager"-Position macht es keinen Unterschied, dass die Parteien des Vierten Reichs jetzt in Ostdeutschland an der Regierung sind. Da in Deutschland aber die GAM der sozialdemokratisch wieder geborenen exstalinistischen PDS hinterherläuft, deren Unterstützer überwiegend in den verwüsteten Gebieten der Ex-DDR leben, fügt die GAM heuchlerisch den damaligen und heutigen Tiraden von Workers Power hinzu:

> „... so klar ist ihnen [Revolutionären] aber auch, daß die Restauration des Kapitalismus in der DDR historisch ein Schritt rückwärts und eine schwere Niederlage für das (gesamt)deutsche und internationale Proletariat war." *(Arbeitermacht*, November 1999)

Der sozialdemokratische Antikommunismus der GAM zeigte sich, als wir auf ihrer Veranstaltung am 12. November in Berlin intervenierten. Als der Ex-DDR-Oppositionelle und Zögling Ernest Mandels, Peter Feist, tief in das „Rot-gleich-braun"-Arsenal vom *Schwarzbuch des Kommunismus* griff und die Betriebskampfgruppen, die Fabrik-Milizen der DDR, mit Hitlers SA-Mördertruppen gleichsetzte, war es nur unser Sprecher, der gegen diese Ungeheuerlichkeit protestierte. Die GAM schwieg. Nach der Veranstaltung solidarisierte sie sich mit Feist.

Ihre Unterstützung jeder konterrevolutionären Bewegung rechtfertigen sie mit ihrer „Theorie", wonach deformierte Arbeiterstaaten in Osteuropa geschaffen worden seien, „ohne den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen" - eine Abart von Tony Cliffs Staatskapitalismus. Daraus ziehen sie die antikommunistische Schlussfolgerung:

> „In der Sowjetunion war die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine seit der konterrevolutionären politischen Enteignung der Arbeiterklasse durch die stalinistische Kaste eine programmatische Notwendigkeit. In Osteuropa wurde eine solche Aufgabe ab dem Moment der Erschaffung von Arbeiterstaaten erforderlich." *(Revolutionärer Marxismus,* Frühjahr 1998)

Dies ist ein bequemes Alibi für die Tatsache, dass sich Workers Power im Namen der „Demokratie" den Kräften der Konterrevolution anschloss, die tatsächlich den degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat und die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerschlagen haben.

Die reformistische Gruppe Sozialistische Alternative Voran (SAV) hat jetzt ihre eigene Revision der Geschichte von 1989/90 verbreitet. Sie schreiben im Oktober 1999: „In der *Voran* und in der gerade gegründeten ostdeutschen Schwesterzeitung ‚Was tun!' argumentierten wir damals dafür, daß die Opposition ein [sie!] klare Strategie in Richtung sozialistischer Demokratie entwickeln müsse." Und: „Ein Charakteristikum der DDR Revolution von 89 war, daß sie eine spontane Bewegung von unten war, und eigentlich keine Führung hatte." Nun ist „sozialistische Demokratie" allein schon ein Codewort für die SPD. Und tatsächlich findet man in der *Voran* vom Februar 1990 auf der Titelseite: „Für die Vereinigung BRD/DDR". Sie forderten von der SPD eine „Offensive für Einheit und Sozialismus" und skandierten: „Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere", also auf die kapitalistische Wiedervereinigung. Tatsächlich agierten sie damals als „Marxisten in der SPD" und trieben mit der SPD die Konterrevolution voran.

Zu ihrer Veranstaltung am 6. November in Berlin gingen wir mit einem Display ihrer und unserer Zeitungsartikel von 1989/90 und stellten auch in der Diskussion unser revolutionäres Programm dem der SAV entgegen. Während ein Teil der SAVler noch im Nachhinein begeistert war von ihrem damaligen Aufruf für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, versuchten andere, sich von dieser Linie zu distanzieren. Sie gaben an, dass diese Linie korrigiert worden sei. Kein Wunder: Heute hat die SAV ihr Mäntelchen vertauscht. Da die Konterrevolution in der Arbeiterklasse nicht populär ist und viele Arbeiter heute die PDS als eine ..linke

Alternative" sehen, hat sich die SAV in den Dienst der PDS gestellt. Daher müssen sie die Geschichte zurechtbiegen. So lügt die SAV im Interesse der PDS, indem sie die Spartakisten verschwinden lässt: „Am 18. März fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Alle Parteien, einschließlich der PDS, traten für die Einführung des Kapitalismus ein. Keine von ihnen warnte davor, welche Auswirkungen das für die Arbeiterklasse haben würde." Um die Verantwortung der PDS für die Konterrevolution verschwinden zu lassen, kommentieren sie heute also einfach, dass der Kapitalismus unvermeidlich war, ihr Beitrag zur „Tod-des-Kommunismus"-Kampagne der Sozialdemokratie im Dienste der Bourgeoisie.



Der Spiegel

Moskau, August 1991: Die IKL rief die Arbeiter auf, den konterrevolutionären Abschaum samt Jelzins Barrikaden wegzuräumen; Pseudolinke wie GAM unterstützten Jelzin

Konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion

Die Ereignisse der letzten Jahre haben die volle Macht von Trotzkis Vorhersage aus den 30er-Jahren demonstriert, dass entweder die sowjetischen Arbeiter die Bürokratie stürzen werden oder die Bürokratie den Arbeiterstaat verschlingen wird. Zwar bewies die Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution ein für alle Mal die Überlegenheit der Planwirtschaft über die kapitalistische Anarchie, selbst in ihrer deformierten Form. Aber ohne internationale Ausweitung der Revolution war der geballte militärische, wirtschaftliche und politische Druck des Weltimperialismus auf Dauer nicht aufzuhalten. Die Stalinisten um Gorbatschow wollten diesem Druck ausweichen, indem sie mit der Perestroika seit Mitte der 80er-Jahre die geplante Wirtschaft der Sowjetunion zunehmend aushebelten. Ende der 80er-Jahre standen sie dann vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik des „Marktsozialismus". Mit dem Abschaffen des zentralen Plans zerfiel die Wirtschaft der Sowjetunion umso rascher und die Widersprüche in der Gesellschaft wuchsen. Die Konterrevolution in der DDR und Osteuropa, von Gorbatschow vorangetrieben, forcierte diese Entwicklung noch massiv.

Die IKL hatte schon gegenüber den in Ostdeutschland stationierten sowjetischen Truppen Arbeit gemacht. Unsere Literatur und Trotzkis Schriften fanden hier reißenden Absatz. Zum Beispiel konnten am 8. Mai 1991 Redner der SpAD und unserer Genossen der polnischenSpartakusowska Grupa Polski (SGP) vor einer Versammlung von Rotarmisten und Offizieren sprechen. Dies war einer der Wege, das trotzkistische Programm für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution und für den Sturz der stalinistischen Bürokratie zurück ins Land der Oktoberrevolution zu bringen.

Das zentrale Ereignis der russischen Konterrevolution war Jelzins „Gegenputsch" vom August 1991 gegen den jämmerlich hilflosen „Perestroika-Putsch" alter Stalinisten. Wir riefen auf zu Arbeitermobilisierungen, um den konterrevolutionären Abschaum mitsamt Jelzins Barrikaden wegzufegen und so den Weg zu bahnen für eine proletarisch-politische Revolution, um die Restauration des Kapitalismus zu zerschlagen und die sowjetische Arbeiterklasse an die politische Macht zurückzubringen. Die endgültige Zerstörung der Oktoberrevolution stand damals nicht von vornherein fest. Spartakisten verteilten 100000 Exemplare des Artikels „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!" Das Ausbleiben jedweden Widerstands seitens der Arbeiterklasse, die durch jahrzehntelange stalinistische Herrschaft und grausame Unterdrückung verraten und atomisiert worden war, war bei der Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats der entscheidende Faktor. So weit es die Kräfte der IKL zuließen, haben wir dafür gekämpft, einen revolutionären Pol zu bilden, der die sowjetische Arbeiterklasse für das Programm gewinnt, die Konterrevolution umzukehren und niederzuschlagen.

Revolution und Konterrevolution und die Pseudolinke heute

In der ehemaligen Sowjetunion hat die kapitalistische Konterrevolution zu ungeheurem Elend und zum völligen Zerfall der Industrie geführt. Die Produktion ist um 50 Prozent gefallen, 75 Prozent leben unterhalb des Existenzminimums und 15 Millionen hungern. Die Lebenserwartung von Männern ist auf unter 57 Jahre gefallen, weniger als vor einem Jahrhundert. Die Bevölkerung ist von 1992 bis 1997 um 3,5 Millionen zurückgegangen. Pogromartiger, rassistischer Staatsterror gegen Angehörige der kaukasischen und zentralasiatischen Völker in Russland ist Alltag der kapitalistischen Konterrevolution, ebenso wie neokoloniale Kriege von Jelzins imperialistischem Russland wie jetzt gegen Tschetschenien.

Die Folgen der Konterrevolution haben Kriege und „ethnische Säuberungen" zurück nach Europa gebracht und zu einer ungeheuren Verelendung der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Gesellschaft geführt, wie nach der Zerstörung Jugoslawiens deutlich wurde. Die IKL intervenierte geschlossen als Internationale mit der Losung „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!" und: „Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!" (siehe IKL-Erklärung, *Spartakist-Extra, 26.* April 1999).

Seit dem Ende des Balkankrieges intensivierte die SPD/Grünen-Regierung die Angriffe auf die Arbeiterklasse noch mehr. Die daraus entstehenden Konflikte sucht die SPD insbesondere durch eine neue rassistische Kampagne gegen Flüchtlinge und durch Angriffe auf das kaum noch existierende Asylrecht abzulenken. Diese Kampagne dient nicht nur einer Teile-und-herrsche-Politik im Innern, sondern auch der nationalistischen Ausrichtung der ganzen Gesellschaft, einer Vorbereitung auf neue Kriege, auf den erneuten „Drang nach Osten".

Hilfskräfte der Bourgeoisie von Auschwitz sind viele der kleinbürgerlichen Intellektuellen im wieder vereinigten Deutschland, bei denen es eine massive Hinwendung zum deutschen Nationalismus gibt bis hin zu seiner übelsten und tödlichen Form, den Nazis. Propagierte der Schriftsteller Martin Waiser noch ein „Wegsehen" von den Naziverbrechen, so verbreitet der „Philosoph" Sloterdijk Antisemitis-

Fortgesetzt auf Seite 24


Action Press



AP/Hans Edinger

November 1999: Egon Krenz und andere werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Wir fordern Freiheit für die Ex-DDR-Bürokraten, verurteilt von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen!

1989/90: Revolution...

Fortsetzung von Seite 23

mus und Nazi-Dreck über die „beispiellos düsteren Jahre *nach* 1945" (unsere Hervorhebung) auf den Feuilletonseiten der liberalen Presse des Vierten Reichs. Leute wie der ehemals „linke" Hochschulprofessor Bernd Rabehl und das Ex-RAF-Mitglied Horst Mahler verbreiten und organisieren heute „völkische" rassistische Propaganda. Der Antisemitismus, immer ein Ausdruck des Nationalismus in seiner mörderischsten Form, stieg stark an. Fortlaufend finden Schändungen von KZ-Gedenkstätten und jüdischen Friedhöfen statt. Die Gedenkstätten der Nazi-KZs sollen nach der Konzeption der künftigen Gedenkstättenpolitik keinen Unterschied mehr machen „zwischen Opfern der Nazidiktatur und der kommunistischen Gewaltherrschaft". Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wurde, kurz bevor sie in den USA gezeigt werden konnte, wegen einiger angeblich falsch zugeordneter Fotos geschlossen. Gerade wurden Egon Krenz und andere ehemalige Politbüromitglieder der SED zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und der *Spiegel* (15. November 1999) spekuliert darüber, ob sich die so genannte „Nürnberg-Klausel" anwenden ließe. Auf der Basis dieser Klausel wurden bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen die Nazis verurteilt. Wir als Kommunisten fordern selbstverständlich die Freilassung aller Ex-DDR-Bürokraten aus den Gefängnissen des Vierten Reichs - wir sagen, dass diese stalinistischen Ausverkäufer von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen abgeurteilt werden.

Anders dagegen der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), einer der Ableger des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS) in Deutschland. Zwar läuft der RSB ebenso wie der andere VS-nahe Ableger, die Vereinigung für Sozialistische Politik, heute der PDS hinterher, die als treuer Staatsdiener das Urteil gegen Krenz unterwürfig als „juristische Fehlkonstruktion" kritisiert. Aber in der Zeitung des RSB *(Avanti,* Dezember 1999) hetzt David Müller gegen „die sehr milden Urteile" und fährt dann fort: „Manchmal denke ich, es wäre besser, wenn die Täter aus der ehemaligen DDR öffentlich gemacht würden und Opferverbände, Bürgerbewegung und Wissenschaftler ein Tribunal organisieren würden." Dies ist ein unverhüllter Aufruf, die antikommunistische Hexenjagd fortzusetzen und die Siegerjustiz des Vierten Reichs noch zu verschärfen.

Die Sozialleistungen, die zurzeit in Westeuropa unter Beschuss sind, wurden im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg gewährt, um das abzuwenden, was die Kapitalisten als „rote Gefahr" sahen. Seit der Zerstörung der DDR und der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien darangegangen, den „Sozialstaat" zu demontieren. Diese Aufgabe übernehmen heute praktisch überall in Europa sozialdemokratische Parteien, die den Kapitalismus verwalten - entweder im eigenen Namen oder in Volksfrontkoalitionen mit bürgerlichen Parteien.

Die PDS ist an der Verwaltung des deutschen Imperialismus und den rassistischen Abschiebungen über ihre Beteiligung an den Regierungen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern genauso direkt beteiligt wie die SPD und die Grünen. Und wie Bisky erklärte, wollen sie jetzt wirklich in die Regierung, vielleicht auch mit Hilfe der CDU. Wir schrieben vor der Bundestagswahl im Herbst 1998: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!"

Zurzeit vertraut die deutsche Bourgeoisie darauf, dass die SPD- und PDS-Leutnants des Kapitals die Arbeiterbewegung unter Kontrolle halten. Doch für die herrschende Klasse, die bereits einmal auf den Faschismus gesetzt hat, ist die heutige Nazibewegung der Kern einer faschistischen Armee, die in Reserve gehalten wird. So ist die reformistische Politik der Pseudolinken, die von der den Kapitalismus verwaltenden SPD fordern, gegen die Faschisten vorzugehen, in ihrer Konsequenz selbstmörderisch. Wir kämpfen für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, um die Faschisten in ihre Löcher zurückzujagen und letztendlich die Wurzel des Faschismus, den Kapitalismus insgesamt zu beseitigen.

Wie wir schrieben:

> „Die Verteidigung der Arbeiter und Minderheiten in Deutschland kann nur vorangebracht werden durch einen unnachgiebigen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie - gegen SPD und PDS. Im Kampf, eine wirklich bolschewistische Partei aufzubauen, muss die SPD ... *gespalten* und ihre Arbeitermassenbasis zum Programm der proletarischen Revolution gewonnen werden. Bei dieser Aufgabe können die zahlreichen Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft, die der deutschen bürgerlichen Gesellschaft durch schreckliche rassistische Unterdrückung zwangsweise entfremdet werden, ein strategischer Hebel sein." („Holocaust, Kollektivschuld" und deutscher Imperialismus", *Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 20, Sommer 1998)

Heute tragen die Organisationen der Pseudolinken, die ihren Teil dazu beitrugen, die kapitalistische Konterrevolution zu ermöglichen, das Programm des Klassenverrats weiter, indem sie sozialdemokratische Parteien, ob SPD oder PDS, unterstützen. Diese pseudolinken Gruppen an den Rockschößen der Sozialdemokratie sind Hindernisse für proletarisches Bewusstsein, die entlarvt und weggefegt werden müssen auf dem Weg, eine revolutionäre trotzkistische Partei aufzubauen. Diese Partei wird die Arbeiterklasse zum Sieg über den rassistischen, menschenvernichtenden, Kriege produzierenden Kapitalismus führen. Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!«





Fotos: Workers Vanguard

Mitglieder der SSEU-Ortsgruppe 371. Gewerkschaften bildeten das Rückgrat der Mobilisierung am 23. Oktober, den Klan zu stoppen

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 32

Mobilisierung, um den Klan zu stoppen!" versammelt hatten, nonstop in den Schlachtruf aus: „Wir stoppten den Klan! Wir stoppten den Klan!"

Mit Gewerkschaftsordnern an der Spitze, die Arme eingehakt, marschierten sie die Lafayette Street hinauf und zeigten im Sieg die Militanz, Entschlossenheit und den Mut, die die Grundpfeiler dieser Mobilisierung bildeten, die auf der sozialen Macht der organisierten Arbeiterbewegung basierte. „Wir gaben der Stadt eine Botschaft: Das ist kein Klan-Land!", sagte ein Mitglied der Social Service Employées Union (SSEU, Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten) Ortsgruppe 371. Die Ortsgruppe 371 kam zusammen mit Mitgliedern der Transport Workers Union (TWU, Transportarbeitergewerkschaft) Ortsgruppe 100 sowie Gewerkschaftern bei der Post, beim Bau, im öffentlichen Dienst und vielen, vielen anderen Gewerkschaftern, die das Rückgrat der Mobilisierung, um den Klan zu stoppen, bildeten.

Vor allem diese Gewerkschafter - denen bewusst war, wie ernst es ist, zu einer Mobilisierung zu kommen, um den Klan zu stoppen - gaben der Mobilisierung ihren disziplinierten und entschlossenen Charakter. Sie stellten die Ordner, um die Mobilisierung in Centre Street Nr. 100 zu schützen. Zu der Vorhut gehörte die SSEU-Gewerkschaft Ortsgruppe 371, geführt von ihrem Präsidenten Charles Ensley, deren Mitglieder sich direkt vor die Rednerplattform postierten und dann ein großes Kontingent von Centre Street Nr. 100 zum Foley Square einen Block weiter führten, wo Tausende andere hingedriftet waren in der Hoffnung, näher an den Klan heranzukommen. Tausend gereizte Bullen, mit vielen weiteren in Reserve, wurden durch diese Demonstration der Macht der Arbeiterbewegung zurückgehalten.

Die Tausenden, die auf die Straße kamen, sahen diese Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung als ihre eigene an und tatsächlich hatten viele dabei geholfen, sie aufzubauen. Arbeiter von Betriebshöfen der Verkehrsbetriebe, von Krankenhäusern, von UPS-Depots, in Bussen und U-Bahnen, bei Gebäuden der Stadtverwaltung nahmen Stapel der Flugblätter, um sie zu verteilen und zu plakatieren. Viele Demonstranten brachten ihre eigenen selbst gemachten Plakate mit oder malten sie vor Ort. Man rief Vorschläge für zusätzliche Sprechchöre zur Rednerbühne.

Studentenparlamente vom Borough of Manhattan Community College, Lehman, Bronx Community, Hostos sowie Studenten und Studentenorganisationen von Columbia und New York University, Sarah Lawrence, Cornell und viele andere unterstützten die Mobilisierung, um den Klan zu stoppen, und halfen bei ihrem Aufbau. Viele Studenten organisierten Kontingente von ihren Unis, die geschlossen zur Kundgebung marschierten. Als der Sprecher des Spartacus Yöuth Clubs - der dazu beigetragen hatte, die Uni-Unterstützung aufzubauen - die Namen der Unis und Unigruppen verlas, gab es lauten Jubel von den Studenten.

Hunderte Studenten machten nicht nur ihre erste Erfahrung mit einer politischen Massenaktion, sie erlebten auch zum ersten Mal ein Gefühl der sozialen Macht der Arbeiterbewegung, die in rassisch integrierten Gewerkschaften organisiert ist. Sprecher der Studentenkontingente ergriffen mit Feuer und Leidenschaft das Wort, wie eine junge Frau vom City College, die erklärte: „Wir sind hier, um dem KKK zu sagen, dass ihr Feiglinge seid, und wenn ihr gern nach Washington Heights kommen wollt, wenn ihr gern nach Harlem kommen wollt und wenn ihr gern nach Brooklyn kommen wollt, wir erwarten euch! Harlem erwartet euch, KKK!"

Eine Arbeiterpartei in Aktion

Auf den Straßen von New York City konnte man am 23. Oktober das sehen, was notwendig war, um den Klan zu stoppen - genau wie das PDC gesagt hatte: eine machtvolle Mobilisierung der sozialen Macht der multirassischen Arbeiterklasse, die an der Spitze der Schwarzen, Hispanics, asiatischen Einwohner, Immigranten, Juden, Katholiken, Schwulen, Jugendlichen und all derer steht, die der Klan ins Visier genommen hat. Unser Ziel war es, der heftigen Empörung gegen den Klan einen organisierten und militanten Ausdruck zu geben.

Es war eine Einheitsfrontmobilisierung, die es ermöglichte, die vielen verschiedenen politischen Ansichten all derer zum Ausdruck zu bringen, die gemeinsam für die dringende Notwendigkeit eintraten, *den KKK zu stoppen.* Aber diese Mobilisierung sprach viel mehr an und griff die aufgestaute Wut unter der arbeitenden Bevölkerung der Stadt auf, besonders bei Schwarzen und Hispanics, die es satt haben, seit Jahren im einseitigen Krieg gegen die Arbeiter und Armen herumgestoßen zu werden.

Fortgesetzt auf Seite 26

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 25

Sie bündelte und organisierte die Wut gegen die plündernden, rassistischen Bullen, die früher in diesem Jahr nach der Ermordung des schwarzen Afrikaners Amadou Diallo durch die NYPD explodiert ist. Sie gab Hunderttausenden in dieser Stadt eine Stimme - von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern über eingewanderte Taxifahrer bis zu Hot-Dog-Verkäufern, Studenten an der CUNY, Künstlern, AIDS-Opfern -, die die Nase voll haben von Giulianis Mini-Polizeistaat. Sie zeigte eine Alternative zu den Politikern der Demokratischen Partei, ihren schwarzen Strohmännern und gewerkschaftlichen Lakaien, die genauso fieberhaft an dem Versuch arbeiteten, jeden unabhängigen Massenprotest der arbeitenden Bevölkerung und aller Feinde des Klan-Terrors zu demobilisieren, wie sie schon die Proteste gegen den Mord an Diallo auf eine Politik des parlamentarischen Druckausübens begrenzten.

Viele der Tausenden, die sich der Anti-Klan-Kundgebung anschlössen, suchten nicht nur nach einer Antwort darauf, wie der Klan-Terror gestoppt werden kann, sondern wollten auch wissen, wie sie gegen das gesamte System der rassistischen kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen können. Die Demonstranten hörten gespannt allen Reden von der Rednerbühne zu. Viele riefen: „Das stimmt, das stimmt", als Gene Herson, der PDC-Koordinator für Gewerkschaften, sowohl die Demokratische als auch die Republikanische Partei als Feinde der Arbeiterbewegung und der Unterdrückten brandmarkte. Aufrufe an die arbeitenden Massen, ihre eigene Klassenpartei aufzubauen, wurden mit Applaus begrüßt.

Auf den Straßen von New York City konnte man am 23. Oktober im kleinen Maßstab eine Arbeiterpartei in Aktion sehen, d. h. die Arbeiterklasse wurde für ihre eigenen Interessen mobilisiert und handelte unabhängig von der Regierung und den Parteien der Kapitalistenklasse. Das PDC - eine klassenkämpferische rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, deren Zweck mit den Ansichten der marxistischen Spartacist League/U.S. übereinstimmt - initiierte den Aufruf, der die soziale Macht der Arbeiterbewegung und ihres starken, militanten Bestandteils an schwarzen Arbeitern in Verteidigung aller Unterdrückten zur Geltung brachte. Die gleiche Macht, diese gleichen Kräfte, die den Klan an seinem Aufmarsch hinderten, können die Unorganisierten und Arbeitslosen organisieren, können zur Verteidigung der Massen in den Ghettos und Barrios mobilisieren und können den gewerkschaftsfeindlichen „Open-Shop"-Süden knacken - der selbst ein Ergebnis des KKK-Terrors gegen die Gewerkschaften ist.

Die erfolgreiche Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung machte die Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiterbewegung und dem Kampf für die Befreiung der Schwarzen lebendig. Die Unterdrückung der Schwarzen ist der Eckpfeiler des rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Um die besondere Unterdrückung der Schwarzen zu beseitigen, gibt es keinen anderen Weg als die Machtergreifung der Arbeiterklasse, und es wird nur dann eine proletarische Revolution geben, die der Klassenausbeutung ein Ende setzt, wenn die Arbeiterklasse aktiv den Kampf für die Rechte der Schwarzen aufnimmt.

Die Arbeiterklasse hat die Zahl, die Organisation und die Macht, all die Dinge zu gewinnen, die die herrschende Klasse sich aneignet - Gesundheitsversorgung, Ausbildung, anständige Wohnungen, Abtreibungsrechte. Was fehlt, ist der Typ von Führung, der notwendig ist, um zu kämpfen - eine Führung der Gewerkschaften, die sich nicht den Gesetzen, Parteien und staatlichen Behörden der Bosse fügt, eine Arbeiterpartei, die nicht die Eigentumsrechte" der Bourgeoisie respektiert. Wir brauchen eine Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, um der Kapitalistenklasse die Produktionsmittel zu entreißen und eine sozialistische Planwirtschaft zu errichten, die nicht für den Profit von ein paar habgierigen Ausbeutern funktioniert, sondern für die arbeitenden Massen, die den Reichtum der Gesellschaft produzieren. Das ist der Typ von Arbeiterpartei, für deren Aufbau wir Kommunisten der Spartacist League/U.S. kämpfen.

Der politische Kampf, den Klan zu stoppen

Genau wie die Mobilisierung, die den Klan in New York City am 23. Oktober stoppte, ein wirkliches Gefühl für die sozialen Kräfte und die Führung vermittelte, die für eine sozialistische Revolution in diesem Land notwendig sind, so entlarvte sie auch völlig die Feinde und Hindernisse, die der Organisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse in ihrem eigenen Interesse und im Interesse aller, die in dieser Gesellschaft ganz unten sind, entgegenstehen. Dazu gehörten die kapitalistischen Bullen, Gerichte und Giulianis Stadtverwaltung; die American Civil Liberties Union (amerikanischer Anwaltsverein zur Verteidigung von Bürgerrechten), die ihre widerwärtige jahrzehntelange Verteidigung von „Verfassungsrechten" für die faschistischen Terroristen fortführte; die Demokratische Partei, deren Aufrufe zu einer „Demonstration für Toleranz" auf den Versuch abzielte, die Werktätigen und alle anderen, die den Klan stoppen wollten, zu demobilisieren; AI Sharpton und das schwarze Establishment der *Amsterdam News,* die groteskerweise im Interesse des Klans eine Eingabe beim Gericht bewirkten; die International Socialist Organization (ISO, Schwesterorganisation von Linksruck), die in das Lager von Giuliani, der Demokratischen Partei, Sharpton, der ACLU *und* dem Klan *gegen* die vom PDC initiierte Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung eilte.

Von dem Tag an, als der Klan-Aufmarsch in einem Artikel der *New York Post* am 13. Oktober öffentlich angekündigt wurde, gab es einen Wettstreit zweier entgegengesetzter Klassenkräfte: Eine Seite repräsentierte die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse, die andere die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. In dem Augenblick, als das PDC von den Plänen des KKK erfuhr, stellte es den Antrag auf eine Genehmigung, eine Demonstration zur gleichen Zeit und am gleichen Ort abzuhalten, wo der Klan aufmarschieren wollte: Centre Street Nr. 100. Der Aufruf zu einer Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung wurde unverzüglich herausgegeben und stieß auf den Straßen sofort auf überwältigende Unterstützung. Diese Mobilisierung hatte

eine Auswirkung auf die Politik der Stadt, wie es seit Jahren nicht mehr der Fall war. Die Frage eroberte die Titelseiten der Tageszeitungen, dominierte Talkshows und Sendungen schwarzer Radiosender, wo zahlreiche Hörer anriefen, sie spaltete Berichten zufolge gewerkschaftliche Vorstandssitzungen und trieb die Führungsspitze der Demokratischen Partei zum Wahnsinn.

Die Giuliani-Verwaltung und NYPD reagierten damit, dass sie sich an die Arbeit machten und diese Mobilisierung zu blockieren versuchten. Unter einer Decke mit ihnen steckte eine unheilige Allianz, die von Norman Siegel von der New York Civil Liberties Union - dem Anwalt für den KKK -, über Scott Stringer, dem Staatsabgeordneten der Demokratischen Partei, bis zu dem schwarzen Demokraten AI Sharpton reichte. Der Aufmarschort des KKK wurde heimlich einen Block weiter zur Centre Street Nr. 60 verlegt - eine Information, die tagelang nicht publik gemacht wurde. Als klar wurde, dass Tausende New Yorker sich hinter dem Aufruf des PDC sammelten, als am Wochenende des 16./17. Oktober Zehntausende Flugblätter verteilt wurden, legte diese Bande eine scharfe Gangart ein.

Stringer. dem sich Sharpton und andere Politgrößen der Demokratischen Partei anschlössen, berief am 19. Oktober eine Pressekonferenz ein, wo er ankündigte, dass er eine Genehmigung für eine „Demonstration für Toleranz" in Centre Street Nr. 60, wo der Klan seinen Aufmarsch durchführen wollte, beantragt hatte. An diesem Abend kam heraus, wie eine PDC-Presseerklärung berichtete, dass Stringer & Co. „mit dem Klan und der Giuliani-Verwaltung unter einer Decke stecken, um ein Abkommen zu treffen, wonach sie mit dem KKK in Centre Street Nr. 60 eine gemeinsame Genehmigung für ihre Lautsprecher erhalten." Am folgenden Tag reichte Sharpton bei Gericht seine Eingabe im Interesse des Klans ein. *Wir* kämpften im Interesse der Zehntausenden Werktätigen von New York, die *den KKK stoppen* wollten, und führten in den Gerichten einen unablässigen Kampf für *ihr* Rede- und Versammlungsrecht.

Am 21. Oktober gab ein New Yorker Bundesgericht den Klanmännern alles, wonach sie verlangt hatten; den Werktätigen wurde erklärt, dass sie mundtot gemacht werden sollten. Das Gericht billigte die von Siegel, Stringer und dem Klan ausgekochte Abmachung über eine gemeinsame Genehmigung ihrer Lautsprecher und gab dem KKK das Recht, seine Rassenhass-Provokation in Roben und unter Kapuzen abzuhalten. Die Richter verweigerten der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung für Centre Street Nr. 60 die Genehmigung der Lautsprecher. Wie die PDC-Rechtsanwältin Rachel Wolkenstein erklärte: „Diese Abmachung ist ein Versuch zu garantieren, dass nur der Klan gehört wird und nicht seine vorgesehenen Opfer." Sie fügte hinzu: „Die Verweigerung einer Lautsprecher-Genehmigung für die Anti-Klan-Kundgebung ist eine Provokation gegen die Möglichkeit der Organisatoren der Mobilisierung, eine militante, geordnete Massendemonstration durchzuführen. Eine Kundgebung ohne Lautsprecher und Führung an zentraler Stelle ist wie ein Auto ohne Lenkrad."

Sogar die rechte *New York Post* (23. Oktober) verurteilte die Gerichtsentscheidung, dass die Anti-Klan-Mobilisierung nicht zur gleichen Zeit wie der KKK Lautsprecher einsetzen dürfte; wobei die Begründung des Gerichts lautete, dass das für den Klan „das Rederecht ersticken" würde. Wahrlich, die Gerichtsentscheidung war eine grafische Illustration der Rassen- und Klassenausrichtung des kapitalistischen „Rechts"systems: freie Bahn für den Klan-Terror und keine Rechte für dessen vorgesehene Opfer! Das wurde noch unterstrichen durch die Tatsache, dass das Gerichtsgebäude vom KKK buchstäblich als eine Zuflucht benutzt wurde, als er seinen Rassenhass-Aufmarsch inszenierte.

Als die Erlaubnis für den Klan, unter Kapuzen aufzumarschieren, in einem Revisionsverfahren des

Fortgesetzt auf Seite 28

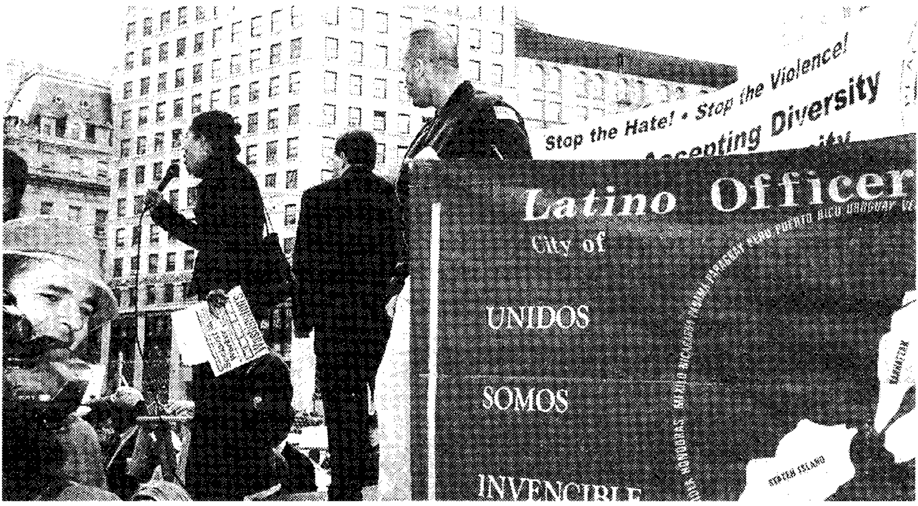


Reuters

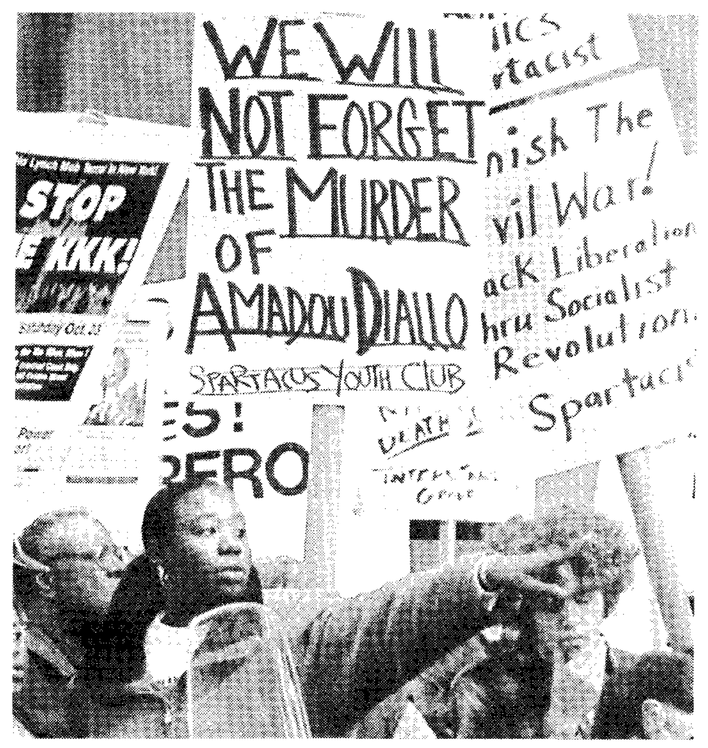


AP

Liberale und pseudosozialistische Feinde der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung. Oben: Norman Siegel (NYCLU) auf der Klan-Versammlung, Al Sharpton und Scott Stringer von den Demokraten; unten: ISO-Redner neben Bullenbanner auf Ablenkungsveranstaltung der Demokraten



Workers Vanguard



Young Spartacus

SYC-Plakat: Wir werden den Mord an Amadou Diallo nicht vergessen!

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 27

Bundesgerichts am 22. Oktober zurückgenommen wurde, wurde eine Desinformationskampagne in Gang gesetzt: Sie zielte darauf ab, die Leute zu überzeugen, dass es keinen Grund gäbe, am nächsten Tag auf die Straße zu gehen, da der KKK nicht auftauchen würde. Eine PDC-Presseerklärung an diesem Abend stellte fest: „Welche Berichte auch darüber kursieren, dass der KKK gegenwärtig keine Erlaubnis hätte, seine Rassenhass-Provokation zu veranstalten: Die Werktätigen dieser Stadt haben keinerlei Grund, den Worten dieser rassistischen Terroristen oder der Giuliani-Verwaltung zu trauen. Es gibt nur einen Weg, um sicherzustellen, dass der Klan morgen in New York nicht sein Haupt erheben kann: wenn die Straßen voll sind von seinen Gegnern."

Und am 23. Oktober waren es viele Tausende entschlossene Gegner des Klans, die das Gebiet rund um die Centre Street füllten. Hier gab es die Antwort auf Sharptons Verteidigung des „Rederechts" für den Klan. Viele derjenigen, die auf die Straße kamen, haben persönliche Erfahrungen mit dem brennenden Kreuz, dem Lynch-Strick, den Schrotflinten, durch die der Klan „redet". Obwohl sie an verschiedenen Stellen durch behelmte Bereitschaftsbullen und durch Polizeisperren getrennt gehalten wurden, waren sie auf die Straße gekommen - nicht um „Toleranz" für den KKK zu zeigen, wie Stringer und die Demokraten es gepredigt hatten, sondern als Reaktion auf den PDC-Aufruf, *den KKK zu stoppen.*

Die ISO -Verräter bloßgestellt

Außer einigen Getreuen der Demokratischen Partei wie dem Gewerkschaftspräsidenten der Ortsgruppe 1199, Dennis Rivera, und einer papiernen Unterstützung durch die Führung des Central Labor Council, stießen Stringer, Sharpton et al. mit ihrem Aufruf zur „Toleranz" auf taube Ohren. Die *einzige* Organisation, die mit zielgerichteter Energie in Stringers Lager eilte, war die International Socialist Organization, die ihr Möglichstes tat, um der Demokratischen Partei - und dem Klan - Deckung zu geben *gegen* die organisierte Arbeiterklasse.

Die ISO rief zu einer Veranstaltung auf, die von diversen Anwälten und Liberalen organisiert wurde, um für Stringers „Demonstration für Toleranz" zu mobilisieren. Als PDC-Vertreter dort intervenierten, um zum gemeinsamen Kampf all derer aufzurufen, die den Klan am 23. Oktober stoppen wollen, gab es keinen Interessenten. Während Sharpton vor Gericht empörenderweise die „Rechte" des Klans verteidigte, begeisterte sich bei der Veranstaltung die ISO über die tollen Redekünste von Sharpton und darüber, wie viele Leute er zu der Ablenkung der Demokratischen Partei bringen könnte! Wie sich herausstellte, tauchte Sharpton am 23. Oktober nicht einmal auf; zweifellos war er nicht darauf erpicht, sich den Buhrufen der Tausenden zu stellen, die auf die Straße gekommen waren, um den KKK zu stoppen. Aber die ISO war dort in ihrer ganzen Herrlichkeit.

Während sich die ISO schamlos bei den Demokraten einreihte, versuchte sie mit einem spärlich verteilten Flugblatt unter der Überschrift „Stoppt den Klan!" ihre verachtenswerte Rolle zu verstecken. Da ihr Hauptzweck *dagegen* gerichtet war, den Klan zu stoppen, war das purer Zynismus. Vor Ort am 23. Oktober versuchte die ISO weiterhin, die Leute zu täuschen, die als Reaktion auf den PDC-Aufruf mobilisiert wurden, indem sie sie zum Platz der Demokraten hinlockte, der eine Polizeifalle war. Als die Leute diese Täuschung entdeckten, sahen sich viele, die weggehen wollten, durch die Bullen daran gehindert.

Als die Demokraten kurzfristig ein Publikum von unwissentlich fehlgeleiteten Leuten bekamen, das ihnen die ISO mit ihrem Verrat verschafft hatte, versuchten der Senator Charles Schumer und andere die Versammlung in eine Wahlveranstaltung zu verwandeln. Sie wurden wiederholt von den wütenden Demonstranten niedergeschrien, die nicht auf die Straße gegangen waren, um Wahlreden oder Predigten für „Toleranz" zu hören, sondern um den Klan-Terror zu stoppen. Während die Anti-Klan-Demonstranten verstanden, dass die Rolle der Bullen darin besteht, diese Nacht- und Nebel-Terroristen zu schützen, stand der ISO-Sprecher direkt vor dem Banner-der Bullen der Latino Officers Association. Das ist nicht ungewöhnlich für die ISO, die eine lange Geschichte hat, die Bullen als „Arbeiter" zu betrachten und deren „Recht" auf Organisierung zu unterstützen. Werden diese Sozialdemokraten, deren britische Zeitung einmal die Überschrift hatte: „Sind wirklich alle Bullen Schweine?" jetzt fragen: „Sind wirklich alle Klanmänner Schweine?"

Jeglicher Anspruch der ISO, für die Sache der „Macht der Arbeiter" einzutreten, zerplatzte in der Luft, als die ISO die Drecksarbeit für die Demokratische Partei machte beim

Demobilisierungsversuch gegen den von der Arbeiterbewegung getragenen Massenprotest, der den Klan stoppte. Die ISO steht entlarvt da als Diener des Kapitals gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der Schwarzen und aller Unterdrückten.

Zwar hat die übrige Linke nicht eine so prominente Rolle wie die ISO gespielt, um den Interessen der Demokratischen Partei zu dienen, aber die meisten blieben stumm angesichts der tödlichen Klan-Bedrohung, bis Stringer und Sharpton anfingen, zu ihrer liberalen Ablenkung aufzurufen. Die Kommunistische Partei unterstützte die Stringer-Kundgebung. Die Workers World Party (WWP) versuchte, auf beiden Hochzeiten zu tanzen. Unter lächerlicher Vortäuschung einer Unabhängigkeit von den Demokraten riefen sie dazu auf, sich an dem von Stringer angekündigten Platz zu versammeln, allerdings etwas später als zur offiziellen Anfangszeit. Dann, am 23. Oktober, hatte die WWP auch Leute bei der PDC-Kundgebung, wo sie Plakate verteilten, die „Stoppt den Klan" forderten und zu einem „neuen Prozess" für den schwarzen politischen Gefangenen in der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal, aufriefen. Als Jugendgenossen der SYC darauf hinwiesen, dass dies Illusionen in genau dasselbe Gericht sät, das Jamal zum Tode verurteilt und das „Recht" auf Klan-Terror bestätigt hat, tauschten viele Leute, die unabsichtlich die WWP-Plakate genommen hatten, diese gegen PDC-Plakate aus, die *Freiheit* für Jamal forderten.

In einem höchst ungewöhnlichen Schritt riefen die Stalin-Fans der Progressive Labor Party (PL), die die Trotzkisten als „Trotskyites" angiften und als Faschisten verleumden, dazu auf, sich am Ort der PDC-Mobilisierung zu versammeln; vor Ort unterschrieben sie eine Unterstützererklärung. Jetzt prahlt eine PL-Internet-Erklärung, „Tausende" seien „von PLP geführt" worden, und behauptet: „Die PLP war notwendig, um einen Marsch von Hunderten anzuführen, die sich losrissen, weil sie wirklich den Klan konfrontieren wollten." In Wirklichkeit hat PL sich selber direkt in eine Kette von Bereitschaftsbullen „geführt", die ein kleines Stück entfernt war. Die ganze PL-Strategie der individuellen Konfrontation mit den Bullen und den Faschisten basiert auf einer Zurückweisung der Arbeiterklasse als Kraft für den sozialen Kampf. Giulianis Bullen verhafteten am 23. Oktober mehrere Anti-Klan-Demonstranten. Wir fordern: Weg mit allen Anklagen, sofort!

Die selbst ernannten PL-Kommunisten, die noch röter als rot sein wollen - und die nicht den Unterschied zwischen einer Gewerkschaft und rechten religiösen Betbrüdern wie den „Promise Keepers" erkennen können -, lassen sich von absolut *keinem* Klassenkriterium leiten. Daher äußerten sie beim Streik der machtvollen Teamster-Gewerkschaft gegen die UPS-Bosse keinerlei Solidarität. Stattdessen taten sie diesen Kampf als ein Gefecht zwischen zwei Flügeln der herrschenden Klasse ab! Mit dieser abgrundtiefen Verachtung für die organisierte Arbeiterklasse sind PL-Aufrufe wie „Tretet den Bossen in den Arsch" und „Tod dem Klan" kaum etwas anderes als das Geblöke von Liberalen, die sich in Pose werfen.

Die Macht der Arbeiterbewegung mit der Wut der Ghettos verbinden

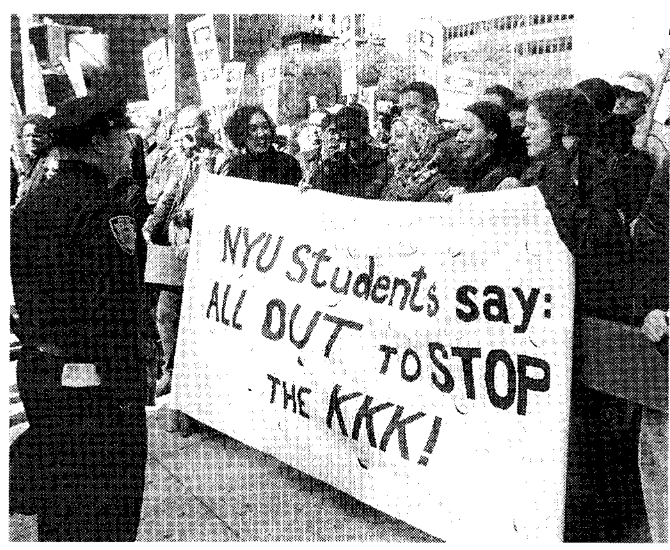
Die liberalen Demokraten und ihre Verbündeten beabsichtigten ganz klar, jeden unabhängigen Ausdruck der Macht der Arbeiterbewegung und *deren* Verbündeten, die den Klan am 23. Oktober stoppen wollten, zu verhindern. Aber sie haben sich schwer verrechnet angesichts der Wut gegen den Klan-Aufmarsch, die quer durch die Stadt herrschte, und sind mit ihren Anstrengungen kläglich gescheitert. Während des ganzen Aufbaus dieser Arbeiter/Schwärzen-Mobilisierung wurde den Demokraten und ihren Gewerkschaftslakaien offenbar klar, dass sie nicht einmal den Versuch machen konnten, die übliche Gewalthetze und Kommunistenhatz gegen das PDC einzusetzen, wie man es gegen frühere PDC-initiierte antifaschistische Mobilisierungen versucht hatte. Das liegt nicht daran, dass sie irgendwie weniger Angst oder Feindschaft verspürten gegenüber der Arbeiterbewegung, die auf einem klassenkämpferischen Programm mobilisiert wird. Vielmehr erkannten sie, dass sie nicht offen gegen die Arbeiter/Schwärzen-Mobilisierung, um den Klan zu stoppen, angehen konnten in einer Stadt, wo sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung direkt im Fadenkreuz der rassistischen Terroristen befindet.

Viele Gewerkschaften sagten uns, dass sie die PDC-Mobilisierung nicht unterschreiben könnten, weil ihre Führung über diese Frage gespalten war. Trotzdem verlangten etliche, die nicht unterschrieben hatten, Stapel des PDC-Mobilisierungsflugblatts, um sie in ihren Gewerkschaftshäusern auszulegen. Dennis Rivera, der in der Ortsgruppe 1199 eine gut geölte Maschinerie kommandiert, machte keinen offenkundigen Versuch, seine Mitgliedschaft für Stringers „Rederecht'-Ablenkung zu mobilisieren.

Fortgesetzt auf Seite 30



Young Spartacus



Workers Vanguard

New York, 23. Oktober: Spartacus Youth Clubs organisierten Studenten und junge Arbeiter hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse, um den KKK zu stoppen. Für viele der erste Geschmack von proletarischer politischer Massenaktion



Workers Vanguard

Transportarbeiter der TWU, Ortsgruppe 100 am 23. Oktober. Die Arbeiterklasse muß im Kampf für Mumias Freiheit mobilisiert werden

KKK aus New York verjagt...

Fortsetzung von Seite 29

Ebenso war von den borniert zünftlerischen Gewerkschaftsbürokraten an der Spitze des Central Labor Council (zentraler Gewerkschaftsrat), die Stringers „Demonstration für Toleranz" unterstützten, kein Wort darüber zu hören, dass die Gewerkschafter sich von der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung fern halten sollten.

Darin spiegelte sich die Angst der Gewerkschaftsbürokraten und der schwarzen Demokraten wider, sie könnten potentiell die Wut an der Basis der Gewerkschaften und die Empörung in den Ghettos und Barrios zum Explodieren bringen, wenn sie sich gegen die Anti-Klan-Mobilisierung des PDC stellten. Aber das hat sie nicht von ihren Versuchen abgehalten, diese Mobilisierung zu vereiteln.

Die Redakteure *der Amsterdam News* beteten groteskerweise die Rassisten nach, als sie zur Verteidigung ihrer rechtlichen Schritte zu Gunsten des Klans den KKK mit Khallid Muhammad verglichen. Der PDC-Koordinator für Gewerkschaften, Gene Herson, brandmarkte diese Gleichstellung der Opfer des Klan-Terrors mit den Tätern und antwortete: „Das dient dazu, den wirklichen Feind zu verheimlichen und den wahren Charakter des KKK zu leugnen. Khallid Muhammad ist ein antisemitischer Demagoge, aber das ist auch alles, was er ist. Der Klan ist ein *terroristischer Aktionstrupp,* dessen Ziel Völkermord ist." Bei einer PDC-Pressekonferenz am 19. Oktober fügte Jim Webb von der Coalition of Black Trade Unionists (Vereinigung schwarzer Gewerkschafter) hinzu: „Khallid hat nie gemordet, gelyncht oder Kirchen, Synagogen und Häuser niedergebrannt."

Das PDC bemerkte in seinem Aufruf, mit dem diese Mobilisierung initiiert wurde, dass der Klan einen großen Fehler macht, wenn er denkt, er könnte in New York City aufmarschieren, und der 23. Oktober war der Beweis dafür. Die Tausende, die an diesem Tag auf die Straße kamen, übermittelten eine machtvolle Botschaft: dass der Klan es lieber nicht noch einmal versuchen sollte. Diese Mobilisierung war eine machtvolle Antwort auf die Demagogie von Muhammad und seinem einstigen Ratgeber Louis Farrakhan, die die Wut des Ghettos in eifernde Hetze gegen jüdische, arabische und asiatische Ladenbesitzer kanalisieren wollen, damit sie selber die einzigen Ausbeuter der Ghettomassen sein können. Diese Antwort war in den Vierteln der Minderheiten der ganzen Stadt spürbar.

Ein koreanischer Ladenbesitzer in Harlem kam aus seinem Geschäft, um Geld zu spenden und Flugblätter für die Anti-Klan-Mobilisierung zu verteilen. In Chinatown nahm ein Händler einen Stapel Flugblätter und brachte dem PDC-Team bei, wie man „Stoppt den Klan" auf Chinesisch ruft, was sogleich zu sympathisierenden Menschentrauben rund um den PDC-Lautsprecher führte. Bei der Mobilisierung selber machten viele schwarze Teilnehmer Bemerkungen über den multirassischen Charakter der Kundgebung und stimmten lautstark zu, als von der Rednerbühne aus der Antisemitismus angeprangert wurde.

Im Gegensatz zu den Predigten von liberaler „Vielfältigkeit" - wie Jesse Jacksons „Regenbogen-Koalition" oder David Dinkins' „schönes Mosaik" -, die eine Anerkennung des rassistischen Status quo und der ethnischen Politik der Demokratischen Partei bedeutet, war das eine machtvolle Demonstration der *Klasseneinheit* und der Einheit der Unterdrückten hinter der sozialen Macht der multirassischen Arbeiterklasse. Besonders ein Sprechchor fand bei der PDC-Mobilisierung großen Widerhall: „Asian, latin, black and white - workers of thé world unité!" [Asiatisch, lateinamerikanisch, schwarz und weiß - Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!] Jeder konnte bei dieser von der Arbeiterbewegung getragenen Anti-Klan-Mobilisierung mit eigenen Augen diese proletarische Macht sehen.

Der Kampf für ein Arbeiteramerika

Der Klan entstand aus der blutigen Reaktion im Süden nach der Niederlage der Sklavenhaltergesellschaft im amerikanischen Bürgerkrieg. Die Klanmänner waren unter Kapuzen und Roben die Vertreter der ehemaligen Konföderation, die -eine Kampagne des Terrors, der Einschüchterung, der Verstümmelung und des Mordes durchführten: Diese Kampagne zielte darauf ab, die politischen Rechte zu erwürgen, die die befreiten Sklaven während der Rekonstruktion gewonnen hatten. Der KKK war die Speerspitze zur Wiederherstellung der weißen Vorherrschaft in Gestalt des Systems der Jim-Crow-Rassentrennung, die fast ein ganzes Jahrhundert herrschte. Mit dem Lynchmord des KKK an dem jüdischen Geschäftsmann Leo Frank in Georgia 1915 kündigte sich der Wiederauf-

stieg des KKK an, der ihm in den 20er Jahren mehrere Millionen Anhänger brachte.

Heute ist der Klan ein terroristischer Haufen des letzten Abschaums, der von Amerikas herrschender Kapitalistenklasse in Reserve gehalten wird. Diese herrschende Klasse, eine winzige Minderheit, die den gesamten wirklichen Reichtum dieser Gesellschaft enteignet, glaubt, dass kein anderer Rechte hat, die von dieser Regierung des reichen weißen Mannes respektiert werden müssten. Diese herrschende Kapitalistenklasse braucht die einheimischen Nazis des KKK, die losgelassen werden, um die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen, wenn die Massen nicht länger durch die Lüge eingelullt werden können, dass ihre Interessen durch die kapitalistische „Demokratie" repräsentiert werden.

Der politische Kampf, der notwendig war, um die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung aufzubauen, die den Klan-Aufmarsch in New York City stoppte, beinhaltet wichtige Lehren für alle, die gegen die Zerschlagung der Gewerkschaften, gegen Rassismus, Armut, Obdachlosigkeit, Krieg und all die anderen abscheulichen Auswirkungen eines Systems kämpfen wollen, dessen Wurzeln die Ausbeutung und die Rassenunterdrückung sind. Von zentraler Bedeutung ist, dass der kapitalistische Staat nicht neutral ist. Er ist das Instrument der organisierten Gewalt, um die Herrschaft einer Klasse - der Kapitalisten - über eine andere Klasse - das Proletariat - sicherzustellen. Als Marxisten wissen wir, dass der bürgerliche Staat im Kern aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen besteht - den Bullen, dem Militär, dem Gefängnissystem und dem ganzen „Rechtssystem" -, deren Aufgabe es ist, die Profite und die Herrschaft der Kapitalisten zu schützen und die Arbeiter zu unterdrücken. Die gesamte geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, dass die Arbeiterklasse den Staat nicht reformieren und in ihrem eigenen Interesse benutzen kann, sondern ihren eigenen Staat schaffen muss, einen Arbeiterstaat. Der revolutionäre Kampf für die proletarische Staatsmacht ist der einzige Weg zur Befreiung der Schwarzen und zur Befreiung der Arbeiter und aller Unterdrückten.

Wir haben die Perspektive nicht erfunden, auf der unsere Anti-Klan-Mobilisierungen basieren. Sie ist die konkrete Anwendung der Erfahrung der bolschewistischen Partei, die die erste - und einzige - erfolgreiche proletarische Revolution in der Geschichte geführt hat: die Oktoberrevolution von 1917. Wie die prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie in diesem Land die durch harten Klassenkampf gewonnenen Errungenschaften unterminiert, so wurden die Errungenschaften der Russischen Revolution durch die stalinistische Bürokratie verraten, die den Arbeitern die Ausübung der politischen Macht entrissen hat. Parallel zur Politik der AFL-CIO-Spitzen verfolgten die Stalinisten nicht eine Politik des internationalistischen Klassenkampfs, sondern der Klassenkollaboration. Letztendlich hat dies 1991/92 zur Zerstörung der Sowjetunion durch die Kräfte des Imperialismus und der einheimischen Konterrevolution geführt.

Seither haben die imperialistischen Herrscher den „Tod des Kommunismus" gefeiert. Aber der Kommunismus ist nicht tot - er ist das Programm, das die Klasseninteressen der Arbeiter und Unterdrückten zum Ausdruck bringt und aus den Bestrebungen und Kämpfen für eine Gesellschaft wirklicher Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit erwächst. Was notwendig ist, um diese Bestrebungen zu verwirklichen, ist eine Arbeiterpartei, die in die Arbeiterklasse das Bewusstsein hineintragen kann, dass sie die soziale Macht und das historische Interesse hat, gegen die Herrschaft des Kapitals und gegen jede Äußerung der Barbarei dieses Systems zu kämpfen. Was notwendig ist, ist eine Arbeiterrevolution, die die Macht der wenigen brechen und die vielen befreien kann - die Werktätigen und ihre Verbündeten -, die den Reichtum, der durch ihre Arbeit geschaffen wird, zum Nutzen der Mehrheit einsetzen werden, sowohl in Amerika als auch auf der ganzen Welt. Am 23. Oktober erlebten Tausende Werktätige und Angehörige der Minderheiten von New York einen ersten Vorgeschmack dieser Arbeitermacht.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 722, 29. Oktober 1999*



Workers Vanguard

Ed Kartsen, Redner der Spartacist League. Es bedurfte einer revolutionären Führung, um die New Yorker Arbeiterklasse und Minderheiten in machtvoller Einheitsfrontaktion zu mobilisieren

SPARTAKIST

Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierimg verjagt den KKK aus New York



Workers Vanguard

Tausende auf der Straße stoppen Klan-Terror

Zu Tausenden gingen am 23. Oktober entschlossene New Yorker auf die Straße, um sicherzustellen, dass der Ku Klux Klan in ihrer Stadt nicht aufmarschiert. Sie wurden mobilisiert durch den vom Partisan Défense Committee (Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung) initiierten Aufruf: „Alle heraus, um den KKK am 23. Oktober zu stoppen!" Hunderte Werktätige, Studenten und andere machten mit beim Verteilen von 175000 Mobilisierungsflugblättern des PDC an Arbeitsplätzen, Universitäten und in den Stadtvierteln von ganz New York.

Tausende kamen auf die Straße trotz der Versuche der Guiliani-Stadtverwaltung, ihrer Bullen und der Gerichte, die uns das Recht verweigern wollten, dafür zu mobilisieren, den Klan zu stoppen. Sie kamen heraus im Gegensatz zu den Appellen der falschen „Freunde der Arbeit" in der Demokratischen Partei und der selbst ernannten Sprecher für die schwarze Bevölkerung, die eine „Demonstration für Toleranz" gegenüber den „Rechten" des KKK propagierten. Sie wussten: Das war keine Frage des „Rederechts", sondern es ging darum, den Klan-Terror und -Mord zu stoppen. Sie kamen heraus, um die Klan-Lynchmörder von ihren Straßen zu vertreiben. Und genau das haben sie getan.

17 Klansmänner, die ihre Gesichter nur unter dem Schutz einer Armee von Bullen zeigen konnten, kauerten vor dem Obersten Gericht des Staates New York, von allen Seiten bedrängt durch mindestens 8000 entschlossene Anti-Klan-Demonstranten. „Unmaskiert und überwältigt: Klan wird bei Kundgebung belagert", titelte die *New York Times* am nächsten Tag. Als diese Rassisten in weißen Roben und Kapuzen unter Polizeischutz zurück in das Gerichtsgebäude hasteten - gerade mal zur Halbzeit ihrer geplanten Kundgebung -, brachen die Gewerkschafter und andere, die sich unter dem PDC-Banner „Arbeiter/Schwarzen-

Fortgesetzt auf Seite 25

Mobilisiert Arbeiter/Schwarzen-Macht, um Mumia zu befreien ... S. 5